

	Niederschriften über die Sitzungen der Gemeinderäte.
	Angefangen am 1.4.1935.
	Die Seiten 1-16 enthalten Niederschriften über Sitzungen des städt. Finanzausschusses vom 10. Mai 1932 bis 29.Mai 1933. Sie wurden hier herausgetrennt und dem Fin.- Aussch.-Protokoll 1946-1951 angeschlossen (Einlage).
	Unterschrift: 15.11.1963

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 4. April 1935 um 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Emil Cordes, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Körner, Ladiges, Lemcke, Möller, Sievers. Schriftführer Stadtinspektor Pieper. Es fehlen Stadträte Griebel und Jüttemeier und Ratsherr Timmermann. <u>Tagesordnung:</u></p>
Fortsetzung der Aussprache über den Haushaltsvoranschlag 1935.	<p>Berichterstatter Bürgermeister Dr. Ladwig. Es fand eine umgehende Aussprache der Abschnitte 1 und 2 des Haushaltsvoranschlages 1935 statt. An der Aussprache beteiligten sich alle Anwesenden. Fortsetzung der Aussprache am 16. April 1935 um 20 Uhr im Rathaus.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: R. Lemcke, J. Sievers, Emil Cordes.</p>

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 16. April 1935 um 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Cordes, Jüttemeier, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Körner, Ladiges, Lemcke, Möller, Sievers, Timmermann. Stadtinspektor Leh- mann, Referendar Körner. Schriftführer Stadtinspektor Pieper. Es fehlen Stadträte Griebel und Jüttemeier und Ratsherr Timmermann. <u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1) Fortsetzung der Besprechung des Haushaltsvoranschlags. 2) Besprechung des Vorschlages des Beigeordneten Cordes wegen Erwerb des Hauses Mühlenstraße 35 (Kleinwort) als Rathaus.</p>	<p>Zu 1): Die Aussprache umfaßte die Ab- schnitte 3-5 des Haushaltsentwurfs 1935. Es beteiligten sich alle Stadt- und Gemeinde- räte- Ratsherr Möller trat für eine Senkung der Zuschläge zur Grunderwerbssteuer ein. Der Bürgermeister begründete im einzelnen, weshalb das zur Zeit noch nicht möglich sei und was aus seiner Übersicht das gegenüber anderen Gemeinden die Zuschläge in Wedel noch verhältnismäßig niedrig seien. Ratsherr Körner schlug vor, den Zuschuß von 1000 RM an den Wedeler Turnverein beträchtlich zu erhöhen. Der Bürgermeister erkann-</p>

	<p>te die Ausführungen an und sagte zu, diese Mittel in Höhe von 2000 RM bereitzustellen. Dem wurde allgemein zugestimmt. Nach kurzer Aussprache über die zur Unterhaltung der hiesigen bereitgestellten Mittel, die schon von 800 RM auf 2000 RM erhöht worden sind, versprach der Bürgermeister erneut weitere Erhöhung dieses Abschnitts. Die Aussprache über den Haushaltsplan wurde dann abgeschlossen.</p>
	<p>Zu 2): Beigeordneter Cordes begründete nochmals seine in den Stadträtesitzungen vorgetragene Auffassung, das Kleinwort'sche Haus Mühlenstraße 35 anzukaufen und als Rathaus einzurichten. Er betonte insbesondere, daß die Stadt Wert darauf legen müßte, in der Nähe des Bahnhofs Gelände zu erwerben, um die dort bereits projektierte Straße ausbauen zu können. Bei einer weiteren Entwicklung der Stadt, insbesondere bei der Weiterführung der elektrischen Vorortsbahn bis Wedel, gewinne dieses Gelände außerordentlich an Wert, es sei deshalb für die Stadt von Wichtigkeit, in Rücksicht auf die künftige Entwicklung hier jetzt schon Gelände zu erwerben. Die Ratsherren stimmten grundsätzlich dieser Ansicht zu, hatten jedoch Bedenken, dieses Haus als Rathaus einzurichten, weil es den baulichen Anforderungen nicht genüge.</p>
	<p>Der Bürgermeister machte noch darauf aufmerksam, daß die Zahl der Räume auch nicht viel größer sei als im jetzigen Rathaus, sodaß die Platzfrage immer noch nicht gelöst sei. Die Ratsherren schlugen dann vor, die Wohnungen im Rathaus als Büro einzurichten, den Ankauf des Hauses Mühlenstraße 35 und des</p>

	<p>anschließenden Geländes aber im Auge zu behalten. Der Bürgermeister erklärte hinsichtlich der Einrichtung der Wohnungen im Rathause als Büroräume, daß das zwar auch nur eine Notlösung für beschränkte Zeit wäre, daß er diesem Plan aber beitreten wolle. Der Bürgermeister bat den Beigeordneten Cordes und den Ratsherrn Möller dann, die Verhandlungen mit Kleinwort darüber aufzunehmen.</p>
Außerhalb der Tagesordnung:	<p>Änderung der Vergnügungssteuerordnung und der Hundesteuerordnung der Stadt Wedel. Den im Entwurf vorliegenden Änderungen der beiden Ordnungen stimmten die Gemeinderäte zu.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: Ladiges, Jul. Timmermann.</p>

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 5. Mai 1935, 10 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Jüttemeier, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Körner, Ladiges, Lemcke, Möller, Sievers, Timmermann. Schriftführer Stadtinsp. Pieper. <u>Tagesordnung:</u></p>
Erlaß einer Hauptsatzung für die Stadtgemeinde Wedel.	1) Der Bürgermeister trug die Bestimmungen der Hauptsatzung einzeln vor und erläuterte sie eingehend. An der Aussprache haben sich fast alle Gemeinderäte beteiligt. Sie haben keine Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf geltend gemacht.
	2) Zu dem Vorhaben der Evgl. Kirchengemeinde, Gelände für einen neuen Friedhof zu erwerben, haben sich die Gemeinderäte abschließend noch nicht geäußert. Sie wünschen, vorher mit Herrn Kreisbaurat Fröhlich und Herrn Pastor Brakert das Gelände zu besichtigen.
	3) Der Antrag des Hausmstr. Ladiges auf Gewährung der Mittel für eine Putzhilfe wurde erneut besprochen. Die

	Gemeinderäte empfehlen, eine angemessene Entschädigung für die Stellung einer Hilfskraft zu bewilligen.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Gemeinderäte: Dieckgräf, Jul. Timmermann.

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 16. Mai 1935, 19 Uhr bei Steffen. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Jüttemeier, Ratsherr Diekgräf, Lemcke, Körner, Möller, Sievers, Timmermann. Als Schriftführer Stadtinsp. Pieper. Unentschuldigt fehlte Stadtrat Cordes, Ratsherr Dwenger, Ladiges. Anwesend ferner Kreisbaurat Fröhlich, Stadtbaumstr. Diercks. <u>Tagesordnung:</u></p>
<p>Ankauf von Gelände durch die Evgl. Kirchengemeinde zur Anlage eines neuen Friedhofs.</p>	<p>Es fand eine eingehende Besichtigung des Geländes mit Kreisbaurat Fröhlich, Herrn Pastor Brakert und 3 Kirchenvertretern statt. Insbesondere wurde dabei die Frage erörtert, ob das in Frage kommende Gelände, das ja im Bebauungsgebiet der Stadt liege, nicht in erster Linie für Bauzwecke freigehalten werden müsse. Nach vielseitiger Prüfung gab der Kreisbaurat sein Gutachten dahin ab, daß er unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte das Gebiet für die Anlage eines Friedhofes sehr geeignet halte. Der Bürgermeister erklärte darauf den Kirchenvertretern, bei der Aufsichtsbehörde gegen die Durchführung der Anlage keine Bedenken erheben zu wollen.</p>

	Dann hielt der Kreisbaurat einen eingehenden interessanten Vortrag über die zweckmäßige und gute Gestaltung des künftigen Ortsbildes der Stadt.
Erlaß einer Hundesteuerordnung für die Stadt Wedel.	Die Gemeinderäte hatten gegen die Absicht, die Gültigkeit der Hundesteuerordnung um 5 Jahre zu verlängern, keine Bedenken.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Gemeinderäte: R. Lemcke, J. Sievers

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 22. Mai 1935, 19 Uhr im Gasthof zum Holsteinischen Haus.</p> <p><u>Anwesend</u>: Der Beauftragte der N.S.D.A.P., Kreisleiter Schramm, Bürgermeister Dr. Ladwig, Ratsherr Heinz Körner, Julius Timmermann Richard Lemcke, Jacob Sievers, Robert Diekgräf, Wilhelm Ladiges.</p> <p>Entschuldigt fehlt: Ratsherr Dwenger</p> <p><u>Tagesordnung</u>: (Berufung von 2 neuen Beigeordneten)</p>
	<p>Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung der Gemeinderäte, erläuterte ganz kurz die grundsätzliche Umgestaltung des gemeindlichen Verfassungsrechts und hob dabei die Stellung des Beauftragten der N.S.D.A.P. hervor. (Dann übernahm der Beauftragte der N.S.D.A.P. den Vorsitz). Er teilte mit, daß er beabsichtige, dem Herrn Regierungspräsidenten zur Berufung als 1. Beigeordneter den Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P., Ratsherrn Timmermann und als Vertreter den Bauern Hermann Groth, hier, Hafenstr. 39, vorzuschlagen.</p>
	<p>Er bat die Gemeinderäte um Äußerung zu diesem Vorschlage. Bedenken wurden nicht erhoben. Darauf erklärte der Beauftragte, daß er diese Vorschläge dem Herrn Regierungspräsidenten nunmehr unterbreiten wolle.</p>
	<p>Der Beauftragte der N.S.D.A.P. teilte dann mit, daß er die bisherigen Gemeinderäte wieder berufen wolle. Dieser Absicht haben die Gemeinderäte zugestimmt. Der Beauftragte der N.S.D.A.P. äußerte dann noch den Wunsch,</p>

	<p>daß die Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten auch künftig eine gute und fruchtbringende sein möge. Der Bürgermeister übernahm nunmehr den Vorsitz, um die weiteren Vorlagen mit den Ratsherren zu besprechen.</p>
	<p>1) Dem Antrag des Pg. Wege, die Hitler-Jugend für Anschaffung von Musikinstrumenten 90 RM aus den für Jugendpflege bereitgestellten Mitteln zu überweisen, empfehlen die Gemeinderäte zu entsprechen.</p>
	<p>2) Die Gemeinderäte stimmen der Absicht, den Mieterückstand Metzner-Langreder in Höhe von rund 390 RM niederzuschlagen, zu.</p>
	<p>3) Zum Rundschreiben des Deutschen Gemeindetages, der Hitler-Jugend zur Errichtung eines Nordmarklagers der H.-J. einen Betrag zur Verfügung zu stellen, empfehlen die Gemeinderäte, sich vorläufig ablehnend zu verhalten.</p>
	<p>4) Die Gemeinderäte äußerten aus verkehrstechnischen Gründen Bedenken, dem Antrag der Fa. J.D. Möller zu entsprechen und auf dem Adolf-Hitler-Platz gegenüber Mewes einen Lichtmast aufzustellen und bedauerte, daß die Firma die Auszahlung der Restbeihilfe von 500 RM für die Ausgestaltung des Adolf-Hitler-Platzes von der Aufstellung desselben abhängig macht. Die Gemeinderäte empfehlen, der Firma J.D. Möller mitzuteilen, daß die Stadt auf die Auszahlung der 500 RM unter diesen Umständen verzichte.</p>
	<p>5) Es wurde angeregt, einen Stadtgartenmeister einzustellen. Nachdem die Notwendigkeit, einen solchen Angestellten auch im Hinblick auf die zukünftig notwendig vorzunehmende Erneuerung der gärtnerischen Anlagen des</p>

	Krankenhauses bejaht wurde, wurde für die Anstellung der jetzige ehrenamtliche Stadtrat Jüttemeier in Vorschlag gebracht. Der Bürgermeister sage zu, diesem Plan baldigst näherzutreten.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Gemeinderäte: R. Möller, R. Diekgäf.

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 26. Juni 1935, 19 Uhr.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Jüttemeier, Timmermann, Ratsherr Diekgräf, Lemcke, Möller, Sievers. Schriftführer Stadtinspektor Pieper. Entschuldigt fehlten: Ratsherr Dwenger, Ladiges, Körner.</p> <p><u>Tagesordnung</u></p>
Veranlagung zur Vergnügungssteuer.	Die Gemeinderäte empfehlen zur Hebung des Fremdenverkehrs, die Veranlagung zur Vergnügungssteuer vorläufig für 3 Monate auszusetzen, um feststellen zu können, ob der dadurch erwartete verstärkte Zustrom von auswärtigen Personen und Gesellschaften auch einsetzt.
<u>Gewährung eines Zuschusses an das Jungvolk.</u>	Die beiden Fähnlein des Jungvolkes Wedel bitten, zur Beschaffung von 18 Zeltbahnen einen Betrag von rund 160 RM zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinderäte empfehlen, vorerst eine eingehende Nachprüfung über die Notwendigkeit vorzunehmen und evtl. einen Teilbetrag zu bewilligen.
<u>Niederschlagung eines Zuschusses an Lehrer Lipp.</u>	An den Hilfslehrer Lipp für den Monat April 1935 gewährten erstattungspflichtigen Zuschuß in Höhe von 64 RM soll in Rücksicht auch in schlechter wirtschaftlicher Lage des Lipp nieder-

	geschlagen werden.
<u>Bohrungen auf städtischem Eigentum durch das Altonaer Gas- und Wasserwerk.</u>	Den Antrag des Altonaer Gas- und Wasserwerks, Probebohrungen an öffentlichen Wegen und Plätzen zur Erforschung der Bodenschichten zu gestatten, empfehlen die Gemeinderäte abzulehnen.
<u>Erwerb eines beim Krankenhaus gelegene Grundstücks von Frau Thomas.</u>	Nach eingehender Beratung stimmen die Gemeinderäte dem Vorschlag des Krankenhausarztes, das beim Krankenhaus gelegenen, etwa 2100 qm große Grundstück der Frau Thomas mit dem darauf stehenden Wohnhaus und dem Treibhaus zum Gesamtpreis von etwa 18.000 RM zu erwerben, zu, weil sie die Notwendigkeit anerkennen, die zur Zeit ganz außerordentlich hohen Kosten für Beschaffung von Frühgemüse usw. durch Umstellung auf auf möglichste Selbstversorgung zu senken.
	Es fand eine Rathausbesichtigung während der Nachmittagsdienststunden statt. Der Bürgermeister wollte den Ratsherren bei dieser Gelegenheit augenfällig die z.Zt. völlig unzureichenden teilweise sogar den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechenden Diensträume zeigen, zugleich aber auch erreichen, daß die Ratsherren sich aus eigener Anschauung davon überzeugen, daß Erweiterungsbauten der Wohnungen Petersen und Fritze und der Wohnung Metzner außerhalb des Rathauses lediglich eine kostspielige Notlösung für vielleicht 2 Jahre wäre, so daß die Errichtung eines neuen Gebäudes auch im Hinblick auf das verwiesene und zu erwartende Wieder-

	verpachten der Stadt die einzig zweckmäßige Lösung wäre.
	Anschließend fand eine Besichtigung des Krankenhauses und eine Aussprache mit dem Arzt und der Oberschwester über wirtschaftliche Fragen des Krankenhauses statt.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Gemeinderäte: J. Sievers, Jul. Timmermann

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 18. Juli 1935, 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Julius Timmermann, Hermann Groth, Ratsherr Robert Johann Dwenger, Heinz Körner, Wilhelm Ladiges, Richard Lemcke, Richard Möller Entschuldigt fehlte Herr Emil Cordes.. Schriftführer Stadtinspektor Pieper. <u>Tagesordnung</u></p>
1. <u>Einführung und Vereidigung der Beigeordneten.</u>	<p><u>Erläuterung zur Tagesordnung:</u> Zu 1: Der Bürgermeister führte den 1. Beigeordneten Timmermann und den Stadtrat Groth ein und händigte ihnen ihre Anstellungs-urkunden aus. Der Stadtrat Groth wurde vereidigt. Den Gemeinderäten wurden ihre neuen Ernennungsurkunden ausgehändigt.</p>
2. <u>Aufnahme eines Arbeitsbeschaffungs-Darlehens.</u>	<p>Zu 2: Der Aufnahme eines zinslosen Darlehens von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Berlin-Charlottenburg in Höhe von 6.800 RM für die</p>
3. <u>Umbenennung des Rosengartens.</u>	
4. <u>Jahresabschluß der Sparkasse für 1934.</u>	
5. <u>Bohrungen in Wedel durch das Wasserwerk Altona.</u>	
6. <u>Erlaß einer Ortssatzung über Naturdenkmäler.</u>	
7. <u>Verschiedenes.</u>	

	Siedlung am Hoophof und die Befestigung des Hoophofs, der Schillerstraße und der Feldstraße, rückzahlbar in 6 gleichen jährlichen Raten stimmen die Gemeinderäte zu.
	Zu 3: Den Antrag des Wedeler Turnvereins, den Rosengarten in Friedrich-Ludwig-Jahnstr. umzubenennen, empfehlen die Gemeinderäte, wegen der geschichtlichen Bedeutung des Namens Rosengarten, abzulehnen.
	Zu 4: Zu dem Jahresabschluß der Sparkasse für das Rechnungsjahr 1934 sind die Gemeinderäte gehört worden. Sparkassendirektor Metzger gab einen eingehenden Überblick über die Entwicklung der Sparkasse im vergangenen Rechnungsjahr und beantwortete die Fragen der Gemeinderäte.
	Zu 5: Die Gemeinderäte hielten es für empfehlenswert, sich dem Wasserwerk J.D. Möller gegenüber zu verpflichten, Anträge dritter Stellen auf Erteilung der Erlaubnis zum Bohren auf städtischem Eigentum nur im Einvernehmen mit dem Wasserwerk zu entsprechen.
	Zu 6: Die Ratsherren Möller und Diekgräf und der Gartenmeister Jüttemeier wurden beauftragt, das Verzeichnis der unter Schutz zu stellenden Naturdenkmäler nunmehr endgültig festzulegen.
	Zu 7: Außerhalb der Tagesordnung: Die Gemeinderäte wurden zu dem Erlaß der Hauptsatzung, die inzwischen von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist, voraus gehört. Die Gemeinderäte waren mit der Entscheidung der Kohlenlieferung an die Firma Steiner & Sohn, Altona, einverstanden, weil deren Angebot erheblich unter den Angeboten der Wedeler Kohlenhändler lag. Die Anregung des Gewerbelehrers Otzen, den Anschluß der Wedeler Berufsschule an ein

	größeres Schulsystem vorzunehmen, wollen die Gemeinderäte prüfen und haben zu diesem Zwecke den Beigeordneten Timmermann gebeten, mit der Schulbehörde Altona die Verhandlungen in Gemeinschaft mit dem Ratsherrn Diekgräf aufzunehmen.
	Die Gemeinderäte stimmen der Aufstellung des außerordentlichen Haushaltsplanes und der Änderung der Haushaltssatzung zu. §1 der Haushaltssatzung soll wie folgt geändert werden:
	Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935 wird im außerordentlichen Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 6.800 RM festgesetzt.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Gemeinderäte: R. Lemcke, Jakob Sievers.

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am Montag, den 23. ds. Mts., Sept. 1935 um 20 Uhr im Rathause.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Julius Timmermann, Hermann Groth, Ratsherr Johann Dwenger, Heinz Körner, Richard Lemcke, Richard Möller, Jacob Sievers.</p> <p>Entschuldigt fehlten Ratsherr Wilhelm Ladiges und Ratsherr Robert Diekgräf. Schriftführer Stadtinspektor Pieper.</p> <p><u>Tagesordnung</u></p>
1) <u>Besprechung der Jahresrechnung für 1934.</u>	<p><u>Erläuterung zur Tagesordnung.</u> Zu 1): Das Ergebnis der Rechnungslegung für das Jahr 1934 wurde den Gemeinderäten vorgetragen, insbesondere auch die Tatsache, daß der Steuereingang besser gewesen sei, als ursprünglich angenommen werden durfte, so daß der Kassenbehalt rund 130.000 RM betragen habe. Dieser Betrag sei mit 90.000 RM dem Schuldentilgungsfonds und mit rund 40.000 RM der Ausgleichsrücklage zugeführt worden. Weiter wurde die Notwendigkeit der in verhältnismäßig geringem Umfange notwendig gewordenen</p>
2) <u>Besprechung des Nachtrags-Haushaltsplan für 1935.</u>	
3) <u>Aufstellung des außerordentlichen Haushaltsplanes</u>	
4) <u>Verschiedenes.</u>	

	Haushaltsüberschreitungen umgehend erörtert. Die Gemeinderäte haben sich zu der Jahresrechnung und der Verwendung des Überschusses nicht geäußert.
	Zu 2) u. 3): Der Nachtragshaushalt, dessen Aufstellung durch die Erhöhung der Kreisabgaben erforderlich geworden war, und der außerordentliche Haushalt für 1935, der für umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die erforderlichen Mittel bereitstellt, wurden eingehend besprochen. Die Gemeinderäte hatten gegen die beiden Pläne keine Bedenken und stimmten dem Erlaß der Nachtragshaushaltssatzung, wonach die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushalts von 706.144,99 RM auf 862.200,13 RM und im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe von 0 RM auf 302.650,71 RM erhöht werden, zu.
	Zu 4): Die Gemeinderäte empfehlen, die Bemühungen um den Erwerb eines Streifens von der Heinsohn'schen Wiese dem Bahnhof gegenüber zum Zwecke der Anlage einer neuen Straße wegen der außerordentlich erhöhten Forderung von Heinsohn bis auf weiteres zurückzustellen.
	Es wurden noch verschiedene Angelegenheiten u.a. auch der Sparerlaß des Innenministers besprochen.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Gemeinderäte: Körner, J. Dwenger

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am Montag, den 29. September 1935 im Gasthof „Zum Roland“ in Wedel. <u>Anwesend:</u> Der Beauftragte der N.S.D.A.P., Kreisleiter Schramm, Bürgermeister Dr. Ladwig, Ratsherr Heinz Körner, Richard Möller, Richard Lemcke, Robert Diekgräf, Wilhelm Ladiges, Johann Dwenger. Entschuldigt fehlte Ratsherr Jacob Sievers. Schriftführer Stadt-Obersekretär Hinz. <u>Tagesordnung</u></p>
Besprechung des Beauftragten der N.S.D.A.P. mit den Gemeinderäten wegen Berufung eines neuen Beigeordneten.	Die Verhandlung ergab: Da der Kreisleiter zur angesetzten Uhrzeit um 13 ¼ Uhr nicht erscheinen konnte, wurden zunächst folgende Sachen besprochen:
1) Antrag des Schuhmachers und Landmanns Johannes Nagel auf käufliche Überlassung städtischen Grundbesitzes.	Die Gemeinderäte schließen sich der Stellungnahme des Stadtbaumeisters vom 12.9.35 an.
2) Fortsetzung der Aussprache über den Spritzenhausumbau.	2) Der Bürgermeister gibt den Kostenanschlag im einzelnen bekannt. Die Gemeinderäte erheben grundsätzliche Bedenken gegen das Projekt nicht. Es werden Zweifel laut über die Richtigkeit der in Ansatz gebrachten Kosten der Klempner- und Mechanikerarbeiten.
	3) Nachdem der Beauftragte der N.S.D.A.P.,

	<p>Kreisleiter Schramm, mit dem Kreisgeschäftsführer Fehre erschienen war, wurde Ratsherr Lemcke von den Beratungen ausgeschlossen. Bürgermeister Dr. Ladwig gab kurz Erläuterungen zu den zur Beratung stehenden Angelegenheiten. Dann übernahm der Beauftragte der N.S.D.A.P. den Vorsitz. Er teilte mit, daß er beabsichtige, dem Herrn Regierungspräsidenten zur Berufung als Beigeordneten Stadtrat an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Cordes den Ratsherrn Richard Lemcke vorzuschlagen. Er bat die Gemeinderäte um Äußerung zu diesem Vorschlage. Bedenken wurden nicht erhoben.</p>
	<p>Darauf erklärte der Beauftragte der N.S.D.A.P., daß er diesen Vorschlag dem Herrn Regierungspräsidenten nunmehr unterbreiten wolle. Sodann teilte der Beauftragte der N.S.D.A.P. mit, daß er als Gemeinderäte (Ratsherren) den technischen Inspektor Georg Weide und den Gärtner Karl Petersen an Stelle der ausgeschiedenen Ratsherren Richard Lemcke und Julius Timmermann berufen wolle.</p>
	<p>Dieser Absicht haben die Gemeinderäte zugestimmt. Daraufhin teilte der Beauftragte der N.S.D.A.P. diese Berufung dem Bürgermeister telefonisch mit. Die berufenen neuen Ratsherren wurden sodann in das Verhandlungszimmer gebeten und ihnen durch den Bürgermeister die Anstellungsurkunden überreicht.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig W. Hinz</p>
	<p>Die Gemeinderäte: W. Ladiges, Dieckgräf</p>

	<p><u>Entschließung</u> zur Ziffer 1 der Gemeinderätesitzung am 5. Mai 1936 Hauptsatzung für die Stadt Wedel i. Holst.</p>
	<p>Auf Grund des §3 Absatz 2 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren und mit Zustimmung des Beauftragten der N.S.D.A.P. folgende Hauptsatzung erlassen:</p>
	<p><u>§1</u> Der Bürgermeister wird hauptamtlich ange- stellt. Nach Ablauf der Wahlperiode kann Wiederberufung auf Lebenszeit erfolgen.</p>
	<p><u>§2</u> Dem Bürgermeister stehen 3 ehren- amtliche Beigeordnete zur Seite.</p>
	<p><u>§3</u> Die Zahl der Ratsherren beträgt 8.</p>
	<p><u>§4</u> Zur beratenden Mitwirkung werden für folgende Verwaltungszweige Beiräte bestellt: a.) für Feld- und Forstangelegenheiten b.) für Bauangelegenheiten c.) für die Betriebswerke d.) für das Strandbad Der Bürgermeister kann nach Bedarf Beiräte zur beratenden Mitwirkung in bestimmten Einzelfragen berufen.</p>
	<p><u>§5</u> Der Bürgermeister und die Beigeordneten tragen bei feierlichen Anlässen als Amts- zeichen eine silberne Gliederkette mit dem Wappen der Stadt Wedel.</p>
	<p><u>§6</u> Die ehrenamtlichen Beigeordneten erhalten eine Aufwandsentschädigung von je 100 RM jährlich.</p>

	<p>Soweit sie ein bestimmtes Arbeitsgebiet verwalten, erhalten sie außerdem für die Dauer der Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung von 20 RM im Monat. Der Beigeordnete, der den Bürgermeister vertritt, erhält für die Zeit der Vertretung für den Tag 10 RM Aufwandsentschädigung.</p>
	<p>Den ehrenamtlich tätigen Bürgern werden als Ersatz ihrer Auslagen und als entgangene Arbeitsentgelte folgende Durchschnittssätze gewährt:</p> <p>a) Bei Tätigkeit am Ort bis 18 Uhr 1 RM für die Stunde,</p> <p>b) Bei auswärtiger Tätigkeit Reisekosten und Tagegelder nach Stufe III des Gesetzes über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15.12.1933 (R.G.Bl. II 1064).</p>
	<p><u>§7</u> Bürgern, die mindestens 20 Jahre ein Ehrenamt ohne Titel verwaltet haben, kann die Amtsbezeichnung „Stadtältester“ verliehen werden.</p>
	<p><u>§8</u> Die Stadtordnung für die Stadt Wedel vom 26.8.09 mit Nachtrag I vom 9.9.1910 und Nachtrag II vom 30.4.1923, die die Satzung betreffend die Zahl der Beigeordneten in der Stadt Wedel vom 4.4.34 und die Satzung betreffend die Zahl der Gemeinderäte in der Stadt Wedel vom 4.4.35 treten mit dem Inkrafttreten dieser Hauptsatzung außer Kraft.</p>
	<p>Wedel, Hosten, den 15. Mai 1935. Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>
	<p><u>Genehmigt:</u> Gemäß §3, Abs. 2, der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 genehmige ich die Hauptsatzung. Der §6 wird gestrichen. Pinneberg, den 6. Juni 1935. Der Landrat, gez. Duvigneau</p>

	<u>EntschlieÙung</u> zu Ziffer 2 der Gemeindegemeinschaft am 16. Mai 1935. ErlaÙ einer Hundesteuerordnung für die Stadtgemeinde Wedel i.H.
Die Paragraphen 1-5 liegen in gedruckter Form vor.	

<p><u>§6.</u> 1) Jeder Hauseigentümer oder Stellvertreter eines solchen ist verpflichtet, dem Bürgermeister oder den von ihm Beauftragten auf Nachfrage über die in dem betreffenden Hause oder dem Grundstück gehaltenen Hunde und deren Besitzer Auskunft zu geben.</p>	<p><u>§8.</u> Steuerrückstände werden im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigetrieben.</p>
<p>2) Bei der vom Bürgermeister angeordneten allgemeinen Aufnahme des Hundebestandes ist außer dem nach Absatz 1 Verpflichteten auch jeder Haushaltungsvorstand verpflichtet, die von dem Beauftragten erfragten Auskünfte hinsichtlich der Hundehaltung zu geben.</p>	<p><u>§9.</u> Hunde, die an einem öffentlichen Orte ohne gültiges Steuerzeichen oder bei Zuchthunden ohne den Besitzer angetroffen werden, können durch vom Bürgermeister Beauftragte eingefangen und, wenn nicht innerhalb einer Frist von 1 Woche von dem Beauftragten die Herausgabe verlangt wird, gemäß §§ 949-982</p>
<p><u>§7.</u> Auf die Rechtsmittel finden die Bestimmungen der §§ 69-75 des Kommunalabgabengesetzes sinngemäß Anwendung. Die Einspruchsfrist beginnt mit dem Tage nach der Aufforderung zur Zahlung (Zustellung des Steuerzettels).</p>	<p>des Bürgerlichen Gesetzbuches öffentlich versteigert werden. Wenn der Steuerpflichtige sich innerhalb der Frist von einer Woche meldet und die erfolgte Entrichtung der Steuer nachreicht, so erhält er gegen Erstattung der Futterkosten, des Fanggeldes und der anderweitig entstandenen Kosten den Hund zurück. Die Strafvorschriften des §10 bleiben unberührt.</p>
	<p><u>§10.</u> Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Steuerordnung werden mit einer Geldstrafe</p>

	bis zu 150 RM bestraft. Im Falle der Versteuerung eines steuerpflichtigen Hundes, wird außerdem die Steuer für 3 zurückliegende Jahre nachgefordert.
	<u>§11.</u> Die in Beziehung auf das Halten eines Hundes bestehenden Polizeivorschriften werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.
	<u>§12.</u> Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1935 in Kraft und am 31.3.1940 außer Kraft.
Wedel, den 17. Mai 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<u>Genehmigung</u> Nachdem der Herr Reichs- und Preuß. Minister des Innern zugleich im Namen des Preuß. Finanzamtes durch Erlaß vom 5. Juli 1935 U.St. Wedel 65 F.M. IV SJ461/1.296.35 das nach §77 JJ Abt. 2 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes erforderliche Einverständnis erklärt hat, genehmige ich hiermit vorstehende Hundesteuerordnung gemäß §§ 16, 18 und 77 des Kommunalabgabegesetzes vom 14.5.1893 mit der Maßgabe, daß der §12 folgende Feststellung erhält:
	„Diese Steuerordnung tritt mit dem 21.5.1935 in Kraft und am 31.3.1940 außer Kraft“.
Pinneberg, den 2. August 1935	Der Landrat, gez. Duvigneau

	<u>EntschlieÙung</u> zu Ziffer 1 der Gemeinderätesitzung am 16. Juni 1935.
	Zur Hebung des Fremdenverkehrs und zur Belebung der vom Fremdenverkehr abhän- gigen Betriebe habe ich mich entschlossen, gemäß §25 der Vergnügungssteuerordnung die Stadtgemeinde Wedel eine Steuererleich- terung hinsichtlich der Besteuerung von Vereinsveranstaltungen eintreten zu lassen.
	Vom Tage der Bekanntmachung an bis ein- schließlich September 1935 werden Veran- staltungen (auch wenn sie mit Tanzbelusti- gungen verbunden sind) hiesiger und aus- wärtiger Vereine, Betriebe, usw. mit einer Vergnügungssteuer versuchsweise <u>nicht</u> belegt. Diese Maßnahme findet auf öffent- lichen Tanzlustbarkeiten <u>keine</u> Anwendung.
Wedel, Holst., d. 27. Juni 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<u>EntschlieÙung</u> zu Ziffer 2 der Gemeinderätesitzung am 18. Juli 1935
a) Ich beschlieÙe die Aufnahme einer Anleihe von 6.800 RM (Sechstausendachthundert Reichsmark) bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin-Charlottenburg. Diese Anleihe soll für folgende Zwecke verwendet werden:	<p>Siellegung in der Schillerstraße und Befestigung der Schillerstraße: 2.800 RM</p> <p>Siellegung im Hoophof und Befestigung des Hoophofs 2.200 RM</p> <p>Befestigung von rd. 500 m in der Feldstraße und des Verbindungsweges Feldstraße/Tinsdalerweg: <u>1.800 RM</u></p> <p style="text-align: right;">zus. <u>6.800 RM</u></p> <p>Die Anleihe ist unverzinslich und soll in 6 gleichen Jahresraten getilgt werden. Die Tilgung erfolgt aus dem Arbeitsbeschaffungsfonds und beginnt im Jahre 1936.</p>
b) Der §1 der Haushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1935 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:	Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935 wird im außerordentlichen Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 6.800 RM festgesetzt.
Wedel, den 23. Juli 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
Genehmigungsvermerk Seite 49	

	<p><u>EntschlieÙung</u> zu Ziffer 2 u. 3 der Gemeinderätesitzung am 23. 9. 1935. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Wedel, Kreis Pinneberg, Reg. Bez. Schleswig für das Rechnungsjahr 1935.</p>
	<p>Auf Grund des §88 Abs. 1 DGO vom 30.1. 1935 (RGB S.49) wird nach Beratung mit den Gemeinderäten (Ratsherren) folgende Nachtragshaushaltssatzung festgestellt:</p>
	<p><u>§1.</u> In dieser Satzung als Anlage beigefügter Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 862.200,13 RM gegenüber 706.144.99 RM Einnahmen im ordentlichen Haushaltsplan 1), in den Ausgaben auf 862.200,13 RM gegenüber 706.147,99 RM Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan 1) und im außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 302.650,71 RM gegenüber 0 RM Einnahme im außerordentlichen Haushaltsplan 1) in den Ausgaben auf 302.650,71 RM gegenüber 0 RM Ausgabe im außerordentlichen Haushaltsplan 1) festgesetzt 2).</p>
	<p><u>§2.</u> Die Steuersätze für das Rechn. Jahr 1935 bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassenrendite, die im Rechn. Jahr 1935 zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, bleibt unverändert.</p>
	<p><u>§4.</u> Der Darlehensbetrag der zur Bestreitung von Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan des Rechn. Jahres 1935 dienen soll, bleibt unverändert.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	Das Aufnehmen von Darlehen im Gesamtbetrage von 6.800 RM, in Worten „Sechstausendachthundert Reichsmark“, im Rahmen des außerordentlichen Haushaltes zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung wird genehmigt.
	Der Paragraph 4 der Nachtragssatzung muß lauten: „Der Vorjahresbetrag, der zur Besteuerung von Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan des Rechnungsjahres 1935 dienen soll, beträgt 6.800 RM“.
Pinneberg, den 8. Oktober 1935	Der Landrat, gez. Duvigneau

	<u>Genehmigung zur Entschließung</u> Seite 46
	Die Aufnahme eines zinslosen Darlehens von <u>6.800 RM</u> in Worten „Sechstausendachthundert Reichsmark“ bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin-Charlottenburg wird auf Grund des §78 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 in Verbindung mit §27 der hierzu ergangenen ersten Durchführungsverordnung vom 22. März 1935 Reichsgesetzblatt I, Seite 393 <u>genehmigt.</u>
	Das Darlehen ist in sechs gleichen Jahresraten, beginnend im Jahre 1936, zu tilgen.
Pinneberg, den 30. Juli 1935	Der Landrat, gez. Duvigneau

	<p><u>Gemeinderätesitzung</u> am 11. November 1935, 20 h im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Ratsherr Diekgräf, Ladiges, Dwenger, Möller, Weide, Körner, Sievers, Petersen. Schriftführer Stadtinsp. Pieper. Es fehlte entschuldigt Stadtrat Lemcke. <u>Tagesordnung:</u></p>
<p>Neubau des Rathauses; Verschiedenes Berichterstatter Dr. Ladwig</p>	<p>Über den Neubau des Rathauses fand eine längere Aussprache statt, an der sich fast alle Ratsherren beteiligten. Der Bürgermeister begründete eingehend die Notwendigkeit, den Neubau sofort in Angriff zu nehmen. Die Ratsherren erkannten zwar die Notwendigkeit eines Neubaus an, glaubten aber, die endgültige Zustimmung noch nicht geben zu können, weil die finanziellen Auswirkungen infolge erhöhter Kosten für Heizung, Reinigung, Beleuchtung, durch Mietausfall, Zinsverlust usw. noch nicht genügend geklärt seien. Die Ratsherren empfahlen Vertagung zum Zwecke der Anfertigung einwandfreier Berechnungsunterlagen.</p>
	<p>Die beabsichtigte Erhöhung des Vorschlages der städt. Spar- und Leihkasse um 4.465,- RM</p>

	für die Erstattung eines Gehaltsteiles des ehemaligen Sparkassenrendanten Dröge und von Hinterbliebenenbezügen der Witwe Dröge in der Zeit vom 1. April 1934 bis 31. Dezember 1935 an die Stadtkasse wurde vorgetragen. Die Gemeinderäte haben dem zugestimmt.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Gemeinderäte: Weide, J. Sievers, Jul. Timmermann, W. Ladiges

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 14. November 1935 um 20 Uhr im Rathause</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Körner Ladiges, Möller, Petersen, Sievers, Weide Schriftführer Stadtinspektor Pieper.</p> <p><u>Tagesordnung:</u></p>
Fortsetzung der Besprechung des Rathausneubaus.	Der Bürgermeister erläuterte an Hand der jedem Ratsherrn übersendeten Aufstellung nochmals die Mehrkosten der laufenden Unterhaltung eines neuen Rathauses gegenüber dem bisherigen Zustand. Nach einer kurzen Aussprache stellte der Bürgermeister die Frage, wer sich nunmehr noch gegen den Neubau eines Rathauses ausspräche.
	Es wurde kein Widerspruch erhoben. Ratsherr Körner bat, nachdem nunmehr alle Ratsherren dem Rathausneubau endgültig zugestimmt hatten, die Notwendigkeit entweder durch die Zeitung oder in einer Versammlung der Öffentlichkeit eingehend darlegen und zu begründen. Der Bürgermeister gab dann noch bekannt, daß Beigeordneter Timmermann in seiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter dem Rathausneubau erst dann zugestimmt habe, nachdem er dem Beigeordneten folgende Frage beantwortet habe:
	a) daß die hohen Kosten des Neubaus nicht über 146.000 RM betragen würden,

	<p>b) daß der Neubau des Rathauses auf absehbare Zeit allen Anforderungen genügt,</p> <p>c) daß die durch den Neubau des Rathauses entstehenden laufenden Mehrkosten ohne Schwierigkeiten von der Stadt getragen werden können,</p> <p>d) daß die durch den Neubau eines Rathauses in dem Gebäude Austr. Nr. 5 freiwerdenden Räume gegebenenfalls Parteizwecken zur Verfügung gestellt würden.</p>
	Nunmehr erklärte der Bürgermeister, sofort mit der Ausführung des Planes beginnen zu wollen.
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	Die Ratsherren: Jul. Timmermann, Weide, Körner
	<p><u>Entschließung</u> Nachdem die Ratsherren in heutiger Sitzung dem Neubau eines Rathauses zugestimmt haben, beschließe ich, dem Neubau eines Rathauses zum Höchstpreise von 140.000 RM. Die Kosten werden gedeckt aus dem Arbeitsbeschaffungsfonds von 50.000 RM und dem Erlös aus dem Verkauf des jetzigen Rathauses an die Sparkasse in Höhe von 90.000 RM. Mit der Ausführung soll sofort begonnen werden.</p>
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	Körner, K. Petersen

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 18. Dezember 1935 um 20 Uhr im Rathaus <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Körner Petersen, Sievers, Weide, Schriftführer Stadtinsp. Pieper. Zur Information: Referendar Bielenberg Es fehlten entschuldigt Ratsherr Ladiges u. Möller. <u>Tagesordnung</u></p>
<p>1) <u>Voranschlag der Spar- u. Leihkasse für 1936.</u></p>	<p>An Hand der den Ratsherren vorliegenden Abschrift des Voranschlages für 1936 erläuterte Spark.-Direktor Metzger bei jedem Titel die Ansätze und verglich sie mit den Vorjahr. Mehr- oder -Minderausgaben wurden begründet. Die Ratsherren hatten gegen die Festsetzung des vorliegenden Voranschlages keine Bedenken.</p>
<p>2) <u>Erhebung der Bürgersteuer 1936.</u></p>	<p>Der Bürgermeister teilte mit, daß die Bürgersteuer für 1936 wieder in der gleichen Höhe erhoben werden solle wie 1935, also mit dem 5fachen Betrage des Reichssatzes. Nach einem Runderlaß vom 15.7.35 dürfe eine Steuer-senkung nicht erfolgen, eine Erhöhung sei auch nicht notwendig. Gegen die im Entwurf vorlie-</p>

	gende EntschlieÙung über die Erhebung der Bürgersteuer für 1936 erheben die Ratsherren keine Einwendungen.
3) ErlaÙ der Vergnügungssteuer zur Hebung des Fremdenverkehrs im Jahre 1936.	Die Befreiung hiesiger u. auswärtiger Vereine u. Betriebe von der Vergnügungssteuer hat 1935 einen nennenswerten Steuer ausfall nicht gehabt. Er wird wieder ausgeglichen durch die Mehreinnahme an anderen Steuern und durch größeren Zustrom von Fremden. Es soll deshalb den Gastwirten im Jahre 1936 wieder dieselbe Befreiung gewährt werden wie 1935. Die Ratsherren stimmten der im Entwurf vorliegenden EntschlieÙung grundsätzlich zu, empfahlen jedoch, Veranstaltungen hiesiger Betriebe nicht nur – wie vorgesehen – um 50 v.H., sondern ebenfalls ganz von der Bürgersteuer freizustellen.
4) <u>Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Jahresrechnungen für 1932-1934.</u>	Den Ratsherren wurde der Entlassungsbeschlul des Landrats in Pinneberg für die Jahresrechnungen 1932 u. 1933 vom 19. November 1935 u. für die Jahresrechnung 1934 vom 12. November 1935 mit den dazu gehörenden Prüfungsberichten bekanntgegeben.
5) <u>Verschiedenes.</u>	Dem Antrag der Fachschaft „Kraftdroschken Altona“ vom 12.12.35 anzuerkennen, dal 3 Kraftdroschken dem örtl. Bedürfnis genügen, empfahlen die Ratsherren nicht beizutreten, weil bei dem ausgedehnten Ortssatz 4 Kraftdroschken erforderlich seien.
	Der Bürgermeister gab dann noch einige

	wichtige Erlasse bekannt.
Wedel, den 18. Dezember 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Ratsherren: Weide, J. Sivers
	<u>EntschlieÙung</u> betreffend die Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel (Holst.) für das Kalenderjahr 1936.
	Aufgrund des §3 Abs. 4 der B.H.D.V.O. in der Fassung vom 16.10.1935 (R.Ges.Bl. I, S1241) fasse ich, nachdem die Gemeinderäte in der Sitzung vom 18.12.1935 hierzu gehört worden sind, folgende EntschlieÙung:
	<u>§1:</u> Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 16.10.1935 (R.G.Bl. 5, S. 1237) für das Kalenderjahr 1936 eine Bürgersteuer in Höhe des fünffachen Reichssatzes.
	<u>§2.</u> Die Bürgersteuer wird auf Grund schriftlicher Veranlagungsbescheide erhoben.
	<u>§3.</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je ¼ des Jahresbetrages am

	10.2., 10.5., 10.8. u. 10.11. des Jahres, sie ist bis zu diesen Tagen an die Stadtkasse Wedel (Holst.) zu entrichten.
Wedel (Holst.), den 23. Dezember 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<u>EntschlieÙung</u> Zur Hebung des Fremdenverkehrs und zur Belegung der vom Fremdenverkehr abhängigen Betriebe beschlieÙe ich hiermit auf Grund des §25 der Vergnügungssteuerordnung für die Stadtgemeinde Wedel folgendes:
	<u>§1:</u> Steuerpflichtige Veranstaltungen auswärtiger Vereine, Betriebe usw. und hiesiger Betriebe werden von der Vergnügungssteuer freigestellt.
	<u>§2.</u> Für steuerpflichtige Veranstaltungen hiesiger Vereine wird der jeweilige Vergnügungssteuersatz um 50 v.H. ermäßigt.
	<u>§3.</u> Die Steuererleichterung tritt auch ein für Veranstaltungen, die mit Tanz verbunden sind. Öffentliche Tanzlustbarkeiten genießen dagegen keine Steuererleichterung.
	<u>§4.</u> Diese EntschlieÙung hat Gültigkeit für die Zeit vom 1.4.-30.9.1936; sie ist jedoch stets widerruflich.
Wedel (Holst.), den 23. Dezember 1935	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 17. Januar 1936 um 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Timmermann, Groth, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Möller, Petersen, Sievers, Weide, Stadtinspektor Pieper, Referendar Bielenberg. Entschuldigt fehlten: Stadtrat Lemcke, Ratsherr Körner. <u>Tagesordnung</u></p>
1) Bericht des Herrn Butendeich über die Zollabfertigung im Schulauer Hafen.	
2) „Kraft durch Freude“-Fahrten nach Wedel.	
3) Vergebung von Erbbaugrundstücken.	
4) Aussprache über die Vorarbeiten zum Rathausneubau.	
5) Entschädigung der Beigeordneten und ggf. der Ratsherren.	
6) Verschiedenes.	
	<p><u>Zu 1:</u> Über die Zollabfertigung im Schulauer Hafen sprach Herr Butendeich. Er bedauerte, daß der Hafen so wenig benutzt werde, obschon er doch verhältnismäßig günstig liege. Es sei in erster Linie anzustreben, daß hier ein Zollamt errichtet würde. Damit Schiffe den Hafen auslaufen und die für die nähere Umgebung bestimmte Ladung hier löschen könnten. Wünschenswert sei ferner eine</p>

	<p>Werft und ein Ladekran. In einem verstärkten Hafenverkehr liege ein sehr beachtlicher Vorteil für das Wirtschaftsleben der Stadt. Es müßten ferner die Abgaben für die den Hafen anlaufenden Barkassen usw. fortfallen, da sich diese Maßnahme sehr zum Schaden des Ortes ausgewirkt und der Fremdenverkehr sich deshalb immer mehr zur hannoverschen Seite hinübergezogen habe, weil diese Abgaben dort nicht erhöht wurden.</p>
	<p><u>Zu 2:</u> Ratsherr Diekgräf berichtete, daß ihm die zuständigen Stellen der Gauleitung zugesagt hätten, eine „Kraft durch Freude“-Fahrt und vielleicht auch Wochenendfahrten nach Wedel durchzuführen. Es müßte jedoch die Unterbringung der Fahrtteilnehmer vorher sichergestellt sein. Das Ergebnis der Aussprache war, daß der Ortsgruppenleiter die Amtswalter der Partie zur Werbung mit heranziehen will. Sie sollen mit einem Rundschreiben bei allen Sammlern vorsprechen und die Zahl der zur Verfügung stehenden Betten feststellen.</p>
	<p><u>Zu 3:</u> Die Ratsherren empfahlen dem Bürgermeister, die Pacht für Erbbauplätze künftig von Fall zu Fall festzusetzen und fänden einen Preis von 1-3 RPfg., bei den an der Rissener Chaussee gelegenen Grundstücken von 5 RPfg. je qm für angemessen. Außerdem müßte verlangt werden, daß an den Festplätzen, insbesondere an der Rissener Chaussee, größere Häuser errichtet würden.</p>
	<p><u>Zu 4:</u> Um mehr Entwürfe für den Rathausneubau zu erhalten, regten die Ratsherren an, in Wedel einen Ideenwettbewerb zu veranstalten. Die Zeichnungen sollen mit Bleistift gefertigt werden und Ansichten mit Grundriß und die Kosten je cbm umbau-</p>

	ten Raumes enthalten. Es sollen daher 3 Preise von 200, 100 und 50 RM ausgesetzt werden.
	Der Bürgermeister will in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Vorschlag für die Änderung der Höchstsatzung machen.
	<u>Zu 6.:</u> Die von dem Schlossermstr. Ketel geplante Parkstellenverlängerung empfahlen die Ratsherren abzulehnen, da die Sicherheit der Fußgänger gefährdet sei, wenn die Autos über den Bürgersteig zur Parkstelle auf den Hof fahren müssen.
	<u>Zu 7.</u> Dem Sparkassenangestellten Ekbert soll ein Mietnachlaß von 10 RM gewährt werden, weil er die Wohnung im Rathaus anstatt am 1. erst am 16. Januar 1936 bezogen hat.
	<u>Zu 8.</u> Dem Antrag der Innungsgärtner auf Ermäßigung der Vergnügungssteuer für die Maskerade

	<p>im „Roland“ soll nicht entsprochen werden. Jedoch will der Bürgermeister einen Antrag auf Freistellung der Kosten für Sicherung und Festräume ausnahmsweise in Abstimmung der beim Strandfest im letzten Jahr geleisteten Arbeiten noch nachträglich bewilligen.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: Ladiges, J. Sievers</p>

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 12. Februar 1936 um 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Timmermann, Groth, Lemcke, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Möller, Petersen, Sievers, Weide, Schriftführer Pieper, Zur Information Referen- dar Bielenberg. Entschuldigt fehlte Ratsherr Körner. <u>Tagesordnung:</u></p>
1.) Besprechung des Haushaltsplanes für 1936;	<p>Vor Besprechung der Tagesordnung gedachte der Bürgermeister des verstorbenen Landesgruppenleiters der Schweiz, Pg. Gustloff. Die Ratsherren ehrten ihn durch Erheben von den Plätzen. <u>Zu 1.)</u> Der Haushaltsentwurf für 1936 wurde dann mit den Ratsherren besprochen. Die Ratsherren behandelten jeden Abschnitt, stellten Fragen und gaben Anregungen, denen der Bürgermeister soweit es möglich ist, entsprechen will. Nach der Besprechung des Haushaltsentwurfs gab der Bürgermeister bekannt, daß er beabsichtige, die in Abschrift beigefügte Ortssatzung über den Haushaltsplan der Stadt Wedel zu verlesen. Die Ratsherren stimmten dem zu.</p>
2.) Änderung der Hauptsatzung;	<u>Zu 2.):</u> Der Punkt Änderung der Hauptsatzung
3.) Verschiedenes.	

	kann noch nicht besprochen werden.
	<u>Zu 3.):</u> Der Schlosser Karl Ketel hatte gebeten, den Ratsherren den von ihm geplanten Tankstellenumbau mündlich erläutern zu dürfen und erklärte nun an Hand von Zeichnungen, wo und wie die Tankstelle demnächst gebaut werden soll. Nach eingehender Aussprache empfahlen die Ratsherren, den Bauerlaubnis-Antrag dem Landrat vorzulegen mit dem Hinweis, daß die Ratsherren sich schon einmal gegen die Entscheidung ausgesprochen hatten, daß aber die endgültige Entscheidung dem Kreisbauamt überlassen werden sollte.
	Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung die Ratsherrensitzungen auch öffentlich sein können und fragte, ob die Sitzungen zeitweilig öffentlich sein sollten. Die Ratsherren empfahlen, davon abzusehen, weil für Zuhörer bei den jetzigen Raumverhältnissen kein Platz sei. Verwaltungs-Sekretär Rohwedder berichtete über den augenblicklichen Stand der Erwerbslosenziffern und die Versuche, weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Wedel durchzuführen.
	Dem Antrag des städtischen Angestellten Eggers, ihm die städtische Notwohnung in der Blücherstraße zu verkaufen, soll nähergetreten werden. Das Gebäude müßte rund 2000 RM und das Grundstück 3 RM je qm kosten. Falls Eggers das nicht bezahlen könne, soll ihm der Platz in Erbpacht vergeben werden (5 J.).
	Dann berichtete der Bürgermeister über das Ergebnis der Werbung

	der Städtischen Betriebswerke im Dezember 1935.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Ratsherren: R. Möller, Karl Petersen

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 2. März 1936 um 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Möller, Petersen, Sievers, Weide, Entschuldigt fehlten: Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Ladiges, Körner Schriftführer Pieper <u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1.) Auflösung der Fürsorgezweckverbände und Bildung eines Zweckverbandes „Alters- und Pflegeheim“.</p>	<p>Zu 1.): Die Ratsherren nahmen Kenntnis von der zum 1.4.36 beabsichtigten Auflösung der Fürsorgezweckverbände. Sie stimmten der Bildung eines neuen Zweckverbandes „Alters- und Pflegeheim in Wedel“ und dem darüber vorgelegten Satzungsentwurf mit der Maßgabe zu, daß dem Verbandsausschuß außer den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden noch 3 Wedeler und 1 Holmer Bürger angehören sollen.</p>
<p>2.) Verschiedenes</p>	<p>Zu 2.) Dem Antrag des Wedeler Turnvereins, für einen Kredit eine Grundschuld auf dem Erbbaugrundstück Wedel Blatt 802 in Höhe von 10.000 RM zu</p>

	bestellen, stimmten die Ratsherren zu.
	Da die Beibringung eines verauslagten Mietpreis für die Notwohnung im Hause Essig, Ansgariusstraße, in Höhe von 213,85 RM wegen dauernder Mittellosigkeit der Schuldner aussichtslos ist, empfehlen die Ratsherren dem Bürgermeister Niederschlagung.
	Ratsherr Diekgräf berichtete über die Möglichkeiten, „Kraft durch Freude-Fahrten“ nach Wedel durchzuführen. Es soll die Gauamtsleitung eingeladen werden, sich die örtlichen Verhältnisse anzusehen. Die Kosten sollen die Wirte oder der Verkehrsverein tragen.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Ratsherren: Weide, Diekgräf
	<u>Entschließung:</u> Nach Anhörung der Ratsherren in der Sitzung am 2. März 1936 stimme ich der Auflösung des Fürsorgezweckverbandes Wedel und der Bildung des Zweckverbandes „Alters- und Pflegeheim in Wedel“ zu. Dem Satzungsentwurf für den neu zu bildenden Zweckverband stimme ich unter der Bedingung zu, daß der Verbandsausschuß um 3 Wedeler und 1 Holmer Bürger erweitert wird. Für den §6 schlage ich folgende Fassung vor:
	Der Verbandsausschuß besteht aus den Bürger-

	<p>meistern der im §1 aufgeführten Verbandsmitgliedern sowie 3 Wedeler und 1 Holmer Bürger. Der Bürgermeister wird in Behinderungsfällen durch seinen Stellvertreter (Beigeordneter) vertreten. Die Bürger werden im Einvernehmen mit dem Ortsgruppenleiter vom Bürgermeister ihres Wohnortes in den Verbandsausschuß berufen.</p>
Wedel/Holst., den 5 März 1936	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am Montag, den 27. April 1936 um 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadträte Timmermann, Groth und Lemcke, Ratsherren: R. Möller, J. Sievers, R. Diekgräf,, W. Ladiges, C. Petersen und G. Weide. Sievers, Weide, Entschuldigt fehlt Ratsherr J. Dwenger. Außerdem fehlt der beurlaubte Ratsherr H. Körner. Zur Teilnahme an der Sitzung bzw. an einem Teil derselben waren eingeladen und erschienen: Kreisbaurat Fröhlich, Stadtbaumeister Diercks, die Beiräte in Bausachen S. Nagel, Schiffer, P. Heiland und Architekt W. Krämer.</p>

	<p>Zur näheren mündlichen Begründung des Antrages zu Punkt 3 war der Vereinsführer des Wedeler Turnvereins von 1863 e.V., Hans Blohm, eingeladen und erschienen. Geladen war ferner der kaufm. Leiter der Betriebswerke, Büniger.</p> <p>Schriftführer: Stadt-Obersekretär Hinz.</p> <p><u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1.) Erlass einer Ortssatzung für die Stadt Wedel betr. Anbau an Straßen; 2.) Ratshausbau; 3.) Antrag des Wedeler Turnvereins von 1863 e.V. auf Erhöhung der städtischen Beihilfe um 500,- RM; 4.) Verschiedene Mitteilungen.</p>	<p>Die Beratung ergab: Zu Punkt 1.: Die Ratsherren nahmen Kenntnis von dem Schriftwechsel wegen Konzessionserteilung für den beabsichtigten Ratskeller. Sodann wurden die von den hiesigen Architekten bzw. Baumeistern eingereichten Ideen-Skizzen herumgegeben. Während dieser Zeit verlies Beirat Krämer das Zimmer.</p>
	<p>Baurat Fröhlich führte aus, dass diese Skizzen die städtebaulichen Belange und die künftige Verkehrsentwicklung nicht genügend berücksichtigen. Er empfahl, einen tüchtigen Architekten anzustellen und diesem zunächst die Vorarbeiten, darunter die Ausschreibung eines Wettbewerbs unter den Architekten des Kreises Pinneberg und der Stadt Altona, und später mit der Bauaufsicht zu betrauen.</p>
	<p>Diese Empfehlung begründete Baurat Fröhlich in längeren Ausführungen. Die Ratsherren erhoben Bedenken nicht. Bürgermeister Dr. Ladwig erklärte darauf, dass er dem Vorschlag folgen wolle.</p>
	<p><u>Zu Punkt 2.:</u> Kreisbaurat Fröhlich riet, einen</p>

	entsprechenden Beschluss noch nicht zu fassen, sondern abzuwarten, bis er den Gemeinden den Erlass einer bereits in der Ausarbeitung befindlichen gemeinsamen Ortssatzung empfehlen würde. Die Beratung wurde darauf zurückgestellt.
	<u>Zu Punkt 3:</u> Vereinsführer Blohm begründete in längeren Ausführungen seinen schriftlichen Antrag vom 15. Februar 1936 mündlich. Die Ratsherren erhoben Bedenken gegen die Erhöhung der bisherigen Beihilfe um 500.- RM nicht. Bürgermeister Dr. Ladwig erklärte darauf, dass er den erbetenen Betrag zur Verfügung stellen wolle.
	<u>Zu Punkt 4:</u> Der Bürgermeister machte Mitteilung von a) der Antwort v. 24.3.36 des Karl Schadendorff betr. Grundstückserwerb für Schulszwecke;
	b) der Mitteilung v. 9.4.36 der Gruppe 71 des Reichsarbeitsdienstes Wandsbek, dass nach den gegebenen Richtlinien keine Möglichkeit besteht, den verkrauteten, im Privateigentum befindlichen Mühlenteich durch den RAD wieder in Stand zu setzen;
	c) der Verfügung des Regier.-Präs. vom 20.2.36- J.G.P.114.9.11.8.d – betr. Dienstaufsicht über die Gemeindepolizeivollzugsbeamten hinsichtlich Ausbildung und Dienstausübung;
	d) der Bewilligung von 100,- RM als Beihilfe zur Erforschung der Deutschen Städtegeschichte und zur Herausgabe des Werkes „Deutsches Städtebuch“ auf dem Deutschen Gemeindetag;
	e) dem Fortschritt der Herrichtung eines

	Ausstellungsraumes in den Städtischen Betriebswerken;
	f) der Einführung neuer Stromtarife durch die Städtischen Betriebswerke, die der an der Sitzung teilnehmende kaufmännische Leiter Bürger eingehend begründete, wogegen die Ratsherren Bedenken nicht erheben, und
	g) der beabsichtigten Änderung der Straßennamen Schulstraße und Lohtor sowie der Neuerteilung eines Straßennamens, wie im Rundschreiben des Bürgermeisters v. 31.3.36 bereits mitgeteilt. Diese Sachen werden zurückgestellt.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: W. Hinz
	Die Ratsherren: J. Sievers, Karl Petersen
	<u>Ratsherrensitzung</u> am Freitag, den 29. Mai 1936 um 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Beigeordneter Julius Timmermann als Stellvertreter des Bürgermeisters, Stadtrat Groth und Lemcke, Ratsherr: Möller, Sievers, Diekgräf., Ladiges, Petersen

	<p>Ratsherr Weide. Entschuldigt fehlten Ratsherr Dwenger und Körner. Anwesend: Schriftführer Pieper. <u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1.) Änderung des Haushaltsplanes für 1936; 2.) Einführung der Reichsbesoldungsordnung; 3.) Niederschlagung von Pachtrückständen; 4.) Verschiedenes.</p>	<p>Vor Beginn der Besprechungen ehrte der Beigeordnete Timmermann den verstorbenen General Litzmann und die 3 Dresdener SA-Männer, die auf der Fahrt von Dresden nach Laboe einem tragischen Unglücksfall zum Opfer fielen.</p>
	<p><u>Zu 1:</u> Die Änderung des Haushaltsplanes wurde mit den Ratsherren besprochen. Nach eingehendem Vortrag aller Punkte teilte der Beigeordnete mit, daß er beabsichtige, die Haushaltssatzung der Stadtgemeinde Wedel für das Rechnungsjahr 1936 vom 12. Februar 1936 aufzuheben und folgende neue Haushaltssatzung zu erlassen:</p>
	<p>1. <u>Haushaltssatzung der Gemeinde (Stadt) Wedel für das Rechnungsjahr 1936.</u> Auf Grund der Paragraphen 183 ff der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (R.G.Bl. 1, S. 49) wird nach Beratung mit den Gemeinderäten (Ratsherren) folgende Haushaltssatzung erlassen:</p>
	<p><u>§1.</u> Der dieser Satzung als Anlage <u>beigefüg-</u></p>

	<p>te Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1936 wird im ordentlichen Haushaltsplan in den Einnahmen auf 792.374,88 RM in den Ausgaben auf 787.749,88 RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in den Einnahmen auf ----,-- RM in den Ausgaben auf ----,-- RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§2.</u> Die Steuersätze für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grundvermögenssteuer I 275 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages; 2. Grundvermögenssteuer II 260 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages. 3. Gewerbesteuer einschl. Zweigstellen undgewerbesteuer <ol style="list-style-type: none"> a) nach dem Ertrage 500 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrage b) nach dem Kapital dito c) nach der Lohnsumme 1500 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrage. 4. Bürgersteuer 500 v.H. des Reichssatzes.
	<p><u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassen.....dite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, werden auf 30.000 RM festgesetzt. In diesem Jahresbetrag sind RM Kassen.....dite enthalten, die aufgrund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.</p>
	<p><u>§4.</u> Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Betreuung von Ausgaben des Haushaltsplanes bestimmt sind, wird</p>

	<p>auf RM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für folgende Einzelpunkte verwendet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.,-- RM 2.,-- RM usw. <p>Die Ratsherren stimmten dem zu.</p>
	<p><u>Zu 2:</u> Zu der Angleichung der Besoldung der Beamten und Angestellten der Gemeinden usw. an die Besoldung der Reichsbeamten teilte Beigeordneter Timmermann mit, daß er beschlossen habe, durch Überleitung in die Reichsbesoldungsgruppe die Angleichung in Wedel durchzuführen und darüber die am Schlusse folgende EntschlieÙung zu fassen. Die Ratsherren waren mit dieser EntschlieÙung einverstanden und nahmen von dem dazu vorgelegten Stellenplan Kenntnis.</p>
	<p><u>Zu 3:</u> Zu der Niederschlagung von Pachtzins stünden im Betrage von insgesamt 15.32 RM, die wegen Unpfändbarkeit der Schuldner L. Hyla, Oberhausen, J. Wilkens, Rostock und Ww. Otto, Hamburg, nicht beizutreiben sind, sind die Ratsherren gehört worden.</p>
	<p><u>Zu 4:</u> Beigeordneter Timmermann teilte den Stand der Vorarbeiten für den Rathausneubau mit. – Weiter wurde besprochen, ob versucht werden soll, die Turnhalle Bergstraße zum Preise von 15.000 RM vom Kreise Pinneberg zu kaufen. Die Sparkassenhypothek in dieser Höhe solle dann stehenbleiben, so daß der Erwerb mit Geldausgaben nicht verbunden sei. EntschlieÙungen wurden nicht gefaÙt. Das Ergebnis des Rechnungsjahres 1935 wurde dann noch bekannt gegeben. Da der Fehlbetrag nach vorläufiger Rechnung</p>

	rund 14.000 RM betrage, sei unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Belastung der Stadt durch die Erhöhung der Kreisumlagen von 60 auf 70% und anderer größerer unerwarteter Ausgaben ganz außerordentlich gewachsen sei, als sehr günstig anzusprechen.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: in Vertretung Pieper Jul. Timmermann (I. Beigeordneter)
	Die Ratsherren: J. Sievers, Karl Petersen
	<u>Entschließung:</u> Aufgrund des §2 Kapitel II des vierten Teils der Verordnung vom 12.9.1931 (G.S.S.179) in der Fassung der Verordnung vom 18.1.1933 (G.S.S.5) und des Runderlasses des Reichs- und Preuß. Ministers des Innern und des Preußischen Finanzministers vom 24.4.1936 (RM.Bl.i.U.S. 547) betreffend die Angleichung der Besoldung der Beamten der Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen, die Ansicht des Reichs- und Preuß. Ministers des Innern unterstehenden Körperschaften des Öffentlichen Rechts an die Besoldung der Reichsbeamten beschließe ich, nachdem ich die Gemeinderäte in der Sitzung am 29. Mai 1936 gehört habe, folgendes:
	Mit Wirkung vom 1.4.1936 gelten

	<p>für die Beamten und die nach §1 Abs. 4 Kap. 1 des vierten Teils der Ersten Preuß. Sparverordnung vom 12.9.1931 (G.S.S.179), den Beamten gleichzuachtenden ständig Angestellten (Dauerangestellten) der Stadt Wedel ausnahmslos an Stelle des bisherigen Preuß. Besoldungsgesetzes das Reichsbesoldungsgesetz und an Stelle der Preuß. Besoldungsvorschriften die Reichsbesoldungsvorschriften in der jeweiligen Fassung. Sämtliche dem Reichsbesoldungsgesetz und den Reichsbesoldungsvorschriften entgegenstehenden Bestimmungen werden mit Wirkung vom 1.4.1936 ab aufgehoben.</p>
	<p>Die Überleitung hat in der gleichen Weise zu erfolgen, wie die unmittelbaren Preuß. Staatsbeamten nach der Anlage zum Preuß. Gesetz vom 17.1.1936 (G.S.S.3) in die Reichsbesoldungsgruppen übergeleitet sind. Maßgebend für die Überleitung ist der als Anlage zu diesem Beschluß aufgestellte Stellenplan in der neuen, ab 1.4.1936 geltenden Fassung. Die in den §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 17.1.1936 vorgesehenen Übergangsregelungen, durch die mit der Überleitung verbundenen Härten vermieden werden sollen, sind entsprechend anzuwenden.</p>
<p>Wedel/Holst., den 30. Mai 1936</p>	<p>Der Bürgermeister: In Vertretung: Jul. Timmermann (I. Beigeordneter)</p>

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am Montag, den 15. Juni 1936 um 20 Uhr im Rathause</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Julius Timmermann, Hermann Groth, Richard Lemcke, Ratsherr: Richard Möller, Carl Petersen, Jacob Sievers, Georg Weide, Sparkassendirektor Metzger, Stadtbaumeister Diercks, Schriftführer Pieper Entschuldigt fehlten: Die Ratsherren Diekgräf, Dwenger und Ladiges. Ratsherr Körner ist beurlaubt. <u>Tagesordnung:</u></p>
1.) Änderung des Stellenplans. 2.) Aussprache über den Rathausneubau.	
3.) Bericht über die Sparkassenrevision. 4.) Berufung von Schiedsmännern.	<u>Außerhalb der Tagesordnung:</u>
	<p><u>Punkt 1:</u> Der Bürgermeister teilte mit, daß er den Stellenplan der Stadt Wedel vom 30. Mai 1936 im Sinne der nachfolgenden Entschlie-ßung ändern solle und besprach diese Änderung umgehend mit den Ratsherren. Die Ratsherren stimmten der Änderung zu. Während dieser Besprechung war der beteiligte Stadtinspektor Pieper nicht zugegen.</p>
	<p>Dann übernahm der 1. Beigeordnete Timmermann den Vorsitz und teilte mit, daß er den Stellenplan der Stadt Wedel dahin geändert habe, daß die Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters von 500 RM</p>

	<p>auf 1000 RM erhöht werde. Nach eingehender Aussprache stimmten die Ratsherren dem zu. Bei der Besprechung war Bürgermeister Dr. Ladwig nicht zugegen.</p>
	<p><u>Punkt 2:</u>Der Bürgermeister gab den Stand der Vorarbeiten für den Rathausneubau bekannt und teilte mit, daß der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste den Wettbewerb abgelehnt habe, weil die ausgesetzten Preise nicht hoch genug seien. Nur unter der Bedingung, daß diese auf 2.500,- RM erhöht würden und einem der Preisträger bei Ausführung des Programms die künstlerische Oberleitung übertragen würde, könne der Wettbewerb genehmigt werden. Da die dafür entstehenden Kosten 10.000,- RM betragen, rieten die Ratsherren dem Bürgermeister, von weiteren Verhandlungen abzusehen und nunmehr einen geeigneten Entwurf der Baupolizeibehörde zur Genehmigung vorzulegen, damit mit dem Bau bald begonnen werden könne.</p>
	<p><u>Punkt 3:</u> Sparkassendirektor Metzger erläuterte eingehend den Bericht über die Revision der Sparkasse und den Jahresabschluß für 1935, aus dem zu entnehmen war, daß in allen Zweigen des Betriebs eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung stattgefunden habe. Die Ratsherren haben sich dazu nicht weiter geäußert.</p>
	<p><u>Punkt 4:</u> Der Bürgermeister schlug vor, die bisherigen, im Amt befindlichen Schiedsmänner und ihre Stellvertreter zur Wiederbestätigung vorzuschlagen. Beigeordneter Timmermann bat, die endgültige Entscheidung darüber um eine Woche auszusetzen, damit man sich über die persönliche Geeignetheit unterrichten könne.</p>

	<p>Der Bürgermeister gab dann noch den Vertrag bekannt, den er mit der EWUAG wegen Strombelieferung der Vacuum Oil AG geschlossen habe. Obschon der Gewinn des Stromes aus diesem Verträge denkbar niedrig sei, habe er sich dazu entschlossen, der EWUAG das Strombelieferungsrecht zu geben, wenn eine höhere Gewinnbeteiligung der Stadt unmöglich zu erzielen gewesen sei. Eine Ablehnung habe nur zur Folge gehabt, daß der EWUAG das Geschäft verdorben worden wäre, ohne daß die Stadt auch nur den geringsten Vorteil davon gehabt hätte. Er habe es in diesem Fall für richtiger gehalten, den Vertrag abzuschließen und dabei zur Bedingung zu machen, daß die EWUAG der Stadt künftig dasselbe Entgegenkommen zeige.</p>
	<p>Es fand eine rege Aussprache über die Auswirkungen des Vertrages statt. Beigeordneter Timmermann erklärt dann, daß er diesen Vertrag für ungünstig halte. Da man nicht bereit gewesen sei, der Stadt eine angemessene Entschädigung zuzubilligen, falls trotz der Drohung das Werk in Wedel stillzulegen und es mit Bremen zu vereinigen, der Vertrag abgelehnt werden müssen. Die Gefahr, daß dieser Vertrag Folgen nach sich ziehen könne, weil künftige Großabnehmer sich darauf berufen können, sei groß.</p>
	<p>Der Bürgermeister gab weiter bekannt, daß der Angestellte Büniger sein Dienstverhältnis mit der Stadt aufgekündigt habe, weil ihm eine bessere Stellung in der Privatindustrie angeboten worden sei und daß der Stadt die Partnerschaft über Niederheimbach (Mittelrhein) für</p>

	die Weinwerbewoche übertragen worden sei.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Ratsherren: Weide, Karl Petersen, R. Möller
	<u>Entschließung:</u> Der Stellenplan der Stadt Wedel vom 30.5. 1936 erhält folgenden Nachtrag:
	<u>a.)</u> Laufend Nr. 2: Die Stadtinspektorstelle nach Gruppe A4 c1 RBO wird aufgehoben und dafür eine Stelle nach Gruppe A4 b1 RBO neu errichtet.
	<u>b.)</u> 12c: Eine Angestelltenstelle wird neu errichtet. Der Stelleninhaber erhält bis zur späteren Übernahme in den Preuß. Angestellten-Tarifvertrag eine feste Vergütung von 170,- RM zuzüglich Kinderbeihilfe.
	<u>c.)</u> Laufend Nr. 17: Die Polizeihauptwachmeisterstelle nach Gruppe AVIIb PrBO wird aufgehoben und dafür in Polizeimeisterstelle nach Gruppe AVI PrBO neu errichtet.
	<u>d.)</u> : Laufend Nr. 22b: Es wird eine Gartenmeisterstelle als Angestelltenstelle neu errichtet. Der Stelleninhaber erhält bis zur späteren Übernahme Pr.AT eine feste Vergütung von 207,- RM zuzüglich Kinderzulagen
	<u>e.)</u> : 22c: Die Angestelltenstelle

	des Wegeaufsehers nach A11 RBO wird neu errichtet.
Wedel/Holst., den 15. Juni 1936	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<u>Entschließung:</u> Der Stellenplan der Stadt Wedel vom 30. Mai 1936 erhält folgenden 2. Nachtrag:
	Lfd. Nr. 1: Die Bürgermeisterstelle nach A3b + 500,- RM Dienstaufwandsentschädigung Reichsbesoldungs-Ordnung wird aufgehoben und dafür eine Stelle nach A3b + 1.000 RM Dienstaufwandsentschädigung neu errichtet.
Wedel/Holstein, den 15. Juni 1936	Der Bürgermeister: I.V Jul. Timmermann Erster Beigeordneter

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am Montag, den 24. Juli 1936 um 20 Uhr im Rathaus</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Hermann Groth, Richard Lemcke, Ratsherr: Richard Möller, Carl Petersen, Jakob Sievers, Wilhelm Ladiges, Schriftführer Obersekretär Karl Hinz, Entschuldigt fehlten: Erster Beigeordneter Julius Timmermann, und die Ratsherren Diekgräf und Weide. Unentschuldigt fehlte Ratsherr Dwenger. Ratsherr Körner ist beurlaubt.</p> <p><u>Tagesordnung:</u></p>
<ol style="list-style-type: none"> 1.) Rathausneubau 2.) Ortsstatut betr. den Anbau an Straßen 3.) Beratung der Jahresrechnung 1935 4.) Verschiedenes: <ol style="list-style-type: none"> a) Änderung des Strafgesetzbuches b) Soll der Name Industriestraße geändert werden? c) Kassiererzulage an den Zählerableser Karp d) Schulgeldzahlung für Grotstück e) Erneuter Antrag des Vollziehungsbeamten Neubüser auf Notfallunterstützung 	<p>Die Beratung der Tagesordnung ergab folgendes:</p> <p><u>Zu Punkt 1.:</u> Die Ratsherren raten dem Bürgermeister, von dem Einbau eines Ratskellers abzusehen und die dafür vorgesehenen Räume nach Möglichkeit als Polizeiwache zu verwenden. Die dann nach dem Entwurf Ludwig im Erdgeschoß</p>

	<p>freiwerdenden Räume können dann der Ortskrankenkasse und dem staatlichen Gesundheitsamt miethweise angeboten werden. Dadurch wird auch der Ausfall der Miete für den Ratskeller teilweise ausgeglichen.</p>
	<p>Architekt Ludwig überbrachte ein Modell zu dem von ihm eingereichten Bauentwurf und erläuterte diesen ausführlich. Die Ratsherren glauben jedoch, einen in Wedel ansässigen Architekten berücksichtigen zu müssen, wenn dieser bei gleicher Befähigung auch die Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung des Baues besitzt. Zu diesem Zweck soll den hiesigen Architekten, die gleichfalls einen Entwurf eingesandt haben, Gelegenheit geboten werden, in einer Sitzung der Ratsherren zu ihrem Entwurf gleichfalls mündliche Ausführungen zu machen. Die Sitzung soll am Montag, den 27. Juli 1936 stattfinden.</p>
	<p><u>Zu Punkt 2.:</u> Die Beratung wird zurückgestellt. <u>Zu Punkt 3.:</u> Das Ergebnis der Jahresrechnung 1935 wurde den Ratsherren bekannt gegeben. Sie äußerten sich hierzu nicht.</p>
	<p><u>Zu Punkt 4.a:</u> Der Bürgermeister unterrichtete die Ratsherren von dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 2. Juli 1936 RGBI I, S. 532. <u>Zu Punkt 4.b:</u> Die Beratung wird zurückgestellt <u>Zu Punkt 4.c:</u> Die Ratsherren sind der Ansicht, daß die von den Städtischen Betriebswerken gemäß Beschluß vom 13.8.29 gezahlten Kosten vorzulegen im Vergleich zu den den Kassenbeamten der Stadtkasse und der Sparkasse gezahlten Wassergeldern zu hoch sind. Sie empfehlen, den dem Kassierer Nuppenau bereits gewährten Kassiererzuschlag zwischen den Kassierern Nuppenau und Karp zu teilen. Andernfalls soll der Kassiererzuschlag dem in</p>

	Pinneberg und Uetersen usw. gleichfalls gezahlten Kassiererzuschlag angeglichen werden, falls dieser nicht höher liegt als nach dem oben erwähnten Beschluß.
	<u>Zu Punkt 4.d:</u> Die Ratsherren geben anheim, in der Angelegenheit des Schülers Grotstück wegen des Fehlens von Mitteln weiter abzusehen.
	<u>Zu Punkt 4.e:</u> Die Ratsherren glauben, keine Notwendigkeit zu sehen, dem Notfallunterstützungsantrag Neubüser stattzugeben. Sie empfehlen, N. nahezu legen, sein krankes Kind in eine Heilanstalt zu geben.
	Der Bürgermeister macht noch verschiedene Mitteilungen, u.a. auch von der Verfügung des Herrn Landrates in Pinneberg vom 20. Juli 1936 betr. Austritt der Stadt Wedel aus dem Fremdenverkehrsverband.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Hinz
	Die Ratsherren: Karl Petersen, R. Möller

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 29. Juli 1936 um 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat: Timmermann, Lemcke, Groth Ratsherr: Ladiges, Möller, Petersen, Sievers, Baubeiräte: Heiland, Nagel. Entschuldigt fehlten: Ratsherr Dieckgräf, Dwenger und Weide. Stadtbaumeister Diercks Schriftführer Pieper Ratsherr Körner ist beurlaubt. <u>Tagesordnung:</u></p>
<p><u>Rathausneubau:</u></p>	<p>Da der Architekt Ludwig in der letzten Sitzung den Ratsherren seine Vorschläge gemacht hatte, sollte den am Ort ansässigen Architekten und Bauhandwerkern ebenfalls Gelegenheit gegeben werden, vor den Ratsherren über ihre Entwürfe zu sprechen. Dazu waren die Herren H.J. Diercks, Pikull und Seebeck erschienen.</p>
	<p>Nach Rücksprache mit den Ratsherren erklärte der Bürgermeister, daß derjenige, dem der Bau übertragen werde, selbst keine Arbeiten ausführen dürfe, weil es nicht empfehlenswert sei, daß Bauaufsicht und Ausführung in einer Hand lägen. Beigeordneter Timmermann hielt diese Auffassung nicht für richtig, weil nach seiner Meinung es so gut wie ausgeschlossen sei, daß die Güte</p>

	<p>der Bauausführung darunter leiden könnte. Er bat seinen gegenseitigen Standpunkt niederzuschreiben.</p>
	<p>Herr Diercks erläuterte an Hand seines Entwurfes seine Absichten. Als Entschädigung für die Bauaufsicht beanspruche er 4 ½ % der Bausumme. Herr Pikull machte dann nähere Angaben über seinen Entwurf. In Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des Baus verlange er ausnahmsweise nur einen Unkostenbeitrag von 1000 RM; im übrigen wolle er den Bau als Wedeler Bürger kostenlos ausführen. Herr Seebeck erklärte, daß er Bauhandwerker sei. Er trat deshalb von seiner Bewerbung zurück, um die Möglichkeit zu haben, mit der Ausführung der Bauarbeiten beauftragt zu werden.</p>
	<p>Nach eingehender Beratung machten die Ratsherren folgenden Vorschlag: Die Bewerber sollen von den Handwerkern zunächst Kostenanschläge einfordern und ein genau berechnetes Angebot abgeben. Gleichzeitig sollen sie sich verpflichten, daß die Gesamtkosten 140.000 RM nicht überschreiten.</p>
	<p>Die nächste Ratsherrensitzung in der der Auftrag endgültig vergeben werden soll, wird am 15.8.1936 stattfinden.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: Karl Petersen, R. Möller</p>

	<p><u>Stadträtesitzung</u> 4. September 1936 um 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Herr Beigeordneter Julius Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherr: Ladiges, Direktor Mahrt, Elmshorn, Betriebsassistent Timm, Kaufmännischer Betriebsleiter Büniger, Stadtinspektor Pieper</p>
	<p>Nach Entlassung des zur Probedienstleistung einberufenen Herrn Freitag aus Hamburg in die Städtischen Betriebswerke waren drei Bewerber von den Hamburger Gaswerken zur Vorstellung gebeten worden. Nach Aussprache über die Besoldungsverhältnisse erklärten sie, sich die Annahme der Stelle vorbehalten zu wollen. Die Bewerber haben am nächsten Tage fernmündlich erklärt, daß sie mangels ausreichender Besoldung die Annahme der Stelle ablehnten. Es soll noch einmal mit dem Bewerber Ehlers von den Betriebswerken in Kellinghusen wegen Übertragung der Stelle gesprochen werden</p>
	<p>Beigeordneter Timmermann unterrichtete die Stadträte über die Forderung des Architekten Ludwig für die Herstellung eines Entwurfes zum Rathausneubau. Die allgemeine Auffassung war, daß an Ludwig ein Auftrag nicht erteilt worden sei, daß er sich vielmehr für die Stadt vollkommen freibleibend aus eigenem Interesse durch Vorlage von Entwürfen um den Rathausneubau beworben habe und daß des-</p>

	halb seine Forderung unberechtigt sei und grundsätzlich abgelehnt werden müsse.
	Der Antrag Jespersen, Rissen, auf Übernahme des Schulgeldes für seinen Sohn, der die Berufsschule in Altona besucht, soll abgelehnt werden, weil damit Ausnahmefälle geschaffen werden, auf die sich die anderen auf eigenen Kosten der Berufsschule in Altona besuchenden Schüler bzw. deren Eltern berufen können.
	Es fand weiter eine Aussprache über allgemein interessierende Angelegenheiten der Verwaltung statt.
	Die nächste Stadträtesitzung wurde auf den 7. September 1936, 20 Uhr, festgesetzt.
	Jul. Timmermann

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 15. August 1936 um 20 ½ Uhr im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke, Ratsherr Diekgräf, Dwenger, Möller, Petersen, Sievers, Weide Schriftführer: Pieper. Entschuldigt fehlte Ratsherr Ladiges. Ratsherr Körner ist beurlaubt.</p> <p><u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1. Vergebung des Rathausneubaus. 2. Verschiedenes</p>	<p>In der Sitzung nahmen die Ratsherren nochmals zu den Entwürfen der Architekten Ludwig und Pikull-Breckwoldt Stellung. Die allgemeine Auffassung war, daß ein Entwurf mit Erklärung aus städtebaulichen Gesichtspunkten vorzuziehen sei. Da der Entwurf Ludwig keine Erklärung zeigte, empfahlen die Ratsherren, den Entwurf der Architekten Pikull-Breckwoldt anzunehmen. Der Bürgermeister fragte daraufhin jeden Stadtrat und Ratsherren, ob sie diesem im Modell vorliegenden Entwurf Pikull-Breckwoldt ihre Zustimmung gäben. Nachdem alle zugestimmt hatten, erklärte der Bürgermeister, daß er die endgültige Empfehlung über die Vergebung des Auftrages erst nach 2 Tagen treffen wolle, daß er jedoch den Architekten Pikull-Breckwoldt</p>

	den Auftrag in Aussicht stelle.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: i.V. R. Lemcke (Ratsherr) Pieper
	Die Ratsherren: R. Möller, J. Sievers
	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 28. September 1936 um 20 Uhr im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Erster Beigeordneter Julius Timmermann, Stadtrat Hermann Groth, Richard Lemcke, Ratsherr Richard Möller, Karl Petersen, Robert Diekgräf, Jacob Sievers, Georg Weide, Wilhelm Ladiges. Stadtbaumeister Heinrich Diercks, Stadtsekretär Karl Lehmann, Stadtkassierer Hermann Svenosen. Entschuldigt fehlte Ratsherr Dwenger. Ratsherr Körner ist beurlaubt. Schriftführer Stadtinspektor Pieper</p>
1.) <u>Grundstückserwerb von Großheim:</u>	Die Ratsherren sind der Auffassung, daß das Angebot von Herrn Großheim auf Verkauf von rund 50.000 qm Baugelände in der Feldstraße zum Preise von 45.000,- RM, von denen

	<p>20-25.000 RM bar ausgezahlt und die dann noch verbleibende Summe als Restkaufgeld-Hypothek stehen bleiben soll, sehr günstig ist. Die Stadt habe dadurch die Möglichkeit, einmal den bis jetzt überhöhten Preis für Baugelände niedrig zu halten, zum anderen aber auch durch Hergabe dieses Geländes zum ungefähren Selbstkostenpreis die Baulust zu fördern. Sie empfehlen dem Bürgermeister, das Angebot unverzüglich anzunehmen. Der Belastung der Stadt durch Eintragung der Restkaufgeldhypothek stimmen die Ratsherren zu.</p>
<p>2.) <u>Grundstücksaustausch mit J.P. Lüchau.</u></p>	<p>Der vom Bürgermeister vorgeschlagene Grundstücksaustausch wird von den Ratsherren abgelehnt. Sie empfehlen, von Lüchau den strittigen Geländestreifen, auf dem zur Zeit noch der schon mehrfach beanstandete Steinhofen liegt, zu einem angemessenen Preis zu kaufen.</p>
<p>3.) <u>Aufstellung des Fluchtlinienplanes Schulauerstraße.</u></p>	<p>Dem vorgelegten Baufluchtlinienplan der Schulauerstraße (Veränderung der Vorgärten) zum Zwecke der ?? der Bebauung an der Marschseite stimmen die Ratsherren zu.</p>
<p>4.) <u>Besprechung des Vertrages mit den Architekten Pikull und Breckwoldt.</u></p>	<p>Der im Entwurf vorgelegte Vertrag mit den Architekten Pikull und Breckwoldt fand die Zustimmung der Ratsherren. Sie erklärten sich mit der Forderung der Architekten nach dem Unkostenbeitrag von 3.000,- RM nach Ersatz der durch Fertigung von Lichtpausen und stehenden Nebenkosten im Gesamtbetrag bis zu 1000,- RM auf die Stadt zu übernehmen, einverstanden.</p>
<p>5.) <u>Verschiedenes.</u></p>	<p>a) <u>Hebung der Bürgersteuer:</u> Dem Vorschlag, die Bürgersteuer künftig</p>

	<p>durch die Steuerkarte anstatt durch besonderen Veranlagungsbescheid zu erheben, stimmen die Ratsherren wegen der damit verbundenen Belastung der Arbeitgeber nicht zu.</p>
	<p>b.) <u>Pachrückstand Mühlfenzl.</u> Die Ratsherren verkennen nicht, daß die Einnahmen aus dem Wirtschaftsbetrieb im städtischen Strandbad nicht sehr gut gewesen seien, sie sind aber der Auffassung, daß der Pächter Mühlfenzl seiner Verpflichtung, die Pachtsumme jährlich in voller Höhe zu zahlen, insbesondere nachkommen muß. Rückstände auf das nächste Jahr sollen nicht mehr geduldet werden.</p>
	<p>c.) <u>Unterbringung des Sanitätskraftwagens.</u> Dem Antrag des Sanitätshalbzuges Wedel, den Sanitätskraftwagen künftig im Spritzenhaus gegen eine jährliche Entschädigung von 100,- RM unterzubringen, stimmen die Ratsherren zu. Die Ratsherren halten es weiterhin für angemessen, für den noch anzubringenden Fernsprecher die monatliche Grundgebühr auf die Stadt zu übernehmen.</p>
	<p>d.) <u>Gewährung eines Kleidergeldzuschusses an die Polizeibeamten.</u> Da durch ministerielle Vorschriften die Uniformen der Polizeibeamten geändert worden sind, müssen sich die Polizeibeamten eine vollständig neue Ausrüstung beschaffen, die je rund 320,- RM Kosten verursachen wird. Die Ratsherren halten diese Beschaffung für die Polizeibeamten allein nicht tragbar und stimmen dem Vorschlage des Bürgermeisters, das Kleidergeld in Höhe von 2 Jahresbeträgen zu bevorschussen und einen einmaligen städtischen Zuschuß in Höhe von 70,- RM zu geben, zu.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: J. Sievers, R. Möller</p>

	<p><u>Entschließung</u> betreffend die Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel/Holstein für das Kalenderjahr 1936 Aufgrund des §3 Abs. 4 der B.St.A.V.O in der Fassung vom 16.10.35 (R.G.Bl.I.S.1241) fasse ich, nachdem die Ratsherren in der Sitzung vom 28. September 1936 hierzu gehört worden sind, folgende Entschließung:</p>
	<p><u>§1.</u> Die Stadtgemeinde Wedel erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 16.10.1934 (R.G.Bl.I.S.9851) und des Gesetzes zur Änderung des Bürgersteuergesetzes vom 16.10.1935 (R.G.Bl.I.S.1237) für das Rechnungsjahr 1937 eine Bürgersteuer in der Höhe des fünffachen reichssatzes.</p>
	<p><u>§2.</u> Die Bürgersteuer wird auf Grund schriftlicher Veranlagung beschieden erhoben.</p>
	<p><u>§3.</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je ¼ des Jahresbetrages am 10.2., 10.5., 10.8. und 10.11. des Jahres. Sie ist bis zu diesem Tage an die Stadtkasse Wedel zu entrichten.</p>
Wedel, den 28. September 1936	Dr. Ladwig

	<p><u>Entschließung</u> Die Stadtgemeinde Wedel/Holstein nimmt nach Rücksprache mit den Ratsherren in der des Gärtnereibesitzers Friedrich Großheim in Wedel, Rissenerstr. 26 an und erwirbt das Grundstück im Grundbuch von Schulau Band 3 Blatt 140 Parzelle 560/43 Kartenblatt 10 Gemarkung Schulau-Spitzerdorf in einer Größe von 5 ha 5 ar 48 qm. Der Preis beträgt 45.000 RM und ist mit 20.000 RM in bar binnen 4 Wochen nach Abschluß des Kaufvertrages zu entrichten.</p>
	<p>Das Restkaufgeld in Höhe von 25.000 RM wird der Stadt gestundet und ist mit 4 ½ v.H. jährlich vom 1.10.1936 an zu vezinsen. Bis zum 1. April 1940 ist das Restkaufgeld von Seiten des Gläubigers unkündbar. Danach ist nach halbjährlicher Kündigung das Kapital zurückzuzahlen. Zur Sicherheit dieser Restkaufgeldforderung nebst Zinsen bestellt die Stadtgemeinde Wedel zugunsten des Verkäufers an vorgesetzter Stelle eine Hypothek an dem Grundstück.</p>
	<p>Die Stadt übernimmt weiter alle durch den Kaufvertrag und seine Ausführung entstehenden Kosten, Stempel und Steuern einschließlich der Wertzuwachssteuer usw. Der Grundstückserwerb erfolgt zu dem Zwecke, den Preis für Baugelände in Wedel zu beeinflussen und niedrig zu halten. Die Grundstücke sollen als Baugrundstücke parzelliert und dann zu einem möglichst günstigen Preis als Siedlungsgelände wieder zur Verfügung gestellt werden.</p>
<p>Wedel/Holstein, den 13. Oktober 1936</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<p>Niederschrift: <u>Ratsherrensitzung</u> am 16. Oktober 1936 um 19.30 Uhr bei Harder (Zum Holsteinischen Hause) <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Hermann Groth; Ratsherr Robert Diekgräf, Jacob Sievers, Carl Petersen, Richard Möller, Georg Weide. Entschuldigt fehlten: Erster Beigeordneter Julius Timmermann, Stadtrat Richard Lemcke, Ratsherr Johann Dwenger, Wilhelm Ladiges, Schriftführer Stadtinspektor Wilhelm Pieper Ratsherr Körner ist beurlaubt.:</p>
1.) <u>Änderung des Stellenplanes.</u>	<p>Dem geplanten Nachtrag zum Stellenplan der Stadt Wedel über die Aufhebung der Sekretärstelle in der Stadtkasse und der Stellen des kaufmännischen und technischen Leiters in den Betriebswerken nach Gruppen RBO und der Neuerrichtung dieser Stellen nach A4e stimmen die Ratsherren zu.</p>
2.) <u>Feier der Grundsteinlegung des neuen Rathauses.</u>	<p>Nach eingehender Aussprache über die Frage, wo die Feier der Grundsteinlegung für das neue Rathaus sein soll, entschieden sich die Ratsherren für Heinsohn's Villenrestaurant.</p>
3.) <u>Erhöhung des Unterhaltszuschusses für eine Hospitantin.</u>	<p>Die Lehrerin Fräulein Stamer, die seit längerer Zeit an der ev. Volksschule in Wedel unterrichtet, erhielt dafür bisher einen monat- lichen Unterhaltszuschuß in Höhe von 75 RM. Da sie voll beschäftigt ist und der Stadt die Kosten einer</p>

	Lehrstelle erspart, soll auf ihren Antrag der Zuschuß auf ungefähr 100,- RM erhöht werden.
4.) <u>Verzicht auf einen Erstattungsanspruch.</u>	Die Witwe Katharina Wilhelm hat insgesamt 890,24 RM Hinterbliebenenbezüge im Laufe der Jahre zu viel erhalten. Davon hat sie 420,- RM bereits erstattet. Die Ratsherren stimmen dem Vorschlage des Bürgermeisters, den Restbetrag in Höhe von 470,24 RM niederzuschlagen, zu.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Ratsherren: Weide, J. Sievers

Wedel/Holstein, den 17. Oktober 1936	<u>EntschlieÙung</u>
	Nach Rücksprache mit den Ratsherren am 16. Oktober 1936 ändere ich den Stellenplan der Stadt Wedel wie folgt:
Lfd. Nr. 11:	(Lfd. Nr. 12 des Überleitungsstellenplans vom 30.5.36): Die Stadtsekretärstelle in der Stadtkasse nach Besoldungsgruppe A7a RBO wird aufgehoben und dafür eine Obersekretärstelle nach Gruppe A4e RBO neu errichtet.
Lfd. Nr. 23 u. 24:	(Lfd. Nr. 23 u. 24 des Überleitungsstellenplans). Die Stellen des kaufmännischen und technischen Leiters der Städtischen Betriebswerke nach Gruppe A7a RBO wird aufgehoben und dafür 3 Stellen nach A4e RBO neu errichtet.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am Montag, den 2. November 1936 um 20 Uhr im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Richard Lemcke, Hermann Groth; Ratsherr Jacob Sievers, Carl Petersen, Richard Möller, Georg Weide, Wilhelm Ladiges. Dr. med. Müller, Technischer Betriebsleiter Timm, Kaufmännischer Leiter Ehlers, Stadtgartenmeister Friedrich Jüttemeier, Entschuldigt fehlten: Erster Beigeordneter Julius Timmermann, Ratsherr Robert Dieckgräf, Johann Dwenger, Körner ist beurlaubt. Schriftführer Stadtinspektor Pieper.</p> <p><u>Tagesordnung:</u></p>
<p>1.) <u>Krankenhausfragen:</u></p>	<p>Nach eingehender Aussprache stimmen die Ratsherren dem Vorschlag des Bürgermeisters, die gesamte Gartenverwaltung, einschließlich aller Anlagen des Städtischen Krankenhauses selbständig zu machen und dafür einen besonderen Haushaltsabschnitt einzurichten, zu. Lieferungen an das Krankenhaus und Stellung von Hilfskräften für das Krankenhaus sollen zu den üblichen Preisen vom Haushalt des Krankenhauses an den Haushalt des Gartenamtes bezahlt werden. Der leitende Arzt des Kranken-</p>

	hauses, Dr. Müller, erstattete weiteren Bericht über die besonderen Mängel des Krankenhauses, die ihre Ursache darin hätten, daß der Bau seinerzeit nicht von Fachleuten errichtet worden sei.
2.) <u>Unterstützungsantrag Buschsenja.</u>	Die Ratsherren stimmten dem Vorschlag des Bürgermeisters, Herrn Max Buschsenja für seine vielen Bemühungen, die Stilllegung der Zuckerraffinerie zu verhindern, eine einmalige Abfindung von 300,- RM zu zahlen.
3.) <u>Nachtragshaushaltsplan zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1935.</u>	Der Nachtragshaushalt, dessen Aufstellung durch den Erwerb eines Grundstückes an der Feldstraße von dem Gärtnereibesitzer Friedrich Großheim zum Preise von 45.000 RM notwendig geworden war, wurde eingehend besprochen. Die Ratsherren hatten gegen den Plan keine Bedenken und stimmten dem Erlaß der Nachtragssatzung, wonach die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Haushalts von 302.650,71 RM auf 352.250,71 RM erhöht werden, zu.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Der Schriftführer: Pieper
	Die Ratsherren: Karl Petersen, W. Ladiges

	<p><u>Entschließung</u> Zweite Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Wedel, Kreis Pinneberg, für das Rechnungsjahr 1935. Auf Grund des §88 Abs. 1 DGO vom 30.1.1935 wird nach Beratung mit den Ratsherren der Stadt Wedel/Holst. folgende zweite Nachtragshaushaltssatzung festgestellt:</p>
	<p><u>§1.</u> Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1935 wird in den Einnahmen auf 352.250,71 RM gegenüber 302.650,71 RM) in den Ausgaben auf 352.250,71 RM (gegenüber 302.650,71 RM) festgesetzt.</p>
	<p><u>§2.</u> Der Darlehensbetrag, der zur Bestreitung von Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan des Rechnungsjahres 1935 dienen soll, wird von 6.800,- RM auf 31.800,- RM festgesetzt.</p>
Wedel/Holst., den 2. November 1936	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 15. Dezember 1936 im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, I. Beig. Timmermann, Stadtrat Lemcke, Groth; Ratsherr Möller, Petersen, Diekgräf, Sievers, Weide, Wilhelm Ladiges. Sparkassendirektor Metzger, Schriftführer Stadtinsp. Pieper. Entschuldigt: Ratsherr Dwenger, beurlaubt Körner.</p>
Punkt 1.) Voranschlag der Sparkasse für 1937.	Der Sparkassendirektor trug den Voranschlag für 1937 vor und erläuterte die einzelnen Ansätze eingehend. Die Ratsherren ließen sich zu verschiedenen Punkten Aufklärung geben; sie stimmten grundsätzlich dem Voranschlag zu.
2.) Grundstückstausch am Hafen mit J.P. Lüchau.	Die Ratsherren halten das Angebot Lüchau nicht für annehmbar und sprachen sich für das Enteignungsverfahren aus.
3.) Figur für den Rathausbau.	Der Bürgermeister regt an, anstatt „Ettringer Tuff“ den Oberkirchner Sandstein zu nehmen, weil dieser nicht so schnell verwittert und infolgedessen eine weit längere Lebensdauer habe. Die Mehrkosten betragen 400,- RM nämlich anstatt 1600,- RM künftig 2000,- RM. Dieser Vorschlag

	wird von Stadtrat Lemcke ausführlich unterstützt. Die Ratsherren haben keine Bedenken.
4.) Räumung der Wohnung in der Sport- halle Bergstraße.	Beigeordneter Timmermann ist der Auffas- sung, daß die Räumung der Wohnung nicht genügend betrieben worden sei. Sie müßte beschleunigt durchgeführt und für anderwei- tge Unterbringung der Frau Brauer gesorgt werden. Der Bürgermeister sagt dies zu.
5.) Umgestaltung des Platzes „Bei der Doppeleiche“.	Stadtrat Timmermann schlägt vor, diese Frage in anderem Zusammenhang erneut zu beraten. Endgültige Entscheidung wurde nicht getroffen.
6.) „Kampf dem Verderb“.	In Gemeinschaft mit der Partei, der SA und anderen Organisationen und dem vom Kreis beauftragten Pg. Timm, Lokstedt, sollen die Vorarbeiten sofort in Angriff genommen werden. Der Ertrag soll der HJ zufallen.
7.) Festsetzung einer Probefristzeit für Anwärter im städt. Dienst.	Die Ratsherren nahmen von der Festsetzung einer Probefristzeit auf 3 Jahre Kenntnis.
8.) Kleinsiedlerstelle Möschter, Beschluß eines Darlehensvertrages.	Von dem Vertrag mit der Heimstätte wegen der Kleinsiedlung Möschter nehmen die Ratsherren Kenntnis.

9.) Grundstückskaufvertrag mit Großheim (Grundstück Feldstraße, Kronskamp).	Das von Großheim erworbene Gelände soll bis auf weiteres verpachtet werden, solange Kaufverträge noch nicht abgeschlossen sind.
10.) Grundstücksaufteilung Winter am Egenbüttelweg.	Der Grundstücksaufteilung soll unter der Bedingung zugestimmt werden, daß kein Bau unter einem Preis von 10.000 RM gebaut wird. Daß die Bebauung innerhalb einer Frist von etwa 3 Jahren durchgeführt wird. Polizeiliche Bedenken sollen zurückstehen. Auf die Bedenken schulischer Art soll der Landrat hingewiesen werden.
11.) Errichtung einer Straßenbeleuchtung in der Bündtwiete.	Gegenüber Bartels soll eine Straßenlampe errichtet werden. Die Notwendigkeit wird anerkannt.
12.) Außerordentliche Haushaltsplan für 1936.	Dem Nachtrag zur Haushaltssatzung für 1936 stimmten die Ratsherren zu.
13.) Erlaß einer Hauptsatzung für Wedel.	Die Hauptsatzung wurde erneut besprochen. Bei der Besprechung über die Anstellungsart des Bürgermeisters war der Bürgermeister nicht zugegen. Die Ratsherren stimmten dem vorliegenden Entwurf zu.

14.) Verhältnisse im Betriebswerke.	Beigeordneter Timmermann spricht sich über die Zustände in den Betriebswerken sehr ungünstig aus. Offenbar sei Herr Hümme seiner Aufgabe nicht gewachsen. Es müsse die Werbung besser aufgezogen werden, so z.B. müsse eine Gas- u. Elektrogemeinschaft gebildet werden. Beigeordneter Timmermann sicherte zu, bei nächster Gelegenheit geeignete Verbesserungsvorschläge zu machen.
15.)	Der Bürgermeister gab Kenntnis von einem Schreiben der Fa. J.D. Möller, worin der Stadt 4.000,- RM für den Rathausneubau zur Verfügung gestellt werden. Den dabei geäußerten Wünschen soll nach Möglichkeit entsprochen werden.
16.) Wandgemälde im Rathaus.	Vor weiterer Besprechung soll die Neulandhalle im Adolf-Hitlerkoog besichtigt werden.
	Der Bürgermeister: Der I. Beigeordnete Dr. Ladwig Jul. Timmermann
	Die Ratsherren: Der Schriftführer: Weide, W. Ladiges Pieper

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 26. Januar 1937 in Marne. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Weide, Petersen, Möller, Sievers, Dwenger, Ladiges. Entschuldigt: Ratsherr Diekgräf, Beurlaubt: Ratsherr Körner, Schriftführer Stadtinsp. Pieper.</p>
1.) Hauptsatzung:	Die von der Aufsichtsbehörde gewünschten Änderungen sollen in die Hauptsatzung aufgenommen werden.
2.) Mieter der Sporthalle Bergstraße:	Beigeordneter Timmermann will sich um einen neuen Mieter bei den SA-Stürmen bemühen und macht in Kürze Vorschläge.
3.) Satzungsänderung der Sparkasse:	Der geplanten Änderung der Firmen-Bezeichnung der Sparkasse in „Stadtsparkasse Wedel“ in Wedel (Holstein) stimmen die Ratsherren zu.

4.) Beirat für das Strandbad:	Es wird für den ausgeschiedenen Ratsherrn Diekgräf der Stadtrat Lemcke in Vorschlag gebracht; außerdem soll ein auswärtiger Badegast (evtl. Heberlein) berufen werden.
5.) Architektenhonorar für den Rathausneubau:	Die Ratsherren stimmen der Erhöhung des Architektenhonorars nicht zu. Falls nach Fertigstellung des Baues für besondere und erhöhte Mehrarbeit dem Architekten Breckwoldt eine besondere Anerkennung gewährt werden soll, wird in einer späteren Ratsherrensitzung noch darüber gesprochen werden müssen. Die Ratsherren sind grundsätzlich dazu bereit.
6.) Verschiedenes:	Nicht zu protokollieren.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	Die Ratsherren: J. Sievers, Karl Petersen Der Schriftführer: Pieper

Bleistiftvermerk von Gustav Maushake:

Besichtigung der Neuland-Halle im Adolf-Hitler-Koog!

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 15. Februar 1937 um 20^h im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Dwenger, Diekgräf, Weide, Sievers, Petersen, Möller, Ladiges. Ferner Stadtbaumeister Diercks, Stadtsekretär Lehmann, Stadtgartenmeister Jüttemeier, Kunstmaler Ramcke zu den jeweiligen Verhandlungsgegenständen. Schriftführer Stadtinsp. Pieper</p>
1.) Haushaltsplan und Haushaltssatzung 1937:	<p>Die Abschnitte „Allgem. Verwaltung u. Finanzverwaltung“ wurden eingehend besprochen. Die übrigen Abschnitte sollen in der nächsten Sitzung am 18.II. behandelt werden.</p>
2.) Verschiedenes:	<p>Der Errichtung einer Freibank stimmen die Ratsherren zu.</p>
	<p>Auf Antrag der NS-Kulturgemeinde sollen für kulturelle Zwecke des Ortes aus den Mitteln des Rechnungsjahres 1936 200,- RM zur Verfügung gestellt werden. In den Haushalt für 1937 sollen ebenfalls 200,-</p>

	RM eingesetzt werden.
	Der Bürgermeister: Die Ratsherren: Dr. Ladwig R. Möller R. Diekgräf

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 19. Februar 1937 im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Lemcke, Ratsherr Petersen, Diekgräf, Dwenger, Sievers, Ladiges, Weide, Möller, Schriftführer: Pieper. Entschuldigt: I. Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth. Stadtbaumeister Diercks und Gartenmeister Jüttemeier zu ihren Abschnitten. <u>Tagesordnung:</u></p>
1.) Haushaltsplan für 1937:	Die Ratsherren sprachen die einzelnen Abschnitte des Entwurfs eingehend durch, gaben Anregungen und ließen sich die Ansätze erläutern. Der Haushaltssatzung für 1937, die im Entwurf vorlag, stimmten die Ratsherren zu.
2.)	Zu den Kosten des Berufswettkampfes für den Reichsnährstand sollen von der Stadt keine Zuschüsse gegeben werden, weil die N.S.V. die Kosten tragen muß.
3.)	Die Entschliebung über die Hebung der Berufsschulbeiträge wird zurückgestellt.
4.)	Wegen Anschluß an Groß-Hamburg soll an den Reichsstatthalter Kaufmann herangetreten werden.
	<p>Der Bürgermeister: Die Ratsherren: Dr. Ladwig Dwenger, Weide</p>

	<u>EntschlieÙung</u> Haushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1937
	Auf Grund der §§ 83 ff der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl. I S.49) wird nach Beratung mit den Gemeinderäten (Ratsherren) folgende Haushaltssatzung erlassen:
	<u>§1.</u> Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1937 wird im ordentlichen Haushaltsplan in den Einnahmen auf 1.003.409,23 RM in den Ausgaben auf 1.003.409,23 RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in den Einnahmen auf 0,-- RM in den Ausgaben auf 0,-- RM festgesetzt.
	<u>§2.</u> Die Steuersätze für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:
	1. Grundvermögenssteuer I: 275 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages.
	2. Grundvermögenssteuer II: 260 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages.
	3. Gewerbesteuer (einschl. Zweigstellen und Schankgewerbesteuer): a) nach dem Ertrage 220 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages, b) nach dem Kapital 220 v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages, c) nach der Lohnsumme --- v.H. des staatlich veranlagten Grundbetrages.
	4. Bürgersteuer 500 v.H. des Reichssatzes.
	<u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des

	<p>Betriebes der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 20.000,- RM festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind 0,- RM Kassenkredite enthalten, die auf Grund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.</p>
	<p>§4. Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Haushaltsplans bestimmt sind, wird auf 0,- RM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für folgende Einzelzwecke verwendet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 0,- RM 2. 0,- RM <p>usw.</p>
<p>Wedel (Holst.), den 28. Februar 1937</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<u>Ratsherrensitzung</u> am 16. März 1937 im Roland.. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, I. Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Sievers, Petersen, Möller, Diekgräf, Weide, Ladiges, <u>Tagesordnung</u>
1.	Die Ratsherren stimmen der EntschlieÙung des Bürgermeisters über die Hebung der Berufsschulbeiträge vom 20.2.1937 zu.
2.	Die Anträge der Architekten werden abgelehnt. Die Vereinbarungen in der Ratsherrensitzung von Marne sollen weiter Geltung behalten. Der Bürgermeister soll von den Architekten vollständige Erfüllung des Vertrages verlangen und diese Forderung notfalls mit allen Mitteln zwangsweise durchsetzen.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Ratsherren: W. Ladiges, R. Möller

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 30.3. 1937 im Rathaus um 21 Uhr. <u>Anwesend:</u> Bgm. Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Groth fehlt entschuldigt. Ratsherr Dwenger, Petersen, Ladiges, Sievers, Möller, Entschuldigt fehlen d. Ratsh. Weide, Diekgräf und Kriete.</p>
<p><u>Vertrauliche dringende Sitzung:</u> 1)</p>	<p>Bgm. gibt d. Ernennung des Lagerhalters Obertrf. Kriete den Ratsherren bekannt. Ratsh. Kriete befindet sich z.Zt. beim Militär.</p>
<p>2) Aussprache über Arch. Breckwoldt.</p>	<p>Vorher erklären Erster Beig. O.H.L. Timmermann und Dr. Ladwig, im Interesse der Stadt zusammenarbeiten zu wollen.</p>
	<p>T. gibt an, B. habe durch verschiedene Erzählungen das Ansehen des Bgm. stark herabgesetzt. Der Bgm. stellt fest, herabsetzende Äußerungen über sich von B. auch schon von anderer Seite gehört zu haben. Ferner gibt T. an, B. habe gesagt, er hätte ihn, T., nicht wegen Sabotage der Vierjahresplaner angezeigt, wenn er seine Forderungen bewilligt hätte. Er, T., habe die Macht dazu gehabt.</p>
	<p>Die Ratsh. raten, dem B. den Vertrag aus folgenden wichtigen Gründen zu kündigen: „Ich kündige Ihnen hiermit das Vertragsverhältnis vom 29.9.36 mit sofortiger Wirkung, weil Sie durch böswillige Verleumdungen des Bgm. und des Ersten Beigeordneten eine notwendige weitere vertrauensvolle Zusammen-</p>

	arbeit am Rathausneubau unmöglich gemacht haben. Abrechnung usw. binnen 1 Woche forder. Die endgültige Ausführung soll das Stadtbauamt in die Hand nehmen.
3)	Nach Erklärg. d. Ratsh. Ladiges stiften d. Ratsh. für das Standesamtszimmer Skizze B für 215,- RM des Angebots Kuball vom 24.3.37.
4)	Ratsh. wollen vorl. Abrechnung über Rath.-Neubau sehen.
5)	Beim Abbruch des Hauses Rosengarten soll der Schiefer sichergestellt werden.
6)	Das Schreiben des Arch. Pikull v. 18.3.37 wird verlesen u. z.K. genommen.
	Dr. Ladwig Schriftf. Dr. Ladwig
	Die Ratsherren: Petersen, Dwenger

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 14.4. 1937 um 20 Uhr im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, I. Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr R. Möller, Petersen, Diekgräf, Sievers, Weide, Ladiges. Entschuldigt Ratsherren Kriete + Dwenger Schriftführer Stadtinsp. Pieper</p>
1)	<p>Die Ratsherren wollen nicht mit Herrn Breckwoldt über ein freiwilliges Ausscheiden auf Grund seines Schreibens vom 11.4.37 verhandeln. Bei der Kündigung vom 31.3.37 soll es verbleiben.</p>
2) [mit Bleistift: Pikull mdl. Mitgeteilt]	<p>Die Ratsherren schlagen vor, die Fertigstellung des Wandgemäldes bis zur endgültigen Abrechnung des Baues zurückzustellen.</p>
3)	<p>Die Ratsherren stimmen dem Entwurf des neuen endgültigen Stellenplanes zu. Hinsichtlich des Antrages des Stadtkassierers auf Verbesserung seiner Einstufung wird von den Ratsherren empfohlen, zwar die Stelle grundsätzlich zu verbessern nach E 4c², jedoch dem gegenwärtigen Stelleninhaber die erhöhte Besoldung erst nach Ablegung der 2. Verwaltungsprüfung zu gewähren. Es bestehen aber keine Bedenken, ihm schon jetzt die Amtsbezeichnung „Stadt-</p>

	rentmeister“ zu geben.
4)	Das Ergebnis der Bemühungen um Aufhebung der kath. Volksschule wird den Ratsherren bekannt gegeben.
5)	Der im Entwurf vorliegenden EntschlieÙung über die Höhe der Aufwandsentschädigung stimmen die Ratsherren zu mit der Maßgabe, daß die nach den ministeriellen Richtlinien zulässigen Sätze gewährt werden sollen, sofern es sich um Vertretung des Bürgermeisters handelt. Bei der Beratung waren die Beigeordneten nicht anwesend. Bei den übrigen ehrenamtlich tätigen Bürgern soll die Höhe der Zeugengebühr auf stündlich 1,- RM begrenzt werden.
6)	Verschiedenes.
	Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper
	Die Ratsherren: W. Ladiges, R. Dieckgräf

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 26. April 1937 im Rathaus. <u>Anwesend:</u> 1. Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Ratsherr R. Möller, Petersen, Ladiges, Diekgräf, Schriftführer Pieper. Entschuldigt fehlten Ratsherr Sievers, Dwenger, Kriete, Weide u. Stadtrat Lemcke.</p>
1) Verschönerungen bzw. Änderungen im Rathausneubau.	<p>Es sollen folgende Änderungen vorgenommen werden: a) Großer Sitzungssaal, Täfelung zu 2/3 Höhe, Kosten 570,-, einschließlich Deckengesimse b) Kleiner Saal, Täfelung zu 1/3 Höhe c) Trauzimmer Deckenverzierung, Kosten 260,- d) Obere Halle u. untere Halle profilieren, Kosten 460,- + 195,- RM</p>
	<p>Die Ratsherren waren einstimmig der Auffassung, diese Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen und dafür das in Aussicht genommene Wandgemälde fallen zu lassen.</p>
2)	<p>Die Rechnungen an die N.S.D.A.P. in Höhe von rd. 90,- RM sollen niedergeschlagen werden.</p>

3)	Kantsteinsetzung Blücherstraße, Moltkestraße u. Feldstraße sollen in der nächsten Ratsherrensitzung erneut besprochen werden. Die Notwendigkeit der Arbeiten wird anerkannt.				
	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 60%;">Jul. Timmermann</td> <td style="width: 40%;">Pieper</td> </tr> <tr> <td>I. Beigeordneter</td> <td>Schriftführer</td> </tr> </table>	Jul. Timmermann	Pieper	I. Beigeordneter	Schriftführer
Jul. Timmermann	Pieper				
I. Beigeordneter	Schriftführer				
	Die Ratsherren: R. Möller, Karl Petersen				

	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 1. Juni 1937, 20^h im Rathaus. <u>Anwesend</u>: Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Petersen, Diekgräf, Möller, Sievers, Ladiges, Schriftführer St.I. Pieper. Entschuldigt fehlen I. Beigeordneter Timmermann, Ratsherren Kriete, Weide, Dwenger. Tagesordnung:</p>
1)	Die in der Nachweisung der Stadtkasse vom 1.6.37 genannten rückständigen Mieten niederzuschlagen, jedoch die Beitreibung der Forderungen weiter zu verfolgen.
2) Errichtung einer Schulstelle.	Die Ratsherren stimmten der EntschlieÙung des Bürgermeisters wegen Errichtung einer weiteren Planstelle für den Schulverband Wedel zu.
3)	Die Einziehung der Krankenhausverpflegungskosten soll künftig im Verwaltungsgenehmigungsverfahren erfolgen; die Gebührensätze sollen durch die Aufsichtsbehörde genehmigt werden.
4)	Der EntschlieÙung über die Überleitung der Polizeivollzugsbeamten in die RBO stimmen die Ratsherren zu.
5)	Der Verwaltungskostenbeitrag der städt. Betriebswerke für 1936 soll um 10.000 RM ermäßigt werden.

6) Außerordentl. Haushaltsplan für 1936.	Für die im Jahre 1936 bereits durchgeführten Arbeiten: Siellegung Bismarckstraße, Siellegung Schillerstraße und Erdbewegungsarbeiten am Ad.-Hitlerplatz in Höhe von 3.500,- RM werden nachbewilligt-
7)	Die Auszahlung des Restbetrages von 25.000 RM für den Grundstückserwerb (Großheim) aus Rücklage-Mitteln stimmen die Ratsherren zu.
8)	Dem Kaufangebot der Wiese „Trendelwisch“ des Versteigerers Huck empfehlen die Ratsherren, nicht näherzutreten.
9)	Der Entwurf eines künstlerisch gestalteten bronzenen Türdrückers für die Rathaustür findet Beifall. Die Kosten scheinen den Ratsherren recht hoch zu sein. Bgm. wird versuchen, günstigste Bedingungen herauszuholen.
	Es schließt sich eine vertrauliche Sitzung an, an welcher der schriftführende Stadtinspektor Pieper nicht teilnimmt. Architekt Breckwoldt hat die Stadt auf Zahlung der restl. 250,- RM lt. Vertrag verklagt. Näheres geht aus den Akten hervor. Es soll noch ein juristisches Gutachten eingeholt werden, ob begründete Aussicht besteht, daß die Stadt den Prozeß nicht verliert. Besteht diese Aussicht nicht, soll mit Breckwoldt aus Gründen der Kostenersparnis ein Vergleich geschlossen werden.
	Der Bgm. klagt über das Verhalten des Krankenhausleiters, der sich nicht in den Dienstbetrieb der Stadt einfügen will. Die Ratsherren sind der Ansicht, daß trotz der Würdigung der besonderen Stellung des Leitenden

	<p>Arztes die Autorität des Bgm. unter allen Umständen zu wahren ist. Die Unruhe wird auf einen gewissen Einfluß der Oberschwester auf Dr. Müller zurückgeführt. Die Ratsh. sind mit dem Bgm. der Auffassung, daß die Sekretärin Frl. Müller nicht der Oberschwester zu unterstellen ist. Wenn das K.H. nur unter unsozialer Ausnutzung der Gefolgschaft zu halten ist, muß die Schließung erwogen werden. Bei gutem Willen aller Beteiligten zusammenarbeiten zu wollen, lassen sich jedoch auch im K.H. irgendwelche Erschütterungen vermeiden.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Der Schriftführer: Dr. Ladwig Pieper</p>
	<p>Die Ratsherren: J. Sievers, Karl Petersen</p>
	<p><u>Entschließung</u> Nachtrag zu den Besoldungsvorschriften für die Beamten, Ruhestandsbeamten, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gemeinde Wedel (Holstein) vom 26. Juni 1936.</p>
	<p>Auf Grund des Kapitels VIII §40 ff. des Gesetzes zur Anwendung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechtes vom 30.6.1933 (RG Bl.19) in Verbindung mit §1 der Preuss. Dritten Durchführungsverordnung zu dem Gesetz vom 15.7.1933 (G.S.S. 248) und der Durchführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers und des Reichs- und Preuß. Ministers des Inneren vom 24.3.37 zum Gesetz über die</p>

	<p>29. Änderung des Besoldungsgesetzes vom 19.3.1937 (R.G.Bl. IS 342) werden nach Beratung mit den Ratsherren die Besoldungsvorschriften vom 26.6.1936 mit Wirkung vom 1.4.37 ab wie folgt ergänzt: Hinter §1 Absatz 2 wird ein neuer Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:</p>
	<p>Für die Gemeindepolizei-Vollzugsbeamten gelten vom 1.4.1937 ab an Stelle des bisherigen Preuß. Besoldungsgesetzes das Reichsbesoldungsgesetz und an Stelle der Preuß. Besoldungsvorschriften die Reichsbesoldungsvorschriften. An die Stelle der bisherigen Preuß. Besoldungsgruppen treten die Gruppen der Reichsbesoldungsordnung, wie sie durch das Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgesetzes vom 19.3.1937 (R.G.Bl. S.342) und den etwa ergehenden Änderungen zum Reichsbesoldungsgesetz festgelegt sind und werden.</p>
Wedel (Holstein), den 1. Juni 1937	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<p><u>Ratsherrensitzung</u> am 5. Juli 1937, 20^h im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Lemcke, Ratsherr Petersen, Sievers, Kriete, Schriftf. Bgm. Entschuldigt fehlen: Ratsh. Ladiges, Möller, Weide, Dwenger</p>

1)	Ratsh. Kriete, der längere Zeit beim Militär war, wird v. Bgm. mit einer kurzen Ansprache i. sein Ehrenamt eingeführt und in Gegenwart der Ratsherren vereidigt.
2)	Stadtinspektor Pieper ist ausgeschieden, um eine Stelle als Amtsbürgermeister anzutreten. Es steht die Neubesetzung der Inspektorstelle in Frage. Erster Beigeordneter Timmermann setzt sich dafür ein, den Obersekretär Hinz mit diesem Posten zu beauftragen. Bgm. berichtet, daß er zweimal in dieser Frage a.d. Landratsamt vorstellig geworden ist, daß die Aufsichtsbehörde jedoch nicht wünscht, daß ein Bewerber ohne 2. Examen berufen wird. Heute sind zur Vorstellung die Inspektoren Fischer - Wandsbek und Maushake – Uetersen gebeten.
3)	Die Ratsh. erklären sich mit der Berufung des Stadtinsp. Maushake – Uetersen einverstanden, nachdem der OGL. Schuster - Uetersen dem Bgm telefonisch versichert hat, daß M. in die NSDAP aufgenommen wird. Der Bgm beruft M. in der Sitzung zum Amte des Stadtinsp. in Wedel. M. nimmt an.
4)	Bgm. regt an, dem Bgm. i.R. Eggers zu seinem 70. Geburtstag 1 Hitler-Bild zu überreichen und einen Ehrenbürgerbrief zu beantragen. Zugestimmt.
5)	Bgm gibt Kenntnis von einem unqualifizierten Schreiben der Fa. J.D. Möller v. 25.6. i. Sachen Strandbad. Eine Antwort wird Bgm. auf dieses Schr. nicht erteilen.
	Der Bürgermeister, zugleich als Protokollführer: Dr. Ladwig
	Die Ratsherren: J. Sievers, F. Kriete

	<p><u>EntschlieÙung</u> Der Bürgermeister i.R. Friedrich Eggers vollendet am 5. September 1937 das 70. Lebensjahr. Er war vom 21. April 1902 bis zum 20. April 1932 Bürgermeister der Stadt Wedel. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um unsere Stadt beschlieÙe ich mit Zustimmung der Ratsherren, ihm anläÙlich seines Geburtstages die Ehrenbürgerrechte der Stadt Wedel zu verleihen.</p>
Wedel, den 12. Juli 1937	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	Der Beauftragte der N.S.D.A.P stimmt der obigen EntschlieÙung zu.
Halstenbek, den 12. Juli 1937	gez. Schramm, Kreisleiter
	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 28. Juli 1937, 20 Uhr, im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Groth, der sich nach Besichtigung des Rathausneubaus entschuldigt entfernt, und die Ratsherren Möller, Sievers, Ladiges, Petersen, Kriete. Es fehlen entschuldigt Stadtrat Timmermann u. Lemcke. Als Schriftführer nimmt Stadtinspektor Maushake an der Sitzung teil, ferner nehmen teil Stadtsekretär Hinz, Stadtbaumeister Diercks u. zu Punkt 4 Architekt Pikull.</p>
	Vor Eintritt in die Beratung besichtigen die Anwesenden den Rathausneubau, darauf vereidigt der Bürgermeister den am 19. Juli 1937 in sein Amt eingeführten Stadtinspektor Maushake entsprechend den Vorschriften des Deutschen Beamtengesetzes auf den Führer und Reichskanzler.

1. <u>Jahresabschluß u. Prüfungsbericht der Stadtparkasse für 1936.</u>	Von dem Jahresabschluß, dem Prüfungs- und Verwaltungsbericht wird Kenntnis genommen. Irgendwelche Bedenken werden nicht erhoben.
2. <u>Nachtragshaushaltssatzung für 1937.</u>	Die Ratsherren nehmen in eingehender Aussprache Stellung zu dem vorgelegten Nachtragshaushaltsplan. Sie stimmen einer EntschlieÙung des Bürgermeisters zu, nach der der Nachtragshaushalt (außerordentlichen Haushalt) in Einnahme und Ausgabe auf 100.991,56 RM festgestellt wird.
	Es wird die Frage der Anstellung eines Spritzenwärters angeschnitten; eine EntschlieÙung soll dazu noch nicht gefaÙt werden und bleibt einer späteren Beratung vorbehalten.
3. <u>VeräuÙerung städt. Vermögens.</u>	Dem Verkauf des Hauses Blücherstraße soll z.Zt. nicht näher getreten werden.
4. <u>Abrechnung über den Rathausneubau.</u>	Architekt Pikull trägt die Abrechnung über den Bau vor. Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon; eine Abschrift der Abrechnung ist ihnen zuzustellen. Sie regen gleichzeitig an, als Anerkennung für die Leistungen des Architekten, diesem außer dem Honorar einen Betrag von 1.000,- (eintausend) Mark zu zahlen.
5. <u>Verschiedenes.</u>	a) Erwerb von Grundeigentum von Alfred Holle. Erwerb wird abgelehnt, da zu teuer.
	b) Der Bürgermeister teilt mit, daß der Beirat Lehmann seine städt. Ehrenämter wegen Arbeitsüberlastung niedergelegt hat.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	Die Ratsherren: K. Möller, H. Ladiges Schriftführer: Maushake

	<p><u>EntschlieÙung</u> Nach Beratung mit den Ratsherren wurden von mir folgende EntschlieÙungen gefaÙt:</p>
1) <u>JahresabschluÙ- u. Prüfungsbericht der Stadtparkasse für 1936</u>	Der JahresabschluÙ 1936 mit Verwaltungs- und Prüfungsbericht ist durch Vermittlung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverbandes dem Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig mit dem Antrag auf Genehmigung und Entlastung vorzulegen.
2) <u>Nachtragshaushaltssatzung für 1937</u>	Auf Grund es §§ 83 ff d. G.O. vom 30.1.1935 wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1937 erlassen:
	<p><u>Einziger Paragraph:</u> Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1937 wird im außerordentlichen Haushalt in Einnahme auf 100.991,56 RM und in Ausgabe auf 100.991,56 RM festgesetzt.</p>
3) <u>Abrechnung über den Rathausneubau</u>	Aus AnlaÙ der Fertigstellung des Neubaues ist an den aufsichtsführenden Architekten Pikull mit Rücksicht auf seine besonderen Leistungen eine Sonderentschädigung in Form einer Anerkennung in Höhe von 1.000,- RM - eintausend RM – zu zahlen.
Wedel, den 29. Juli 1937	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 27. September 1937, 20 Uhr im Rathaus</p>
	<p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Beigeordneten Timmermann, Groth, Lemcke und die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Sievers, Weide, Ladiges. Es fehlt Ratsherr Dwenger. Als Schriftführer nimmt Stadtinspektor Maushake an der Sitzung teil.</p>
	<p>Vor Eintritt in die Sitzung übergibt der Bürgermeister den Beigeordneten und Rats- herren den großen Sitzungssaal des neuen Rathauses zur Benutzung. Ferner teilt der Bürgermeister mit, daß er sich entschlossen habe, die Probefristzeit des Stadtinsp. Maushake abzukürzen und die endgültige Anstellung ab 1.10.d.Jr. vorzu- nehmen.</p>
<p>1. <u>Änderung des §25 der Satzung der Stadtsparkasse.</u></p>	<p>Von der Neufassung des §25 der Satzung der Stadtsparkasse Wedel wird Kenntnis genom- men. Bedenken gegen die Satzungsänderung sind nicht zu erheben.</p>
<p>2. Erlaß einer neuen Vergnügungs- steuerordnung für die Stadt Wedel.</p>	<p>Gegen den Erlaß einer neuen Vergnügungs- steuerordnung unter Aufhebung der jetzt gültigen Bestimmungen – entsprechend dem beigelegten Entwurf – ist nichts einzuwenden.</p>
<p>3. <u>Wasserversorgung des Kranken- hauses.</u></p>	<p>Die Ratsherren hegen keine Meinung für die Einrichtung eine eigenen Versorgungsanlage und befürworten den Anschluß an das Möller'sche Werk. Die Kosten des Anschlus- ses sollen festgestellt werden. Beigeordneter Timmermann trifft die erforderlichen Fest- stellungen bis zur nächsten Beratung.</p>
<p>4. <u>Niederschlagung von Mietresten</u></p>	<p>Gegen die endgültige Niederschlagung von 179,34 RM Mietrückstände der Familie Könnecker ist nichts einzuwenden.</p>
<p>5. <u>Bau eines HJ-Heimes</u> [Bleistiftvermerk: evtl. jetzige katholische Schule?]</p>	<p>Die Aussprache ergibt die Notwendigkeit zum Bau eines HJ-Heimes. Vordringliche Aufgaben lassen größere Ausgaben für den</p>

	Bau nicht zu. Daher kann lediglich die Ansammlung eines Fonds ins Auge gefaßt werden. – Die in Glückstadt u. Pinneberg geschaffenen Heime sollen vor der nächsten Beratung besichtigt werden.
6. <u>Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Beigeordneten u. Ratsherren</u>	Der beabsichtigten Regelung der Aufwandsentschädigungen für Beigeordnete und des Auslagenersatzes ehrenamtlich tätiger Bürger wird zugestimmt.
7. a) <u>Einrichtung eines Badezimmers im Schulhaus I.</u>	Der Einrichtung eines Badezimmers in der Wohnung des Lehrers Offergeld wird zugestimmt. Dagegen muß der Ausbau bei Frl. Carmon wegen mangelnder Mittel zunächst unterbleiben.
b) <u>Reinigung des Mühlenteiches</u>	./.. zurückgestellt
c) <u>Angelegenheiten des Krankenhauses</u>	Über die vorgetragenen Zustände entspinnt sich eine ausgedehnte Aussprache.
d)	Der Bürgermeister begründet die Notwendigkeit zur Beschaffung einer Luftschutz- und Feuealarmanlage.
e) <u>Baugesuch Röttger, Austraße</u>	Die Ratsherren sind gegen die Einrichtung eines vorgesehenen Baues, da in absehbarer Zeit nicht mit einem Ausbau der projektierten Straße zu rechnen ist. – Es wird der Vorschlag gemacht, die projekt. Straße über den Bürgerpark wieder aufzuheben. Der Bürgermeister will mit Baurat Fröhlich darüber Rücksprache nehmen.
f) <u>Krankenhauskosten Porwoll - Rissen</u>	Grundsätzlich mit dem Erwerb eines Gemäldes von dem Kunstmaler Porwoll – Rissen zur Abdeckung der Krankenhauskosten einverstanden.

g) <u>Dienstverhältnis Feldhüter Steinke</u>	Falls Steinke seinen Dienst aufgibt, kann ein Stammarbeiter für ihn eingestellt werden. Die zweite Feldhüterstelle kann dann eingehen
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Karl Petersen, Georg Weide Maushake, Stadtinsp.
	Nach Beratung mit den Ratsherren fasse ich folgende <u>EntschlieÙungen:</u>
1. <u>Änderung des §25 der Satzung der Stadtparkasse Wedel</u>	§25 der Satzung für die Stadtparkasse der Stadt Wedel in Wedel vom 23. September 1932 erhält die in dem vorliegenden Entwurf vorgesehene Fassung. Die erforderliche Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten ist einzuholen.
2. <u>Erlaß einer neuen Vergnügungssteuerordnung für die Stadt Wedel</u>	An Stelle der mit dem 30. September 1937 außer Kraft tretende Vergnügungssteuerordnung ist eine neue Ordnung, wie sie im Entwurf vorliegt, zu erlassen. Die notwendigen Genehmigungen sind dazu einzuholen.
3. <u>Niederschlagung von Mietresten</u>	Auf die Einziehung der Mietrückstände der Familie Könnecker von insgesamt 198,37 RM wird wegen Uneintreibbarkeit der Forderung endgültig verzichtet.

<p><u>4. Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Beigeordneten und Ratsherren</u></p>	<p>1. Die Beigeordneten der Stadt Wedel erhalten eine Aufwandsentschädigung nur, wenn sie ein bestimmtes Arbeitsgebiet verwalten. Sie beträgt monatlich bis zu 75,- RM und wird im Einzelfall mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde vom Bürgermeister festgesetzt.</p>
	<p>2. Vertritt ein ehrenamtlicher Beigeordneter den Bürgermeister, so erhält er, sofern die Vertretung länger als einen Monat dauert, eine Aufwandsentschädigung bis zu 250,- RM monatlich. Die Aufwandsentschädigung wird im Einzelfall mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde vom Bürgermeister festgesetzt.</p>
	<p>3. Neben der Aufwandsentschädigung haben die Beigeordneten bei Ausführung von Dienstreisen Anspruch auf Ersatz der Fahrtkosten und auf Tage- und Übernachtungsgelder nach Seite 3 des Gesetzes über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15. Dezember 1933 (R.G.Bl. I. S. 1067).</p>
	<p>4. Den sonstigen ehrenamtlich tätigen Bürgern, auch soweit sie nicht Beamte sind, steht ein Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des im Einzelfalle nachzuweisenden Verdienstaufalles zu.</p>
	<p>Für Tätigkeit außerhalb des Ortes werden ihnen Reisekosten wie den Beigeordneten gewährt.</p>
<p>Wedel, 28. September 1937</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 5. November 1937, 20 Uhr im Rathause.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke, sowie die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Weide, Beigeordneter Timmermann. Ferner ist anwesend zu den Punkten 1 und 2 Sparkassendirektor Metzger. Als Schriftführer nimmt Stadtinspektor Mausehake an der Sitzung teil. Entschuldigt fehlt Ratsherr Sievers.</p>
1. Haushaltsplan 1938 der Stadtparkasse Wedel.	Der Sparkassendirektor trug den Plan für 1938 vor und erläuterte die einzelnen Ansätze. Die Ratsherren stimmten dem Entwurf zu.
2. Nachtragshaushaltsplan 1937 der Stadtparkasse Wedel.	Von dem Nachtragshaushaltsplan wird zustimmend Kenntnis genommen. Die Ratsherren sind der Ansicht, daß mit Rücksicht auf den Wert der Wohnung entsprechende Miete gezahlt werden müßte.
3. Jahresrechnung der Stadtkasse für 1935.	Der Prüfungsbericht über die Jahresrechnung für 1935 vom 21. Oktober 1936 und der Entlastungsbeschluß des Landrats in Pinneberg vom 12. Oktober 1937 wird bekanntgegeben. Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon.
4. Jahresrechnung der Stadtkasse für 1936.	Der Bürgermeister teilt das Ergebnis der Haushaltsrechnung für 1936 mit und erläutert die wesentlichen Punkte. Zugleich werden die Überschreitungen der Haushaltsansätze zur Kenntnis gebracht. Die im Laufe des Rechnungsjahres erforderlich werdenden Bedenken dagegen sind nicht zu erheben.

5. Nachtragshaushaltsplan der Stadtverwaltung für 1937.	Der Bürgermeister begründet die Änderungen des Haushaltsplanes im laufenden Rechnungsjahr. Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon. Bedenken gegen die beabsichtigte Entschlie-ßung über den Erlaß einer Nachtragshaushalts-satzung sind nicht zu erheben.
6. Änderung der Vergnügungssteuer-ordnung.	Die Ratsherren nehmen Kenntnis von der genehmigten Vergnügungssteuerordnung. Gegen die beabsichtigte Entschlie-ßung, nach der die Maßgabe der aufsichtsbehördlichen Genehmigung beigetreten wird, sind Beden-ken nicht zu erheben.
7. Bau eines H.J.-Heimes	Über das Ergebnis der Besichtigung der H.J.-Heime in Glückstadt, Elmshorn und Pinneberg berichtet der Bürgermeister. - Die Ratsherren Ladiges u. Petersen werden in Gemeinschaft mit Beigeordnetem Timmer-mann mit Frau Heinsohn über die Verpach-tung ihres Lokals verhandeln.
8. Hauswirtschaftliche Schulung und Berufsschulpflicht der weiblichen Jugend.	Die Ratsherren haben für diese Regelung kein Interesse.
9. Verschiedenes: a) Finanzbedarf für das I. Halbjahr 1937	Mitgeteilt wird der an die Aufsichtsbehörde erstellte Finanzbericht über die Abwicklung des Haushaltsplans im I. Halbjahr 1937.
b) Erstattung von Umzugskosten	Von dem beabsichtigten Erlaß der Erstattungs-verpflichtung des Stadtsekretärs Conze über rund 203,- RM Umzugskosten wird zustim-mend Kenntnis genommen.

c) Erlaß der Nachforderung gegen den Schuldner Friedrich	Da der Schuldner Friedrich inzwischen seinen Wohnsitz hier aufgegeben hat und es sich um einen verhältnismäßig geringen Rest handelt, erklären sich die Ratsherren mit dem Erlaß der Restschuld einverstanden.
d)	Von der Entlassung der Ehrenbeamten Woltmann und Struckmeyer aus ihren Ämtern wird Kenntnis genommen.
e)	Der Bürgermeister gibt auf Anfrage von O.Gr.L. Timmermann Auskunft über den Stand der Ausbesserungsarbeiten an der Straße Wedel/Pinneberg. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Jahr 1939 aufgenommen.
f) Wasserversorgung im Krankenhaus	Die Ratsherren stimmen dem Anschluß an die Leitung der Firma J.D. Möller zu.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren R. Diekgräf, Kriete Schriftführer Maushake

Seite im Original nicht vorhanden

Seite im Original nicht vorhanden

	<p><u>Entschlüsseungen</u> Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel (Kreis Pinneberg) für das Rechnungsjahr 1937: Auf Grund des §88 Absatz 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung festgestellt:</p>
	<p><u>§1:</u> Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen RM 1.057.659,23 (gegenüber 1.013.409,23 RM Einnahme im ordentlichen Haushaltsplan), in den Ausgaben auf RM 1.047.659,23 (gegenüber 1.013.409,23 RM Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt.</p>
	<p><u>§2:</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1937 bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3:</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt ebenfalls unverändert.</p>
	<p><u>§4:</u> Darlehen sind bisher weder in der Haushaltssatzung vorgesehen, noch in Anspruch genommen. Sie werden auch durch die Nachtragshaushaltssatzung nicht erforderlich</p>
Wedel, den 5. November 1937	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<p>Der von dem Herrn Landrat in Pinneberg in der Genehmigung zur Vergnügungssteuerordnung der Stadt Wedel ausgesprochenen Maßgabe, die den §27 der Ordnung ändert und das Inkrafttreten derselben auf den 1. Oktober 1937 feststellt, trete ich bei.</p>
Wedel, den 5. November 1937	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 10. Dezember 1937, 20 Uhr im Rathause Anwesend: Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke, ferner die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Weide, Sievers. Als Schriftführer nimmt Stadtinspektor Maushake an den Sitzungen teil.</p>
1.) Nachbewilligung der anlässlich des Rathausbaues entstandenen Vorkosten.	<p>Der Bürgermeister begründet die Notwendig- keit einer Nachtragshaushaltssatzung zur Änderung des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1937. Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon. Bedenken gegen die beabsichtigte EntschlieÙung über den ErlaÙ der vorgelegten Nachtragssatzung werden nicht erhoben.</p>
2.) ErlaÙ von Ortssatzungen über den Anbau an Straßen.	<p>Die Entwürfe zu den Ortssatzungen I, II und III über den Anbau an Straßen, die Anlegung und Veränderung von Straßen usw. und den Ausbau der vorhandenen Straßen werden beraten. Den Ratsherren sollen die Druck- stücke der Ortssatzungen zur Stellungnahme zugesandt werden, um die Beratung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.</p>

3.) Festsetzung des Hebesatzes usw. der Bürgersteuer 1938	Die Ratsherren nehmen Kenntnis von der beabsichtigten EntschlieÙung über die Höhe, Erhebungsart und Fälligkeit der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1938. Gegen den Vorschlag sind Bedenken nicht zu erheben.
4.) Entwurf der Woltmannschen Brückengewäge.	An dem Erwerb der Wäge besteht stadtseitig kein Interesse. Der Kohlenhändlerverband und der landwirtsch. Bezugsverein könnten für den Erwerb interessiert werden.
5.) Nachtragshaushaltsplan 1937 zum ordentl. Haushalt.	Der Bürgermeister gibt Kenntnis davon, daß die Aufsichtsbehörde gegen die vorgelegte Nachtragssatzung zum ordentl. Haushalt 1937 Bedenken nicht erhoben hat.
6.) Unterstützung des Rentners Kreuziger	Bis zur nächsten Sitzung zurückstellen. Inzwischen die Verhältnisse weiter klären.
7.) Pacht für das städt. Gelände am Krons-kamp.	Für dieses Jahr soll an der Erhebung einer Pacht von der Bauernschaft abgesehen werden.
8.) Kraftwagenhaltestelle der Reichspost.	Die Sachlage wird besprochen.
9.) Grunderwerb von Dittmer Biesterfeldt	Vorläufig ist der Erwerb von Ländereien nicht dringend.
10.) Kaufsache Köhler/Reimers.	Die Ratsherren halten einen Kaufpreis von 6,- RM/qm mit Rücksicht auf die Lage des Grundstücks für angemessen.
11.) Einstellung eines hauptamtl. Feuerwehrmannes.	Der Einstellung eines hauptamtl. Feuerwehrmannes (Handwerker) stimmen die Ratsherren zu.
12.) Wasserversorgung Krankenhaus	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit.
13.) Unterbringung des Siedlers Friedrich	Von den Eingaben Kenntnis genommen.

14.) Vergabung eines Stipendiums.	Über den vorgelegten Antrag soll später noch einmal gesprochen werden bezüglich der grundsätzlichen Seite.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Ladiges, J. Dwenger Schriftführer: Maushake
	<u>EntschlieÙung</u>
1. <u>Betr. die Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel (Holst.) für das Kalenderjahr 1938</u>	Auf Grund des §12 Abs. 2 des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 fasse ich nach Anhörung der Ratsherren in der Sitzung vom 10.12.1937 folgende EntschlieÙung:
	<u>§1.</u> Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 20. Novbr. 1937, R.G. Bl. I 13 126 für das Kalenderjahr 1938 eine Bürgersteuer in Höhe des fünffachen Reichssatzes.
	<u>§2.</u> Die Bürgersteuer wird auf Grund schriftlicher Veranlagungsbescheide erhoben.
	<u>§3.</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 10.2., 10.5., 10.8. und 10.11. des Jahres. Sie ist bis zu diesem Tage an die Stadtkasse Wedel (Holst.) zu entrichten.

<p><u>2. Betr. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1937</u></p>	<p>Auf Grund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung festgestellt:</p>
	<p><u>§1.</u> Der dieser Satzung als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Haushalt auf 37.762,24 RM in Einnahmen und Ausgaben und im außerordentlichen Haushalt auf 10.000,- RM in Einnahmen und Ausgaben festgesetzt. Es erhöhen sich dadurch die Einnahmen u. Ausgaben im ordentlichen Haushalt von bisher 1.057.654,23 RM auf 1.095.421,47 RM im außerordentlichen Haushalt von bisher 100.991,56 RM auf 110.991,56 RM.</p>
	<p><u>§2.</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1937 bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite ändert sich durch diese Nachtragshaushaltssatzung nicht.</p>
	<p><u>§4.</u> Darlehen werden nicht in Anspruch genommen.</p>
<p>Wedel (Holst.), den 11. Dezember 1937</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<p><u>1. Beratung mit den Ratsherren</u> am 3. Februar 1938, 20 Uhr im Rathause. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke und die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Weide und Sievers. Zu den Punkten 8-12 nimmt Stadtbaumeister Diercks an der Sitzung teil. Schriftführer Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Mitteilungen:</u>	a) Der Bürgermeister teilte seine Stellungnahme zum Antrag Przykop auf Erteilung der Gastwirtschaftskonzession mit. Gegen Ablehnung wird nichts eingewendet.
	b) Rektor Diekgräf teilt das Ergebnis seiner Bemühungen um Aufhebung der Katholischen Schule in Wedel mit. Danach soll diese Schule mit Ablauf des Schuljahres aufgelöst werden. Die Ratsherren ermächtigen den Bürgermeister, eine entsprechende EntschlieÙung zu fassen, die eine Aufhebung feststellt.
	c) Der Bürgermeister teilt mit, daß der Reichsluftschutzbund die Gewährung einer namhaften Beihilfe beantragt hat, daß dem Antrage aber infolge entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprochen werden kann.
	d) Von der Mitteilung der Provinzialverwaltung über die Instandsetzung der Straße Pinneberg/Wedel wird Kenntnis genommen.
	e) Über die Errichtung zollamtlicher Gebäude wird berichtet.
2) <u>Erlaß von Ortssatzungen über den Anbau an Straßen.</u>	Die Entwürfe zu den Ortssatzungen I, II und III über den Anbau an Straßen, die Anlegung und Veränderung von Straßen pp. und den Ausbau der vorhandenen Straßen werden beraten. Die Ratsherren stimmen den Entwürfen und der beabsichtigten EntschlieÙung zu. Gegen den Erlaß der im Entwurf vorliegenden

	Polizeiordnung über die Beschaffenheit der Straßen und Straßenteile, welche als fertiggestellt anzusehen sind, bestehen keine Bedenken.
3) <u>Erhebungen von Berufsschulbeiträgen für 1937</u>	Die beabsichtigte Entschließung über Erhebung von Berufsschulbeiträgen im Rechnungsjahr 1937 wird mit den Ratsherren beraten. Gegen die Entschließung bestehen keine Bedenken.
4) <u>Abschluß eines Mietvertrages mit der NSDAP</u> [Bleistift: Kosten müssen erhoben werden]	Die Ratsherren lehnen ab, Kosten zu erheben.
5) <u>Entschädigung des Stadtgartenmeisters Jüttemeier</u>	als nebenamtl. Berufsschullehrer. Bei der Beratung dieses Punktes scheidet Ratsherr Möller aus. Gegen die Zahlung des Vergütungssatzes bis zum Schluß des laufenden Schuljahres werden keine Bedenken erhoben. Der Bürgermeister begrüßt die inzwischen erschienenen Herren Kreisleiter Paulsen und und Regierungsassessor Ließen, Pinneberg.
6) <u>Betreuung der Gärtner in der Berufsschule</u>	Die Ratsherren stimmen dem Vorschlag der Stadt Uetersen in dieser Form nicht zu. Sie sind aber damit einverstanden, sollten die Uetersener Gärtnerlehrlinge hier eingeschult werden.
7) <u>Errichtung eines Postneubaus.</u>	Von den Planungen wird Kenntnis genommen.
8) <u>Pavillon im Bürgerpark</u>	Ratsherren stimmen dem Abbruch zu.
9) <u>Erwerb von Gelände zum Bau von Volkswohnungen</u>	Grundsätzlich wird gegen den Erwerb nichts eingewendet.
10) <u>Geländeaustausch u. Straßenvermessung am Krons-kamp</u>	Der Straßenvermessung wird zugestimmt. Die erforderlichen Kosten werden überplanmäßig nachbewilligt.

11) <u>Einrichtung von Volkswohnungen</u>	Zu der Frage des Baus von Volkswohnungen sollen die Beiräte für Bauangelegenheiten gehört werden. Sie wollen Vorschläge machen.
12) <u>Müllabfuhr</u>	Die Baubeiräte sind zu der Frage des Benutzungszwanges zu hören. Die Ratsherren sind grundsätzlich dafür, wünschen aber Beseitigung des Mülls durch einen Privatunternehmer.
13) <u>Verpachtung der Strandbadweide</u>	Dem Kaninchenzüchterverein weiter überlassen. Ortsbauernführer Groth kontrolliert gelegentlich.
14) <u>Reinigung des Mühlenteiches</u>	Die Mühle soll ein festes Angebot machen, wer das zahlen will. An die Unternehmer nochmals herantreten, um Kosten festzustellen. Evtl. muß nochmals mit der SA verhandelt werden.
15)	Über die beabsichtigte Regelung der Berufsschulfragen wird in Gemeinschaft mit der Frage an den Anschluß mit Hamburg gesprochen. Punkt wurde in geheimer Sitzung behandelt.
	Bürgermeister: Dr. Ladwig Ratsherren: Karl Petersen, R. Möller Schriftführer: Maushake

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Betr. den ErlaÙ von Ortssatzungen über den Anbau an Straßen.</u>	Das bisherige Ortsstatut vom 10. April 1890 betr. Neuanlegung von Straßen und Einrichtung von Wohngebäuden an Straßen, welche noch nicht für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig gestellt sind, wird von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der neu zu erlassenden Ortssatzungen aufgehoben. An seiner Stelle treten die Ortssatzungen I, II und III, wie sie im Entwurf vorliegen und die am 3. Februar 1938 mit den Ratsherren beraten wurden. Die erforderlichen Genehmigungen sind eingeholt. Zugleich stimme ich der im Entwurf vorliegenden Polizeiordnung über die Beschaffenheit von Straßen und Straßenanteilen, die als fertiggestellt anzusehen sind, zu.
2) <u>Über die Höhe der Schulbeiträge und des Schulgeldes für die Berufsschule in Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1937</u>	Aufgrund des §16 des Gewerbe- und Handelslehrer-Besoldungsgesetzes (G.B.B.) vom 16.4.1928 fasse ich nach Anhörung der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer und nach Beratung mit den Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	I. Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstige Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltungskosten der Berufsschule in Wedel sind 50 v.H. durch Schulbeiträge aufzubringen.
	II. Es sind zu erheben: a) Von den Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätten im Stadtgebiet Wedel 5 v.H. der SteuermeÙbeträge für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapital;
	b) von den nicht gewerbetreibenden Arbeit-

	gebern für jeden von ihnen beschäftigten- Arbeitern und Angestellten, somit die eigentlich der einzelnen bei ihnen beschäftig- ten Arbeiter- und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, ein Betrag von 3,- RM.
	II. Freiwillige Schüler haben für die Jahres- unterrichtsstunden ein Schulgeld von 10,- RM, freiwillige auswärtige Schüler ein solches von 15.- RM zu zahlen.
3) <u>Betr. Aufhebung einer Volksschul- lehrerstelle</u>	Nach Anhörung der Ratsherren stimme ich dem Vorschlag des Herrn Regierungspräsi- denten, die Stelle eines katholischen Volks- schullehrers mit Wirkung vom 1. April 1938 ab aufzuheben, zu.
Wedel, den 4. Februar 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>2. Beratung mit den Ratsherren</u> am 19. April 1938, 20 Uhr im Rathause <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth und die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Sievers. Ratsherr Weide ist ausgeschieden. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Elektrifizierung der Reichsbahnstrecke Blankenese/Wedel</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von den letzten Verhandlungen mit der Reichsbahn. Es soll morgen eine Ortsbesichtigung stattfinden.
2) <u>Anstellung von Beamten</u>	Mit Rücksicht auf die langjährige Tätigkeit des Stadtbaumeisters und die Schwierigkeiten des Ersatzes raten die Ratsherren zur lebenslänglichen Anstellung. Von weiteren personellen Änderungen in der Verwaltung gibt der Bürgermeister Kenntnis.
3) <u>Niederschlagung städt. Forderungen</u>	Rückständige Mieten von Clasen werden mit 215,- RM niedergeschlagen. Erlaß bleibt vorbehalten.
4) <u>Unterstützung des früheren Arbeiters Kreuziger</u>	Eine Unterstützungszahlung wird nicht befürwortet.
5) <u>Verbesserung der Straßenbeleuchtung</u>	Der vorgesehenen Verbesserung stimmen die Ratsherren zu.
6) <u>Verschiedenes</u>	<p>a) <u>Berufsschule</u> Von der Neuregelung wird Kenntnis genommen.</p> <p>b) Der Bürgermeister wird gebeten, die Einrichtung eines kommunalen Friedhofs zu betreiben.</p> <p>c) Der Stadtparkasse soll der Erwerb des Biesterfeldt'schen Grundstücks zum Jahre 1941 zugesichert werden. Außerdem werden einige andere Angelegenheiten besprochen.</p>
	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Diekgräf, Kriete Schriftführer: Maushake</p>

	<u>EntschlieÙung</u> über den ErlaÙ einer Ortssatzung
	Nach Anhörung der Ratsherren in der Sitzung vom 19. April 1938 hebe ich die Ortssatzung für die Berufsschule in Wedel vom 11. Oktober 1929 mit Wirkung vom 1. April 1938 ab auf. An ihre Stelle tritt die im Entwurf vorliegende Ortssatzung über die Pflicht zum Besuch der gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschule in der Stadt Wedel (Holstein) vom heutigen Tage, die rückwirkend vom 1. April 1938 ab, in Kraft treten soll.
Wedel, den 20. April 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>3. Beratung mit den Ratsherren</u> am 13. Juni 1938, 20 Uhr, im Rathause. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig. Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke sowie die Ratsherren Petersen, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Sievers, Möller. Später erscheint Ratsherr Kriete- Als Berichterstatter zu Punkt 2 nimmt Obersekretär Achmotat an der Sitzung teil. Schriftführer. Stadtinspektor Maushake.</p>
1.) <u>Reinigung des Mühlenteiches</u>	Die Ratsherren sind an der Reinigung des Mühlenteiches nach wie vor nicht interessiert.
2.) <u>Geschäftsbericht und Prüfungsbericht der Stadtparkasse für 1937</u>	Von dem Jahresabschluß, dem Verwaltungs- und Prüfungsbericht der Stadtparkasse für das Geschäftsjahr 1937 nehmen die Ratsherren Kenntnis.
3.) <u>Stellenplan für das Jahr 1937</u>	Der Bürgermeister erläutert den Stellenplan und die vorgesehenen Änderungen gegenüber den bisherigen Plänen. Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon.
4.) <u>Überführung von Zivilanwärttern in das Beamtenverhältnis.</u>	Von der Regelung Kenntnis genommen.
5.) <u>Haushaltssatzung 1938</u>	Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 1938 werden beraten. Die Ratsherren stellen zu einigen Ansätzen des Plans Anfragen, die geklärt wurden. Gegen den Plan und die zu erlassende Haushaltssatzung werden darauf Bedenken nicht erhoben.
6.) <u>Luftschutzwarnanlage</u>	Gegen die Schaffung einer Luftschutzwarnanlage u. Feueralarmeinrichtung bestehen keine Bedenken. Die Finanzierung der Anlage ist gesichert.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Karl Petersen, R. Möller Schriftführer: Maushake

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Jahresabschluß und Prüfungsbericht der Stadtparkasse für 1937</u>	Nachdem die Ratsherren zum Jahresabschluß 1937 sowie zum Verwaltungs- und Prüfungsbericht der Stadtparkasse in der Beratung am 13. Juni 1938 gehört worden sind, ist der Abschluß mit Berichten durch Vermittlung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverbandes dem Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig mit dem Antrage auf Genehmigung und Entlastungserteilung vorzulegen.
2) <u>Haushaltssatzung 1938</u>	Auf Grund der §§83 ff der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RG.Bl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Haushaltssatzung erlassen:
	<p><u>§1.</u> Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1938 wird im ordentlichen Haushaltsplan in der Einnahme auf 787.241,-- RM in der Ausgabe auf 787.241,-- RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in der Einnahme auf 11.000,-- RM in der Ausgabe auf 11.000,-- RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§2.</u> Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:</p> <p>1) Grundsteuer: a) für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe (Hebesatz) 105 v.H. b) für die Grundstücke 160 v.H.</p> <p>2) Gewerbesteuer: Nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapi- tal (Hebesatz) 220 v.H.</p> <p>3) Bürgersteuer: (Hebesatz) 500 v.H.</p>

	<p><u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000,- RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§4.</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
3) <u>Stellenplan der Stadt Wedel</u>	Nach Beratung mit den Ratsherren wird der im Entwurf vorliegende Nachtrag zum Stellenplan und die sich daraus ergebende neue Fassung des Stellenplans hiermit festgestellt.
Wedel, den 14. Juni 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>4. Beratung</u> mit den Ratsherren am 8. Juli 1938, 20 Uhr im Rathaussaal. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, sowie die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Lüdemann und Sievers. Als Gäste nehmen Standartenführer Becker und Obersturmbannführer Fick von der SA-Standarte 265 an der Beratung teil. Als Sachbearbeiter zu Punkt 2 ist Stadtbaumeister Diercks anwesend. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake</p>
	<p>Vor Eintritt in die Beratung führt der Bürgermeister den neuernannten Ehrenbeamten, Ratsherrn Hans Lüdemann, in sein Amt ein und verpflichtet ihn. Danach legt Ratsherr Lüdemann den vorgeschriebenen Eid auf den Führer und Reichskanzler ab.</p>
1) <u>Einrichtung von Aufbauklassen</u>	<p>Der Bürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Sache. Eine Aussprache findet nicht statt.</p>
2) <u>Reinigung des Mühlenteiches</u>	<p>An Hand der Akten gibt der Bürgermeister eine Übersicht über die Vorgeschichte der Reinigung des Mühlenteiches in den Monaten Juni u. Juli 1938. Dazu entspinnt sich eine ausgesehnte Aussprache, in der die Ratsherren Möller u. Kriete und der Erste Beigeordnete Stellung zu den Vorgängen nehmen.</p>
3) <u>Ortssatzung über die Erhebung von Berufsschulbeiträgen</u>	<p>Gegen den Erlaß der Ortssatzung über die Erhebung von Berufsschulbeiträgen wurden Bedenken nicht erhoben.</p>
4) <u>Verkauf von städt. Gelände an einen Erbbaupächter</u>	<p>Mit dem beabsichtigten Verkauf eines bisher als Erbpacht an den Polizeisekretär Jepsen abgegebenen Grundstücks erklären sich die Ratsherren einverstanden. Der Kaufpreis wird als angemessen angesehen.</p>

5) <u>Einrichtung eines kommunalen Friedhofs</u>	Die Angelegenheit wird zurückgestellt, da die Platzfrage noch ungeklärt ist.
6) <u>Elektrifizierung der Eisenbahn Blankenese/Wedel</u>	Die Ratsherren nahmen Kenntnis von der Stellungnahme des Landrats.
7) <u>Aufhebung eines Fußsteiges</u>	Die Ratsherren wünschen statt der Aufhebung des Fußweges die Sperrung gegen Erhebung einer jährlichen Anerkennungsgebühr von jedem Anlieger zur Wahrung der Rechte. Der Weg kann den Anliegern bis auf weiteres zur Nutzung überlassen werden.
8) <u>Verminderung der Katzen im Stadtgebiet</u>	Entsprechende Maßnahmen und Aufklärung in der Bevölkerung veranlassen.
9) <u>Errichtung einer Amtsgerichtsnebenstelle</u>	Von dem Bescheid des Oberamtsgerichtspräsidenten wird Kenntnis gegeben.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Ladiges, J. Sievers Schriftführer: Maushake

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Ortssatzung über die Form der Erhebung der Berufsschulbeiträge in der Stadt Wedel (Holstein)</u>	Nach Anhörung der Ratsherren wird die im Entwurf vorliegende Satzung festgestellt. Die Aufsichtsbehörde ist um die erforderliche Genehmigung zu bitten.
2) <u>Veräußerung von Grundeigentum</u>	Das der Stadt Wedel (Holstein) gehörende Grundstück Kartenblatt 10, Parzelle 592/29, Gemarkung Wedel, z.Zt. an den Polizeisekretär Asmus Jepsen in Wedel in Erbpacht abgegeben, wird an den Pächter zum Preise von 0,80 RM je Quadratmeter verkauft. Die Kosten des Veräußerungsgeschäftes, einschl. der Auflassung u. Eintragung, sind von dem Erwerber zu zahlen, der auch die Grunderwerb- und evtl. die Wertzuwachssteuer zu tragen hat. Die Ratsherren haben dem Verkauf zugestimmt.
Wedel, den 9. Juli 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>5. Beratung</u> mit den Ratsherren am 9. August 1938, 15 Uhr im Rathause.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke sowie die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers. Entschuldigt fehlt Stadtrat Groth.</p> <p>An der Beratung nehmen ferner teil die Herren Oberregierungsr. und Schulrat Viernow (Regierung Schleswig), Schulrat May (Schulamtsamt Pinneberg) und Rektor Hufe (als Schulbeirat).</p> <p>Schriftführer: Stadtinspektor Maushake</p>
<p>1) <u>Einrichtung von Aufbauklassen (Mittelschule) an der Wedeler Volksschule</u></p>	<p>Der Bürgermeister erläutert nochmals kurz die Notwendigkeit zur Einrichtung einer Mittelschule und bittet dann Herrn Oberregierungsrat Viernow um Stellungnahme zu den Problemen. Herr Ob.-Reg.-Rat Viernow erläutert eingehend unter Heranziehung umfangreichen Zahlenmaterials die Möglichkeiten der Einrichtung einer 6-klassigen Mittelschule und einer 4-zügigen Aufbauklasse. Nach den Ausführungen des Herrn Ob.-Reg.-Rates ist es die Auffassung der Regierung, daß eine Stadt wie Wedel mit ihrer Einwohnerzahl von ca. 9000 unbedingt für die Förderung des Nachwuchses in den eigenen Mauern bestrebt sein müßte.</p>
	<p>Nach Anfragen der Ratsherren gibt Herr Schulrat May noch seine Erfahrungen über Mittelschulen und Aufbauklassen bekannt. Seiner Auffassung nach bietet eine voll ausgebaute Mittelschule bessere Gewähr dafür, die Kinder des Ortes und der Nachbarschaft an ihr zu halten, als eine 4-zügige Aufbauklasse.</p>
	<p>Ratsherr Ladiges ist der Überzeugung, daß eine voll ausgebaute Mittelschule, die heute nach den neuen Regierungserlassen die Fähigkeiten zur Zulassung zur gehobenen mittleren Laufbahn in Wirtschaft u. Behörden vermittelt, die geeignete Unterrichtsanstalt ist, die für Wedel eingerichtet werden müßte.</p>

	Nach den eingehenden Stellungnahmen stellt der Bürgermeister fest, daß es der Wunsch der Ratsherren ist, eine sechsklassige Mittelschule einzurichten und die damit entstehenden Lasten zu übernehmen. Die Einrichtung soll möglichst zum April 1939 getroffen werden. Zu den Einrichtungskosten sind Reichsmittel zu beantragen und die Hilfe des Oberpräsidenten in Anspruch zu nehmen.
2) <u>Ausbesserung des Weges nach Fähmannssand</u>	Von der Absicht der Regierung, den Weg nach Fähmannssand auszubauen, wird Kenntnis genommen. Die Ratsherren sind grundsätzlich bereit, den Ausbau des Weges zu fördern und empfehlen, die erforderlichen Mittel von etwa 10.000 RM bereitzustellen, evtl. die Finanzierung durch eine Interessengemeinschaft (Anlieger) zu sichern.
3) Beteiligung der Stadt am Wohnungsbau f. städt. Gefolgschaftsangehörige.	Der Bürgermeister erläutert den Plan eines Einwohners über die Errichtung von Wohnungen, die als Dienstwohnungen für Gefolgschaftsangehörige zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Ratsherren stimmen den Vorschlägen im Grundsatz zu.
4) <u>Verschiedenes</u>	a) Der Bürgermeister gibt Kenntnis 1) von der Anerkennung des Wedeler Museums als „Heimatmuseum“; 2) von der Stellungnahme des Landrats zur Haushaltssatzung 1938;
	b) der Ermäßigung des Pachtpreises für den Kaninchenzuchtverein um 5,- RM jährlich stimmen die Ratsherren zu.
Der Bürgermeister: Dr. Ladwig	Die Ratsherren: H. Lüdemann, Kriete Schriftführer: Maushake

	<p><u>EntschlieÙung</u> über die Einrichtung einer Mittelschule in der Stadt Wedel. Nach Anhörung der Schulbeiräte und der Ratsherren fasse ich folgende EntschlieÙung:</p>
	<p>I. Zur Behebung eines unabweisbar besonderen kulturellen Bedürfnisses, insbesondere zur Förderung der Bildungsmöglichkeiten für den Schüler- und Begabtenachwuchs der Stadt Wedel ist mit Wirkung vom 1. April 1939 ab eine sechsklassige selbständige gemischte Mittelschule einzurichten.</p>
	<p>II. Die erforderlichen Mittel persönlicher und sächlicher Art sollen durch den Haushaltsplan des Jahres 1939 bereit gestellt werden, sobald die Genehmigung des Herrn Reichs- u. Preuß. Ministers für Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung zur Einrichtung dieser Schule vorliegt.</p>
	<p>III. Der Unterricht in der Mittelschule ist vom Beginn des Schuljahres 1939 ab zunächst in einer Klasse aufzunehmen. Der weitere Ausbau erfolgt fortschreitend mit der jährlichen Zuführung der Schüler aus der Grundschule. Die Errichtung eines entsprechenden Schulgebäudes muß bis zum Anfang des Schuljahres 1941 durchgeführt werden. Die notwendigen Vorbereitungen dazu sind schon jetzt aufzunehmen.</p>
Wedel, den 9. September 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 21. Oktober 1938, 20 Uhr, im Rathaus. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Sievers. Entschuldigt fehlen die Ratsherren Kriete und Ladiges. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake</p>
1) <u>Mitteilungen:</u>	a) Der Bürgermeister gibt Mitteilung von verschiedenen Bauangelegenheiten, insbesondere von den Vorzeichen. zur Heranziehung von Industriebetrieben nach Wedel.
Weiter wird mitgeteilt,	b) daß die Haushaltssatzung 1938 die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat,
	c) daß die Aufsichtsbehörde die Entlastung des Bürgermeisters aus der Rechnungsführung 1936 ausgesprochen hat.
2) <u>Jahresrechnung 1937 und Finanzbericht für das erste Halbjahr 1938</u>	a) Die Jahresrechnung 1937 wird erläutert und von den Ratsherren gutgeheißen. Zugleich werden die notwendigen Überschreitungen nachträglich zur Kenntnis gebracht. Es ergeben sich keine Bedenken. Die endgültige Verwendung der Überschüsse des Rechnungsjahres 1937 bleibt einer späteren Beratung vorbehalten.
	Zunächst wurden für den Landerwerb vom Deutschen Reich die ersten drei Raten in Höhe von 7.500 RM und die dazu erforderlichen Vorkosten (Vermessung, Auflassung, Grunderwerbssteuer usw.) mit rd. 3.000 RM aus den Überschüssen bereit gestellt, die durch eine Nachtragshaushaltssatzung zu erfassen

	<p>sind.</p> <p>b) Von dem Finanzbericht für das erste Halbjahr 1938 nehmen die Ratsherren Kenntnis.</p>
3) <u>Nachtragshaushaltssatzung für den außerordentlichen Haushalt 1938</u>	Die Haushaltssatzung für den außerordentlichen Haushalt 1938 wird beraten. Gegen den Erlaß der Satzung sind Bedenken nicht zu erheben.
4) <u>Bereitstellung von Mitteln</u>	a) für den Einbau von Hydranten. Der Bewilligung von 600 RM für den Einbau von Feuerlöschhydranten stimmen die Ratsherren zu;
	b) für das Gartenamt. Die Ratsherren sind grundsätzlich mit der Nachbewilligung eines Betrages bis zu 2.000 RM einverstanden, wenn die Nachprüfung durch Ratsherrn Petersen die unbedingte Notwendigkeit der Anforderung ergibt.
5) <u>Ablösung eines Mietvertrages über die Fernsprechanlage im bisherigen Verwaltungsgebrauch</u>	Der Betrag von 4.500 RM wird für das Rechnungsjahr 1938 zur Verfügung gestellt und ist später durch die Nachtragshaushaltssatzung zu erfassen.
6) Beschaffung von Amtsketten für die Beigeordneten.	Der Wunsch der Beigeordneten und Ratsherren geht dahin, Ketten nach dem 2. Entwurf von Prof. Arnold zu besitzen. Falls es gelingen sollte, die größeren Organisationen für die Stiftung der Ketten zu gewinnen, soll jedoch den einzelnen Organisationen freie Hand in der Bestimmung der Ketten gelassen werden.
7) <u>Bewilligung von Beihilfen</u>	a) Dem Wedeler Turnverein soll aus Anlaß seines diesjährigen Jubiläums eine Beihilfe von 300,- RM gezahlt werden;
	b) der Bewilligung einer Beihilfe von 250 RM an die Technische Nothilfe wird zugestimmt.

8) <u>Aufnahme eines Darlehens für den Volkswohnungsbau</u>	Gegen die Aufnahme des Darlehens von 37.200 RM, das an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ in Wedel weitergegeben werden soll, bestehen keine Bedenken.
9) <u>Festsetzung der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1939</u>	Gegen die beabsichtigte Entschließung über die Höhe und Erhebungsart der Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1939 ist nichts einzuwenden.
10) <u>Erlaß von städtischen Forderungen</u>	a) Die Ratsherren erklären sich mit dem Erlaß einer im Entschuldungsverfahren unberücksichtigt gebliebenen Restforderung mit 62,24 RM der städt. Betriebswerke und von 58 RM Krankenhauskosten gegen den Bauern Hinrich Karp einverstanden. b) Auch die ungedeckten Beihilfen für den früheren Pol. Hauptmann Jepsen können erlassen werden.
11) <u>Einrichtung eines kommunalen Friedhofes</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit.
12) <u>Bauliche Überholung des Rolanddenkmals</u>	Für die Vorarbeiten können die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.
13) <u>Herausgabe eines Heimatbüchleins</u>	Mit der Herausgabe eines Heimatbüchleins aus Anlaß der 30-jährigen Wiederkehr des Tages der Eingemeindung Schulaus in Wedel einverstanden.
14) <u>Erwerb von Grundstücken durch das E.W.U. und Änderung von Straßenführungen</u>	Ablehnung des Vorschlages der EWU wird nicht empfohlen. Grundsätzlich sind die Ratsherren einverstanden. Neue Verhandlungen im Sinne der in der heutigen Beratung besprochenen Vorschläge sind nötig.
15) <u>Verschiedenes</u>	a) Von der Erhöhung der Schwesternvergütung an das Tabea-Mutterhaus wird Kenntnis genommen.

	b) Dem Vorschlage Dr. Müller's, vom 1. Jan. 1939 ab einen Assistenzarzt für das Krankenhaus einzustellen, wird entsprochen. Vergütung etwa 150,- RM monatl. und freie Wohnung u. Verpflegung.
	c) Mitgeteilt wird ein Runderlaß, der die Schwierigkeiten der diesjährigen Obstversorgung schildert.
	d) Erster Beigeordneter Timmermann bittet den Bürgermeister, in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Stadtparkasse amtliche Vorstellungen bei der Aufsichtsbehörde über die Kreditsperre bei den Sparkassen zu erheben und sich für die Aufhebung der Sperre einzusetzen.
	e) Die anderweitige Unterbringung der Volksbücherei kann z.Zt. wegen Raummangels nicht durchgeführt werden. Mit dem Ausbau unter Vermeidung unnötiger Kosten im übrigen einverstanden.
	f) Die Ratsherren Diekgräf, Dwenger und Petersen werden die im Entwurf vorliegende Satzung über den Anschluß an die Müllabfuhr prüfen.
	g) Die Ratsherren wünschen, die Frage der Beschaffung einer Dienstwohnung für den Bürgermeister in der nächsten Sitzung zu behandeln.
	h) Ratsherren empfehlen, die vom Arbeitsamt zu zahlende Heizungsvergütung auf 3,- RM/qm herabzusetzen.
	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig Die Ratsherren: Karl Petersen, J. Dwenger Schriftführer: Maushake

	<u>EntschlieÙung</u>
1. <u>Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1938</u>	Auf Grund des §§ 88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Gl.I, S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:
	<p><u>§1.</u> Der Nachtragshaushaltsplan wird im außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 45.500 RM (gegenüber 11.000 RM Einnahmen im außerordentlichen Haushaltsplan) in den Ausgaben auf 45.500 RM (gegenüber 11.000 RM im außerordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt.</p>
	<p><u>§2.</u> Die Steuersätze bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3.</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.</p>
	<p><u>§4.</u> Der Darlehensbetrag, der zur Bestreitung von Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan des Rechnungsjahres 1938 dienen soll, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 0 RM auf <u>37.200 RM</u> festgesetzt. Die neu festgesetzten Beträge werden nach dem Nachtragshaushaltsplan für folgende Ausgaben verwendet: Bau von 28 Volkswohnungen durch die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ Wedel 37.200 RM</p>
2. <u>Betreffend die Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel (Holst.) für das Kalenderjahr 1939</u>	Auf Grund des §12 Abs. 2 des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 fasse ich nach Anhörung der Ratsherren in der Sitzung vom 20.10.1938 folgende EntschlieÙung:

	<p><u>§1.</u> Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937, Reichsgesetzblatt I Nr. 126 für das Kalenderjahr 1939 eine Bürgersteuer in Höhe des fünffachen Reichsatzes.</p>				
	<p><u>§2.</u> Die Bürgersteuer wird auf Grund schriftlicher Veranlagungsbescheide erhoben.</p>				
	<p><u>§3.</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 10.2., 10.5., 10.8. und 10.11. des Jahres. Sie ist bis zu diesen Tagen an die Stadtkasse Wedel (Holst.) zu entrichten.</p>				
3. <u>Aufnahme eines Darlehens</u>	<p>Nach Beratung mit den Ratsherren entschieße ich mich zur Aufnahme eines aus den Reichsmitteln für Volkswohnungen bereitgestellten Darlehens. Das Darlehen soll zur Finanzierung des Baues von 28 Volkswohnungen verwendet und an die „Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H.in Wedel“ weitergegeben werden. Die Höhe beträgt für</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">das Hauptdarlehen:</td> <td style="text-align: right;">33.600 RM</td> </tr> <tr> <td>das Zusatzdarlehen</td> <td style="text-align: right;">3.600 RM</td> </tr> </table>	das Hauptdarlehen:	33.600 RM	das Zusatzdarlehen	3.600 RM
das Hauptdarlehen:	33.600 RM				
das Zusatzdarlehen	3.600 RM				
	<p>Diese Summen sind durch den Nachtragshaushaltsplan für den außerordentlichen Haushalt im Einzelplan 6 bereitzustellen, entsprechend den Bedingungen des Bewilligungsbescheides des Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig vom 6. September 1938 zu verzinsen und zu tilgen und bei Weitergabe des Darlehens in der vorgesehenen Weise grundbuchlich zu sichern.</p>				
Wedel (Holst.), den 20. Oktober 1938	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig				

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 29. November 1938, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladiwg, die Stadträte Lemcke und Groth sowie die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers. Entschuldigt fehlt Erster Beigeordneter Timmermann und Ratsherr Diekgräf. Zu Punkt 1 der Tagesordnung nimmt Sparkassendirektor Metzger teil. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Verwaltungskostenvoranschlag der Stadtparkasse Wedel für das Jahr 1939</u>	Direktor Metzger trägt den Verwaltungskostenvoranschlag der Stadtparkasse für das kommende Jahr vor und erläutert die eingehenden Ansätze. Die Ratsherren nehmen Kenntnis vom Voranschlag und erheben gegen die Ansätze keine Einwendungen. Bei der Beratung dieses Punktes war Ratsherr Petersen als Vorstandsmitglied der Wedeler Spar- und Kreditbank nicht anwesend.
2) <u>Kommunaler Friedhof</u>	Die Ratsherren Möller und Kriete werden in Gemeinschaft mit dem Bürgermeister und dem Stadtbaumeister eine Ortsbesichtigung vornehmen.
3) <u>Mitteilungen</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis
	a) von dem Erlaß über die Anlage der städtischen Rücklagenbestände;
	b) von dem Stand der Lockerungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Kreditsperre;
	c) über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer Mittelschule in Wedel.

4) <u>Bau einer Bürgermeisterdienstwohnung</u>	Zurückgestellt.
5) <u>Bau eines H.J.-Heims</u>	Zur Kenntnis genommen.
6) <u>Volksbücherei</u>	Für Zwecke der Verlegung der Volksbücherei werden die erforderlichen Mittel mit rd. 300 RM für 1938 nachbewilligt.
7) <u>Beiräte für Feld- und Forstangelegenheiten</u>	Es wird empfohlen, Ratsherrn Petersen als Beirat zu bestellen.
8) <u>Veräußerung städtischen Grundeigentums</u>	a) Die Ratsherren stimmen dem Verkauf eines Grundstücks an den Baumeister Nagel in Wedel zu. Gegen die beabsichtigte EntschlieÙung werden Bedenken nicht erhoben
	b) Die VeräuÙerung von städt. Grundstücks- teilen am Kronskamp an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ in Wedel findet die Zustimmung der Ratsherren. Ebenso stimmen die Ratsherren der im Entwurf vorliegenden, vom Bürgermeister zu fassenden EntschlieÙung über den Verkauf zu.
9)	Mit der beabsichtigten Ehrung des Gefolgschaftsmitgliedes Nuppenau der städt. Betriebswerke mit Rücksicht auf seine lang- jährige Tätigkeit im Öffentlichen Dienst durch Gewährung eines Treugeldes in Höhe von 100.- RM sind die Ratsherren einverstanden.
	Bürgermeister: Dr. Ladwig Ratsherren: Ladiges, R. Möller Schriftführer: Maushake

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Veräußerung von städtischem Grundbesitz.</u>	Zum Zwecke der Errichtung von Volkswohnungen veräußert die Stadtgemeinde Wedel (Holstein) an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel aus dem städtischen Grundbesitz folgende Grundstücksteile:
	a) Parzelle 650/43, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 3383 qm;
	b) Parzelle 654/43, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 3402 qm;
	c) Parzelle 747/43, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 23 qm;
	Parzelle 749/43, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 18 qm;
	Diese Parzellen sind eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, und umfassen einen Flächeninhalt von insgesamt 6826 qm. Der Kaufpreis beträgt 0,90 RM/qm, insgesamt also 6.143,40 RM. Dieser Betrag ist vom 1. Juli 1938 ab mit jährlich 5% zu tilgen und grundbuchlich zu sichern. Er ist der Grunderwerbbrücklage zuzufügen. Die Ratsherren sind zu dieser Veränderung gehört worden und tragen dagegen keinerlei Bedenken.
2) <u>Veräußerung von städtischem Grundbesitz</u>	Im Zuge der Auseinandersetzung über die Eigentumsverhältnisse an den Grundstücken am Krons-kamp veräußert die Stadtgemeinde Wedel (Holstein) an den Tiefbauunternehmer Simon Nagel in Wedel fünf Parzellen des ihr gehörenden

	<p>Geländes am Krons-kamp, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140. Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter, insgesamt also 2.236,95 RM. Er ist sofort fällig und der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Kosten Stempel und Steuern gehen zu Lasten des Erwerbers.</p>
	<p>Gegen den Verkauf haben die Ratsherren, die am 29. November 1938 dazu gehört worden sind, keine Bedenken erhoben.</p>
<p>Wedel, den 29. November 1938</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 3. Dezember 1938, 17 Uhr, im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Dieckgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers. Später erscheint Erster Beigeordneter Timmermann. Entschuldigt fehlt Ratsherr Kriete u. Stadtrat Lemcke.</p> <p>Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
<u>Einrichtung einer Mittelschule.</u>	<p>Der Bürgermeister berichtet über das Ergebnis der mit dem Landeshauptmann Dr. Schow und Regierungsrat Dr. Jenisch in Kiel am 2. Dezember d.Js. gepflogenen Verhandlungen und über die Aussichten der voraussichtlichen Finanzierungsmöglichkeiten.</p>
	<p>Ratsherr Dieckgräf teilt zur Raumfrage mit, daß die frühere Annahme, daß in der Schule ABC-Straße 2 Schulräume zu Ostern 1939 frei würden, nach der Zahl der Schulneulinge nicht mehr besteht. Als Notlösung wäre vorzusehen, das Lehrerzimmer vorübergehend in Anspruch zu nehmen und die noch nicht schulpflichtigen Kinder noch nicht aufzunehmen sowie unter Umständen die untersten (8.) Klassen in einem Raum zu unterrichten. So würden als Notlösung für die ersten 2 Jahre die notwendigen Räume zur Verfügung stehen.</p>
	<p>Nach dem Vortrag des Bürgermeisters sind sich die Ratsherren ausnahmslos darüber einig, daß der Unterricht an der Mittelschule trotz der ungesicherten Finanzierungsmöglichkeit am 1. April 1939 aufgenommen werden soll. Die Bürgerschaft soll durch entspr. Zeitungsanzeigen aufgefordert werden, ihre Kinder zum Schulbesuch anzumelden.</p>
	<p>Dem Erwerb von geeignetem Gelände für</p>

	<p>den Bau des Schulgebäudes ist sofort näherzutreten. Es werden Bauplätze von Wien, Hatje und Hachmann als günstig gelegene Plätze namhaft gemacht.</p>
	<p>Es herrscht Übereinstimmung zwischen den Ratsherren, daß die Einrichtung der Mittelschule beschleunigt durchgeführt werden muß, weil die Auswirkungen des Groß-Hamburg-Gesetzes diese Einrichtung für die Stadt Wedel zwingend erfordert, weil darüber hinaus der Wunsch besteht, sich schulisch von Hamburg frei zu machen und möglichst vielen Kindern im heimatl. Kulturkreise eine gediegene Schulbildung zu verschaffen.</p>
	<p>Dr. Ladwig J. Sievers, K. Petersen St.-Insp. Maushake</p>

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 16. Dezember 1938, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth und die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Sievers.</p> <p>Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p> <p>Ferner nimmt Stadtbaumeister Diercks wegen der baulichen Angelegenheiten an der Beratung teil.</p>
1) <u>Ausbau des Weges nach Fährmanns-sand.</u>	<p>Der Bürgermeister erläutert den Plan der Regierung zum Ausbau des Weges und die Belastungen, die der Stadt dadurch auferlegt werden. Grundsätzlich sind die Ratsherren mit der Ausführung der Arbeiten einverstanden. Die Kosten sind zunächst durch eine Interessengemeinschaft aufzubringen und später durch die Stadt zu übernehmen.</p>
2) <u>Errichtung eines Mittelschulgebäudes</u>	<p>Mit dem Eigentümer Hartmann – Hemdingen - sollen, entsprechend dem Vorschlag des Stadtbaumeisters, geeignete Verhandlungen aufgenommen werden, da der Platz als der am günstigsten gelegene anzusehen ist.</p>
3) <u>Errichtung eines kommunalen Friedhofes</u>	<p>Für die Errichtung des Friedhofes an dem vorgesehenen Platz würden sich die Ratsherren im Grundsatz bereiterklären. Es käme danach der Geländetausch mit dem Erbhofbauern Groth und evtl. auch der Geländeerwerb von Frau Heinsohn in Frage. Die endgültige Regelung bleibt vorbehalten. Bei der Beratung dieses Punktes schied der beteiligte Stadtrat Groth aus.</p>

<p>4) <u>Ortssatzung über die Müllabfuhr im Stadtgebiet Wedel</u></p>	<p>Nachdem die im Entwurf vorliegende Satzung über den Anschluß der Grundstücke an die gemeindliche Müllabfuhr von den Ratsherren Petersen, Diekgräf und Dwenger geprüft worden ist, erklären sich die Ratsherren mit dem Erlaß der Satzung einverstanden.</p>
<p>5) <u>Einrichtung einer Mittelschullehrerstelle</u></p>	<p>Zu Ostern 1939 soll eine Mittelschullehrerstelle eingerichtet werden. Die Ratsherren erklären sich mit der Einrichtung einverstanden.</p>
<p>6) <u>Außerplanmäßige Schulden tilgung</u></p>	<p>Der Auszahlung einer Restkapitalgeldforderung der Witwe Möller in Höhe von 19.000 RM aus Rücklagemitteln stimmen die Ratsherren zu. Der Betrag kann durch eine Nachtragshaushaltssatzung zum Außerordentlichen Haushaltsplan bereitgestellt werden.</p>
<p>7) <u>Änderung des Stellenplans</u></p>	<p>Erster Beigeordneter Timmermann übernimmt zu diesem Punkte anstelle des Bürgermeisters den Vorsitz. Er begründet die Notwendigkeit der Erhöhung der Dienstbezüge des Bürgermeisters und schlägt den Ratsherren vor, die Dienstbezüge des Bürgermeisters nach den Sätzen der Gruppe A2 c2 R.B.O. festzusetzen. Hierzu und zu der notwendigen Änderung des Stellenplans sind die Ratsherren bereit.</p>
<p>8) <u>Abwanderung des Assekuranzvereins</u></p>	<p>Der Bürgermeister bringt die Eingabe des Assekuranzvereins zur Kenntnis und erklärt seine Stellungnahme, die sich mit der der Aufsichtsbehörde deckt. Das Vorgehen des Assekuranzvereins wird allgemein von den Ratsherren verurteilt.</p>
	<p>Dr. Ladwig R. Möller, J. Dwenger Maushake</p>

	<u>EntschlieÙung</u>
<u>Einrichtung einer Mittelschullehrerstelle</u>	Nachdem die Einrichtung einer Mittelschule für die Stadt Wedel genehmigt worden ist, entschieÙe ich mich nach erfolgter Anhörung der Ratsherren zur Einrichtung einer Mittelschullehrerstelle vom 1. April 1939 ab. Dem neu einzustellenden Lehrer soll zugleich bis zum völligen Ausbau der Mittelschule die Leitereigenschaft verliehen werden.
Wedel, den 16. Dezember 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
	<u>EntschlieÙung</u>
<u>Änderung des Stellenplans der Stadt Wedel</u>	Nach Anhörung der Ratsherren, die der beabsichtigten EntschlieÙung in der heutigen Beratung zugestimmt haben, entschieÙe ich mich, den Stellenplan der Stadt Wedel hinsichtlich der Einstufung des Bürgermeisters, so zu ändern, daß die Besoldung an Stelle der bisherigen Gruppe A3b zukünftig nach Gruppe A2 c2 erfolgt.
Wedel, den 16. Dezember 1938	Der Bürgermeister: In Vertretung: Jul. Timmermann, Erster Beigeordneter

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren und den Baubeiräten am Montag, 16. Januar 1939, 17 Uhr im Rathaus. Anwesend: Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Kriete, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges. Entschuldigt fehlt Erster Beigeordneter Timmermann, ferner fehlt Stadtrat Lemcke, ferner Ratsh. Sievers. Von den Baubeiräten nehmen die Beiräte Nagel und Heiland teil, entschuldigt fehlt Beirat Krämer. Außerdem ist Stadtbaumeister Diercks anwesend. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Mitteilungen</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu den Änderungen des Stellenplans. In diesem Zusammenhang teilt er noch verschiedene Personalangelegenheiten mit.
2) <u>Herstellung einer Umgehungsstraße</u>	Von den geplanten Vorhaben zum Bau einer Umgehungsstraße nehmen die Ratsherren nach Einsichtnahme in die Pläne Kenntnis.
3) <u>Heranziehung von Fabrikbetrieben nach Wedel</u>	Der Bürgermeister teilt die vorliegenden Pläne mit und weist ausdrücklich auf die Geheimhaltungspflicht hin. Nach den Erklärungen sind die Ratsherren der Auffassung, daß die Heranziehung der D.A.P.G. [Deutsch-Amerikanische-Petroleum-Gesellschaft] nicht ratsam sei, da diese Heranziehung a) der Stadt ein gänzlich anderes Gesicht verleihen würde, b) sämtliche Zufahrtsstraßen zur Elbe versperren würde und c) die Siedlungs- u. Bautätigkeit in dem in Aussicht genommenen Gebiet zum Erlahmen bringen müßte. Dagegen findet der Vorschlag des Bürgermeisters, die

	Firma Fette – Hamburg hinzuzuziehen, die Zustimmung der Ratsherren.
4) <u>Ausbau des Weges nach Fährmanns-sand.</u>	Der vorgesehene Ausbau des Weges wird vom Bürgermeister bekannt gegeben.
5) <u>Verlegung u. Ausbau des Weges beim Fährhaus.</u>	Die Ratsherren stimmen im Grundsatz den beabsichtigten Änderungen zu, wenn sie ohne besonders große Kosten für die Stadt durchführbar sind. Die Baubeiräte nehmen dazu noch eingehend Stellung.
6) <u>Erlaß überzahlter Dienstbezüge für den verstorbenen Wegearbeiter Drewniok.</u>	Gegen den Erlaß von 213,24 RM überzahlten Dienstbezüge für den verstorbenen Wegeaufseher Drewniok ist nichts einzuwenden.
	Dr. Ladwig Lüdemann, K. Petersen Maushake

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 28. Februar 1939, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth und die Ratsherren Möller, Petersen, Lüdemann, Dwenger, Sievers. Entschuldigt fehlt Ratsherr Kriete, unentschuldigt die Ratsherren Ladiges u. Diekgräf. Zu den baulicheen Angelegenheiten nimmt Stadtbaumeister Diercks an der Sitzung teil. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Umgestaltung des Uferweges beim Fährhaus.</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von den geplanten Wegeverlegungen, von denen der Uferweg vor dem Fährhaus zunächst in Angriff genommen werden soll. Mit den beabsichtigten Arbeiten erklären sich die Ratsherren einverstanden.
2) <u>Errichtung eines Postneubaues.</u>	Die Ratsherren können sich den Vorschlägen den Reichsbauamts nicht anschließen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß das Hauptgewicht auf die baldige Errichtung des Postamts zu legen ist und damit im Zusammenfall auf den Bau in der Verbindungsstraße, nicht dagegegen auf den Gesamtbebauungsplan.
3) <u>Verkauf von Grundstücksteilen.</u>	Gegen die Veräußerung von Grundstücken Kronskamp an die Baulustigen
	a) Klempner Max Heickens – Helgoland, (Parzellen 636/43 und 637/43 aus Kartenblatt 15),
	b) Arbeiter August Klemp u. Frau (Parzellen 718/42 u. 686/43 aus Kartenblatt 10),
	c) Tischler Hans Uhl (Parzelle 640/43, Kartenblatt 10.
	d) Optiker Fritz Worf (Parzelle 634/43, Kartenblatt 10),
	e) Schlosser Helmuth Scholz (Parzelle 635/43, Kartenblatt 10)

	f) Schiffingenieur Helmut Lischewski (Parzellen 717/42 u. 685/43 aus Kartenblatt 10)
	g) Eheleute Linke (Parzellen 611/44 u. 631/43 aus Kartenblatt 10) haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden Entschließung des Bürgermeisters zu.
4) <u>Beschaffung eines Fahrzeugs und von Kübeln für die Müllabfuhr</u>	Der Bericht über die besichtigten Müllabfuhr-einrichtungen in Mölln u. Lauenburg wird verlesen. Nach eingehender Aussprache erklären sich die Ratsherren damit grundsätzlich einverstanden, daß ein Elektrowagen beschafft wird und die Kosten zur Beschaffung von Mülleimern bezuschusst werden. Die Müllkommission wird noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorlegen. Bei der Durchführung der Müllabfuhr soll dem jetzigen Unternehmen Körner möglichst der Vorrang gelassen werden. Der Ausbau einer Garage wird zweckmäßig durch die Städt. Betriebswerke durchgeführt, der sie später überlassen werden könnte. Die Kosten des Fahrzeuges und der Kübel können den Überschüssen des Jahres 1937 entnommen werden.
5) <u>Errichtung einer Bürgermeisterwohnung</u>	Der Bürgermeister erläutert nochmals die Notwendigkeit des Baues einer Dienstwohnung und die Möglichkeiten zur Finanzierung des Baues. Die Ratsherren stimmen dem Vorschlag zu, für die Baukosten aus den Überschüssen des Rechnungsjahres 1937 einen Betrag von 15.000 RM bereitzustellen und die Restkosten in einem späteren Rechnungsjahr zu bestreiten. Die Ratsherren regen an, beim Bau der Wohnung Wedeler Architekten zu berücksichtigen.

6) <u>Nachtragshaushaltsplan 1938</u>	Dem Entwurf des vorliegenden Nachtragshaushaltsplan II und der Nachtragshaushaltsatzung stimmen die Ratsherren zu. Sie genehmigen zugleich die Ansammlung einer Rücklage zur Überholung des Rolanddenkmals. Ferner raten sie dem Bürgermeister, den Beitritt zu den provinziellen Versorgungskassen für die städtischen Beamten zu vollziehen.
7) <u>Ortssatzung über Mittelschulgeld</u>	Dem vorliegenden Entwurf der Ortssatzung über die Erhebung von Mittelschulgeld wird zugestimmt.
8) <u>Stellenplan</u>	Die Ratsherren sind mit den vorgesehenen Änderungen des Stellenplans einverstanden.
9) <u>Bewilligung einer Beihilfe für die Witwe Drewniok</u>	Dem Vorschlag des Bürgermeisters, Frau Drewniok eine monatl. Beihilfe von 25,- RM zu zahlen, kann entsprochen werden.
10) <u>Beihilfe NS-Kulturgemeinde</u>	Für kulturelle Zwecke kann der Kulturgemeinde eine Beihilfe von 400 RM gezahlt werden (Ankauf Flügel).
11) <u>Sondervergütung Lehrer Schumacher</u>	Einverstanden mit einer Sondervergütung von 40,- RM.
12)	Der Bürgermeister gibt einige Angelegenheiten bekannt.
	Dr. Ladwig J. Sievers, R. Möller Maushake

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Veräußerung von städt. Grundeigentum</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräußert die Stadtgemeinde Wedel (Holstein) folgende Grundstücke:
	a) An den Klempnermeister Max Heickens in Helgoland die Parzellen 636/43 und 637/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 1926 qm insgesamt;
	b) an die Eheleute Arbeiter August Klemp und Gertrud, geb. Schütt in Wedel die Parzellen 718/42 und 616/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 925 qm insgesamt;
	c) an den Tischler Hans Uhl in Wedel die Parzelle 640/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 695 qm;
	d) an den Optiker Fritz Worf in Wedel, Voßhagen 24, die Parzelle 634/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 870 qm;
	e) an den Schlosser Helmut Scholz in Wedel die Parzelle 635/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 969 qm;
	f) an den Schiffsingenieur Helmut Lischewski in Wedel die Parzellen 717/42 und 685/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 935 qm insgesamt;
	g) an den Schlosser Erich Linke und Agnes, geb. Kurzawa in Wedel die Parzellen 611/24 und 631/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß 937 qm insgesamt.
	Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter. Er ist der Grunderwerbrücklage zuzuführen. Zu den Verkäufen sind die Ratsherren gehört worden, sie haben zugestimmt.

<p>2) <u>Nachtragshaushaltssatzung II der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1938</u></p>	<p>Auf Grund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl.I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:</p>
	<p><u>§1:</u> Der Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 106.800,- RM (gegenüber 787.241,- RM Einnahmen im ordentlichen Haushaltsplan), in den Ausgaben auf 106.800 RM (gegenüber 787.241,- RM Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan) und im außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 41.500,- RM (gegenüber 56.500,- RM Einnahmen im außerordentlichen Haushaltsplan), in den Ausgaben auf 41.500,- RM (gegenüber 56.500,- RM Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan festgesetzt).</p>
	<p><u>§2:</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1938 bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3:</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.</p>
	<p><u>§4:</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
<p>3) <u>Aufnahme der städtischen Beamten in die Provinzial-Ruhegehalt- und Witwen- u. Waisenkasse</u></p>	<p>Nach Anhörung der Ratsherren, die der beabsichtigten EntschlieÙung zugestimmt haben, entschieÙe ich mich, der Provinzial-Ruhegehalt- und Witwen- und Waisenkasse mit Wirkung vom 1. April 1939 ab</p>

	beizutreten. Der Beitritt geschieht für die z.Zt. im aktiven Dienst befindlichen städtischen Beamten und Dauerangestellten, einschl. der Beamten der Stadtparkasse Wedel (Holst.).
4) <u>Ortssatzung über die Erhebung von Schulgeld für den Besuch der städtischen Mittelschule in Wedel</u>	Nach Anhörung der Ratsherren wird die im Entwurf vorliegende Ortssatzung vorbehaltlich der von Staatsaufsichtswegen und von Schulaufsichtswegen erforderlichen Genehmigungen von mir beschlossen.
5) <u>Änderung des Stellenplans der Stadt Wedel</u>	Nach Anhörung der Ratsherren, die der beabsichtigten EntschlieÙung zugestimmt haben, entschieÙe ich mich, zu folgenden Änderungen des Stellenplans: a) Die Zahl der Stellen der Polizeihauptwachmeister wird, nachdem die Genehmigung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei bereits erteilt ist, auf 7 erhöht;
	b) im städtischen Krankenhaus wird die Stelle eines Assistenzarztes mit Bezügen nach Gruppe A2 c2 R.B.O. neu eingerichtet;
	c) die bisherige Stadtassistentenstelle im Standesamt wird in eine Stadtsekretärstelle der Gruppe A7a R.B.O. umgewandelt;
	d) in den städtischen Betriebswerken wird die Stelle eines Angestellten mit Bezügen der Gruppe IX TOA neu eingerichtet;
	e) die Stelle des Kassierers in der Stadtkasse wird – unter Beibehaltung ihres Status als Angestelltenstelle – in eine Stelle mit Bezügen nach Gruppe VII TOA umgewandelt.
Wedel, den 28. Februar 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren am 5. April 1939, 20 Uhr im Rathaussaal..</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Lüdemann, Kriete, Dwenger, Ladiges, Sievers, Erster Beigeordneter Timmermann. Es fehlt Ratsherr Diekgräf. Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Bürgermeister die Ratsherren und Beigeordneten mit den in letzter Zeit neu eingestellten Gefolgschaftsmitgliedern bekannt.</p>
1) <u>Ausbau des Weges nach Fährmannssand</u>	<p>Von dem Stand der Angelegenheit nehmen die Ratsherren Kenntnis.</p>
2) <u>Bewilligung von Mitteln für Grünanlagen</u>	<p>Der Bewilligung der notwendigen Mittel in Höhe von 750,- RM stimmen die Ratsherren zu.</p>
3) <u>Geländeaustausch Krons-kamp</u>	<p>Mit dem Austausch von Geländeteilen zwischen der Stadtgemeinde Wedel und der Witwe Hatje erklären sich die Ratsherren einverstanden. Gegen die beabsichtigte EntschlieÙung werden Bedenken nicht erhoben.</p>
4) <u>Verkauf eines Erbbauplatzes an den Maurer Ansorge</u>	<p>Mit dem beabsichtigten Verkauf eines bisher in Erbpacht an den Maurer Max Ansorge abgegebenen städt. Grundstücks sind die Ratsherren einverstanden und stimmen der beabsichtigten EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.</p>
5) <u>Änderung der Satzung der Stadtparkasse</u>	<p>Gegen die beabsichtigte Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel werden Bedenken nicht erhoben. Der vorgelegten EntschlieÙung stimmen die Ratsherren zu.</p>

6) <u>Umgehungsstraße</u>	Von den Verhandlungen mit dem Landesbauamt Kiel wegen Herstellung einer Umgehungsstraße im Zuge der Elektrifizierung der Reichsbahn gibt der Bürgermeister Kenntnis.
7) <u>Baupolizeiliche Angelegenheiten</u>	Bürgermeister gibt Kenntnis vom Bescheid des Regierungspräsidenten. Die Ratsherren empfehlen, die Sache weiter zu verfolgen und die weiteren Verhandlungen in Gemeinschaft mit dem Orts-Handwerksführer zu führen.
8) <u>Kriegerehrenmal</u>	Die Ratsherren begrüßen den Plan der Errichtung eines Kriegerehrenalms und stimmen dem Gedanken, den Galgenberg zu einer würdigen Weihestätte auszugestalten, im Grundsatz zu.
9) <u>Mittelschulgebäude</u>	Von der Heranziehung der Architekten zu den Vorentwürfen wird Kenntnis genommen.
10) <u>Übernahme von Umzugskosten für Rektor Rahneberg</u>	Der Leistung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Bestreitung von Umzugskosten des Rektors Rahneberg (Mittelschule) wird zugestimmt.
11) <u>Erlaß überzahlter Dienstbezüge</u>	Gegen den vorgeschlagenen Erlaß von überzahlten Dienstbezügen im angegebenen Umfange ist nichts einzuwenden.
12) <u>Änderung des Stellenplans</u>	Die Ratsherren stimmen dem Vorschlage des Bürgermeisters zur Änderung des Stellenplans bezüglich der Stellen des techn. und des kaufmännl. Leiters der Stadtwerke und der Stenotypistin Müller (Stadtwerke) zu.
13) <u>Entlüftungsanlage Luftschutzraum</u>	Im Grundsatz zugestimmt. Mittel können aus dem Rechnungsjahr 1940 zur Verfügung gestellt werden.

14)	Der Bürgermeister gibt von verschiedenen Angelegenheiten Kenntnis (Genehmigung des letzten Stellenplanantrags, Besitzverhältnisse Fährhaus, Zördenbaum).
	Dr. Ladwig K. Petersen, Ladiges, Maushake
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Grundstückstausch</u>	Im Wohnsiedlungsinteresse muß ein Gelände- austausch zwischen der Stadt Wedel und der Witwe Hatje erfolgen. Nach Beratung mit den Ratsherren entschieÙe ich mich zu folgendem Tausch: Die Witwe Hatje gibt an die Stadt Wedel die Parzellen 716, 717 und 718/42 aus dem Grundbuch von Spitzerdorf, Band 4, Blatt 200, insgesamt 2255 qm groß, ab. Sie erhält dafür von der Stadt Wedel die Parzellen 657-679, 681-683/43 aus dem Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140. Der Austausch erfolgt schlicht um schlicht; die Kosten des Tauschgeschäfts sind von den Parteien je zur Hälfte zu tragen.
2) <u>VeräuÙerung von Grundeigentum</u>	Das der Stadt Wedel (Holstein) gehörige Grund- stück Kartenblatt 17, Parzelle 164/25, Gemarkung Wedel, 1328 qm groß, seit dem 1. April 1922 an den Maurer Max Ansorge in Wedel in Erbpacht abgegeben, wird an den Pächter zum

	<p>Preise von 1,- RM je Quadratmeter verkauft. Alle durch den Verkauf erwachsenden Kosten fallen dem Erwerber zur Last, einschl. der Grunderwerb und einer evtl. Wertzuwachssteuer. Der Erbbauvertrag verliert mit der grundbuchamtlichen Umschreibung seine Gültigkeit. Der Kaufpreis ist nach Abschluß des Kaufvertrages und der Auflassung fällig.</p>
<p>3) <u>Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel</u></p>	<p>Auf Antrag des Sparkassenvorstandes entschieße ich mich nach Anhörung der Ratsherren zu folgender Änderung der Satzung: §27 Absatz 2 Satz 1 der Satzung erhält folgende Fassung: Gegen einfachen Schuldschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu 2.000,- RM nur auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses des Kreditausschusses oder des Vorstandes bewilligt werden; sie sind jederzeit fristlos kündbar.</p>
<p>4) <u>Änderung des Stellenplans</u></p>	<p>Der Stellenplan der Stadt Wedel wird in seinem Abschnitt 8 wie folgt geändert: Die Stelle des technischen Leiters wird in Gruppe Va TO.A. eingestuft, die Stelle des kaufmännischen Leiters wird in Gruppe Vb der TO.A. eingestuft, eine Angestelltenstelle (lfd. Nr. 58, 59 der Neufassung vom 2.3.1939) wird in Gruppe VIII, die zweite in Gruppe IX TO.A. eingestuft.</p>
<p>Wedel, den 5. April 1939</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren im Rathaussitzungs- saal am Montag, den 15. Mai 1939 um 20 Uhr. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Sievers, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger. Ladiges, Möller, Petersen und Kriete. Es nehmen Stadtobersekretär Lehmann zu Punkt 1, Stadtobersekretär Aschmotat zu Punkt 2 und Stadtbaumeister Diercks zu den baulichen Angele- genheiten an der Beratung teil. Protokollführung: Stadtobersekretär Hinz Unentschuldigt fehlt der Erste Beigeordnete Timmermann</p>
1) <u>Erlaß einer neuen Grundsteuerordnung</u>	Die Ratsherren stimmen der im Entwurf vorgeleg- ten neuen Grundsteuerordnung für Wedel zu, die der Mustersteuerordnung angeglichen wurde, welche durch Rd.Erl.d.R.D.J. u.d. Pr.F.M. v, 10.3.39 (RMBI.i.V. S. 545) veröffentlicht ist.
2) <u>Jahresbericht der Stadtparkasse</u>	Von dem Jahresabschluß mit Prüfungs- und Verwaltungsbericht der Stadtparkasse für das Rechnungsjahr 1938 wird Kenntnis genommen. Es werden Bedenken dagegen nicht erhoben.
3) <u>Mitteilungen über die Mittelschule und Bildung eines Verwaltungsausschusses für dieselbe</u>	Der Bürgermeister gibt die Mitteilung des Kreis- ausschusses Pinneberg v. 28.4.1939 betr. Kreis- beihilfe bekannt. Die Ratsherren erheben Einwen- dungen gegen die darin vorgeschlagene Regelung nicht. – Die Ratsherren stimmen der Bildung eines Verwaltungsausschusses für die Mittelschule in Stärke von 6 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu (2 Ratsherren, 2 Bürger, 2 Lehrpersonen). Von den Ratsherren werden vor- geschlagen Ladiges und Petersen, die zur Annahme der Berufung bereit sind. 2 Bürger sollen anhand der Liste der Eltern der Mittelschüler vom Bürger- meister im Einvernehmen mit dem Ortsgruppen- leiter der N.S.D.A.P. aus-

	<p>gewählt und berufen werden. Die Berufung der 2 Lehrpersonen wird vorläufig zurückgestellt. Es ist der Entwurf Cordt abzuwarten. Sodann sind die Architekten herzubitten, ihre Entwürfe näher zu erläutern. Die schon vorliegenden 4 Entwürfe werden den Rathsherren vorgelegt.</p>
4) <u>Bereitstellung von Mitteln für die H.J.</u>	<p>Ratsherr Kriete schlägt vor, von der H.J.-Heimbau-Rücklage 1.000,- RM abzutrennen und der örtlichen H.J. zu überweisen. Die Ratsherren schließen sich diesem Vorschlag an. Der Bürgermeister behält sich seine EntschlieÙung vor.</p>
5) <u>Kommunaler Friedhof</u>	<p>Der Bürgermeister gibt den Ratsherren Kenntnis von dem Abschluß des Kaufvertrages mit Heinsohns's Erben und der Forderung, das Bauern Groth. Sodann scheidet Groth von der Beratung aus bis zur Erledigung dieses Punktes. Die Ratsherren empfehlen, der Forderung zu entsprechen.</p>
6) <u>Müllabfuhr</u>	<p>Die Ratsherren empfehlen, den großen Wagen anzuschaffen und die System-Eimer auf Kosten der Stadt zu beschaffen.</p>
7) <u>Erneuerung der Schulauer Moorbrücke und Verbesserung des Schulauer Moorweges</u>	<p>Der Bürgermeister berichtet über den Stand der Angelegenheit.</p>
8) <u>Postneubau</u>	<p>Die Ratsherren stimmen dem vom Kreisbauamt vorgeschlagenen Bebauungsplan zu und sind zu dem Entwurf der Polizeiverordnung für den Aufbauplan der Stadt Wedel gehört worden. Gleichfalls stimmen die Ratsherren dem Fluchtlinienplan für die Straße C. zu.</p>
9) <u>Beratung des Haushaltsplans</u>	<p>Die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Jahr 1939 werden mit den Ratsherren beraten. Die Ratsherren stimmen dem Erlaß der beab-</p>

	sichtigten Haushaltssatzung zu.
10) <u>Verschiedenes</u>	Ablösung der Kosten f.d. Schul. Hafen durch gleichbleibende Zahlung. a) Die Ratsherren wünschen zunächst noch eine Zusammenstellung der Einnahmen für den Schulauer Hafen. b) Die Vorlage wegen Einrichtung eines Wochenmarktes wird bis zur nächsten Beratung zurückgestellt.
	Dr. Ladwig Dwenger, Kriete W. Hinz
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>ErlaÙ einer neuen Grundsteuerordnung</u>	Nach Anhörung der Ratsherren wird die im Entwurf vorliegende neue Grundsteuerordnung festgestellt. Die Aufsichtsbehörde ist um die erforderliche Genehmigung zu bitten.
2) <u>Jahresbericht der Stadtparkasse</u>	Nachdem die Ratsherren in der Beratung am 15. Mai 1939 zum Jahresabschlul mit Prüfungs- und Verwaltungsbericht der Stadtparkasse für das Rechnungsjahr 1938 gehört worden sind und Bedenken nicht erhoben haben, ist der Jahresabschlul mit den Berichten durch Vermittlung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverbandes dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Schleswig mit dem Antrage auf Genehmigung und Entlastungserteilung vorzulegen.
3) <u>Haushaltssatzung der Stadt Wedel i/Holst. für das Rechnungsjahr 1939</u>	Auf Grund der §§ 83 ff der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (R.G.Bl. I.S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Haushaltssatzung erlassen:
	<u>§1:</u> Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1939 wird im ordentlichen Haushaltsplan in der Einnahme auf 1.057.300,- RM, in der Ausgabe auf 1.057.300,- RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in der Einnahme auf 120.900,- RM und in der Ausgabe auf 120.900,- RM festgesetzt.

	<p>§2: Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuer, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt: 1) Grundsteuer: a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 103 v.H., b) für die Grundstücke Hebesatz 160 v.H. 2) Gewerbesteuer: Nach dem Gewerbevertrag und dem Gewerkekaptal Hebesatz 220 v.H. 3) Bürgersteuer Hebesatz 500 v.H.</p>
e	<p>§3: Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000,- RM festgesetzt.</p>
	<p>§4: Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
4) <u>Bildung eines Verwaltungsausschusses für die Mittelschule.</u>	<p>Auf Anregung des Schulrats May vom Schulamt in Pinneberg sowie nach Anhörung der Ratsherren in der Beratung vom 15. Mai 1939 und mit deren Zustimmung beschlieÙe ich die sofortige Bildung eines Verwaltungsausschusses für die Mittelschule in Stärke von 6 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters. Von den 6 Mitgliedern sollen 2 Ratsherren, 2 andere Bürger (Eltern von die Mittelschule besuchenden Kindern) sowie 2 Erzieher aus dem Lehrkörper der Mittelschule sein.</p>
Wedel, den 16. Mai 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig
5) <u>Feststellung eines Fluchtlinienplanes</u>	<p>Nach Anhörung der Ratsherren wird der Fluchtlinienplan für die Verbindungsstraße zwischen der Bahnhof- und der Schulauerstraße, nachfolgend „c-StraÙe“, hiermit von mir förmlich festgestellt. Zugleich stimme ich der im Entwurf vorliegenden Polizeiordnung für den Aufbauplan der Stadt Wedel zu.</p>
Wedel, den 16. Mai 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung</u> mit den Ratsherren im Rathaussitzungsraum am Donnerstag, den 15. Mai 1939 um 20 Uhr. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadträte Lemcke und Groth, Ratsherren Sievers, Dwenger, Lüdemann, Dieckgräf, Petersen, Möller. Es nehmen ferner teil: Baubeiräte Nagel und Heiland, Mittelschulrektor Rahneberg, Stadtbaumeister Diercks. Es fehlt unentschuldigt Ratsherr Ladiges, entschuldigt der Erste Beigeordnete Timmermann. Schriftführer Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Erläuterung der Vorentwürfe zum Mittelschulbau</u>	Von den eingeladenen 5 Architekten sind alle erschienen. Das Los entscheidet, daß die Architekten in folgender Reihenfolge ihre Entwürfe erläutern: Cordts, Krämer & Pikull, Diercks und Seebeck. Letzterer lehnt es telefonisch ab, persönliche Erläuterungen zu geben. Die Architekten Pikull und Cordts werden in die engere Wahl gezogen.
2) <u>Verschiedenes</u>	a) Die Ratsherren stimmen zu, für die Kreistierschau einen Preis im Werte von 50,- RM zu stiften.
	b) Der Bürgermeister macht Mitteilung von dem Ergebnis der Umfrage in Bezug auf Beihilfen an die H.J. – Ratsherr Kriete hält seinen Vorschlag vom 15. Mai 1939 aufrecht.
	c) Wegen Festlegung einer gleichbleibenden Pauschsumme zu den Kosten der Unterhaltung des Schulauer Hafens gibt der Bürgermeister das Schreiben des Wasserstraßenamtes Glückstadt vom 20. Mai 1939 bekannt. Die Ratsherren empfehlen, es bei dem bisherigen Abrechnungsverfahren zu belassen und die unverbrauchten Mittel einer Rücklage zuzuführen. Jahresgesamtaufwand 3.000,- RM.
	d) Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird die Vor-

	lage wegen Einrichtung eines Wochenmarktes wieder vertagt.
	e) Der Bürgermeister macht noch einige Mitteilungen (Stadtwerke, Kirchensteuerhebezettel).
	Dr. Ladwig Diekgräf, Lüdemann W. Hinz
	<u>Zusatz:</u> Nach der Sitzung zeigte der Kraftfahrlehrer Karl Ketel aus Wedel mittels Bildwerfer noch einige Buntbilder von Wedel.
	<u>Beratung</u> mit den Ratsherren im Rathaussitzungssaal am Montag, den 12. Juni 1939 um 20 Uhr. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Lemcke u. Groth, Ratsherren Sievers, Ladiges, Dwenger, Lüdemann, Diekgräf, Petersen und Möller. Ferner nehmen teil: Baubeirat Nagel und Mittelschulrektor Rahneberg. Es fehlt entschuldigt Ratsherr Kriete. Nicht erschienen war Baubeirat Heiland. Schriftführer: Stadtobersekretär Hinz.
1) <u>Mittelschulbau</u>	Nachdem die Architekten Cordts und Pikull ihre Vorentwürfe nochmals erläutert hatten, entschied sich der Bürgermeister auf einstimmigen Vorschlag der Ratsherren und Baubeiräte für den Vorentwurf Cordts, der auch allein die Bauausführung bekommen soll.
2) <u>Kommunaler Friedhof</u>	Der Bürgermeister macht Mitteilung von dem Stand der Grunderwerbsteuerangelegenheit. - Die Ratsherren stimmen der Anlage eines kommunalen Friedhofs, dem mit Frau Karehnke

	und Herrn Hans Heinsohn abgeschlossenen Kaufvertrag, ferner dem zwischen der Stadt und dem Bauern Hermann Groth zustande gekommenen Tauschverträge sowie der vorgelegten Entschlie-ßung des Bürgermeisters zu.
3) <u>Mitteilungen</u>	a) Die Einladung zum Kreisfeuerwehrtag in Wedel wird bekanntgegeben.
	b) Die Ratsherren empfehlen, dem Vorschlage des Krankenhausarztes auf Gewährung von Anerkennungen für längere Dienstzeit zu folgen.
	c) Der Bürgermeister gibt die Verfügung des Landrats vom 9.6.39 – G.A. 261/39 – betr. Haushaltssatzung 1939 bekannt.
	d) Den Ratsherren wird die Antwort des Wasserstraßenamtes Glückstadt v. 25.5.39 – J.No. 1112 - betr. Hafengebühren im Schulauer Hafen zur Kenntnis gebracht.
	e) Die aufsichtsbehördliche Genehmigung zur Stellenplanänderung wird bekannt gegeben.
	f) Die Ratsherren nehmen Kenntnis von dem Vorschlag, die Bürger Fenn u. Kriese als Schulbeirat für die Mittelschule zu berufen. Bedenken werden nicht laut.
	g) Die Ratsherren erheben keine Einwendungen dagegen, daß die Schulmilchlieferung ab 1.4.1940 eingestellt wird.
	h) Die Ratsherren schlagen die Wiederwahl der Schiedsmänner vor. Der anwesende. Erste Beigeordnete gibt in seiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P. gleichfalls seine Zustimmung. Die Stellvertreter bitten, von einer Wiederwahl abzusehen, weil sie mit sonstigen Ämtern überlastet sind. Für Groth wird der Baumeister Simon Nagel vorgeschlagen. Für Petersen wird noch ein Vorschlag gemacht.
	i) Die Ratsherren empfehlen nicht, das Kaufangebot Dr. Lorenz für den geforderten Preis anzunehmen.
	Dr. Ladwig J. Sievers, R. Möller W. Hinz, Schriftführer

	<u>EntschlieÙung</u> <u>Schaffung eines kommunalen Friedhofes und dazu</u> <u>erforderlicher Gelnderwerb und -austausch</u>
	<p>Hiermit entschieÙe ich mich zur Anlage eines kommunalen Friedhofes. Zu diesem Entschluss ist die landespolizeiliche Genehmigung einzuholen. Zur Durchführung dieses Entschlusses ist eine Gelnderwerb und ein Gelndaustausch erforderlich. Von den Eigentümern, Ehefrau Margarethe Kaehnke, geb. Heinsohn in Halstenbek und dem Kaufmann Hans Heinsohn in Hamburg, ist das im Grundbuch von Schulau, Band I, Blatt 2 verzeichnete Grundstück, Kartenblatt 8, Parzelle 42, in GroÙe von 10.158 qm mit dem 1.4.1939 zum Preise von 0,40 RM je Quadratmeter zu erwerben.</p>
	<p>Ferner ist mit dem Bauern Hermann Groth in Wedel das diesem gehörige Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band I, Blatt 9, Kartenblatt 8, Parzelle 43, groÙ 35.051 Quadratmeter gegen das stadtene Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band I, Blatt 33, Kartenblatt 11, Parzellen 48 und 183/47, groÙ 16.827 Quadratmeter und 30.140 Quadratmeter, zusammen also 46.964 Quadratmeter, schlicht um schlicht auszutauschen.</p>
	<p>Nachdem die Ratsherren hierzu gehört worden sind, entschieÙe ich mich hiermit zu diesem Gelnderwerb und dem Gelndaustausch. Hierzu ist die aufsichtsbehördliche Genehmigung nach § 6229 einzuholen.</p>
Wedel, den 13. Juni 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Festsitzung</u> der Ratsherren und Beigeordneten am 1. Juli 1939, 20 Uhr im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Kriete, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers, ferner die Beigeordneten Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth.</p> <p>Schriftführer: Stadtobersekretär Hinz</p>
	<p>Zu der heutigen Festsitzung, die dem Gedenken des nunmehr vor 30 Jahren in Kraft getretenen Eingemeindungsvertrages Wedel/Schulau galt, hatte der Bürgermeister außer den Ratsherren und Beigeordneten eine Anzahl Ehrengäste eingeladen. Von ihnen waren dem Ruf zur Teilnahme gefolgt:</p>
	<p>1) Der Kreisleiter der NSDAP, Kreis Pinneberg, Pg. Paulsen,</p>
	<p>2) als Vertreter der Aufsichtsbehörde (anstelle des verhinderten Landrates) Regierungsassessor von Engel,</p>
	<p>3) als Unterzeichner des Eingemeindebeschlusses vom 20. Januar 1909</p> <p>a) als Angehörige der damaligen Stadtvertretung Wedel Bürgermeister i.R. Eggers, Ehrenbürger der Stadt Wedel, Baumschulbesitzer Friedr. Timmermann, sen. Butterhändler Dittmer Körner, Rentner Peter Möller</p> <p>b) als Angehörige der damaligen Gemeindevertretung Schulau: John Meyn, Bauer H.G. Körner,</p>
	<p>4) als Vertreter der Nachbarstädte: Bürgermeister Coors, Pinneberg, Bürgermeister Dölling, Uetersen,</p>
	<p>5) als Vertreter der örtlichen Parteigliederungen Dr. Mötting für das NS-Kraftfahrerkorps G. Schneider für das NS-Fliegerkorps H. Lau für die SS,</p>

	6) als Vertreter der örtlichen Behörden: Zollinspektor Behrens (Zollamt Wedel) Oberbahnhofsvorsteher Heuer (Reichsbahn, Bahnhof Wedel),
	7) als Vertreter der örtlichen Industrie u. Betriebe: Hugo Möller (Firma J.D. Möller), Direktor Hartmann (Deutsche Vaccum Oil) Betriebsleiter Scholz (Elektrizitätswerk Unterelbe),
	8) als Vertreter der Presse (Norddeutsche Nachrichten) Curt Brauns,
	9) aus den Kreisen der städt. Beamten die Dienststellenleiter: Sparkassendirektor Metzger (Stadtsparkasse) Stadtinspektor Maushake, Polizeimeister Lassen (Vollzugspolizei), Polizeisekretär Jessen (Verwaltungspolizei) Stadtobersekretär Lebmann (Steueramt) Stadttrentmeister Svenosen (Stadtkasse), Techn. Betriebsleiter Hümme (Stadtwerke) Angestellter Jens (Wohlfahrtsamt) Dr. med. Müller (Krankenhaus), Stadtgartenmeister Jüttemeier (Stadtgartenamt).
	Zur musikalischen Ausschmückung des Abends ist ein Streichquartett unter Leitung des städt. Musikbeauftragten, Kapellmeister F.W. Krüger, anwesend.
	Nach dem vom Quartett vorgetragene(n) Mozartschen Andante in ES-Dur begrüßte Bürgermeister Dr. Ladwig die Ratsherren, Beigeordnete und Gäste. Sodann schildert der Bürgermeister nach einleitenden Worten über die Beweggründe zur Veranstaltung der Eingemeindungsfeier, die er als „ein Wedeler Familienfest“ das die alte und junge Generation zusammenführt, eine Rückschau zu halten, bezeichnete die Notwendigkeit und die Ergebnisse der Eingemeindung. Ein kurzer Überblick über Wachsen und Gedeihen der Stadt, das Hindurchführen durch tiefsten Frieden, Weltkrieg, Inflation, Niedergang und Massenarbeitslosigkeit bis zum Wiederaufstieg unter der Führung Adolf Hitlers,

	<p>vervollständigen die Ausführungen. Sie klangen aus in der Versicherung, auch in der Zukunft alle Kräfte für die Weiterentwicklung der Stadt und damit letzten Endes für den Führer des Großdeutschen Reiches und Volkes einzusetzen.</p>
	<p>Nach Haydn's Allegretto in B-Dur, vorgetragen vom Streichquartett, sprach der Erste Beigeordnete Timmermann in seiner Eigenschaft als örtlicher Hoheitsträger der NSDAP. Er wies insbesondere auf das gute Verhältnis zwischen der Partei und der Stadtverwaltung hin, das wesentlich dazu beitrage, die Arbeit, die im Interesse der Entwicklung und des Gedeihens der Stadt nötig sei, zu vereinfachen und die Schwere der Bürde zu mildern.</p>
	<p>Mit der Führerehrung und den Liedern der Nation endete der offizielle Teil der Sitzung. Anschließend begaben sich die Gäste und die Vertreter der Stadt in den kleinen Sitzungssaal, wo ihnen eine Erfrischung gereicht wurde.</p>
	<p>Im weiteren Verlauf des Abends sprachen dann nacheinander: Herr Bürgermeister i.R. Eggers von den Schwierigkeiten der Vereinigung der beiden Ortsteile und über die glückliche Beendigung der Verhandlungen, Herr Timmermann sen. über die Auffassung der damaligen Stadtvertreter, zu denen auch er gehörte, zum Für und Wider des Zusammenschlusses,</p>
	<p>Herr Regierungsassessor von Engel, der die Grüße und Glückwünsche des Landrats zum heutigen Tage übermittelte,</p>
	<p>der Kreisleiter , Pg. Paulsen in plattdeutscher Mundart über die Notwendigkeit der Selbständigkeit Wedels als Schleswig-Holsteinische Stadt,</p>
	<p>Herr Bürgermeister Dölling – Uetersen – der im Namen der Nachbarstädte aus dem Kreise Pinneberg Glück und weiteres Wohlergehen wünschte</p>
	<p>und Herr H.G. Körner, der aus alten Erinnerungen der Zeiten der Eingemeindungsverhandlungen schöpfte. Neue</p>

	<p>musikalische Darbietungen hatten den weiteren Abend umrahmt, der gegen 24 Uhr seinen Abschluß fand,</p>
	<p>Dr. Ladwig Karl Petersen, Wilhelm Ladiges W. Hinz</p>
	<p><u>Entschließung</u> Der Kunstmaler Rudolf Höckner, geboren am 28. Juli 1864 in Hilmersdorf, wohnhaft in Wedel seit 1915 (Mühlenstraße 38), vollendet am 28. d. Mts. sein 75. Lebensjahr.</p>
	<p>Höckner ist als Maler unserer schleswig-holsteinischen Heimat, insbesondere unserer engsten Heimat (Stadt Pinneberg, Rissen, Wedel) bekannt geworden. Sein Name hat in der Kunstwelt einen hohen Ruf. Die übergroße Bescheidenheit des anerkannten Künstlers hat es nie zugelassen, daß er in der ihm gebührenden Weise an die Öffentlichkeit getreten ist. Er hat vielmehr Jahre bitterster Not durchmachen müssen und hat von Wohlfahrtsunterstützungen gelebt. Die Unterstützungen hat er durch Hergabe von Bildern wortlos abgolt.</p>
	<p>Durch sein Wirken hat er nicht nur die Schönheit unserer Heimat in seinen Bildern verewigt und zur Stärkung des heimatlichen Gedankens in hohem Maße beigetragen, sondern er hat darüber hinaus dem Deutschen Volke Kunstwerke von bedeutendem Wert geschenkt.</p>
	<p>In Anerkennung dieser seiner Verdienste und seiner Bedeutung als Maler beschließe ich mit Zustimmung</p>

	<p>mung der Ratsherren*), ihm anlässlich seines 75. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wedel zu verleihen.</p>
<p>Wedel, den 5. Juli 1939</p>	<p>Der Bürgermeister: Dr. Ladwig</p>
	<p>*) Anm.: Den Ratsherren ist am 3. Juli d.Js. schriftlich mitgeteilt, daß diese Ehrung beabsichtigt sei, falls aus den Reihen der Ratsherren Widersprüche nicht erhoben würden. Solche sind nicht eingegangen.</p>
	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> am 25. August 1939, 20 Uhr, im Rathausaal. <u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, Sievers, die Beigeordneten Stadtrat Lemcke und Stadtrat Groth. Beurlaubt ist der Erste Beigeordnete Timmermann. Es fehlen die Ratsherren Kriete (ortsabwesend) und Lüdemann. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
<p>1) <u>Mitteilungen:</u></p>	<p>a) Der Bürgermeister gibt Kenntnis vom Urlaubsgesuch des Ratsherrn Kriete. Entscheidung der Aufsichtsbehörde bleibt abzuwarten.</p>
	<p>b) Von der Nachricht über den jetzigen Stand der Elektrifizierung der Bahn Wedel -Blankenese wird Kenntnis genommen.</p>

	c) Vom Dankschreiben des Ehrenbürgers Höckner unterrichtet der Bürgermeister die Ratsherren. Ebenso über die Maßnahmen zur Verleihung des Professoren-Titels an H.
	d) Der jetzige Stand der Vorarbeiten zur Errichtung eines Ehrenmals wird bekanntgegeben.
	e) Die beabsichtigte Einrichtung von Gerichtstagen in Wedel wird zur Kenntnis genommen.
	f) Ebenso wird Kenntnis genommen von der Bewilligung einer Beihilfe zur baulichen Überholung des Rolanddenkmals (Oberpräsident in Kiel).
2) <u>Verkauf eines Bauplatzes an den Zuckerkocher Kuchta.</u>	Gegen die Veräußerung eines Bauplatzes von dem Grundstück am Kronskamp an den Baulustigen Ignatz Kuchta, und zwar der Parzellen 603/44 und 628/43 aus Kartenblatt 10 haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen der vorgesehenen EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.
3) <u>Aufhebung eines Fußweges.</u>	Mit der Aufhebung des sogen. Milchsteiges erklären sich die Ratsherren unter der Voraussetzung einverstanden, daß die Anlieger Nagel und Langeloh die Wegeflächen erwerben und die mit der Aufhebung und Veräußerung zusammenhängenden Kosten übernehmen.
4) <u>Verleihung einer Ehrenbezeichnung an einen Wedeler Bürger.</u>	Die Ratsherren stimmen der Verleihung der Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ an den Bauern H.G. Körner, Bekstr. 11, mit Rücksicht auf seine demnächst sich vollendende zwanzigjährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu.
5) <u>Umgestaltung des Marktplatzes.</u>	Der Bürgermeister erläutert die Pläne zur zukünftigen Gestaltung des Marktplatzes und seiner Umgebung. Die schriftlich vorliegenden

	<p>Pläne finden die grundsätzliche Zustimmung der Ratsherren, wobei die Festlegung von Einzelheiten vorbehalten bleibt.</p> <p>Verbreiterung des Bürgersteiges an der Nordseite soll vorgenommen werden. Zur Abzweigung des Bürgersteiges an der Südseite empfehlen die Ratsherren Anbringung von Ölfarbenanstrichen.</p>
6) <u>Regulierung der Höbüschentwiete.</u>	An dem z.Zt. abgeschlossenen Zustand der Regulierungsarbeiten soll nichts mehr geändert werden.
7) <u>Entschädigung des Müllabfuhr-Unternehmers Körner.</u>	Der Bürgermeister schlägt vor, K. für das Jahr 1940 einen Betrag in Höhe des von K. versteuerten Einkommens und für das Jahr 1941 die Hälfte dieses Einkommens zu bewilligen. Höchstgrenze bei günstiger Beurteilung etwa 5.000,- RM insgesamt. Dieser Regelung stimmen die Ratsherren im Grundsatz zu und empfehlen, die Verhältnisse des K. vorher noch zu prüfen.
8) <u>Einrichtung eines Wochenmarktes.</u>	Im allgemeinen stehen die Ratsherren dem Plan der Einrichtung eines Wochenmarktes sympathisch gegenüber. Die Erfahrungen der Nachbarstädte Pinneberg und Uetersen sollen festgestellt und verwendet werden. Insbesondere wäre festzustellen, wie sich die Kontingentierung der Waren auf die Beschickung des Marktes auswirken.
9) <u>Verschiedenes.</u>	a) Die Ratsherren sind sich einig darüber, daß die Besichtigung des kommunalen Friedhofes in der Stadt Flensburg vorteilhaft ist. Termin zur Besichtigung wird noch festgelegt (September/Oktober d.Js.). Fahrt mit Kraftwagen durchführen.
	b) Umstellung der Stromart im Stadtgebiet. Von der vorgesehenen Regelung durch die Stadtwerke Kenntnis genommen.
	c) Die Bewirtschaftung der städt. Ländereien durch das Stadtgartenamt wird nicht für vorteilhaft gehalten. Verpachtung – evtl. durch einen Makler - an Interessenten wird empfohlen.

	d) Grundsätzlich stimmen die Ratsherren der Erweiterung des standesamtl. Trauzimmers zu, um es entsprechend den ureigentlichen Anforderungen umzugestalten.
	e) Die beabsichtigte Entschließung über die Einrichtung einer weiteren Mittelschullehrerstelle findet die Zustimmung der Ratsherren.
	f) Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel. Gegen die beabsichtigte Änderung der Hauptsatzung sind keine Bedenken zu erheben; die Ratsherren stimmen der Neufassung zu.
	g) Schulbeiräte für die Volksschulen. Rektor Diekgräf wird in der nächsten Sitzung Vorschläge für die Nachfolger der Ratsherren Ladiges und Petersen machen.
	h) Pachtermäßigung für die Grasnutzung im Strandbad. Vom Beginn des nächsten Pachtjahres ab soll die vom Kaninchenzuchtverein zu zahlende Pacht auf 100,- RM jährlich festgesetzt werden.
	i) Polizeiverordnung über den Aufbauplan der Stadt Wedel. Die Ratsherren schlagen dem Bürgermeister vor, der vom Baurat vorgeschlagenen Änderung der Polizeiverordnung (Putzbauten, eingeschossige Bauweise) nicht zuzustimmen.
	k) Erwerb von Gelände für die Mittelschule. Es soll versucht werden, dem Eigentümer Jonas einen Geländeaustausch vorzuschlagen. Evtl. kann sein Gelände zum Preise von 1,50 RM je Quadratmeter erworben werden.
	Dr. Ladwig Diekgräf, Dwenger Maushake

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Verkauf eines Bauplatzes.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräuÙert die Stadtgemeinde Wedel (Holstein) vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde an den Zuckerkocher Ignatz Kuchta aus ihrem im Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, eingetragenen Grundvermögen einen Bauplatz, nämlich a) Parzelle 608/44 aus Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, b) Parzelle 628/43 aus Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, zusammen 840 qm groß. Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter. Er ist der Grunderwerb-rücklage zuzuführen. Zu dem Kauf sind die Rats-herren gehört worden. Sie haben zugestimmt.
2) <u>Einrichtung einer Mittelschullehrerstelle.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieÙe ich mich zur Einrichtung einer zweiten Lehrerstelle an der hiesigen Mittelschule mit Wirkung vom 1. April 1940 ab.
3) <u>Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wedel i.H.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren, die der beabsich-tigten EntschlieÙung zugestimmt haben, wird die Hauptsatzung der Stadt, vorbehaltlich der Zu-stimmung der Beauftragten der NSDAP und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wie folgt geändert: A4 erhält folgende Fassung:
	<u>A4.</u> Zur beratenden Mitwirkung werden für folgende Verwaltungszweige Beiräte bestellt: a) für Feld- und Forstangelegenheiten b) für Bauangelegenheiten c) für die Stadtwerke d) für das Strandbad e) für die städtische Mittelschule

	<p>Diese Beiräte sind Ehrenbeamte. Der Bürgermeister kann zu seiner Beratung in bestimmten Einzelfragen nach Bedarf nichtbeamtete Beiräte berufen.</p> <p>Die Änderung tritt nach Genehmigung und öffentlicher Bekanntmachung in Kraft.</p>
3) <u>Verleihung einer Ehrenbezeichnung.</u>	<p>Der Bauer Hinrich Georg Körner in Wedel verwaltet ununterbrochen seit dem 23. Oktober 1919 ein Ehrenamt im Öffentlichen Dienst. Als Anerkennung für seine tadelfreie Amtsführung verleihe ich ihm zur Vollendung des 20. Amtsjahres nach Anhörung der Ratsherren gemäß §6 der Hauptsatzung der Stadt Wedel (Holstein) die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“. Die Zustimmung des Beauftragten der NSDAP ist einzuholen.</p>
Wedel, den 25. August 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> am 6. Oktober 1939, 20 Uhr, im Rathausaal (1. Kriegssitzung)</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Rats-herren Uffz Petersen auf Urlaub, Diekgräf, Lüde-mann, Dwenger, Sievers. Es fehlt der zum Wehrdienst einberufene Ratsherr Ladiges, ferner fehlen die Ratsherren Kriete u. Möller, letzterer entschuldigt.</p> <p>Von den Beigeordneten nehmen teil Stadtrat Lemcke und Stadtrat Groth. Erster Beigeordneter Timmermann ist gleichfalls zum Wehrdienst einberufen.</p> <p>Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1) <u>Polizeiverordnung über den Aufbauplan der Stadt Wedel.</u>	Die Ratsherren halten das Verbot der Dachgeschoßwohnungen für unwirtschaftlich. Sie raten dem Bürgermeister, entsprechende Vorstellungen zu erheben, um den Ausbau von Dachgeschoßwohnungen grundsätzlich genehmigt zu erhalten.
2) <u>Errichtung einer weiteren Lehrerstelle an der Mittelschule.</u>	Die beabsichtigte EntschlieÙung über die Errich-tung einer weiteren Mittelschullehrerstelle findet die Zustimmung der Ratsherren.
3) <u>Verpachtung der Grasnutzung im Strandbad</u>	Von der Kündigung des Vertrages durch den Kaninchenzuchtverein wird Kenntnis genommen. Stadtrat Groth wird in seiner Eigenschaft als Ortsbauernführer Vorschläge wegen der ander-weitigen Verwertung der Grasnutzung machen.
4) <u>Änderung der Satzung der Stadtparkasse.</u>	Gegen die beabsichtigte Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel (Holstein) werden Bedenken nicht erhoben. Der beabsichtigten EntschlieÙung des Bürgermeisters stimmen die Rats-herren zu-
5) <u>Strandweg.</u>	Von dem – bereits zu spät geäußerten Wunsch der Firma J.D. Möller unterrichtet der Bürger-meister die

	Ratsherren. Die Ratsherrenverwehren sich dagegen, daß sie – wie so oft – von der Firma Möller vor vollendete Tatsachen gestellt werden.
6) <u>Aufhebung des Milchersteiges.</u>	Von den erhobenen Einsprüchen nehmen die Ratsherren Kenntnis. Die Angelegenheit ist mit Rücksicht auf dringendere Sachen nicht weiter zu verfolgen.
7) <u>Ausbau des Weges nach Fährmannssand.</u>	Grundsätzlich stimmen die Ratsherren der Mehrbewilligung von 5.000,- RM zu, jedoch bleibt die endgültige Bewilligung für den Fall vorbehalten, daß sich die finanziellen Verhältnisse der Stadt durch die Kriegswirtschaft wesentlich verschlechtern.
8) <u>Personalangelegenheiten.</u>	a) Der Bürgermeister gibt Kenntnis von den Schwierigkeiten des Geschäftsverkehrs im Stadtbauamt und von ihm beabsichtigten Maßnahmen.
	b) Der Entschluß des Bürgermeisters, das Stadtgartenamt aufzulösen, wird zur Kenntnis gebracht. ebenso die Ursachen, die zu dieser Maßnahme geführt haben. Anstelle der Eigenbewirtschaftung, die möglichst umgehend einzustellen ist, soll die Verpachtung des gesamten städt. Besitzes, soweit er bisher vom Stadtgartenamt bewirtschaftet wurde, an geeignete Pächter gegen entsprechende Pacht erfolgen. Ausgenommen von der Verpachtung sollen die Spargelplantage, weil verhältnismäßig neu, und der neuangelegte Obstgarten bleiben.
	Dr. Ladwig Lüdemann, J. Sievers Maushake

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel.</u>	Auf Antrag des Sparkassenvorstandes entschieße ich mich nach Anhörung der Ratsherren zu folgender Änderung der Satzung:
	§27 Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Darlehen gegen Schuldschein oder Kredite in laufender Rechnung dürfen ohne satzungsmäßige Sicherstellung im Einzelfall bis zu 3.000,- RM, zur Förderung besonderer, von der obersten Aufsichtsbehörde als volkswirtschaftlich wichtig anerkannte Ausgaben im Einzelfall bis zu 5.000,- RM bewilligt werden; zu der Krediteinräumung bedarf es eines einstimmig gefaßten Beschlusses des Kreditausschusses oder des Vorstandes. Die Darlehen müssen jederzeit fristlos kündbar sein. Der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf nicht über 4 v.H. des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Der Vorstand hat die Sicherheit solcher Darlehen halbjährlich zu prüfen. Der Sparkassenleiter hat dem Vorstand alsbald Bericht zu erstatten, wenn Bedenken gegen die Sicherheit des Darlehens entstehen oder wenn der Darlehensnehmer mit den ihm obliegenden Zins- oder Tilgungsraten länger als 2 Monate in Rückstand kommt.“
2) <u>Errichtung einer Mittelschullehrerstelle.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich zur Einrichtung einer dritten Lehrerstelle an der hiesigen Mittelschule mit Wirkung vom 1. April 1940 ab.
Wedel, den 6. Oktober 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (2. Kriegstagung) am 13. November 1939, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Ratsherren Möller, Dieckgräf, Lüdemann, Dwenger, Sievers, ferner die Beigeordneten Stadträte Lemcke und Groth. An der Sitzung nehmen teil Stellv. Ortsgruppenleiter der NSDAP F.W. Krüger und der Organisationsleiter der NSDAP. Hartmann. Es fehlen die Ratsherren Ladiges und Petersen sowie der Erste Beigeordnete Timmermann, alle drei zum Wehrdienst einberufen, sowie Ratsherr Kriete (da in Kiel). Schriftführer: Stadt- Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1) <u>Personelle Veränderungen im Stadtgartenamt.</u>	Der Bürgermeister bringt das Ergebnis der Ermittlungen in Sachen Jans, Korff und Jüttemeier den Ratsherren zur Kenntnis. Diese raten dem Bürgermeister, die Entscheidung des Strafgerichts abzuwarten. Jüttemeier wäre zweckmäßig nahezulegen, sich um eine andere Beschäftigung zu bemühen.
2) <u>Bau von Luftschutzräumen in den Schulen</u>	Für die Schule ABC-Straße sind behelfsmäßige Luftschutzräume hergerichtet; weitere Maßnahmen sind zunächst nicht nötig. Die Schule Altstadt benützt den Heinsohn'schen Keller in der Schulstraße, der den notdürftigen Ansprüchen ebenfalls genügt. Weiterer Ausbau z.Zt. ebenfalls nicht erforderlich.
3) <u>Bürgersteuer.</u>	Gegen den Erlaß der vorgelegten EntschlieÙung über die Höhe, Erhebungsart und Fälligkeit der im Kalenderjahr 1940 zu erhebenden Bürgersteuer werden Bedenken nicht geltend gemacht.
4) <u>Änderung des Stellenplans.</u>	Der bereits mehrfach besprochenen Schaffung einer beamteten technischen Stadtoberinspektorenstelle

	mit den Bezügen der Gruppe A4 b1 Reichsbesoldungsordnung stimmen die Ratsherren zu.
5) <u>Ausscheiden des Ratsherrn Kriete.</u>	Die Angelegenheit wird besprochen, die Entscheidung bleibt abzuwarten.
6) <u>Grasnutzung im Strandbad.</u>	Einem Antrage des Kaninchenzuchtverbandes auf Weiterverpachtung der Grasnutzung im Strandbad gegen eine jährliche Pacht von 80,- RM empfehlen die Ratsherren zu entsprechen.
7) <u>Verschiedenes.</u>	Der Bürgermeister gibt Kenntnis von den kriegsdienstlichen Aufgaben, insbesondere der Bekleidungs- und Wirtschaft, des Familienunterhalts, usw.
	Dr. Ladwig, R. Diekgräf, J. Dwenger Maushake
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel (Holst.) für das Kalenderjahr 1940.</u>	Auf Grund des §12 Abs. 2 des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.37 in der Fassung vom 31.10.1938 fasse ich nach Anhörung der Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	§1. Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 in der Fassung vom 31.10.1938 für

	das Kalenderjahr 1940 eine Bürgersteuer in Höhe von 500 v.H. des Steuermeßbetrages.
	§2. Die Bürgersteuer wird von allen Pflichtigen auf Grund schriftlicher Steuerbescheide erhoben.
	§3. Die Bürgersteuer wird fällig mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 10.2., 10.5., 10.8. und 10.11. 1940, wenn die Jahressteuer den Betrag von 5,- RM nicht übersteigt. Die fälligen Beträge sind zu den Fälligkeitstagen an die Stadtkasse Wedel (Holst.) zu entrichten.
2) <u>Änderung des Stellenplans der Stadt Wedel (Holst.).</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich zu folgender Änderung des Stellenplans: In Abteilung 6 – Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen – wird die unter lfd. Nr. 31 des für das Jahr 1939 gültigen Planes aufgeführte Stelle eines Stadtbaumeisters mit der Amtsbezeichnung „Technischer Stadtobersekretär“ versehen. Die Besoldung und das Anstellungsverhältnis bleiben unverändert. Neu geschaffen wird die Stelle eines Technischen Stadtoberinspektors mit einer Besoldung nach Gruppe A4 b1 RBO.
Wedel, den 13. November 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (3. Kriegssitzung) am 22. Dezember 1939, 16 Uhr, im Wedeler Hof.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, Ratsherr Diekgräf und Möller. Ohne Entschuldigung fehlen die Rats- herren Lüdemann und Sievers, entschuldigt Rats- herr Dwenger. Zum Wehrdienst einberufen sind Erster Beigeordneter Timmermann u. die Rats- herren Ladiges, Petersen u. Kriete. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	<p>Der Bürgermeister teilt mit,</p> <p>a) daß er den Lehrer Schröder aus Mindstedt und die Lehrerin Wacker aus Wedel als Lehrkräfte für die Mittelschule zu Ostern 1940 einzubeamten beabsichtigt;</p>
	<p>b) daß Ratsherr Kriete zum Wehrdienst einberufen ist. Seine Abberufung als Ratsherr bleibt bestehen;</p>
	<p>c) daß der Bau einer Mittelschule z.Zt. nicht vorwärts getrieben werden kann;</p>
	<p>d) daß die Genehmigung des Regierungspräsi- denten zur Einrichtung eines kommunalen Friedhofes erteilt worden ist.</p>
2) <u>Verkauf von Grundstücken.</u>	<p>Gegen die Veräußerung eines Bauplatzes aus dem Grundbesitz der Stadt Wedel am Kronskamp an die Baulustigen</p> <p>a) Arbeiter Richard Mönch, Parzelle 671/43, 624 qm groß,</p> <p>b) Maschinensetzer Hans Hauschildt, Parzelle 684/43 und 716/42, 948 qm groß,</p> <p>c) Kesselschmied Richard Lück, Parzelle 612/44 und 632/43, 933 qm groß</p> <p>aus Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau/Spitzerdorf unter den üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden Entscheidung des Bürgermeisters zu.</p>

3) <u>Bau von Baracken für Obdachlose.</u>	Der Bürgermeister erläutert den Plan zum Bau einer Baracke. Wegen des erforderlichen Platzes zum Aufstellen der Baracke besteht noch keine Übereinstimmung; darüber soll später noch beraten werden. Zu den folgenden Punkten nehmen die Baubeiräte Nagel, Krämer und Heiland teil.
4) <u>Hafenerweiterung.</u>	Von der Eingabe Jens nehmen die Ratsherren Kenntnis. Sie können sich mit den Gedankengängen von Herrn Jens nicht befreunden und halten die Inangriffnahme von Plänen im Augenblick für verfrüht.
5) <u>Neubau der Schulauer Moorbrücke bzw. des Schulauer Moorwegs.</u>	Ratsherren und Baubeiräte halten die Herstellung einer Kantsteineinfriedigung am Schulauer Moorweg nicht für erforderlich, sondern eine Raseneinfriedigung für ausreichend.
6) <u>Verwendung des Grundstücks Rollberg/Elbstraße.</u>	Verpachtung an Heinsohn wird nicht empfohlen.
7) <u>Strandweg.</u>	Von der beabsichtigten Linienführung wird Kenntnis genommen.
	Dr. Ladwig Diekgräf, R. Möller Maushake

	<u>Entschließung</u>
<u>Verkauf von Bauplätzen.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräußert die Stadtgemeinde Wedel (Holstein) – soweit erforderlich vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde – folgende Grundstücke:
	a) An den Arbeiter Richard Mönch in Wedel die Parzelle 671/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 624 qm groß;
	b) an den Maschinensetzer Hans Hauschildt in Wedel die Parzellen 684/43 und 716/42, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, insgesamt 948 qm groß;
	c) an den Kesselschmied Richard Lück in Wedel die Parzellen 612/44 und 632/43, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, insgesamt 933 qm groß.
	Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter; er ist der Grunderwerbsrücklage zuzuführen.
Wedel, den 22. Dezember 1939	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (4. Kriegssitzung) am 30. Dezember 1939, 20 Uhr, im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, die Beigeordneten Stadtrat Lemcke und Stadtrat Groth, die Ratsherren Lüdemann, Ladiges (z.Zt. als Obergefreiter auf Heimaturlaub), Sievers, Dwenger und Möller. Entschuldigt fehlt Ratsherr Diekgräf. Zum Wehrdienst einberufen sind der Erste Beigeordnete Timmermann und die Ratsherren Petersen u. Kriete.</p> <p>Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1)	Der Bürgermeister macht zunächst ergänzende Ausführungen in Sachen Gartenamt.
2) <u>Viehhaltung im Krankenhaus.</u>	Die Zweckmäßigkeit der eigenen Viehhaltung im Krankenhaus erkennen die Ratsherren durchaus an. Sie sind aber weiter der Ansicht, daß jedes Zuviel unangebracht ist und daß deshalb ein Abbau des Viehbestandes (Hühner und Schweine) unbedingt gefordert werden muß, so daß ein normales Maß erreicht wird, bei dem außerdem aus eigenem Betrieb anfallendes Futter keine oder nur geringe Zukäufe an Futtermitteln erforderlich werden. Stadtrat Groth und Ratsherr Möller werden entsprechende Schritte im Krankenhause unternehmen, um eine zukünftige Regelung festzulegen.
3) <u>Verpachtung von Ländereien des Gartenamts.</u>	Einem Verkauf der Ländereien beim Krankenhause glauben die Ratsherren nicht zustimmen zu können. Sie empfehlen, das Gelände zu jedem annehmbaren Preise zu verpachten.
4) <u>Entschädigung des Vollziehungsbeamten.</u>	Gegen die Zahlung einer Vergütung im Rahmen der ministeriellen Vorschriften haben die Ratsherren keine Bedenken.

5) <u>Verkauf eines Grundstückes.</u>	Mit dem Verkauf eines Bauplatzes aus dem Gelände Krons-kamp an den Hilfs-optiker Friedrich Komenda, Wedel, Parzellen 610/44 und 630/43 aus Kartenblatt 10 sind die Rats-herren unter den üblichen Bedingungen ein-verstanden und stimmen der beabsichtigten Entschlie-ßung des Bürger-meisters zu.
6)	Der Bürgermeister gibt das Gewinnergebnis der Stadtwerke bekannt.
	Dr. Ladwig J. Sievers, Dwenger Maushake
	<u>Entschlie-ßung</u>
<u>Verkauf eines Bauplatzes.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräußert die Stadt-gemeinde Wedel (Holstein) vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichts-behörde an den Hilfs-optiker Friedrich Komenda in Wedel das Grund-stück Parzellen 610/44 und 630/43, Kartenblatt 10 Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 887 Quadratmeter groß, zum Kaufpreis von 1,35 RM je Quadratmeter. Der Verkaufserlös ist der Grund-erwerb-rücklage zuzuführen. Die Rats-herren sind zu dem Verkauf gehört worden und haben zugestimmt.
Wedel, den 2. Januar 1940	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (5. Kriegssitzung) am 27. Januar 1940, 19 Uhr, im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke als Vertreter des Bürgermeisters, Stadtrat Groth, die Ratsherren Sievers, Diekgräf, Dwenger, Möller, Lüdemann. Es fehlen die zur Wehrmacht einberufenen Ratsherren Petersen, Ladiges, Kriete, sowie Erster Beigeordneter Timmermann. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake</p>
1) <u>Einberufung eines techn. Stadtoberinspektors.</u>	<p>Stadtrat Lemcke erläutert das Für und Wider der Anstellung von Hofmann, beleuchtet die Finanzsorgen, die für absehbare Zeit der Stadt zu schaffen machen werden und wägt auch die Möglichkeiten der Erlangung einer geeigneten Kraft nach Kriegsende ab. Die Ratsherren sind sich über die Notwendigkeit der Anstellung im Grundsatz einig, können sich aber nur schwer zur Anstellung im Augenblick entschließen. Die Meinungen sind geteilt, die Mehrheit der Ratsherren rät, die Anstellung jetzt noch nicht vorzunehmen.</p>
2) <u>Beschäftigung von Hilfslehrern.</u>	<p>Mit der Beschäftigung von Frau Hufe gegen eine monatliche Entschädigung von 130,- RM vom Wiederbeginn des Unterrichts an den Volksschulen bis auf weiteres sind die Ratsherren einverstanden.</p>
3) <u>Viehhaltung im Krankenhaus.</u>	<p>Von den getroffenen Vereinbarungen mit dem Krankenhaus nehmen die Ratsherren Kenntnis.</p>
4) <u>Verschiedenes.</u>	<p>Stadtrat Lemcke gibt verschiedene Angelegenheiten zur Kenntnis.</p>
	<p>R. Lemcke R. Diekgräf, J. Dwenger Maushake</p>

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (6. Kriegssitzung) am 5. März 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Sievers. Bürgermeister Dr. Ladwig, z.Z. Leutnant in einem Frontregiment auf Heimaturlaub nimmt an der Sitzung teil.</p> <p>Es fehlen die zur Wehrmacht einberufenen Ratsherren Petersen, Ladiges, u. Kriete, sowie Erster Beigeordneter Timmermann.</p> <p>Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake</p>
1) <u>Nachtragshaushaltssatzung 1939.</u>	Der Entwurf zur Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplans wurden mit den Ratsherren beraten. Es ergaben sich keine Bedenken gegen den Erlaß der Satzung und des Nachtragsplans.
2) <u>Zusätzliche Altersversorgung der städt. nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder.</u>	Die Ratsherren erklären sich mit der Einführung der zusätzlichen Altersversorgung für die städt. nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder vom 1. April 1940 ab einverstanden. Die über 45 Jahre alten Gefolgschaftsmitglieder werden in die versicherung ebenfalls, aber ohne Nachversicherung eingeschlossen.
	Dem Erlaß der im Entwurf vorliegenden Dienstordnung wird zugestimmt. Für die über 60 Jahre alten Gefolgschaftsmitglieder denen der Beitritt zur Versicherung verschlossen ist, werden die höchsten Klassen der entsprechenden Rentenversicherung mit Wirkung vom 1. April 1940 ab entrichtet. Diese Gefolgschaftsmitglieder sollen gegenüber der bisherigen Regelung jedoch nicht schlechter gestellt werden. Die Mehrbeträge sind deshalb voll zu Lasten der Stadt aufzubringen.
	Die mit der Zusatzversorgungsanstalt abzuschließende

	Vereinbarung soll am 1. April 1940 in Kraft treten.
3) <u>Erhebung von Berufsschulbeiträgen für das Jahr 1938.</u>	Gegen die EntschlieÙung über die Höhe der Berufsschulbeiträge für das Jahr 1938 werden keine Bedenken geltend gemacht.
4) <u>ErlaÙ einer Vergnügungssteuerordnung.</u>	Dem ErlaÙ der neuen Vergnügungssteuerordnung anstelle der bis zum 31. März 1940 gültigen Verordnung vom 28. Sept. 1937 stimmen die Ratsherren zu.
	R. Lemcke R. Möller, Lüdemann Maushake
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Nachtragshaushaltssatzung I der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1939.</u>	Auf Grund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBl I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:
	§1 Der Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 96.200,-- Mk (gegenüber 1.057.300,-- Mk Einnahmen im ordentlichen Haushaltsplan) in den Ausgaben auf 96.200,-- Mk (gegenüber 1.057.300,-- Mk Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan)

	<p>und im außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 24.050,-- Mk (gegenüber 120.900,-- Mk Einnahmen im außerordentlichen Haushaltsplan), in den Ausgaben auf 24.050,-- Mk (gegenüber 120.900,-- Mk Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt.</p>
	<p><u>§2</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1939 bleiben unverändert.</p>
	<p><u>§3</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.</p>
	<p><u>§4</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
<p>2) <u>Zusätzliche Altersversorgung der städtischen nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder</u></p>	<p>Nach Beratung mit den Ratsherren wird von mir die im Entwurf vorliegende Dienstordnung für die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die am 1. April 1940 im Kraft treten soll, erlassen.</p>
<p>3) <u>Höhe der Schulbeiträge und des Schulgeldes für die Berufsschule in Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1938.</u></p>	<p>Aufgrund des §16 des Gewerbe- und</p>

	Handelslehrer-Besoldungsgesetzes (GBG) vom 16.IV.1928 fasse ich nach Anhörung der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer und nach Beratung mit den Ratsherren folgende EntschlieÙung:
1)	Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltskosten der Berufsschule in Wedel sind 50 v.H. durch Schulbeiträge aufzubringen.
2) <u>Es sind zu erheben:</u>	a) Von den Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätten im Stadtbezirk Wedel 8 v.H. der Gewerbesteuerbeiträge:
	b) von den nicht gewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter- und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, einen Beitrag von 3,-- Mk.
3) <u>Es haben zu zahlen::</u>	a) Freiwillige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 10,-- Mk; b) freiwillige auswärtige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 15,-- Mk.
4) <u>Vergnügungssteuerordnung der Stadt Wedel.</u>	Aufgrund des §14 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.4.1926 (RGBl I S. 203) und des Artikels III der Bestimmungen über die Vergnü-

	<p>gungssteuer in der Fassung der Bekanntmachung vom 7.6.1933 (RGBl I.S. 351) und vom 17.10.1939 (RGBl. I.S. 2054) wird nach Beratung mit den Ratsherren für die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) die im Entwurf vorliegende Vergnügungssteuerordnung vom heutigen Tage von mir erlassen.</p>
Wedel, den 5. März 1940	Der Bürgermeister: In Vertretung R. Lemcke, Stadtrat
	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (7. Kriegssitzung) am 19. April 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig auf Urlaub, die Ratsherren Möller, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges (z.Zt. als Unteroffizier im Urlaub), Sievers, ferner Stadtrat Groth u. Stadtrat Lemcke. Es fehlen die zum Wehrdienst einberufenen Ratsherren Kriete und Petersen, sowie der Erste Beigeordnete Timmermann. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1) <u>Erhebung von Anerkennungsgebühren für Benutzung städtischer Grundstücke.</u>	Die Ratsherren sind der Auffassung, daß die Benutzung städt. Grundstücke in jedem Falle nur nach besonderer Genehmigung und nach Entrichtung einer Anerkennungsgebühr erfolgen kann, um das Entstehen von Wohnheitsrechten zu vermeiden.
2) <u>Bewilligung einer Beihilfe an die Hinterbliebenen eines städt. Angestellten (Kriegsgefallenen).</u>	Im Augenblick erscheint die Bewilligung einer besonderen Beihilfe den Ratsherren zu früh. Sie sind der

	Überzeugung, daß der Staat zu gegebener Zeit die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung von Härten treffen wird.
3) <u>Festsetzung der Berufsschulbeiträge für das Jahr 1939.</u>	Gegen die EntschlieÙung über die Höhe der Berufsschulbeiträge für das Jahr 1939 werden keine Bedenken geltend gemacht.
4) <u>Verschiedenes.</u>	a) Auf den Ersatz von Kosten für die Feuerwehr durch Schmiedemeister Eggert kann verzichtet werden.
	b) Der Bürgermeister gibt Mitteilung von der Höhe der überwiesenen Staatszuschüsse für die Mittelschule im Jahre 1939.
	c) Die Arbeitnehmerbeiträge zur zusätzlichen Altersversorgung für den Hauswart Petersen können aus grundsätzlichen Erwägungen nicht auf städt. Mittel übernommen werden.
	d) Die Ratsherren befürworten den Ankauf des jetzt angemieteten Wohnhauses von Bransky am Tinsdalerweg zu den angebotenen Bedingungen.
	e) Der Bürgermeister ernennt den Stadtsekretär Jens zum Stadtinspektor (Beamter auf Lebenszeit) und händigt ihm seine Ernennungsurkunde aus.
	Dr. Ladwig Ladiges, Dwenger Maushake

	<u>EntschlieÙung</u> über die Höhe des Berufsschulbeitrages für die Berufsschule in Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1939.-
	Aufgrund des §16 des Gewerbe- und Handelslehrer-Besoldungsgesetzes vom 16.4.1928 fasse ich nach Anhörung der Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerkschaftskammer und nach Beratung mit den Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	1) Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltungskosten der Berufsschule in Wedel sind 50 v.H. durch Berufsschulbeiträge aufzubringen.
	2) Auf Grund der bestehenden Satzung sind zu erheben: a) von den Gewerbetreibenden für ihre im Stadtbezirk Wedel (Holst.) belegenen Betriebsstätten 5 v.H. der für das Rechnungsjahr 1939 festgestellten GewerbesteuermeÙbeträge;
	b) von den nicht gewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen ei ihnen beschäftigten Arbeiter- und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, einen Betrag von 3,- RM. Die Zahl der Beschäftigte ist nach dem Stande vom 10. Oktober 1938 festzustellen.
	3) Es haben zu zahlen: a) freiwillige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 10,- RM; b) freiwillige auswärtige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 15,- RM.
Wedel, den 19. April 1940	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (8. Kriegssitzung) am 16. Mai 1940 im Rathausaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig (auf Wehrmachtsurlaub), Stadtrat Groth, Stadtrat Lemcke, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers.</p> <p>Es fehlen: Der zum Wehrdienst Erste Beigeordnete Timmermann und der gleichfalls im Wehrdienst befindliche Ratsherr Kriete..</p> <p>An der Sitzung nehmen auf Einladung der Stellv. Ortsgruppenleiter der NSDAP Pg. Krüger und der Organisationsleiter der Ortsgruppe Pg. Hartmann teil. Ferner nehmen teil. Um Erläuterungen zu den jeweiligen Punkten der Beratung zu geben: Techn. Betriebsleiter Hümme, Stadtwerke, und Kaufm. Betriebsleiter Ehlers, Stadtwerke.</p>
1) <u>Jahresabschluß der Stadtparkasse 1939.</u>	Von dem Jahresabschluß mit Prüfungs- und Verwaltungsbericht der Stadtparkasse für das Geschäftsjahr 1939 nehmen die Ratsherren Kenntnis. Sie haben Bedenken dagegen nicht zu erheben.
2) <u>Einführung neuer Versorgungstarife.</u>	Den Ratsherren sind die Erläuterungen zu den neuen Tarifen zugestellt. Kaufm. Leiter Ehlers gibt die noch notwendigen Erläuterungen zu Zweifelsfragen des neuen Tarifwerks. Die Ratsherren nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Erlaß der Tarife zu.
3) <u>Verzicht auf Gehaltserstattungen durch einen früheren Beamten der Stadtverwaltung.</u>	Dem früheren Stadtsekretär Rohwedder wird der Restbetrag des von ihm noch zu erstattenden Gehalts erlassen, und zwar mit Rücksicht auf seine langwierige und besonders schwierige Tätigkeit in der hiesigen Verwaltung.

<p>4) <u>Personalangelegenheiten des Krankenhauses.</u></p>	<p>Dem von Herrn Dr. Müller mündlich vorgebrachten Wunsch, anstelle der jetzigen Bürokraft künftig eine Büroschwester einzustellen, vermögen die Ratsherren nicht zu entsprechen. Ein Austausch gegen eine andere – städtische – Bürokraft könnte erfolgen, wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist.</p>
<p>5) <u>Trennungsentschädigung für den techn. Stadtinspektor Hofmann.</u></p>	<p>Die Ratsherren empfehlen dem Bürgermeister, den Antrag auf weitere Erhöhung der Trennungsentschädigung abzulehnen.</p>
<p>6) <u>Ermittlungen in Sachen Gartenamt.</u></p>	<p>Der Bürgermeister gibt den Ratsherren Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit. Die Ratsherren sind sich darüber klar, daß die Bereinigung der Angelegenheit, insbesondere die Klärung der gegen den Bürgermeister erhobenen Anwürfe, im Interesse der Stadt liegt. Sie sind bereit, die Kosten, die durch diese Klärungsaktion entstehen, auf städtische Mittel zu übernehmen. Dasselbe gilt für Ratherrn Möller. Der Bürgermeister teilt mit, daß er an den Generalstaatsanwalt in Kiel geschrieben habe, um endlich eine Bereinigung der Angelegenheit zu erreichen. Er erklärt, daß die gegen ihn vom Oberstaatsanwalt in Itzehoe erhobenen Anschuldigungen nicht zutreffen</p>
	<p>Dr. Ladwig R. Diekgräf, Karl Petersen Maushake</p>

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Jahresbericht der Stadtparkasse Wedel.</u>	Nachdem die Ratsherren in der heutigen Beratung zum Jahresabschluß und zu den Prüfungs- und Verwaltungsberichten der Stadtparkasse für das Geschäftsjahr 1939 gehört worden sind und Bedenken dagegen nicht erhoben hatten, ist der Abschluß mit den Berichten dem Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig mit dem Antrage auf Genehmigung und Entlastungserteilung vorzulegen.
2)	Die im Entwurf vorliegenden Tarife I, II, IV und V werden im Rahmen der Anlage zu den allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Energie aus dem Leitungsnetz der Stadtwerke Wedel (Holste.) hiermit von mir festgestellt. Zu dieser EntschlieÙung sind die Ratsherren in der heutigen Sitzung gehört worden; sie haben keine Bedenken gegen die Feststellung erhoben.
Wedel, den 16. Mai 1940	Der Bürgermeister: Dr. Ladwig

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (9. Kriegssitzung) am 6. Juni 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers.</p> <p>Bürgermeister Dr. Ladwig befindet sich im Wehrdienst, ebenso der Erste Beigeordnete Timmermann und Ratsherr Kriete.</p> <p>Zur Beratung der Haushaltssatzung nimmt Stadtobersekretär Lehmann an der Sitzung teil.</p> <p>Schriftführer: Stadtinspektor Maushake.</p>
1) <u>Änderung des Stellenplans,</u>	Gegen die Änderung des Stellenplans und die beabsichtigte Entschließung des Bürgermeisters sind Bedenken von den Ratsherren nicht zu erheben.
2) <u>Niederschlagung überzahlter Dienstbezüge.</u>	Die Ratsherren verzichten auf Erstattung überzahlter Dienstbezüge a) durch Frau Gröhn mit 72,26 RM und b) durch Arbeiter Heinsohn mit 77,24 RM mit Rücksicht auf das Vorliegen besonderer Verhältnisse.
3) <u>Verkauf eines städt. Grundstücks an die Reichspost.</u>	Dem unentgeltlichen Verkauf des früher von Frau Elisabeth Körner zu Straßenbauzwecken an die Stadt abgetretenen Geländes an die Reichspost stimmen die Ratsherren zu.
4) <u>Umbenennung eines Weges.</u>	Zur Umbenennung des Schulsteiges können sich die Ratsherren zur Zeit nicht entschließen. Sie raten im übrigen, den Schulsteig zweckmäßig an den Roggenhof anzugliedern.
5) <u>Aufstellung eines Kühlschranks in der Bürgermeister-Dienstwohnung.</u>	Die Beschaffung eines Kühlschranks kommt mit Rücksicht auf den zu hohen Anschaffungspreis und

	die Unmöglichkeit der Lieferung geeigneter Schränke nicht in Frage. Es wird empfohlen, einen guten Kammerjäger mit der Vertilgung der Ameisen zu beauftragen.
6) <u>Ausbau des Schulauer Hafens.</u>	Von der Eingabe Jens nehmen die Ratsherren Kenntnis. Sie sind der Auffassung, daß z.Zt. keine Veranlassung besteht, dem Erweiterungsbau näher zu treten.
7) <u>Verkauf von Grundstücken.</u>	Gegen die Veräußerung eines Bauplatzes aus dem Grundbesitz der Stadt Wedel am Kronskamp an die Baulustigen
	a) Versicherungsangestellter Heinrich Dziubek, Voßhagen 31, Parzelle 663/43, 875 qm groß;
	b) Zollbetriebsassistent Walter Hirsch, Hamburg 28, Parzelle 633/43, 1090 qm groß;
	c) Brothändler Willi Heinsohn, Schlagelsweg 29, Parzelle 638/43, 872 qm groß;
	d) Elektriker Heinrich Peters, Am Lohhof 46, Parzellen 607/44 und 627/43, zusammen 835 qm groß;
	e) Ehefrau Emma Schaper, geb. Greibaum, Elbstr. 14, Parzelle 672/43, 633 qm groß;
	f) Eheleute Optiker Friedrich Eisenberg und Hedwig, geb. Zilinski, Elbstr. 47, Parzelle 644/43, 543 qm groß;
	g) Arbeiter Ernst Ott, Bergstr. 4, Parzelle 643/43, 682 qm groß;
	h) Arbeiter Franz Ramcke, Bergstraße, Parzelle 642/43, 687 qm groß
	aus Kartenblatte 10 der Gemarkung Schulau-Spitzerdorf unter den üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden Entschließung des Bürgermeisters zu.
8) <u>Haushaltssatzung für das Jahr 1940.</u>	Der im Entwurf vorliegende Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 1940 werden mit den Ratsherren beraten. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben. Dem Erlaß der Haushaltssatzung wird zugestimmt.

9) <u>Verschiedenes.</u>	Es wurden keine Wünsche zu diesem Punkt geäußert.
	R. Lemcke J. Sievers, R. Möller Maushake
	<u>Entschließung</u>
1) <u>Änderung des Stellenplans der Stadt Wedel</u>	Nach Zustimmung durch die Ratsherren wird der im Entwurf vorliegende Nachtrag I zum Stellenplan der Stadt Wedel für das Jahr 1939 hiermit von mir festgestellt.
2) Verkauf eines städt. Grundstücks an die Reichspost.	Nach Anhörung der Ratsherren wird das der Stadt Wedel gehörende Grundstück Kartenblatt 2, Parzelle 372/09, Gemarkung Schulau, groß 370 qm, an das Deutsche Reich – Deutsche Reichspost veräußert. Die Übereignung erfolgt kosten- und lastenfrei für die Stadtgemeinde Wedel. Ein Kaufpreis gelangt nicht zur Erhebung.
3) <u>Verkauf von Bauplätzen.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaus veräußert die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) – soweit erforderlich vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde folgende Grundstücksteile: a) An den Versicherungsangestellten Heinrich Sziubek in Wedel, Voßhagen 31, die Parzelle 663/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 875 qm groß;
	b) an den Zollbetriebsassistenten Walter Hinsch in Hamburg, Wilhelmsburgerstraße 10, die Parzelle 633//43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 1090 qm groß;

	c) an den Brothändler Willi Heinsohn in Wedel, Schlagelsweg 29, die Parzelle 638/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 872 qm groß;
	d) an den Elektriker Heinrich Peters in Wedel, Am Lohhof 46, die Parzellen 607/44 und 627/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140 und Band 5a, Blatt 509, insgesamt 855 qm groß;
	e) an die Ehefrau Emma Schaper, geb. Greibaum, in Wedel, Elbstraße 14, die Parzelle 672/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 633 qm groß;
	f) an die Eheleute Optiker Friedrich Eisenberg und Hedwig, geb. Zilinski, in Wedel, Elbstr. 47, die Parzelle 644/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 543 qm groß;
	g) an den Arbeiter Ernst Ott in Wedel, Bergstraße, die Parzelle 643/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 687 qm groß;
	h) an den Arbeiter Franz Ramcke in Wedel, Bergstraße, die Parzelle 642/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 687 qm groß. Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter; er ist der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Zu den Verkäufen sind die Ratsherren gehört worden; sie haben zugestimmt.
4) <u>Haushaltssatzung der Stadt Wedel in Holstein für das Rechnungsjahr 1940.</u>	Auf Grund der §§ 83 ff. der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBL.I, S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Haushaltssatzung erlassen:
	<u>§1</u> Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1940 wird im ordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf 1.015.000,- RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf 91.600,- RM festgesetzt. <u>§2</u> Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt

1) <u>Grundsteuer:</u>	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe: Hebesatz 105 v.H. b) für die Grundstücke: Hebesatz 160 v.H.
2) <u>Gewerbesteuer:</u>	Nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbeskapital: Hebesatz 220 v.H..
3) <u>Bürgersteuer:</u>	Hebesatz 500 v.H.
	<u>§3</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000,- RM festgesetzt.
	<u>§4</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.
Wedel, den 6. Juni 1940	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke, Stadtrat

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (10. Kriegssitzung) am 18. Juli 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig, Erste Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Kriete, alle zum Wehrdienst einberufen.</p> <p>Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
<p>1) <u>Jahresabschluß der Stadtkasse für das Jahr 1938.</u></p>	<p>Der Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplans 1938 (Haushaltsrechnung) und die Haushaltsüberschreitungen im gleichen Jahr werden den Ratsherren zur Kenntnis gebracht. Sie stimmen dem Vorschlag über die Verwendung der Überschüsse aus diesem Rechnungsjahr zu und erheben keine Bedenken gegen eine entsprechende EntschlieÙung.</p> <p>Nachdem die Rückzahlung des täglich fälligen Darlehens der Landesbank mit 120.000,- RM durchgeführt ist, schlagen die Ratsherren vor, die Restbestände der Schuldentilgungsrücklage zur vorzeitigen Tilgung von nachverzinslichen Aufwendungsdarlehen zu verwenden.</p>
<p>2) <u>Umstellung der Niederdruck. Dampfheizung auf Warmwasserheizung in der Volksschule ABC-StraÙe.</u></p>	<p>Von der geplanten Regelung Kenntnis genommen.</p>
<p>3) <u>Verkauf von städtischem Grundeigentum.</u></p>	<p>Gegen die VeräuÙerung von Bauplätzen aus dem Grundbesitz der Stadt Wedel am Kronskamp an die Baulustigen</p> <p>a) Dreher Albert Krawinkel in Holm, Parzelle 673/43, 688 qm groß,</p>
	<p>b) Eheleute Kraftwagenführer Albert Behrmann und Grete, geb. Loop, Feldstraße 27, Parzelle 665/43, 683 qm groß,</p>

	c) Dreher Rudolf Kirsten, Pinnebergerstr. 96, die Parzellen 601/44 und 621/43, 904 qm groß,
	d) Arbeiter Bruno Biehl, Schillerstraße, die Parzellen 602/44 und 622/43, 884 qm groß,
	e) Arbeiter Johannes Rehder, Tondernstr. 14, Parzelle 667/43, 675 qm groß,
	f) Kellner Franz Röber, Stade-Brunshausen Parzelle 666/43, 679 qm groß,
	g) Feinmechaniker Rudolf Hinsch, Skagerrakstr. 9, die Parzellen 620/43 und 600/44, 867 qm groß
	Aus Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau/Spitzerdorf. unter den üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden Entschließung des Bürgermeisters zu.
4) <u>Aufteilung weiterer städt. Geländeflächen zur Veräußerung als Bauplätze.</u>	Der Aufteilung des städt. Geländes an der Rissenerstraße (früher Biesterfeldt) zum Zwecke der Veräußerung von Bauplätzen stimmen die Ratsherren zu.
5) Erwerb von Gelände für die Mittelschule (Enteignung Jonas).	Von dem Stand des Verfahrens werden die Ratsherren unterrichtet. Sie stimmen dem Erwerb der Parzelle nach einem Preis von 1,80 RM je Quadratmeter zuzüglich der gesamten Kosten des Grunderwerbs zu. Die erforderlichen Mittel sind der Baurücklage zu entnehmen.
6) <u>Verlegung der Umgehungsstraße.</u>	Mit der veränderten Linienführung der Umgehungsstraße erklären sich die Ratsherren einverstanden. Sie geben dieses Einverständnis jedoch nur unter der Bedingung ab, daß der Firma J.D. Möller zur verbindlichen Auflage gemacht wird, innerhalb von drei Jahren mit dem Bau der von ihr vorgesehenen Siedlung zu beginnen.

7) <u>Mietfestsetzung für die Wohnung Turnhalle Bergstraße.</u>	Dem Mieter Dwenger wird die Berechtigung zuerkannt, die Kraftstoffversorgung in der Turnhalle für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen. Dwenger zahlt dafür mit Wirkung vom 1. Juli 1940 ab eine Pauschalentschädigung von 3,- RM monatlich.
8) <u>Errichtung einer Polizeimeisterstelle.</u>	Gegen die Errichtung einer Polizeimeisterstelle haben die Ratsherren nichts einzuwenden. Sie stimmen im übrigen dem Vorschlag, diese Stelle dem jetzigen Polizeimeister Lassen zu übertragen, zu.
9) <u>Strafsache Gartenamt.</u>	Die Ratsherren nehmen Kenntnis davon, daß zur Vertretung des Bürgermeisters außer Rechtsanwalt Dr. Harms noch Justizrat Reimers, Elmshorn, zugezogen ist. Die Hinzuziehung weiterer Anwälte liegt nicht mehr im städtischen Interesse.
10) <u>Errichtung einer Mittelschul-Rektorstelle.</u>	Die Ratsherren stimmen der Umwandlung einer Mittelschullehrerstelle in eine Mittelschulrektorstelle und der beabsichtigten Entschließung des Bürgermeisters zu.
11)	Stadtrat Lemcke gibt Mitteilungen verschiedener Art bekannt.
	R. Lemcke Ladiges, Dwenger Maushake

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Verwendung des Überschusses aus dem Rechnungsjahr 1938.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieÙe ich mich, den Überschuß aus dem Rechnungsjahr 1938 in Höhe von 107.848,58 RM wie folgt zu verwenden:
	a) Zur Deckung des Fehlbetrages des ordentl. Haushalts für das Jahr 1940: 31.000,- RM;
	b) zur Tilgung des Restbetrages eines täglich fälligen Darlehens der Landesbank und Girozentrale Kiel: 70.000,- RM;
	c) zur Abführung an die Betriebsmittelrücklage 6.848,58 RM. Soweit diese Beträge bisher noch nicht haushaltsmäßig erfaßt sind, geschieht die Bereitstellung der Mittel im Rahmen einer Nachtragshaushaltsatzung für das Jahr 1940, die in absehbarer Zeit zu erlassen sein wird.
2) <u>Verkauf von städt. Grundeigentum.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräußert die Stadtgemeinde Wedel – soweit erforderlich vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde – folgende Grundstücksteile:
	a) An den Dreher Albert Krawinkel in Holm die Parzelle 673/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 688 qm groß;
	b) an die Eheleute Kraftwagenführer Albert Behrmann und Grete, geb. Loop, Feldstraße 27, die Parzelle 665/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 683 qm groß;
	c) an den Dreher Rudolf Kirsten, Pinnebergerstr. 96 die Parzellen 601/44 und 621/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, insgesamt 904 qm groß;
	d) an den Arbeiter Bruno Biehl, Schillerstraße, die Parzellen 602/44 und 622/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, und Band 5a, Blatt 209, insgesamt 884 qm groß;
	e) an den Arbeiter Johannes Rehder, Tondernstr. 14, die Parzelle 667/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 675 qm groß;

	f) an den Kellner Franz Röber, Stade-Brunshausen, die Parzelle 666/43 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, 679 qm groß;
	g) an den Feinmechaniker Rudolf Hinsch, Skagerrakstr. 9, die Parzellen 620/43 und 600/44 aus Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140 und Band 5a, Blatt 209, insgesamt 867 qm groß. Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je Quadratmeter; er ist der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Zu den Verkäufen sind die Ratsherren gehört worden. Sie haben den Vertragsabschlüssen zugestimmt.
3) <u>Errichtung einer Mittelschulrektorstelle.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich, eine der 3 Planstellen an der städtischen Mittelschule in Wedel mit Wirkung vom 1. April 1940 ab in eine Rektorenstelle umzuwandeln.
Wedel, den 18. Juli 1940	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke Stadtrat

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (11. Kriegssitzung) am 22. August 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers. Es fehlen Erster Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Kriete, beide im Wehrdienst befindlich. Zur Erläuterung des Wohnungsbau- u. Siedlungs- planes nimmt daher Stadtoberinspektor Hofmann an der Sitzung teil. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
1) <u>Mitteilungen:</u>	Mitgeteilt wird:
	a) der Stand des Verfahrens in Sachen Stadtgarten- amt;
	b) die Neufestsetzung des von der Stadt zu ent- richtenden Kriegsbeitrages;
	c) den Stand des Bauplanes zur Errichtung einer Unterkunft für die Mittelschule (Bauprojekt J.D. Möller);
	d) im Rahmen eines erläuternden Vortrages durch O.Insp. Hofmann die Bedeutung des Städtischen Wirtschaftsplans und des Siedlungsplans, sowie die Absichten des Wohnungsbaues. Die Ratsherren regen an, zeitig dafür zu sorgen, daß genügend günstige Bauplätze für Baulustige durch die Stadt bereit gehalten werden und weisen in diesem Zusammenhang u.a. auf das Spargelgelände von Großheim hin;
	e) den Plan über die Errichtung von öffentlichen Luftschuttsammelräumen durch die Stadt.
2) <u>Erlaß rückständiger Wohnungsmieten.</u>	Die von dem Arbeiter Hans Claasen geschuldete Wohnungsmiete von insgesamt 501,90 RM, von der bereits 286,90 RM niedergeschlagen sind, wird mit Rücksicht auf den Kinderreichtum des Schuldners in Höhe des Gesamtrestes erlassen.
3) <u>Änderung der Höhe von Anerkennungs- gebühren.</u>	Die Ratsherren empfehlen, dem Antrage der Ehefrau Ramcke auf Ermäßigung der Anerken- nungsgebühren nicht zu entsprechen.

<p>4) <u>Gelände zur Ansiedlung industrieller Unternehmen in Wedel.</u></p>	<p>Die Ratsherren halten den Erwerb des der Firma Christian und Nielsen gehörigen Geländes durch zwei größere Unternehmen für durchaus angebracht und empfehlen Förderung der Vorhaben.</p>
	<p>R. Lemcke Diekgräf, Karl Petersen Maushake</p>
	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (12. Kriegssitzung) am 13. September 1940, 20 Uhr, im Rathaussaal. <u>Anwesend:</u> Stadtrat Lemcke, Stadtrat Groth, die Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges, Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Kriete, alle drei im Wehrdienst. Schriftführer: Stadtoberinspektor Maushake.</p>
<p>1) <u>Mitteilungen:</u></p>	<p>Stadtrat Lemcke macht Mitteilung von den Verfehlungen des Angestellten Röber bei den Stadtwerken. Die Ratsherren sind der Auffassung, daß eine Weiterbeschäftigung von R. im städtischen Dienst nicht tragbar ist. Sie empfehlen, auf die Fürsorgestelle für Schwerbeschädigte hinzuwirken, daß sie umgehend für eine</p>

	<p>anderweitige Verwendung eintritt. Da der Schaden materiell wieder gedeckt ist, besteht kein Interesse an einer gerichtlichen Bestrafung.</p>
<p>2) <u>Erlaß einer Polizeiverordnung über die öffentliche Ordnung und Reinlichkeit der Stadt Wedel.</u></p>	<p>Der Entwurf der Polizeiverordnung findet nicht die Billigung der Ratsherren. Beanstandet werden insbesondere die §2 und 3. Es soll eine Überarbeitung des Entwurfs durch das Stadtbauamt in Gemeinschaft mit den Ratsherren Möller und Dwenger stattfinden.</p>
<p>3) <u>Erlaß einer Polizeiverordnung gegen die Verunstaltung des Städtebildes.</u></p>	<p>Von dem Erlaß der Polizeiverordnung kann abgesehen werden.</p>
<p>4) <u>Errichtung von weiteren Lehrstellen an der Mittelschule.</u></p>	<p>Die Ratsherren stimmen der Errichtung zweier Lehrstellen an der Mittelschule zum 1. April 1941 und der vom Bürgermeister beabsichtigten EntschlieÙung darüber zu.</p>
<p>5) <u>Änderung des öffentlichen Bekanntmachungswesens.</u></p>	<p>Stadtrat Lemcke erläutert die Anträge des Zeitungsverlages wegen der Bezahlung amtlicher Anzeigen. Die ortsübliche Bekanntmachung nur in Form des Aushangs entspricht nach der Auffassung der Ratsherren nicht dem öffentlichen Bedürfnis. Die amtl. Bekanntmachungen sollen deshalb ab 1. Oktober 1940 unter Anlegung eines strengen Maßstabs zur Veröffentlichung in der meistgelesenen Tageszeitung gegen Bezahlung übergeben werden.</p>
<p>6) <u>Verkauf von Grundstücken.</u></p>	<p>Grundsätzlich stimmen die Ratsherren dem Verkauf von Grundstücken aus dem städt. Besitz an den Gärtner Joh. Rickerts und Wilhelm Schirrmann zu. Es handelt sich um die Parzellen 207/51, 209/47 und 274/53 aus Band 3, Blatt 111 des Grundbuches, insgesamt 2599 qm. Sämtliche Kosten gehen zu Lasten der Käufer. Vor dem Verkauf ist zu prüfen, ob Landabtretungen zur Anlegung eines Verbindungsweges zwischen dem Breitenweg und dem Egenbüttelweg in</p>

	Frage kommt. Die Kaufpreise sollen in der Höhe festgesetzt werden, wie sie beim Verkauf von Plätzen durch den Grundstücksbesitzer Ohle bisher erzielt worden sind.
7) <u>Schaffung einer gemeindlichen öffentlichen Fernsprechstelle.</u>	Ein Bedürfnis zur Errichtung einer öffentl. Fernsprechstelle kann z.Zt. noch nicht anerkannt werden.
8) <u>Verschiedenes.</u>	a) Der H.J. wird die Genehmigung erteilt, die Turnhalle Bergstraße für ihre Zwecke zu benutzen. Die Benutzung darf jedoch mit Rücksicht auf die Luftgefährung nur am Tage erfolgen. Voraussetzung ist, daß bei Lichtbenutzung eine ordnungsmäßige Verdunkelung gewährleistet ist. Die Gegenstände sind schonend zu behandeln.
	b) Weitere Mittel für die Rücklage zum Bau einer Bürgermeister-Dienstwohnung können, soweit Überschüsse des Jahres 1939 vorliegen, diesen entnommen werden.
	c) Dem Kreisleiter Meenen der NSDAP soll von den Ratsherren ein Geschenk zur Verlobung im Werte von etwa 80,- RM überreicht werden. Die Mittel dafür übernehmen die Ratsherren selbst.
	d) Es wird angeregt, mit dem Ehrenbürger der Stadt, Kunstmaler Höckner, Verhandlungen aufzunehmen, um seinen Nachlaß der Stadt eventuell gegen die Gewährung eines Ehrensoldes zu sichern.
	R. Lemcke; J. Sievers, Lüdemann, Maushake

	<u>EntschlieÙung</u>
4) <u>Errichtung von weiteren Lehrstellen in der Mittelschule.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieÙe ich mich, mit Wirkung vom 1. April 1941 ab a) einer Lehrerstelle und b) einer technischen Lehrerinstelle an der hiesigen städtischen Mittelschule einzurichten.
Wedel, den 19.9.1940	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke, Stadtrat
	<u>Beratung mit den Ratsherren</u> (13. Kriegssitzung) am 11. Dezember 1940 um 19 Uhr, im Rathaussaal. <u>Anwesend:</u> Stadtrat Groth, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers, Stadtrat Lemcke, Erster Beigeordneter Timmermann. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die sich im Wehrdienst befinden. Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von der Übernahme der Dienstgeschäfte als Bürgermeister-Stellvertreter durch ihn am 15. November 1940;
	b) von der erlassenen Anordnung über die Meldepflicht bei der Neuvermietung von Wohnungen usw.;
	c) von dem Ergebnis der Pflichtprüfung bei den Stadtwerken in Wedel für 1939;
	d) von der Erledigung der Bürgschaftsübernahmeerklärung vom 27.11.1933 in Sachen Fa. J.D. Möller und Landesbrandkasse sowie von der in diesem Zusammenhang erfolgten Auflösung der Bürgschaftssicherungsrücklage,

	e) von der Bereitwilligkeit des Gärtnereibesitzers Großheim, ihm gehöriges Gelände zwischen Rissenerstraße und Kronskamp zur Erschließung von Bauland an die Stadt Wedel zu verkaufen;
	f) von der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Haushaltsplanes der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1940;
	g) von der Abdeckung des täglich fällig gewordenen Darlehens der Landesbank und Girozentrale Kiel über 170.000,- RM;
	h) von der Zurückstellung der Tilgung des Ablösungsdarlehens des Kreises Pinneberg;
	i) von der Entlassung des Angestellten der Stadtwerke Röber;
	k) von dem Bericht des Stadtbauamtes vom 11.12.40 über den Bau von öffentlichen L.S-Bunkern;
	l) von dem Beschluß der Strafkammer des Landgerichts Itzehoe vom 18.9.40 über die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Stadtgartenmeister Jüttemeier und den Bürgermeister Dr. Ladwig sowie auch von der schriftlichen Erklärung des Bürgermeisters Dr. Ladwig vom 4.12.40 betr. seiner Entschuldigung bei dem Oberstaatsanwalt Haartje.
2) <u>Übertragung der Warnanlage in Wedel auf das Reich.</u>	Die Ratsherren erklären sich mit der Übernahme der Luftschutzwarnanlagen der Stadt Wedel in das Reichseigentum einverstanden.
3) <u>Festsetzung der Entschädigung der Schiedsmänner.</u>	Die Entschädigung der Schiedsmänner für die Bereitstellung eines Verhandlungszimmers sowie dessen Heizung und Beleuchtung , ferner den Mitgliedsbeitrag zum Reichsverband der Friedensrichter und Schiedsmänner sowie alle anderen sächlichen Kosten wird auf 60,- RM jährlich für jeden Schiedsmann ab 1.4.1941 festgesetzt.
4) <u>Festsetzung des Bürgersteuer-Hebesatzes für 1941.</u>	Gegen den Erlaß der vorgelegten Entschließung

	über die Höhe des Hebesatzes, der Erhebungsart und Fälligkeit der Bürgersteuer, die im und für das Kalenderjahr 1941 erhoben werden soll, werden Bedenken nicht geltend gemacht.
5) <u>Festsetzung der Vergütung des Leiters der Volksbücherei.</u>	Die Ratsherren erklären sich mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden.
6) <u>Vergütung der Angestellten.</u>	a) Die Ratsherren nehmen Kenntnis von der Absicht des Gemeindeleiters, die Rechtsverhältnisse und die Dienstbezüge der städtischen nicht-beamten Gefolgschaftsmitglieder einschließlich derjenigen der Stadtparkasse und der Stadtwerke nach den Bestimmungen des reichsrechtlichen Tarifwerkes mit Wirkung vom 1. April 1938 ab neu zu vergeben. Sie stimmen dem Erlaß der im Entwurf vorliegenden besonderen Dienstordnungen zu.
	b) Der beabsichtigten Umwandlung einer Angestelltenstelle aus Gruppe 8 in eine solche der Gruppe 7 und dem Erlaß einer entsprechenden Entschließung zur Änderung des Stellenplanes stimmen die Ratsherren zu.
	c) Die Ratsherren empfehlen, dem kaufmännischen Leiter der Stadtwerke Ehlers den Betrag von 500,- RM und dem Leiter des Wirtschafts- und Ernährungsamtes Gau den Betrag von 350,- RM als Wehrrbeitsvergütung zu zahlen, dagegen den Umgruppierungsantrag Gau zwecks weiterer Klärung bis zur nächsten Beratung zurückzustellen.
	d) Eine Notstandsbeihilfe an den Hauswart Petersen in Höhe von 70,- RM halten die Ratsherren für angemessen.
7) <u>Verschiedenes.</u>	a) Die Ratsherren stimmen den mit der Fa. J.D. Möller getroffenen Vereinbarungen wegen Überlassung von Räumen für die Mittelschule ab 1.4.41 zu. Dazu gibt der Erste Beigeordnete Timmermann die offizielle Erklärung des Inhabers der Fa. J.D. Möller, Herrn Hugo

	Möller, bekannt, daß dieser künftig in keiner Weise mit dem Bürgermeister Dr. Ladwig zusammenarbeiten wolle oder könne und deshalb jede Verhandlung mit ihm ablehne.-
	b) Nach Ausführungen des Technischen Stadtoberinspektors Hofmann halten die Ratsherren die Einsetzung von Kriegsgefangenen für nötig und möglich.
	c) Die Ratsherren stimmen dem Erlaß der Polizeiverordnung über die öffentliche Ordnung und Reinlichkeit in der Stadt Wedel in der jetzt vorliegenden Fassung zu.
	d) Der Grasnutzungsvertrag mit dem Kaninchenzuchtverein soll verlängert werden.
	e) Einführung neuer Gasversorgungstarife. Den Ratsherren sind die Erläuterungen zu den neuen Tarifen zugestellt. Kaufmännischer Leiter der Stadtwerke Ehlers gibt die noch notwendigen Erklärungen zu Zweifelsfragen des neuen Tarifwerkes. Die Ratsherren nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Erlaß der Tarife zu.
	Jul Timmermann Ladiges, Dwenger Maushake
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Erhebung einer Bürgersteuer in der Stadtgemeinde Wedel (Holst.) für das Kalenderjahr 1941.</u>	Auf Grund des §12 (2) des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 in der Fassung vom 31.10.1938 und 30.3.1940 fasse ich nach Anhörung der Ratsherren folgende EntschlieÙung:

	<p><u>§1</u> Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 in der Fassung vom 31.3.1938 und 30.3.1940 für das Kalenderjahr 1941 eine Bürgersteuer in Höhe von <u>500 v.H.</u> des Steuermeßbetrages.</p>
	<p><u>§2</u> Die Bürgersteuer wird von allen Pflichtigen auf Grund schriftlicher Steuerbescheide erhoben.</p>
	<p><u>§3</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 10.2., 10.5, und 10.11.1941 und am 10.5.1941, wenn die Jahressteuer den Betrag von 5,- RM nicht übersteigt. Die fälligen Beträge sind zu den Fälligkeitstagen an die Stadtkasse Wedel (Holst.) zu entrichten.</p>
2) <u>Besondere Dienstordnungen.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich zum Erlaß der im Entwurf vorliegenden besonderen Dienstordnung zur Allgemeinen Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (A.T.G.) und zur Tarifordnung A(TO.A).
3) <u>Änderung des Stellenplanes der Stadt Wedel i/Holst.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich zur Umwandlung der unter lfd. Nr. 74 des Stellenplanes der Stadt Wedel i/Holst. für das Jahr 1939 aufgeführten, nach dem Überleitungsstellenplan v. 12.XII.1940 in Gruppe VIII T.O.A. übergeleiteten Angestelltenstelle in eine solche der Gruppe VII T.O.A.
Wedel, den 12. Dezember 1940	Der Bürgermeister: In Vertretung: Jul. Timmermann (Erster Beigeordneter)

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (14. Kriegssitzung) am 27. Dezember 1940 um 19 Uhr, im Rathaussaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Lemcke u. Groth, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Kriete, Lüdemann, Dwenger, Ladiges u. Sievers, Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.</p>
<p>(Ich entsinne mich dessen überhaupt nicht. Dr. Ladwig, 29.12.40)</p>	<p>Bürgermeister Dr. Ladwig erklärte einleitend, daß er den Vorsitz übernommen habe, um einige grundsätzliche und besondere Erklärungen abzugeben. Darauf erklärt Ratsherr Ladiges, daß er so lange nicht an der Beratung teilnehmen könne, solange Bürgermeister Dr. Ladwig den Vorsitz führe. Er beantragt, diese Erklärung zu protokollieren. Ratsherr Ladiges begründet seinen Standpunkt damit, daß Bürgermeister Dr. Ladwig ihn als Ratsherrn beim Kreisleiter der NSDAP. Meenen in ein schlechtes Licht habe stellen wollen, so daß das Vertrauen, das zwischen dem Gemeindeleiter und den Rateherrenfür eine Zusammenarbeit nötig sei, nicht mehr vorläge. Bürgermeister Dr. Ladwig gibt dazu eine Erklärung ab, wonach die geschilderte Absicht nicht vorgelegen habe. Ratsherr Ladiges verläßt darauf den Sitzungssaal.</p>
	<p>Bürgermeister Dr. Ladwig verliest dann die von ihm unter dem 27.12.40 schriftlich niedergelegte Erklärung, die in der Frage an die Ratsherren gipfelt, ob sie dem Bürgermeister Dr. Ladwig ihr Vertrauen noch schenken oder nicht. Bürgermeister Dr. Ladwig verläßt dann den Sitzungssaal.</p>
	<p>Den Vorsitz übernimmt dann der Erste Beigeordnete Timmermann und Ratsherr Ladiges kehrt in den Sitzungssaal zurück. Nach eingehender Besprechung erklären die Ratsherren aufgrund des bestimmten Verlangens des Bürgermeisters Dr. Ladwig einmütig, daß er ihr Vertrauen nicht mehr habe, daß</p>

	das aber keineswegs bedeuten solle, einem Kriegsdienste tuenden Soldaten Sorge zu bereiten, sondern die Forderung enthalte, nach Rückkehr aus dem Heeresdienst innerhalb angemessener Frist den Bürgermeisterposten in Wedel zu verlassen.
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von der Änderung der mit der Fa. J.D. Möller getroffenen Abmachung betr. Räume für die Mittelschule,
	b) von der Zahl der Anmeldungen für die Mittelschule zu Ostern 1941,
	c) von den Mietvereinbarungen mit dem Wedeler Turnverein,.
2) <u>Berufsschulbeiträge für 1940.</u>	Gegen die im Entwurf vorgelegte EntschlieÙung über die Höhe der Berufsschulbeiträge und des Schulgeldes für die Berufsschule in Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1940 werden Bedenken nicht erhoben.
3) <u>Jahresrechnung 1939.</u>	Der Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplanes 1939 (Haushaltsrechnung) und die Haushaltüberschreitungen im gleichen Jahr wurde den Ratsherren mit der Sitzungseinladung übersandt. Sie stimmen dem Vorschlage zu, den Kassenüberschuß zum eventuellen Haushaltsausgleich 1941 zu verwenden.
4) <u>Nachtragshaushaltssatzung I für 1940.</u>	Die im Entwurf vorliegende Nachtragshaushaltssatzung und der Nachtragshaushaltsplan, von denen Abdrucke den Ratsherren zugestellt worden waren, wurden mit den Ratsherren beraten. Es ergaben sich keine Bedenken gegen den Erlaß der Satzung und des Nachtragsplanes.
5) <u>Änderung der EntschlieÙung vom 28.9.37 über Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Bei-</u>	

<u>geordneten und Ratsherren.</u>	Die Ratsherren stimmen in Anwendung des Rd.Erl.d.M.d.J. v. 11.3.40 der Änderung der Entschließung des Bürgermeisters v. 28.9.37 über Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Beigeordneten und Ratsherren zu Ziffer 2 dahin zu, daß mit Wirkung ab 15.11.1940 an die Stelle des Betrages von 250,- RM für die Dauer des Krieges den Betrag von 500,- RM tritt.
6) <u>Verschiedenes.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann weist einladend auf das morgige Gefolgschaftstreffen im Wedeler Hof hin.
	Jul. Timmermann Kriete, Lüdemann Maushake
Meine Erklärung vom heutigen Tage ist hierunter anzulasten.	Dr. Ladwig 27.12.40

W.27.12.40

Meine Herrn Stadträte und Ratsherren.

Ich habe zu Beginn der heutigen Ratsherrensitzung den Vorsitz übernommen, um einige grundsätzliche Fragen zu erörtern.

Vorweg übernehme ich jedoch einige Ehrenpflichten, denen ich mich ganz besonders gerne unterziehe. Die erste dieser ist, dem Ersten Beigeordneten Ortsgruppenleiter Timmermann unsere herzlichsten Glückwünsche zum Eisernen Kreuz auszusprechen, das ihm der Führer und Oberste Befehlshaber jetzt gerade zu Weihnachten verliehen hat. Parteigenosse Timmermann ist damit der erste Ehrenbeamte der Stadt, der diese hohe Auszeichnung für besonderen Einsatz vor dem Feinde in diesem Kriege erwerben konnte. Wir alle, die wir hier sitzen, sind Soldaten des vergangenen oder des jetztigen Krieges, einige von den Ratsherren haben sogar in beiden Kriegen dem Vaterlande mit der Waffe in der Hand gedient. Wir Soldaten des Führers im Frieden, wir Soldaten des Führers im Kriege grüssen daher den jüngsten Ritter des E.K. in unserer Mitte mit besonderer Anteilnahme.

Die zweite dieser Ehrenpflichten ist, dem bisherigen stellvertretenden Bürgermeister, Stadtrat Lemcke, für seine schwierige Tätigkeit als Vertreter des Bürgermeisters zu danken. Wir hier, meine Ratsherren, können wohl vor allen Bürgern in erster Linie beurteilen, welche Sorgen und Mühen das Amt des Bürgermeisters gerade im Kriege mit sich bringt. Wenn auch die eigentlichen Friedensaufgaben ruhen, so bringt der Krieg doch andere Aufgaben auf anderen Gebieten, deren sofortige Lösung in den meisten Fällen Pflicht ist. Ich möchte diese Aufgaben hier weder erwähnen noch irgendwie streifen, denn der Krieg dauert noch an, und es wäre daher verfehlt, hier heute Abschliessendes zu sagen. Es wäre daher auch verfehlt die Tätigkeit Lemcke hier als abgeschlossen zu betrachten und als solche zu beurteilen. Dies wird einer Zeit nach dem Kriege vorbehalten bleiben müssen. Dennoch möchte ich den heutigen Abend und damit die letzte Ratsherrensitzung im ablaufenden Jahre nicht vorübergehen lassen, ohne dem Parteigenossen Stadtrat Lemcke namens der Stadt für seine Tätigkeit meinen Dank zu sagen.

Meinen Mitarbeitern zu danken wird einem Gefolgschaftsnachmittag am morgigen Tage vorbehalten bleiben. Einsehr grosser Teil weilt unter den Fahnen des Führers, ein Teil ist reklamiert worden und zurückgekehrt, viele überwiegend weibliche Hilfskräfte sind heute in allen Zweigen der Verwaltung und der städtischen Institute tätig. Manche werde ich erst morgen kennen lernen. Die Ratsherren als berufene Vertreter der Bürgerschaft wollen sich aber stets daran erinnern, dass der Stamm der Zurückgebliebenen oder Zurückgekehrten Erhebliches geleistet hat. Wie wenig dankbar aber heute die Tätigkeit eines Beamten oder Angestellten in öffentlichen Diensten und hier wiederum besonders in der Kommunalverwaltung ist, befindet sich doch gerade hier auf dem Rathause der Gefechtsstand für den Kampf der Heimatfront, werden Sie alle selbst, meine Ratsherren, schon gemerkt haben. Wir wollen daher unseren Mitarbeitern in je- der Lage Gerechtigkeit widerfahren lassen und mit besonderer Dankbarkeit an die ehrenamtlichen Hilfskräfte denken.

Die dritte meiner Ehrenpflichten ist die, Ihnen, den Stadträten, und Ihnen, den Ratsherren, insgesamt zu danken. Ich habe Ihnen in früheren Jahren mit meinem Dank für Ihre ehrenamtliche Tätigkeit im jeweils letzten Jahr die Weihnachtsgrüsse ~~xxxxxxx~~ der Stadt bisweilen mit einem Angebinde von besonderer Bedeutung übersandt. Ich denke da eben an die Vervielfältigungen der Handzeichnungen unseres Führers, die dieser im grossen Kriege als Feldsoldat angefertigt hat. Heute kann ich Ihnen lediglich mit Worten danken, die aber ebenso herzlich gemeint sind.

~~XXXXXXXX~~ Ehrenamtliche Pflichten im Kriege auszuführen ist besonders schwierig. Und das, was ich soeben über meine Mitarbeiter sagte, gilt sinn- gemäss auch für Sie.

Eine Tatsache, die mir das Leben schwer gemacht hat, nämlich die Unter- suchungen des Oberstaatsanwaltes Haartje gegen mich, hat selbstverständl- auch Sie berührt. Es war leider nicht zu vermeiden, dass die Ratsherren- sitzungen sich mit dieser Sache befassen mussten. Aber nicht nur das, die mir unverständliche Langwierigkeit des Verfahrens hat Sie zweifellos in der Öffentlichkeit vor Fragen gestellt, die nicht leicht zubeantworten waren, weil wir alle, sowohl Sie wie ich, nichts Näheres wussten, und weil auch die Annahme einiger Rechtsanwälte kein schnelleres Tempo in den Ge- der Untersuchungsmaschine hineinzubringen vermochte. Dass Sie von vorne- herein meiner ehrenwörtlichen Versicherung, dass die gegen mich erhobene Anschuldigungen nicht zutreffend wären, geglaubt haben und darüber hinaus grosses Verständnis für meine fürchterliche Lage aufgebracht haben, mir auch Ihre volle Unterstützung nicht versagt haben, danke ich Ihnen an dieser Stelle und am heutigen Abend persönlich nochmals von Herzen.

Wenn ich vorstehend gesagt habe, dass das Ver fahren gegen mich mir Leben im nunmehr ablaufenden Jahre schwer gemacht hat, so ist dies ein milder Ausdruck, der nicht im Entferntesten die Wirklichkeit zu treffen mag. Dass der Herr Oberstaatsanwalt in Jtzehoe das Verfahren gegen mich eingeleitet hat, lag nicht nur im Rahmen seiner Pflichten, sondern lag, grundsätzlich gesehen, sogar in meinem Interesse. Die Art jedoch, wie das Ver fahren durchgeführt worden ist, noch dazu ohne die geringste Rücksicht dar- auf, dass ich im vergangenen Winter meine Pflicht als Feldsoldat unmittel- bar an der holländischen Grenze zu tun hatte - ja, nicht nur das, man hat meine freiwillige Meldung zur Wehrmacht, die ich mir von den Aufsichtsbehörden mit viel Mühen erkämpfen musste, allem Anschein nach als Flucht in den Heldentod angesehen - diese Art der Durchführung des Ver fahrens gegen mich werde ich nie als ~~richtig~~ geboten und damit als richtig begreifen können. Ich, dessen Ansicht in dieser Frage immerhin als subjektiv angesehen wer- den kann, stehe in dieser Auffassung indessen nicht allein. Kluge und erf- ahrene Männer, Juristen vom Fach, teilen noch heute nach Erledigung des Ver fahrens meine Ansicht mit mir. Dass das Verfahren in einer mich keines- wegs befriedigenden Weise zum Erliegen gekommen ist, liegt an den gesetz- lichen Bestimmungen, gegen die niemand etwas machen kann. Es ist dies je- doch kein Grund, an meiner Ehrenhaftigkeit zu zweifeln. Dies ist auch das Ergebnis des Ehrenprüfverfahrens gegen mich als Offizier, welches ich er- beten habe und welches mit grösster Gründlichkeit durchgeführt worden ist. Das Verfahren des Oberstaatsanwaltes Haartje hat mich jedenfalls an den Rand eines Nervenzusammenbruches gebracht. Ich will darauf verzichten, Ihnen die Umstände nochmals ins Gedächtnis zurückzurufen. Wirklich begrei- fen kann meine Lage nur der, der sich in einer ähnlichen befunden hat. Trotz der grössten Verständnisses meiner militärischen Vorgesetzten war ich doch an meinen gewiss nicht leichten soldatischen Dienst gebunden und stand der Entwicklung der Dinge hier in meinem Heimatort mehr oder weniger machtlos gegenüber. Sie, meine Ratsherren, haben mich ja im Zustande völliger Auflö- sung gesehen und auch dafür Verständnis gehabt. Jeder Schmutzfink konnte die Hand nach mir ausstrecken und war meinem Zugriff oder auch nur meiner Abwehr während des Ver fahrens entzogen. Ich habe Ihnen die Namen derjeni- gen genannt, die mich angezeigt haben und ich habe Ihnen auch gesagt, wes- sen jene mich beschuldigt haben. Es ist noch der eine oder andere dazuge- kommen. Es ist aber keiner darunter, mit dem ernstlich mich auseinanderzu- setzen ich heute für nötig oder auch etwa Ihnen gegenüber, meine Ratsherren für erforderlich halten müsste. Was mich daran und zwar aus allgemeinen Gesichtspunkten nach dem Kriege noch interessieren muss, werde ich der Par- tei mitteilen. Zum Teil ist dies schon geschehen. Für die Zeit nach dem Kriege, immer vorausgesetzt, dass ich heil daraus zurückkehre, behalte ich mir ferner vor, und wiederum aus rein allgemeinen Gesichtspunkten, nachprü- fen zu lassen, ob die Art des gegen mich durchgeführten Verfahrens a) ganz allgemein b) unter dem Gesichtspunkt, dass ich Soldat war, von massgebender Stelle gebilligt wird oder nicht. Den derzeitigen Kreisleiter, Parteigenos- sen Meenen, habe ich schon davon unterrichtet.

Als sich nach Erledigung des Verfahrens und des Ehrenprüfverfahrens gegen mich mein Wunsch erfüllte, wieder zum Feldherr versetzt zu werden, war ich froh. Die Gegend, in der ich z. Zt. dem Vaterlande diene, ist ~~xxxx~~ nicht schön, die Unterbringung habe ich auch schon wesentlich besser gehabt, und der Dienst war auch schon wesentlich weniger intensiv und anstrengend. Ich habe in diesem Kriege schon manches Widerwärtige hinnehmen müssen. Es blieb mir aber der Kampf und das Soldatenglück bisher versagt. Nun, das ist nun einmal so, der eine hat es, der andere nicht. Ich habe es bisher nicht gehabt. Wohin der Führer uns stellt, müssen wir unsere Pflicht tun. Ich persönlich war froh, diese Pflicht als Soldat endlich einmal unbeschwert ausüben zu können. Dass mich die mächtig angewachsene Akte gegen mich auch zu meinem neuen Regiment begleitete und wohl dereinst ins Armeemuseum eingehen wird, war zwar nicht sehr angenehm, aber wohl irgendwie erforderlich. Das kameradschaftliche Verständnis meines neuen Bataillons- und meines neuen Regimentskommandeurs erleichterten mir diese Mitnahme der Akte in meine neue Heldenlaufbahn. Auch dass der Oberstaatsanwalt ~~xxxx~~ oder der Generalstaatsanwalt-ich weiss nicht genau, wer mich zu Weihnachten nun endlich auf Grund eines anonymen Briefes wegen Beleidigung verklagten, konnte der Weihnachtsstimmung keinen wesentlichen Abbruch tun. Dass ich auf den Oberstaatsanwalt geschimpft habe, habe ich ihm als Mann ehrlich gesagt. An seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit zweifle ich ebensowenig wie an Ihrer, meine Ratsherren, oder an meiner. Die Umständlichkeit seiner blutleeren Methode habe ich am eigenen Leibe und an meiner seelischen Gesundheit verspürt.

Als uns der bis zuletzt zweifelhaft gewesene Weihnachtsurlaub dann doch gewährt wurde, war die Freude natürlich besonders gross und ich glaubte, das so überaus widerwärtige Jahr unbeschwert im Kreise meiner Familie beendigen zu können. Insbesondere freute ich mich diesmal selbst wie ein Kind auf das Weihnachtsfest mit meinen Kindern.

Aber das Geschick scheint mir in diesem Jahre nichts schenken zu wollen. Wedel ist ja gross an Gerüchten. Und so hörte ich am 23. abends folgendes: Der Inhaber der Firma J. D. Moeller, Optische Werke, habe erklärt, er wolle mit mir, dem Bürgermeister, nicht mehr zusammenarbeiten, und der Erste beigeordnete Ortsgruppenleiter Timmermann habe daraufhin bei den Ratsherren eine Stellungnahme dahin zu erreichen versucht, dass ich nach dem Kriege nicht in mein Amt zurückkehren solle.

Ich begab mich am gleichen Abend gegen 22 Uhr in die Wohnung des Ersten beigeordneten und stellte ihm das Gehörte vor. Parteigenosse Timmermann erklärte das Erste für zutreffend, das Zweite für falsch. Es wäre im übrigen ein Brief des Herrn Hugo Moeller in dieser Sache da.

Am 24. morgens liess ich mir diesen Brief geben und sah das Protokoll der Ratsherrensitzung vom 11. 12. 40 ein. Anschliessend fuhr ich nach Pinneberg und bat den Amtsgenossen Coors um eine nötigenfalls erforderliche Wahrnehmung meiner Interessen und hatte anschliessend zusammen mit dem Bürgermeister Coors eine Besprechung beim Landrat.

Im Protokoll vom 11. 12. 40 heisst es zu Punkt 7a: "Die Ratsherren stimmen den mit der Fa. J. D. Moeller getroffenen Vereinbarungen wegen Überlassung von Räumen für die Mittelschule ab 1. 4. 1941 zu. - dazu gibt der Erste beigeordnete Timmermann die offizielle Erklärung des Inhabers Firma J. D. Moeller, Herrn Hugo Moeller, bekannt, dass dieser künftig in keiner Weise mit dem Bürgermeister ~~brilladwig~~ zusammen arbeiten wolle oder könne und deshalb jede Verhandlung mit ihm ablehne."

Meine Herren, wir kennen ja alle Herrn Hugo Moeller. Wir haben uns häufig genug in den Sitzungen der Ratsherren oder in Beiräte-Sitzungen, hauptsächlich etwa der Stadtwerke, mit Schreiben des Herrn Moeller an die Stadt beschäftigen müssen. Teilweise haben diese Schreiben nicht nur Verwunderung, sondern sogar Entrüstung hervorgerufen. Die vorliegende Erklärung ist mir nun leider nicht mitgeteilt worden, obgleich sie mich doch dringend berührt. Entweder hat man nun das Gefühl gehabt, dass jene Erklärung nicht wichtiger zu nehmen ist als ähnliche Erklärungen des Herrn Moeller. Vielleicht hat man auch das Gefühl gehabt, mich, der ich immerhin Soldat bin, damit nicht beunruhigen zu wollen. Dann sehe ich aber nicht ein, weshalb jene Erklärung protokolliert worden ist. Oder man hat sie für wichtig gehalten. Dann hätte man sie mir mitteilen müssen - meine Feldpostnummer ist ja bekannt - oder man hätte das Protokoll nicht ohne Kommentar, d. h. also nicht ohne eine Stellungnahme der Ratsherren lassen sollen. Denn es ist etwas anders, ob eine solche Erklärung in meiner Anwesenheit oder in meiner Abwesenheit bekannt gegeben wird.

Der Brief, den Herr Moeller am 21. d. M. geschrieben hat und den er als "Bestätigung" bezeichnet, lautet: "...folgt Brief."

Der Ausgangspunkt ist also der, dass die Firma Moeller uns Räume für die Mittelschule überlassen möchte. Als ich bei Kriegsausbruch sah, dass wir die Mittelschule während des Krieges doch nicht bauen könnten, habe ich selbst an die Firma geschrieben, ob sie uns nicht Räume mietweise überlassen wollte. Soweit ich mich erinne war die Firma durchaus nicht abgeneigt. Die weiteren Verhandlungen sind dann infolge meines Fortganges zur Wehrmacht von anderen geführt worden.

Die letzte offizielle Einladung der Stadt durch mich an Herrn Moeller erfolgte anlässlich der Feier der 30. Wiederkehr des Tages der Eingemeindung Schulaus in Wedel am 1.7.39. Herr Moeller folgte dieser Einladung, nahm an den Festlichkeiten teil und wurde von mir wie die übrigen Gäste auch als Gast begrüßt und behandelt. Ich betone dies ausdrücklich und weise darauf hin, dass Herr Moeller es damals noch nicht abgelehnt hat, als Gast der von mir vertretenen Stadt zu erscheinen. Die politische Spannung der folgenden Wochen brachte mir keine Berührung mit Herrn Moeller. Wann kam der Krieg. In meiner Amtszeit während des Krieges gab es dann allerdings noch eine unangenehme Berührung mit der Firma Moeller. Das Ratsherrenprotokoll vom 6. Okt. 39 sagt darüber zu Punkt 5: "Strandweg. Von dem - bereits zu spät geäußerten - Wunsche der Firma J. D. Moeller unterrichtet der Bürgermeister die Ratsherren. Die Ratsherren verwarfen sich dagegen, dass sie - wie so oft - von der Firma Möller vor vollendete Tatsachen gestellt werden." Der Fall ist Ihnen ja wohl noch bekannt. Die Auffassung der Ratsherren, die ich zu meiner eigenen machte, habe ich dann Herrn Moeller schriftlich mitgeteilt. Er erwiderte darauf, dass er darauf mit einem Disziplinarverfahren gegen mich antworten würde. Auch dies wird Ihnen wohl noch bekannt sein. Zu einer Beleidigungsklage reichte diese Antwort nicht aus, wie mir mein Anwalt nach Rücksprache mit zuständigen Stellen mitteilte. Herr Landrat Luvigneau hat es dann übernommen, Herrn Moeller bei Gelegenheit zu fragen was er eigentlich damit meine. Inzwischen ging ich aber zur Wehrmacht. Weitere Berührungen habe ich dann in meiner nunmehr einjährigen Dienstzeit als Soldat mit Herrn Moeller oder seiner Firma nicht gehabt.

Es lag also für Herrn Moeller nicht der geringste Grund vor, dieses "Bestätigungsschreiben" gerade jetzt abzuschicken. Wenn er erklären wollte, dass er mit mir nichts zu tun haben will, dann hätte er dies vor dem Kriege oder notfalls nach dem Kriege tun sollen. Dieses Schreiben während meiner Abwesenheit als Soldat abzuschicken ist Geschmackssache, ~~die xxxxxxxx~~ zumal Herr Moeller ja wieder wie so oft in seinen Schreiben betont, dass er Wehrwirtschaftsführer ist, also in einer Industrie leitend tätig ist, die uns Soldaten weder so noch so in den Rücken fallen sollte. Als das Verfahren gegen mich lief, sagte einmal eine Persönlichkeit zu mir, es wäre doch zu vermuten, dass hinter diesem "Wesseltreiben" gegen mich eine treibende Kraft stehen könnte, und ob dies nicht vielleicht Herr Moeller sein könnte. Ich erwiderte sofort: Herr Moeller ist zwar ein kleiner Mann, aber unanständig ist er nicht. Diesen Brief, geschrieben zu einer Zeit, in der ich dem Vaterlande als Soldat diene und in dem ich mich infolgedessen nicht wehren kann, halte ich allerdings nicht für anständig.

Er weiss ja, dass er im Augenblick garnicht in die Lage kommen wird, mit mir verhandeln zu müssen.

Herr Moeller meint ja aber auch garnicht die augenblickliche Zeit. Er baut vielmehr für die Zukunft vor. Wenn nach dem Kriege jeder Kriegsteilnehmer freudig nach Hause eilt, um seinen alten Arbeitsplatz wieder einzunehmen, dann soll ich nach dem Willen des Herrn Moeller eine Lage vorfinden, die mich veranlasst, schleunigst meine Koffer zu packen. Eine Herren, mit dieser Aussicht und unter diesen Umständen bei der Wehrmacht Dienst tun zu müssen, erfordert schon sehr starke Nerven. Man hat aber im ablaufenden Jahre an meine Nervenkraft schon die allerhöchsten Ansprüche gestellt. Ich bin Soldat, man greift meine Ehre an, jetzt will man auch noch, dass ich besorgt sein muss um die Sicherstellung meiner Familie. Herr Moeller hat diese Sorgen nicht. Dass er sie nicht zu haben braucht, verdankt er zu einem grossen Teil wem? Mir, dem Bürgermeister Dr. Ladwig. Ich komme noch darauf zurück.

Zunächst habe ich jedoch eine Frage an die Ratsherren zu richten, um deren Antwortung ich am Schlusse bitten möchte. Billigen die Ratsherren dieses Schreiben des Herrn Moeller in der augenblicklichen Zeit oder billigen sie es nicht?

Meine Ratsherren. In der Zeit der grössten Erwerbslosigkeit in Wedel ging es der Firma J. D. Moeller sehr schlecht. Die Firma hatte am Schluss 60 oder 65 Arbeiter, für die sie nicht einmal immer die Löhne aufbringen konnte. Wer hat die Löhne gezahlt? Ich! - Ich habe mich und meine Stellung dabei selbst gefährdet. Diejenigen Ratsherren, Mitglieder des Sparkassenvorstandes sind, werden wohl noch wissen, wieviel Kopfzerbrechen uns die Firma J. D. Moeller gemacht hat. Die Sparkassenrevisoren machten mir die Hölle heiss, der damals neue Sparkassendirektor Busch kam entsetzt zu mir und sagte, Weiteres

Weiteres wäre nicht zu verantworten. Ich jedoch war für weitere Bewilligungen. Busch machte von seinem Vetorecht dagegen Gebrauch. Der Giroverband warnte mich. Ich fuhr nach Berlin zum Meereswaffenamt und fragte: gebt ihr Möller Arbeit: man musste mich aus Geheimhaltungsgründen im Unklaren lassen, machte mir jedoch gewisse Hoffnungen, an die sich nicht nur die Firma J.D. Möller klammerte, sondern auch ich. Schliesslich glaubte ich selbst die Verantwortung nicht mehr tragen zu können und lehnte ab. Da sass Herr Möller in meinem Amtszimmer und sagte erregt: dann mache ich die Bude zu, und Sie haben zu Ihren 1500 Erwerbslosen meine auch noch dazu. Ich zahlte. Ich zahlte im Vertrauen auf die früher bewährte Leistungsfähigkeit der Firma, im Vertrauen auf die persönliche Sauerkeit und Bescheidenheit des Jnhabers, im Vertrauen auf den im Orte allseitig geschätzten Prokuristen Carl Mohr, im Vertrauen aber besonders auf die Wiedererstarkung unserer Wehrmacht, an die ich felsenfest geglaubt habe. Oder kann und will Herr Möller etwa behaupten, dass dies eben Geschilderte nicht wahr wäre? Als Carl Mohr starb, hatte die Firma nach der Machtübernahme sofort einen gewaltigen Aufschwung genommen. Carl Mohr konnte infolgedessen mit einem überaus ansehnlichen Gefolge allein aus den Reihen der Firma zu Grabe getragen werden. Es waren auch Vertreter der Berliner Wehrmachtsteilen erschienen. Einer der Herren sagte nach der Beerdigung im "Wedeler Hof" zu mir: dass Carl Mohr mit einem so grossen Gefolge zu Grabe getragen werden konnte, verdankt die Firma Ihnen!"

Damals habe ich also wohl nicht zum Schaden der Stadt gehandelt, wie Herr Möller es heute in beleidigender Weise über mich behauptet? Nun, es wäre ein Schaden entstanden, wenn sich meine Überlegungen nicht als richtig herausgestellt hätten. Ich habe nicht leicht an dieser Verantwortung getragen. Vielleicht weiss Herr Möller dies nicht oder glaubt es nicht. Seine zahlreichen Besuche bei mir in meinem Amtszimmer wird er nicht vergessen haben können.

Ich will Ihnen weitere Beispiele ersparen. Wie schwer es aber für mich war, z.B. die Bürgerschaft der Stadt für den Ausbau des Wasserturmes für J.D. Moeller durchzudrücken, weiss nur der, der die überaus ablehnende Einstellung des damaligen Ortsgruppenleiters und stellv. Bürgermeisters Emil Cordes gegen Möller kannte. In beiden Fällen habe ich nicht mein oder Herrn Möllers Interesse vertreten, sondern ausschliesslich das der Stadt. Ich will daher auch keinen Dank von Herrn Möller. Ich habe allerdings den wohl berechtigten Wunsch, dass man mir nun dafür nicht den Kolch in den Rücken setzt.

Das Schreiben des Herrn Hugo Moeller vom 21.12.40 unterscheidet sich von zahlreichen anderen, ~~was~~ die wir von ihm kennen, nur dadurch, dass es etwas vorsichtiger hinsichtlich seiner Angreifbarkeit gehalten ist. Ob ich im Hinblick auf J.D. Möller die Stadt geschädigt habe oder nicht, überlasse ich getrost Ihrer oder der Öffentlichkeit Beurteilung, meine Ratsherren. Wäre ich mich persönlich zu dieser Beleidigung stellen will, habe ich noch nicht entschieden.

Ausser Herrn Möller haben auch andere Privatleute oder Firmen ^{der Stadt} je nach Kräften grössere oder kleinere Zuwendungen gemacht, nur mit dem Unterschied, dass sie niemals Bedingungen, teilweise im Befehlston, daran geknüpft haben - ich erinnere nur an die Möllerschen Stiftungen anlässlich des Rathausneubaus - und mit dem weiteren annehmen Unterschied, dass sie nicht fortgesetzt davon reden.

Im weiteren spricht Herr Möller von einem Beginn der Widerstände, die er auf Anfang 37 datiert. Herr Möller muss das wissen. Ich weiss es nicht. Als politischer Leiter bin ich nicht abberufen, und wenn Herr Möller auf das einige Tage dauernde Missverständnis zwischen dem jetzigen Ortsgruppenleiter und mir geschickt ~~XXXXX~~ anspielen zu sollen glaubt, dann muss er sich wohl irgendeine Wirkung davon versprechen. Ein Recht dazu hat er, zumal er nicht Parteigenosse ist, nicht. Jenes Missverständnis ist zwischen dem Ortsgruppenleiter und mir vor dem damaligen Kreisleiter Schramm in männlicher Weise beigelegt worden. Mir genügt dies. Möller meint hier den Finger auf eine vermeintliche Wunde zu legen. Sie ist verheilt. Ob die Methode, die er hier anwendet, anständig und würdig ist, überlasse ich anderen zur Beurteilung.

Wenn Herr Möller dann meint, dass in den folgenden Jahren ein "erspriesliches Zusammenarbeiten auf sachlicher Grundlage nicht möglich" war, so mache ich diesen Satz zu meinem eigenen im Hinblick auf die Arbeit mit der Firma Möller. Und ich stehe mit dieser Auffassung im Kreise Pinneberg, in der Provinz Schleswig-Holstein, im Verein mit anderen auswärtigen Behörden oder Privatleuten nicht allein da. Aber ich bedarf dieser Unterstützung nicht. - Das Aktenmaterial allein im Besitze der Stadt und der städtischen Institute, nicht zuletzt der Stadtwerke, welches Briefwechsel mit J.D. Möller

enthält, enthüllt dem objektiven Beurteiler sofort, wo allein der Anlass zu Differenzen, die es gegeben hat, liegt. Die Ratsherren wissen es ja selbst. Ich kann Ihnen und mir daher eine Beweisführung im Einzelnen ersparen. Ich habe schon einmal in einer Ratsherrensitzung mitgeteilt, dass ich für die Verwaltung und die Institute zu der Anordnung kommen musste, dass kein städtischer Beamter mit Herrn Möller allein verhandeln dürfe und dass nach der Verhandlung sofort eine Niederschrift zu fertigen wäre. Zu dieser Massnahme hat uns die Erfahrung gezwungen.

Herr Möller führt dann fort, dass ich nach seiner Ansicht im Orte nicht mehr das Vertrauen besitze, das für die Stellung des Bürgermeisters erforderlich ist, dass er sich aber trotzdem zurückgezogen habe, weil nach seiner Ansicht die vorgesetzten Behörden früher oder später etwas gegen mich unternehmen müssten oder dass ich endlich selbst fortgehen würde.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kleine Polemik. Herr Möller schreibt wie ein Bürger, der sich des Beifalls seiner Massnahmen durch seine Mitbürger oder wenigstens seiner 900 Gefolgschaftsmitglieder völlig sicher ist. So liegen die Dinge aber nun nicht. Entweder kennt Herr Möller die Kritik im Orte und aus seiner Gefolgschaft an ihm und seinen Massnahmen nicht oder er übersieht sie. Er ist ja im Gegensatz zu mir in der glücklichen Lage, sich um die öffentliche Meinung nicht kümmern zu brauchen, zumal die Machtübernahme mit dem Aufbau der Wehrmacht ihn nicht nur finanziell sichergestellt hat, sondern ihn zum mächtigsten Mann des Ortes gemacht hat. Man schimpft auf ihn, aber man arbeitet bei ihm, und da liegt der Hase im Pfeffer. Möller hat immer Arbeit, und danach richten sich Handwerk, Handel und Gewerbe. Er möchte nun auch der ungekrönte König von Wedel sein. Würde ich willfährig seinen Wünschen folgen und meine Informationen nicht aus den Reihen der Beamten Vertreter der Stadt, nämlich der Ratsherren, ziehen, würde meine Stellung im Orte in seinen Augen vermutlich besser sein. Wenn sein damals abgegebenes verächtliches Urteil über Sie, ~~mit~~ meine Ratsherren, als sie neu in das Rathaus einzogen, zeigt, dass er sich allein für kompetent hält, zu beurteilen, was für Wedel gut ist oder was nicht. Jenes Urteil, ich habe es Ihnen viel später beiläufig mitgeteilt, hätte damals mit grosser Wahrscheinlichkeit zum Nachteile Möllers und seiner Firma ausschlagen können. Mir lag aber daran, jeglichen Streit zu vermeiden und erst einmal der Wichtigkeit der Zeit entsprechend zur Arbeit zu kommen. Ich habe damals das Möllersche Urteil, wie es sich gehört, ihm gegenüber zurückgewiesen.

Es hat schon einmal eine Zeit gegeben, dass die Firma Möller "gross" war. Das war vor dem Weltkriege und vermutlich auch während desselben. Damals zeigte Möller dieselben Gelüste, die Stadt, ihr Haupt und ihre Verwaltung, vor seinen Wagen zu spannen. Wie hat er meinen Vorgänger, unseren jetztigen Altbürgermeister und Ehrenbürger Eggers angegriffen und vor allem mit welchen Mitteln! Heute ist er nun wiederum "gross", und heute bin ich also an der Reihe. Nach dem, was ich für die Firma Möller getan habe, ist mir dies allerdings völlig unverständlich. Wenn er sich seiner angeblichen Zurückhaltung rühmt, so kann auch ich darauf hinweisen, dass ich ihm und seiner Firma anderen gegenüber stets gerecht geworden bin. Seine persönliche Bescheidenheit in seinen Lebensansprüchen ist bekannt. Es kann auch angenommen werden, dass er sehr fleissig ist. Dass ich ihn im übrigen für einen kleinen Mann ohne Niveau und Format halten muss, erhellt aus seinen eigenen Briefen und Stellungnahmen, die uns bekannt sind.

Wenn Möller am Ende seines Schreibens meint, ich solle fortgehen, so frage ich ihn, wie er sich das erstens während des Krieges und zweitens bei einem Manne denkt, der nach seiner Ansicht so sehr belastet ist. Aber ganz abgesehen ~~von~~ von der Möllerschen Auffassung wäre ein Fortgang solange unmöglich gewesen, als jene schweren Beschuldigungen gegen mich liefen. Sie waren selbstverständlich auch im Ministerium, wie ich einmal vorgesprochen habe, bekannt. Wenn Möller dann vorher meint, die Aufsichtsbehörden sollten gegen mich einschreiten, so muss er ~~doch~~ dies schon den Aufsichtsbehörden selbst überlassen, an deren Sauberkeit und Korrektheit Möller im Gegensatz zu der meinigen hoffentlich nicht zu zweifeln wagt.

Meine Herren, ich habe schon mehr Briefe von Herrn Hugo Moeller in den Händen gehabt. Der eine ist im Grunde genommen wie der andere. Und auch dieser Brief vom 21.12. an den stellv. Bürgermeister kann mich nicht erschüttern, denn der Inhalt kennzeichnet den Absender. Wenn Herr Möller mit mir Krieg haben will, und zwar nicht während einer Zeit, wo ich nicht da bin und mich nicht wehren kann, sondern zu einer Zeit, in der ich mich unbeschwert ~~wehren~~ wehren kann, dann verliert er ihn. Wenn ich Möllerschen Brief trotzdem zur Grundlage meiner heutigen Ausführungen gemacht habe

so nicht deswegen, weil ich Herrn Möller wegen seiner 900 Gefolgschaftsmitglieder oder deswegen, weil er Wehrwirtschaftsführer ist, plötzlich für einen Mann von Bedeutung halten müsste. Er ist ja leider, wie ich schon ausführte, m. E. mit seinen höheren Zwecken nicht gewachsen. Nein, es ist der ~~Wax~~ Geist derselben Leute, der aus diesen Briefe weht, die meine Abwesenheit dazu benutzt haben, mich beim Staatsanwalt anzuklagen. Möller ist brutal genug, während meiner Abwesenheit als Soldat - dies betone ich immer wieder, denn ich befinde mich ja nicht wegen einer Vergütungsreise in Abwesenheit, sondern als Soldat, dessen Kriegsschicksal noch völlig in den Sternen steht - meine bisher nicht gelungene Abhalfterung fortzusetzen ~~xxx~~ oder wenigstens für die Zeit vorzubereiten, da endlich die Friedensglocken wieder erklingen. Und wenn Herr Möller nun meint, der sich selbst des Beifalls der Menge offenbar sicher zu sein scheint, ich hätte im Orte nicht das für meine Stellung nötige Vertrauen, dann ist dies ein Punkt, der Sie, meine Ratsherren, angeht, weil er mich, meine Arbeit, meine Familie, ja, vielleicht sogar meine Ehre angeht.

Meine Herren, wollte ich mich hinter gesetzliche Bestimmungen zurückziehen, dann hätte ich diese Aufregung gerade in meinem Weihnachtsurlaub nicht nötig gehabt und hätte, wie es beabsichtigt war und nun leider doch nicht gelungen ist, in Ruhe Weihnachten feiern können. Ich kenne den Zeitpunkt des Ablaufs meiner Wahlperiode. Der Staatsanwalt hat ein Jahr lang nicht nur in meiner Nähe, sondern auch in meiner entfernten Vergangenheit geforscht. Jeder Taxichauffeur ist gefragt worden, ob ich ihn bezahlt hätte, und jede ausgesandte hatte genügend Gelegenheit, sich über mich auszulassen. Die Sache ist zu Ende, und ich könnte also den kommenden Dingen mit einer gewissen Ruhe entgegentreten.

Ich brauche aber mehr. Zu meiner Amtstätigkeit genügt mir die gesetzliche Sanktionierung nicht. Ich habe an meine Arbeit für Weuel mein Herz und meine Liebe gegeben. Dass es nicht immer leicht war, hier zu schaffen, weiss keiner besser als Sie. Dass aber etwas geschafft worden ist, wissen Sie auch. Dass manches gegen die Ansicht der Bürgerschaft durchgesetzt werden musste, wissen Sie ebenfalls, denn ich hätte es ohne Ihre Unterstützung nicht tun können. Ich brauche daher auch zu meiner zukünftigen Arbeit Ihr Vertrauen.

Wenn Herr Möller und fünfzig andere es mir absprechen, kümmert mich dies wenig. Wenn Sie es tun, ist es für mich ~~waxaxxiisk~~ von grösster Bedeutung.

Und da möchte ich auf eines hinweisen. Herr Möller stellt allgemeine Behauptungen auf, die besagen nichts. Und doch besagen sie etwas. Sie besagen, dass man, wenn man gerecht sein will, vorsichtig sein muss.

Es ist für mich ohne Zweifel, dass der Resonanzboden für mich in Weuel schon besser gewesen ist. Er war aber meinem Gefühl nach während der Tätigkeit des Staatsanwaltes und seiner Kriminalbeamten schon schlechter. Dass aber noch gemockert und geschimpft wird, ist gar nicht verwunderlich, denn es war von vornherein klar, dass die Art, wie der Oberstaatsanwalt Martje seine Untersuchung gegen mich aufgezogen hat, mich aufs Schwerste schädigen musste. Meine Proteste dagegen beim Generalstaatsanwalt sind ungehört verhallt. Die von mir selbst als unbefriedigend empfundene Beendigung jenes Verfahrens lässt natürlich noch heute manchem Missgünstigen die Möglichkeit offen, über mich Schlechtes zu reden. Ich würde mich gar nicht wundern, wenn ein solcher bei meiner Annäherung die Taschen zuknöpft, damit ich ihm nicht die goldene Uhr stehle. Meine Herren, ich wähle diese Übertreibung, weil die Masse selbst und nur übertreibt. Wir alle unterliegen der Gefahr der Übertreibung. Prüfen wir uns in dieser Hinsicht selbst. Wenn bei einem Fussballspiel 300 Zuschauer waren, war "ganz Wedel" auf den Beinen. Und wenn zehn Männer meinen, das Klosettpapier wird knapp, dann heisst es leicht: "alle" sagen es schon. Nicht anders und noch viel schlimmer ist es bei Gerüchten.

Wenn nun gesagt wird, die Bürgerschaft ist mit dem Bürgermeister nicht zufrieden, dann prüfen Sie bitte: 1. wer sagt was? und 2. was sagt er? Wer was sagt, das sind schon immerhin einige. Darauf bin ich gefasst. Was aber gesagt wird, ist meistens Unsinn. Was werden Sie selbst schon wiederholt erfahren haben. Unsinn einmal aus Unkenntnis oder Missverstehen, zum anderen aus Bosheit. Beide Fälle halten sich vermutlich die Waage. Im Falle der Bosheit ist nichts zu machen. Im Falle der Unkenntnis oder des Missverständnisses bitte ich Sie, aufklärend zu wirken, wie es Ihre moralische und gesetzliche Pflicht ist. Berücksichtigen Sie dabei aber immer wieder: wer hat dies oder jenes gesagt. Denn häufig kann man sich schon im Hinblick auf die Person des Sprechers jegliche Belehrung ersparen. Und berücksichtigen Sie bitte bei mir, dass ich nun einmal ganz besonders der öffentlichen Arbeit

ausgesetzt bin. Ich habe mehr Pflichten als Rechte, und selbst das Grundrecht, mensch zu sein, sprechen recht viele einem Bürgermeister ab.

Wenn Sie mir allerdings sagen: alle behaupten, der Bürgermeister grüsst nicht! dann weiss ich, dass Sie damit im Wesentlichen Recht haben. Ich kenne die Wedeler Einstellung, dass der Bürgermeister der Angestellte der Stadt und damit gewissermassen der Untertan jeden Bürgers ist, zumal wenn jener 500 Jahre in Wedel sitzt und ich knappe ne Diese Auffassung ist jedoch falsch. Ich beabsichtige auch nicht, in dieser Beziehung an Angst Konzessionen zu machen und mir in Zukunft den Kopf zu erkälten und mit dem Mute in der Hand herumzulaufen. Ich habe dem Ortsgruppenleiter gesagt, dass immer grundsätzlich genommen die Ortsgruppe ihren Ortsgruppenleiter und die Gemeinde ihr Haupt zu grüssen hat und nicht umgekehrt. In der christlichen Kirche mag das anders sein. Wir haben aber das Führerprinzip.

Und noch ein Wort zu dem Nichtgrüssen. Ich grüsse die Leute ja schliesslich nicht aus Bosheit nicht. Ich kenne tausend Einwohner kennen wohl mich, aber ich kenne die 9 000 r, zumal wir in Friedenszeiten einen ganz erheblichen Fremdenverkehr haben. Aus Überhoheit unterlasse ich den Gruss ebenfalls nicht. Ich glaube, dass Sie, meine Ratsherren, mich in dieser Beziehung kennen.

Dass ich im Laufe meiner Amtszeit manch einem weh tun musste, ist ganz klar. Das aber nicht mir so, dass geht jedem anderen Bürgermeister auch so. Der eine wird von der Polizei bestraft, weil er keinen Rückstrahler am Rad hat, der andere wird wegen Bürgersteuer gemahnt, obgleich er längst bezahlt hat, dem dritten stellen die Stadtwerke den Strom ab, und dem vierten stirbt ein Angehöriger im Krankenhaus, und an allem bin mehr oder weniger ich schuld. Ich könnte Ihnen da einige erheiternde Beispiele aus meiner Praxis erzählen, was ich mir aber zweckmässig für später vorbehalten möchte. Aber dass in praxi so ist, wissen Sie selbst, und es hat dabei auch schon ernsthaftere Situationen gegeben, wenn Menschen in ihrem Schmerz absolut keine Veranlassung annehmen wollten, so jener Vater, der mich und den Stademeister für den Tod seines Kindes im Strandbad verantwortlich machen wollte. So unglaublich es klingt manchmal, ich werde für alles verantwortlich gemacht und zwar in primitivster und gehässigster Weise.

Setzen Sie daher bei Ihrer Beurteilung auch diese Punkte in Rechnung. Lassen Sie Unverstand, Missgunst, Bosheit, persönliche Abneigung fort, nehmen Sie das Urteil gewisserhafter Bürger und sagen Sie mir bitte danach, ob Sie es verantworten können, mir weiterhin Ihre vertrauensvolle Mitarbeit zuzusichern oder nicht. Wenn nochmals, ich brauche, soll meine Arbeit fruchtbar sein, nicht Ihre Mitarbeit schlechthin, sondern Ihr Vertrauen.

Wenn Sie jetzt sagen: weshalb stellt er diese Frage jetzt, wo er nicht da ist. Das ist mal erst wieder hier sein, so will ich Ihnen antworten: ich würde diese Frage auch nicht gestellt haben - denn der Zeitpunkt ist nicht einmal günstig und ich war ein Jahr lang - wenn nicht andere diesen Zeitpunkt für gegeben halten würden, die Vertrauensfrage aufrollen. Stellen Sie sich doch bitte vor: Sie sollen draussen bei den Soldaten Ihren Dienst tun, vielleicht bald in den Kampf ziehen, vielleicht Schlimmes erdulden, und wenn die Kameraden sagen: wenn Frieden ist, gehe ich nach Hause und habe dies und jenes vor, und Sie müssen sich sagen: wenn Frieden ist, beginnt ein schlimmerer Kampf, der Hauswirt hat gekündigt, und der Arbeitgeber hat dich rausgesetzt. Jeder Soldat weiss, dass ihm dies nicht geschehen kann, dass er dagegen geschützt ist. Warum will man mir, der ich auch Soldat weiterhin die primitivsten Rechte des Soldaten rauben? Man hat sie mir schon im abgelaufenen Jahre nicht gewährt, jetzt habe ich eben einige Wochen Ruhe, und jetzt geht's von vorne los. Jetzt kommt der Herr Wehrwirtschaftsführer und sagt, der Mann besitzt mein Vertrauen nicht. Das ist das Schwert, das Herr Meiler für mich geschmiedet hat, und zwar will er es mir nicht zur Verteidigung in die Hand drücken, sondern in den Rücken stossen. Ich muss von den Ratsherren wissen, ob ich das verdient habe.

Ich bitte Sie daher, vertagen Sie nichts. Tun Sie dies nämlich, genehmige ich keineswegs erleichtert wieder hinaus, wie Sie sich denken können. Haben Sie den Mut, ja oder nein zu sagen. Ich bringe ja auch den viel grösseren Mut auf, gegebenenfalls Ihr "Nein" ertragen zu müssen.

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Höhe der Schulbeiträge und des Schulgeldes für die Berufsschule Wedel i/Holst. für das Rechnungsjahr 1940.</u>	Aufgrund des §16 des Gewerbe- und Handelslehrer-Besoldungs-Gesetzes vom 16.4.1928 fasse ich nach Anhören der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer und nach Beratung mit den Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	1) Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltungskosten der Berufsschule in Wedel sind 50 v.H. durch Berufsschulbeiträge aufzubringen.
	2) Aufgrund der bestehenden Satzung sind zu erheben: a) von den Gewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, einen Betrag von 3,- RM. Die Zahl der Beschäftigten ist nach dem Stande vom 10.10.1940 festzustellen.
	3) Es haben zu zahlen a) freiwillige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 10,- RM, b) freiwillige auswärtige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 15,- RM.
2) <u>Nachtragshaushaltssatzung I der Stadt Wedel (Holst.) für das Rechnungsjahr 1940.</u>	Aufgrund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:
	<u>§1</u> Der Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 249.600,- RM (gegenüber 1.015.800,- RM Einnahme im ordentlichen Haushaltsplan) in den Ausgaben auf 249.600,- RM (gegenüber 1.015.800,- RM Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan)

	und im außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan in den Einnahmen auf 101.200,- RM) gegenüber 91.600,- RM Einnahme im außerordentlichen Haushaltsplan), in den Ausgaben auf 101.200,- RM gegenüber 91.600,- RM im außerordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt.
	<u>§2</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1940 bleiben unverändert.
	<u>§3</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.
	<u>§4</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.
3) <u>Änderung der EntschlieÙung des Bürgermeisters in Wedel vom 28.9.1937 über Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Beigeordneten und Ratsherren.</u>	Nach Anhörung und mit Zustimmung der Ratsherren beschlieÙe ich, daÙ in Ziffer 2 der EntschlieÙung des Bürgermeisters in Wedel vom 28.9.1937 über Aufwandsentschädigung und Auslagenersatz der Beigeordneten und Ratsherren in Anwendung des Rd.Erl. d. M. d. J. v. 11.3.1940 -IV a 5022/40 – 1005,25 mit Wirkung ab 15.11.40 und für die Dauer des gegenwärtigen Krieges an die Stelle des Betrages von 250,- RM der Betrag von 500,- RM tritt.
Wedel, den 28. Dezember 1940	Der Bürgermeister: In Vertretung: Jul. Timmermann, Erster Beigeordneter

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (15. Kriegssitzung) am 20. Februar 1941 um 18 Uhr, im Sitzungssaal.</p> <p>Die Sitzung ist auf Wunsch des Beauftragten der N.S.D.A.P., Kreisleiter Meenen, anberaumt worden</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, die Stadträte Lemcke und Groth, die Ratsherren Möller Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers,</p> <p>Ferner nahmen an der Verhandlung teil Herr Landrat Duvigneau und Herr Kreisleiter Meenen mit dem Kreisgeschäftsführer der N.S.D.A.P.</p> <p>Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die sich im Wehrdienst befinden.</p> <p>Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) Mitteilungen:	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von dem mit der Firma J.D. Möller am 11. Januar 1941 abgeschlossenen Mietvertrag;
	b) von der Regierungsverfügung v. 5.2.41 betr. Ankauf des Gutes Haidehof durch den Hamburger Staat;
	c) von der Landratsverfügung v. 11.2.41, wonach die Stadt Wedel als Beschäftigungsbehörde bestimmt worden ist;
	d) von der Änderung des Stellenplanes der Vollzugspolizei und dem Vorschlage auf Beförderung des Polizeimeisters Lassen zum Revierleutnant und des Pol. Hauptm. Jenssen zum Polizeimeister;
	e) von der Tilgung des Ablösungsdarlehens des Kreises Pinneberg in Höhe von 18.625,87 RM einschl. Zinsen;
	f) von der nachträglichen Anforderung von Beiträgen zur Landesschulkasse für die Rechnungsjahre 1938 und 1939 in Höhe von 6.261,83 RM;
	g) von der Anforderung einer Umlage der Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder, die voraussichtlich 3.900,- RM + 200,- RM betragen wird;
	h) von dem Stand der Vorarbeiten für die Einrichtung

	des Selbstwähleramtes in Wedel.
2) <u>Abtretung von posteigenem Gelände zu Straßenbauzwecken an die Stadt Wedel.</u>	<p>Der kosten-, lasten- und schuldenfreien Abtretung des dem Deutschen Reich (Deutsche Reichspost) gehörenden, in Wedel belegenen, im Grundbuch von Schulau, Band 21, Blatt 904 eingetragenen Grundbesitzes, die Parzellen</p> <p style="text-align: right;">423/9 = 135 qm groß 428,9 = 22 qm groß 433/9 = 589 qm groß 430/9 = 111 qm groß <u>425/9 = 261 qm groß</u></p> <p style="text-align: right;">insgesamt 1118 qm groß</p> <p>an die Stadt Wedel zu Straßenbauzwecken stimmen die Ratsherren zu.</p>
3) <u>Verschiedenes.</u>	<p>a) Die Ratsherren empfehlen, dem Ehrenbürger und Kunstmaler Höckner einen Ehrensold zu zahlen. Der Erste Beigeordnete soll mit Höckner dieseswegen Verbindung aufnehmen und ferner</p> <p>b) dem Einwohner Gustav Möhl zu seinem diesjährigen 70sten Geburtstag als Anerkennung seines Verdienste auf dem Gebiete des Gesundheitswesens den Ehrenteller zu verleihen.</p>
4)	Der Beauftragte der NSDAP., Kreisleiter Meenen, informiert sich aufgrund eingehender Aussprache über die örtliche Stimmung in Bezug auf den Bürgermeister Dr. Ladwig.
	Timmermann R. Möller, Lüseemann, Hinz

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (16. Kriegssitzung) am 3. April 1941 um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers, Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die sich im Wehrdienst befinden. Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen:</u>	<p>Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung</p> <p>a) von den beiden Schreiben des Bürgermeisters Dr. Ladwig an den Landrat v. 25.2.41 und 8.3.41 sowie von dem Schreiben des Kreisleiters der N.S.D.A.P. an Bürgermeister Dr. Ladwig vom 18.3.1941;</p>
	<p>b) von der Entscheidung des Oberpräsidenten v. 10.3.1941 betr. Verschulung von der Wedeler Mittelschule in Hamburger Oberschulen;</p>
	<p>c) von der Bewilligung eines einmaligen Ergänzungszuschusses von 4.000,- RM zur Erleichterung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Landesschulkasse;</p>
	<p>d) von der Zahlung einer einmaligen Anerkennungsgebühr von 500,- RM durch die Stadtwerke für die Bebauung des städtischen Eckgrundstückes an der Hindenburgstraße mit einer Transformatorenstation und dem abgeschlossenen Nutzungsvertrag;</p>
	<p>e) von der ab 1.4.1941 anzuwendenden Anordnung über die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben der Versorgungsunternehmen v. 4.3.41 und die getroffene örtliche Neuregelung;</p>
	<p>f)) von dem Stand der Angelegenheit betr. Verlegung des Betriebs der Fa. Fette in Hamburg nach Wedel;</p>
	<p>g) von der in Aussicht gestellten Zuweisung von Juden anstelle von Kriegsgefangenen. Zu den Mitteilungen unter f) und g) gibt der technische Stadtoberinspektor Hofmann noch nähere Erläuterungen in einem Vortrage und an Hand des Stadtplanes.</p>
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	

	Gegen die Veräußerung von Bauplätzen aus dem Grundeigentum der Stadt Wedel am Kronskamp zum Preise von 1,35 RM je qm und unter den üblichen Bedingungen an a) Arbeiter Wilhelm Röhrberg in Wedel, Egenbüttelweg 34, Parzelle 669/43, groß 781 qm,
	b) Schlosser Eduard Karl Ecke und dessen Ehefrau Maria, geb. Bock, beide in Wedel, Elbstr. 67, Parzelle 674/43, groß 620 qm,
	c) Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel, Parzelle 639/43, groß 766 qm, Parzelle 664/43, groß 717 qm, Parzelle 604/44 mit 624/43, groß 860 qm, Parzelle 605/44 mit 625/43, groß 863 qm und Parzelle 606/44 mit 626/43, groß 853 qm aus Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.
3) <u>Antrag auf Herabsetzung der Jagdpacht von 1.000,- RM auf 600,- RM jährlich.</u>	Die Ratsherren stimmen der Herabsetzung der Jahresjagdpacht auf 600,- RM ab 1.4.41 zu.
4) <u>Einrichtung einer Hilfsfürsorge für die Polizei-Vollzugsbeamten.</u>	Die Ratsherren stimmen der vorgeschlagenen Regelung zu.
5) <u>Personalangelegenheiten.</u>	Der Erste Beigeordnete macht verschiedene Mitteilungen betreffend das Personal. Die Ratsherren entscheiden sich für den Schwerkriegsbeschädigten Lüchau als Schulhauswart für die Mittelschule.
6) <u>Verschiedenes.</u>	Nichts Besonderes.
	Timmermann J. Sievers, Ladiges Hinz

	<u>EntschlieÙung</u> <u>betr. Verkauf von städtischem Grundeigentum.</u>
	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräuÙert die Stadtgemeinde Wedel – soweit erforderlich, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde - folgende Grundstücksteile:
	1) An den Arbeiter Wilhelm Röhrberg in Wedel, Egenbüttelweg 34, die Parzelle 669/43, aus Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Band 3, Blatt 140, groß 781 qm,
	2) an den Schlosser Eduard Karl Ecke und dessen Ehefrau Maria, geb. Bock, beide wohnhaft in Wedel, Elbstraße 67, die Parzelle 674/43, aus Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Band 3, Blatt 140, groß 620 qm, und
	3) an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel, die Parzellen a) 639/43, groß 766 qm, b) 664/43, groß 717 qm, c) 604/44 mit 624/43, groß zusammen 860 qm, d) 605/44 mit 625/43, groß zusammen 863 qm und e) 606/44 mit 626/43, groß zusammen 853 qm aus Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Band 3, Blatt 140.
	Der Kaufpreis beträgt 1,35 RM je qm. Er ist der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Die Ratsherren wurden hierzu gehört und haben den Verkäufen zugestimmt.
Wedel, den 7. April 1941	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann, Erster Beigeordneter
	<u>Dringende Beratung mit den Ratsherren</u> (17. Kriegssitzung) am 6. Mai 1941 um 19 Uhr im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, Sievers und Kriete sowie Lüdemann. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig, der sich im Wehrdienst befindet sowie entschuldigt Ratsherr Ladiges. Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.

1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von dem Umfang der Folgen des Luftangriffs in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1941 und die zur Beseitigung getroffenen Maßnahmen;
	b) von der Gewährung eines einmaligen staatlichen Ergänzungszuschusses von 5.000,- RM für die erste Einrichtung der Mittelschule;
	c) von dem Ergebnis der mit Hamburg wegen Umschulung von Schülern der Wedeler Mittelschule in Hamburger Oberschulen geführten Verhandlungen.
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Gegen die Veräußerung von Bauplätzen aus dem Grundeigentum der Stadt Wedel – Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau-Spitzerdorf -, und zwar an a) den kaufmännischen Angestellten K.-W. Schumann aus Hamburg die Parzellen 599/44 und 619/43, zusammen 1163 qm groß, zum Preise von 1,35 RM je qm und
	b) die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel die Parzellen 515/48, 516/48 und 517/48, zusammen 2329 qm groß zum Preise von 1,10 RM je qm und unter der sonst üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen einer entsprechenden Entschließung des Bürgermeisters zu. Die Kauf Erlöse sind der Grunderwerbsrücklage zuzuführen.
3) <u>Müllabfuhr.</u>	Die Festsetzung der Höhe der an Körner zu zahlenden Entschädigungssumme wird zurückgestellt bis zu dem Zeitpunkt, in dem diese Frage akut wird. Übernahme des K. in städtischen Dienst wird nicht empfohlen.
4) <u>Friedhofsangelegenheiten.</u>	Die Ratsherren stimmen dem Inhalt des Beschlusses der Kirchenvertretung v. 3.5.41 grundsätzlich zu und empfehlen die Durchführung des Projektes in dem

	vorgeschlagenen und näher erläuterten Umfange zu.
5) <u>Verschiedenes.</u>	Nichts Besonderes.
	Timmermann R. Diekgräf, Kriete Hinz
	<u>Beratung mit den Ratsherren</u> (18. Kriegssitzung) am 26. Mai 1941 um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadtrat Groth, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers, Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die zum Wehrdienst einberufen sind und Stadtrat Lemcke, der entschuldigt fehlt. Protokollführer: Stadtobersekretär Hinz.
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von dem Sd.Erl.d.S.M.d.J. v. 17.4.1941 betr. Stellenverhältnis der Schutzpolizei der Gemeinden, wonach 2 weitere Hauptwachtmeisterstellen in Meisterstellen umgewandelt werden sollen;
	b) über den Einsatz von Kriegsgefangenen in Wedel;
	c) über den Verlauf der Verhandlungen und dem augenblicklichen Stand der Friedhofsangelegenheiten und der Verlegung des Betriebes der Firma Fette.
2) <u>Haushaltssatzung für das Jahr 1941.</u>	Der im Entwurf vorliegende Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 1941 werden beraten und Einwendungen dagegen nicht erhoben. Dem Erlaß der Haushaltssatzung wird zugestimmt.

3) <u>Verschiedenes.</u>	Nichts Besonderes.
	Timmermann J. Sievers, W. Ladiges Hinz
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>VeräuÙerung von Grundstücken.</u>	Zur Förderung des Wohnungsbaues veräuÙert die Stadtgemeinde Wedel – soweit erforderlich vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde - folgende Grundstücke aus dem Siedlungsgelände Krons-kamp, Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau -Spitzerdorf an a) den kaufmännischen Angestellten K.-W. Schumann aus Hamburg die Parzellen 599/44 und 619/43, zusammen 1163 qm groß, zum Preise von 1,35 RM je qm,
	und b) die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel die Parzellen 515/48, 516/48 und 517/48, zusammen 2329 qm groß zum Preise von 1,10 RM je qm und unter den sonst üblichen Bedingungen. Die Kaufpreise sind der Grunderwerbbrücklage zuzu-führen. Die Ratsherren wurden zu den Verkäufen gehört und haben ihnen zugestimmt.
2) <u>Haushaltssatzung der Stadt Wedel i/Holst. für das Rechnungsjahr 1941.</u>	Auf Grund der §§ 83 ff der Deutschen Gemeinde-ordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Haushalts-satzung erlassen:
	<u>§1</u> Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1941 wird im ordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf 1.267.700,- RM und im außerordentlichen Haushaltsplan auf in der Ausgabe auf 0,- RM fest-gesetzt.
	<u>§2</u> Die Steuersätze (Hebesätze) für die Grundsteuern, die für

	<p>jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:</p> <p>1. Grundsteuer:</p> <p>a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 105 v.H.</p> <p>b) für die Grundstücke Hebesatz 160 v.H.</p> <p>2. Gewerbesteuer:</p> <p>Nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapital Hebesatz 220 v.H.</p> <p>3. Bürgersteuer: Hebesatz 500 v.H.</p>
	<p><u>§3</u></p> <p>Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000,- RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§4</u></p> <p>Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
Wedel, den 27. Mai 1941	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann, Erster Beigeordneter
	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (19. Kriegssitzung) am 7. August 1941 um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke,, Ratsherren Möller, Diekgräf, Lüdemann, Dwenger, Ladiges und Sievers,</p> <p>Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die zum Wehrdienst einberufen sind sowie Ratsherr Petersen, der entschuldigt fehlt.</p> <p>Ferner ist zur Berichterstattung hinzugezogen der technische Stadtoberinspektor Hofmann.</p> <p>Protokollführer ist Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung von a) dem vertraulichen Schreiben des Landrats in Sachen Dr.

	Ladwig vom 12.6.1941;
	b) der beabsichtigten Bildung eines Abwasserverbandes Wedel/Hamburg-Rissen und dem am 19.7.1941 stadtseitig eingelegten Einspruch;
	c) der Freigabe eines öffentlichen Spaziergängerweges über das sogenannte kommunale Friedhofsgelände;
	d) der in Auftrag gegebenen Lieferung einer tragbaren Metz-Kraftspritze und eines geschlossenen einachsigen Anhängers mit Zubehör zum Gesamtpreise von rd. 4.000,- RM:
	e) der Beförderung der Sekretäre Dröge und Jessen zu Obersekretären;
	f) der Zuteilung von Luftschutzraumbetten und deren kostenlose Abgabe an die Einwohner.
2) <u>Veräußerung von Grundeigentum.</u>	Gegen die Veräußerung des mit einem Erbbaurecht für den Elektriker Emil Heinsohn belasteten städtischen Grundstücks Skagerrakstr. 20 – 1280 qm groß – an den erbbauberechtigten Heinsohn zum Preise von 1,10 RM je qm und unter den sonst üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken. Sie stimmen der im Entwurf vorgelegten EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.
3) <u>Rechenschaftsbericht betr. des Kriegsgefangenenlagers.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann berichtet eingehend über den Einsatz der Kriegsgefangenen seitens der Stadt und die arbeitsamtsseitig geforderte Abgabe an die Ortsbauernschaft sowie das finanzielle Ergebnis. Die Ratsherren sprachen sich nicht gegen die getroffenen Maßnahmen aus.
4) <u>Stellenplanänderungen.</u>	Die Ratsherren stimmen der Änderung des Stellenplanes zu, und zwar a) Schaffung einer Revierleutnantstelle, b) Umwandlung zweier Polizei-Hauptwachtmeisterstellen in Polizei-Meisterstellen, c) Umwandlung der Polizeisekretärstelle (Leiter des Polizei-Verwaltungsbüros) und der Stadtsekretärstelle in der Stadtkasse (ständiger Vertreter des Stadtrent-

	meisters) in Obersekretärstellen mit Besoldung nach Gruppe A5b R.B.O. und d) Schaffung einer Hausmeisterstelle für die Mittelschule als Angestellter nach Gruppe X T.O.A.
5) <u>Geländeerwerb zur Erweiterung des Schulgeländes ABC.-Straße.</u>	Die Ratsherren stimmen der Absicht des Erwerbs des Langeloh'schen Geländes zu und nehmen davon Kenntnis, daß der Grunderwerb erst nach dem Kriege möglich ist.
6) <u>Friedhofangelegenheit.</u>	Technischer Stadtoberinspektor Hofmann erläutert die vorläufigen Pläne mit dem dazugehörigen Bericht und dem Finanzierungsplan sowie das Gutachten des Staatlichen Gesundheitsamtes. Die Ratsherren stimmen den Plänen zu.
7) <u>Jahresabschluß der Stadtkasse für 1940 und Verwendung des Überschusses.</u>	Der Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplanes 1940 (Haushaltsrechnung) und die Haushaltsüberschreitungen im gleichen Jahr wurde den Ratsherren bekannt gegeben. Sie stimmen dem Vorschlage zu, den Kassenüberschuß für die Bereinigung der Friedhofangelegenheiten in Wedel und den Gebäudeerwerb zur Erweiterung des Schulgeländes ABC-Straße zu verwenden. Die Jahresrechnung ist noch nicht geprüft.
8) <u>Verschiedenes.</u>	Die Absichten der Hafenbaudirektion der Kriegsmarine betr. des Wedeler Marschgeländes werden besprochen.
	Timmermann Lüdemann, Dwenger Hinz

	<u>Entschließung.</u>
1) <u>Veräußerung von Grundeigentum.</u>	Die Stadtgemeinde Wedel veräußert vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde das mit einem Erbbaurecht belastete Grundstück Skagerakstraße 20 in Wedel – Parzelle 189/34 im Kartenblatt 10 der Gemarkung Schulau, Grundbuch Schulau, Band 7 Blatt 322 – 1280 qm groß – an den erbbauberechtigten Elektriker Emil Heinsohn in Wedel, Skagerrakstr. 20. Der Kaufpreis beträgt 1,10 RM je qm. Er ist der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Zu dem Verkauf sind die Ratsherren gehört worden. Sie haben dem Vertragsabschluß zugestimmt.
2) <u>Änderung des Stellenplanes der Stadt Wedel i/Holstein.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren und deren Zustimmung entschieße ich mich zu den im Nachtrag I zum Stellenplan der Stadt Wedel vom 21. Februar 1941 ausgewiesenen Stellenplanänderungen. Der genannte Nachtrag wird hiermit von mir festgestellt.
3) <u>Verwendung des Überschusses der Stadtkasse Wedel aus dem Rechnungsjahr 1940.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren und mit deren Zustimmung entschieße ich mich, den Überschuß der Stadtkasse Wedel aus dem Rechnungsjahr 1940 für die Bereinigung der Friedhofangelegenheiten in Wedel sowie für den Geländeerwerb zur Erweiterung des Schulgeländes ABC-Straße zu verwenden. Der Überschuß in Höhe von 85.295,12 RM wird haushaltsplanmäßig in einer für das Jahr 1941 zu erlassenden Nachtragshaushaltsatzung ausgewiesen.
Wedel, den 8. August 1941	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann, Erster Beigeordneter

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (20. Kriegssitzung) am Freitag, den 10. Oktober 1941 um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> 1. Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke,, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Kriete, Dwenger und Sievers, Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Lüdemann, die zum Wehrdienst einberufen bzw. nach dem Osten abgeordnet sind sowie entschuldigt Ratsherr Ladiges. Zur Berichterstattung ist der technische Stadtoberinspektor Hofmann hinzugezogen. Das Protokoll führt Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	<p>Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung</p> <p>a) von dem Ergebnis der unvermuteten Kontrolle des Feuerwehr-Mannschaftswagens im Löschzuge Alt-Wedel;</p>
	<p>b) von dem finanziellen Ergebnis im Strandbad während der Saison 1941;</p>
	<p>c) von der Gewährung von Fahrgeldentschädigung an die Dienstanfänger beim Besuch auswärtiger Berufsschulen;</p>
	<p>d) von der Gehaltsüberzahlung an Frau Imbeck und von dem Verzicht auf Wiedereinziehung des überzahlten Betrages;</p>
	<p>e) von der Wiederaufnahme der Weiterzahlung der Dienstbezüge an nichtbeamtete Gefolgschaftsmitglieder ab 1. Oktober 1941 und</p>
	<p>f) von der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zur Haushaltssatzung 1941.</p>
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	<p>Gegen die Veräußerung</p> <p>a) des mit einem Erbbaurecht für den Stadtobersekretär Karl Lehmann belasteten städtischen Grundstücks an der Rissener Chaussee, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 253, Kartenblatt 10, Parzelle 593/29, groß 714 qm, an den Erbbauberechtigten</p>

	zum Preise von 0,80 RM je qm und
	b) der Parzelle 597/44, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 766 qm, an die Ehefrau Martha Graefnitz in Hamburg-Bahrenfeld, zum Preise von 1,35 RM je qm,
	sowie in beiden Fällen unter den sonst üblichen Bedingungen haben die Ratsherren keine Bedenken und stimmen den entsprechenden Entschlie-ßungen des Bürgermeisters zu. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbbrücklage zuzuführen.
3) <u>Anstellung eines Hafenmeisters für den Wedeler Hafen.</u>	Die Ratsherren haben keine Bedenken, dem einzigen Bewerber Zwiener die Hafenmeistergeschäfte zu übertragen.
4) <u>Festsetzung der Berufsschulbeiträge 1941.</u>	Die Ratsherren stimmen der im Entwurf vorgelegten Entschlie-ßung des Bürgermeisters über die Höhe der Berufsschulbeiträge und das Schulgeld für die Berufsschule in Wedel im Rechnungsjahre 1941 zu.
5) <u>Festsetzung des Bürgersteuerhebesatzes für 1942.</u>	Gegen den Erlaß der im Entwurf vorgelegten Entschlie-ßung über die Höhe des Hebesatzes, der Erhebungsart und der Fälligkeit der für das Kalenderjahr 1942 zu erhebenden Bürgersteuer werden Bedenken nicht geltend gemacht.
6) <u>Vorbesprechung zum Nachtragshaus-haltungsplan 1941.</u>	Die Ratsherren nehmen Kenntnis von dem vorläufigen Bericht über die Finanzentwicklung in diesem Rechnungsjahr. Bedenken gegen die beabsichtigte Verwendung der Mehreinnahmen wurden nicht laut.
7) <u>Verpachtung der Obstnutzung am Marschweg.</u>	Die Ratsherren empfehlen, das Angebot Meyer anzunehmen.
8) <u>Verschiedenes.</u>	Nichts Besonderes.
	Timmermann J. Sievers, Kriete Hinz

	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>VeräuÙerung von Grundeigentum.</u>	Die Stadtgemeinde Wedel veräuÙert vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde a) das mit einem Erbbaurecht für den Stadtobersekretär Karl Lehmann belastete städtische Grundstück an der Rissener Chaussee, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 253, Kartenblatt 10, Parzelle 593/29, groß 714 qm, an den Erbbauberechtigten zum Preise von 0,80 RM je qm, und
	b) die Parzelle 597/44, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 766 qm, an die Ehefrau Martha Graefnitz in Hamburg-Bahrenfeld, zum Preise von 1,35 RM je qm.
	Die Käuferlöse sind der Grunderwerberklärung zuzuführen. Die Ratsherren sind zu den Grundstücksverkäufen gehört worden und haben ihnen zugestimmt.
2) <u>Festsetzung der Berufsschulbeiträge 1941.</u>	Aufgrund des §16 des Gewerbe- und Handelslehrer-Besoldungsgesetzes vom 16.4.1928 fasse ich nach Anhören der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer und nach Beratung mit den Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	1) Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltskosten der Berufsschule in Wedel sind 50% durch Berufsschulbeiträge aufzubringen.
	2) Nach der bestehenden Satzung sind zu erheben: a) Von den Gewerbetreibenden für ihre im Stadtbezirk Wedel belegenen Betriebsstätten 2. v.H. der im Rechnungsjahr 1941 festgesetzten Gewerbesteuerbeträge und
	b) von den nichtgewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter- und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, einen Betrag von 3,- RM. Die Zahl der Beschäftigten

	soll nach dem Stande vom 1.6.1941 gemäß Mitteilung im Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages vom 20.6.1941 festgestellt werden. Eine Zahlung nach diesem Stande ist nicht vorhanden und ohne besondere Aufwendungen an Zeit und Arbeitskräften nicht möglich. Es ist daher das Ergebnis der Bodennutzungserhebung von Mitte Mai 1941 zugrunde zu legen.
	3) Es haben zu zahlen a) freiwillige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 10,- RM, b) freiwillige auswärtige Schüler für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 15,- RM.
3) <u>Festsetzung des Bürgersteuerhebesatzes für 1942.</u>	Aufgrund des §12 (2) des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 in der Fassung vom 31.10.1938 und 30.3.1940 fasse ich nach Anhörung der Ratsherren folgende EntschlieÙung:
	<u>§1</u> Die Stadtgemeinde Wedel (Holst.) erhebt entsprechend den Bestimmungen des Bürgersteuergesetzes vom 20.11.1937 in der Fassung vom 31.10.1938 und 30.3.1940 für das Kalenderjahr 1942 eine Bürgersteuer in Höhe von 500 v.H. des SteuermeÙbetrages.
	<u>§2</u> Die Bürgersteuer wird von allen Pflichtigen aufgrund schriftlicher Bescheide erhoben.
	<u>§3</u> Die Bürgersteuer wird fällig mit je einem Viertel des Jahresbetrages am 10.2., 10.5., 10.8. und 10.11.1942 sowie am 10.5.1942 mit dem ganzen Jahresbetrag in einer Summe, wenn diese 5,- RM nicht übersteigt. Die fälligen Beträge sind zu den Fälligkeitstagen an die Stadtkasse Wedel i/Holst. zu entrichten.
Wedel, den 17. Oktober 1941	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann, Erster Beigeordneter

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (21. Kriegssitzung) am Donnerstag, den 8. Januar 1942 um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke,, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Ladiges, Dwenger, Sievers und Lüdemann. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Kriete, die zum Wehrdienst eingezogen sind. Das Protokoll führt Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	<p>Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von seiner abermaligen Einberufung zum Wehrdienst am 12.1.42;</p>
	<p>b) von der durch die Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein mit Wirkung ab 1.7.1942 eingeräumten Zinssenkung und deren Auswirkung.</p>
2) <u>Änderung der Tilgungen für Kommunal-darlehen der früheren Girozentrale Schleswig-Holstein.</u>	<p>Die Ratsherren stimmen der rückwirkenden Änderung der Tilgungsbedingungen und der im Entwurf vorgelegten diesbezüglichen EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.</p>
3) <u>Änderung der Darlehensbedingungen bezüglich Anleihe der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim.</u>	<p>Die Ratsherren erklären ihr Einverständnis zu der Zinssenkung und der Verlängerung der Laufzeit sowie der im Entwurf vorgelegten EntschlieÙung.</p>
4) <u>Vorzeitige Tilgung eines Restdarlehens der Stadtkasse Wedel.</u>	<p>Die Ratsherren haben gegen die vorzeitige Tilgung eines Restdarlehens von 22.333,61 RM bei der Stadtparkasse in Wedel keine Bedenken.</p>
5) <u>Änderung des Stellenplanes.</u>	<p>Die Umwandlung der Stelle des hauptamtlichen Feuerwehrmannes in eine Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe IX T.O.A. und der entsprechenden EntschlieÙung zur Änderung des Stellenplanes</p>

	stimmen die Ratsherren zu.
6) <u>Kommissarische Verwaltung einer neu errichteten Mittelschullehrerstelle in Wedel durch die Volksschullehrerin Beckmann.</u>	Die Ratsherren nehmen Kenntnis von der am 17.11.41 durch den Bürgermeister gefaßte EntschlieÙung und billigen diese.
7) <u>Grunderwerb von Henningsen.</u>	Die Ratsherren erheben gegen den am 18.10.1941 mit dem Kaufmann Arthur Henningsen aus Hamburg abgeschlossenen notariellen Kaufvertrag betr. den Erwerb eines Weidegrundstückes durch die Stadt keine Bedenken. Die Ratsherren Möller und Petersen widersprechen dem Grunderwerb, weil sie den Preis zu hoch halten und es sich um landwirtschaftliches Gelände handelt.
8) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Die Ratsherren geben ihre Zustimmung zu dem Verkauf städtischen Grundeigentums
	a) an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ in Wedel gemäß dem am 16.12.1941 vor dem Amtsrichter in Uetersen bereits abgeschlossenen Kaufvertrag -3 I 27/41 – über 16 Bauplätze vom Siedlungsgelände Krons-kamp,
	b) an den Obermaschinisten Hermann Böhm aus Wedel gemäß dem am 15.12.1941 abgeschlossenen notariellen Kaufvertrag über das von ihm bisher genutzte Erbbaugrundstück,
	c) an den Schlosser Johann Simolik und dessen Ehefrau aus Wedel gemäß dem am 5.6.1941 abgeschlossenen notariellen Kaufvertrag über die Bauplatzparzelle 596/44, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, groß 663 qm zum Preise von 1,35 RM je qm,
	d) an die Lehrerin Hertha Carmohn aus Wedel die Parzelle 615/44, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, groß 853 qm zum Preise von 1,35 RM je qm und den sonst üblichen Bedingungen.
	Gleichfalls stimmen die Ratsherren den im Entwurf vorgelegten diesbezüglichen EntschlieÙungen des Bürgermeisters zu. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbbrücklage zuzuführen.

9) <u>Verschiedenes.</u>	Besprochen werden: Grunderwerb von Großheim, Verlegung der Warnzentrale in den Luftschutzkeller des Rathauses und Betriebsverlegung der Firma Fette.
	Timmermann R. Möller, K. Petersen Hinz
	<u>Entschließung</u>
1) <u>Änderung der Tilgungen für Kommunal-darlehen der früheren Girozentrale Schleswig-Holstein.</u>	Unter Bezugnahme auf die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 17.11.1941 – I.G. 3251.12 – und des Herrn Landrats vom 10.12.1941 - G.A. – entschieße ich mich nach Anhörung der Ratsherren unter Aufhebung der entgegenstehenden Beschlüsse der früheren Stadtverordneten-Kollegien zur Errichtung einer Übereinstimmung mit den Schuldurkunden zu folgenden Änderungen:
	Die der Stadt Wedel von der Girozentrale Hannover bzw. deren Zweigstelle Schleswig-Holstein (jetzt Gemeinschaftsbank) gegebenen Darlehen von ursprünglich 30.000,- RM (Nr. 811 211) laut Schuldurkunde vom 4.3.1928, 50.000,- RM (Nr. 811 39) laut Schuldurkunde vom 25.1.1929 und 160.000,- RM (Nr. 812 120) laut Schuldurkunde vom 7.6.1930 sind statt mit 2% jährlich zuzüglich der ersparten Zinsen nur mit 1% jährlich zuzüglich der ersparten Zinsen von Anbeginn der Laufzeit der Tilgung an nach den Bestimmungen der Schuldurkunden zu tilgen.
2) <u>Änderung der Darlehensbedingungen bezüglich Anleihe der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim.</u>	Nach Beratung mit den Ratsherren entschieße ich mich zu folgendem Nachtrag zu den zwischen der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim als Darleiherin und der Stadt Wedel als Entleiherin am 26. April/3. Mai 1928 abgeschlossenen Darlehensvertrag: Die Rheinische Hypothekenbank hat der Stadt gemeinde Wedel

	<p>(Holstein) ein Darlehen von ursprünglich GM 175,000,- gewährt, für welches die Bestimmungen des Darlehensvertrages vom 26.4./3.5.1928 maßgebend sind.</p> <p>Gläubigerin und Schuldnerin haben bezüglich dieses Darlehens in Abänderung des vorgenannten Vertrages folgende Vereinbarungen getroffen:</p>
	<p>1) Das auf Goldmark lautende Darlehen wird auf Reichsmark umgestellt, wobei anstelle einer Goldmark eine Reichsmark tritt.</p> <p>2) Für das Darlehen sind mit Wirkung vom 1. Juli 1942 ab nur 4 ½ % Zinsen pro Jahr zu entrichten.</p> <p>3) Ziffer 5 Satz 1 des Darlehensvertrages erhält folgende Fassung: Schuldnerin ist berechtigt, das Darlehen am 1. Januar oder 1. Juli eines jeden Jahres nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung zurückzuzahlen, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 1946.</p> <p>Alle übrigen Bestimmungen des Darlehensvertrages bleiben bestehen.</p>
<p>3) <u>Änderung des Stellenplans der Stadt Wedel i/Holstein.</u></p>	<p>Nach Anhörung der Ratsherren entschieße ich mich zur Umwandlung der unter lfd. Nr. 39 des Stellenplans der Stadt Wedel für das Jahr 1940 aufgeführten Stelle eines Lohnempfängers in eine Angestelltenstelle nach Vergütungsgruppe IX T.O.A. rückwirkend ab 1.4.1941.</p>
<p>4) <u>Veräußerung von Grundeigentum.</u></p>	<p>Die Stadtgemeinde Wedel veräußert vorbehaltlich der noch erforderlichen Genehmigung der Aufsichtsbehörde</p> <p>a) das mit einem Erbbaurecht für den Obermaschinisten Hermann Böhm belastete Grundstück an der Feldstraße, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 261, Kartenblatt 10, Parzelle 518/48, 451 qm groß an den Erbbauberechtigten zum Preise von 1,- RM je qm und</p>
	<p>b) von dem im Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, verzeichneten stadteigenen Grundstück die Parzelle 596/44, Kartenblatt 10, groß 663 qm zum Preise von 1,35 RM je qm an die Eheleute Johann Simolik in Wedel, Feld-</p>

	straße 25 als Miteigentümer je zur Hälfte, ferner
	c) von dem im Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, verzeichneten stadteigenem Grundstück die Parzelle 615/44, Kartenblatt 10, groß 853 qm zum Preise von 1,35 RM je qm an die Volksschullehrerin Hertha Carmohn in Wedel sowie
	d) von dem im Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, eingetragenen Grundvermögen der Stadtgemeinde Wedel die Parzellen 645/43, groß 594 qm, 646/43, groß 502 qm, 647/43, groß 564 qm, 648/43, groß 616 qm, 750/43, groß 757 qm, 651/43, groß 695 qm, 652/43, groß 633 qm, 653/43, groß 601 qm, 655/43, groß 632 qm, 656/43, groß 636 qm, 657/43, groß 635 qm, 658/43, groß 678 qm, 659/43, groß 639 qm, 660/43, groß 525 qm, 661/43, groß 480 qm und 748/43, groß 519 qm, Kartenblatt 10, zum Preise von 1,35 RM je qm an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ in Wedel.
	Den Kaufverträgen sind im Übrigen die sonst üblichen Bedingungen zugrunde zu legen und die Käuferlöse der Grunderwerbbrücklage zuzuführen. Die Ratsherren haben den Vertragsabschlüssen zugestimmt.
Wedel (Holstein), den 12. Januar 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)
	<u>Entschließung</u> Durch Verfügung des Regierungs-Präsidenten v. 4.11.1941 - J.Nr. IIB 46 – ist der Volksschullehrerin Elsa Beckmann in Wedel mit Wirkung vom 16. November 1941 ab die kommissarische Verwaltung einer neu errichteten Mittelschullehrerstelle in Wedel übertragen worden. Gemäß Nr. 48 der Ausführungsanweisung zum Mittelschullehrerbesoldungsgesetz entschieße ich mich hiermit als Unterhaltsträger der Mittelschule in Wedel die ab 16. ds.Mts. an Fräulein Beckmann zu zahlende Grundvergütung auf ihr bisheriges Grundgehalt zu erhöhen.
Wedel (Holstein), den 17. November 1941	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (22. Kriegssitzung) am Dienstag, den 3. Februar 1942 um 19 ½ Uhr, im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, und Sievers.</p> <p>Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und die Ratsherren Kriete und Lüdemann, die zum Wehrdienst einberufen sind.</p> <p>Das Protokoll führt Stadtobersekretär Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	<p>Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung</p> <p>a) von dem Stand der mit dem Gärtnereibesitzer Großheim wegen Ankaufs seines Grundbesitzes geführten Unterredung;</p>
	<p>b) von dem Ergebnis der bei den Stadtwerken Wedel durch die Wirtschaftsberatung A.G. Berlin für das Wirtschaftsjahr 1940 vorgenommenen Pflichtprüfung und</p>
	<p>c) von der bevorstehenden Ausmerzaktion hinsichtlich des Hühnerbestandes in Wedel.</p>
2) <u>Grundstücksverkauf.</u>	<p>Die Ratsherren stimmen dem Verkauf der stadteigenen Parzelle 614/44 des Kartenblatts 10, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, in Größe von 897 qm zum Preise von 1,35 RM je qm und unter den sonst üblichen Bestimmungen an den Stadtinspektor Heinrich Müller aus Hamburg-Ottensen zu. Der Erlös ist der Grunderwerbbrücklage zuzuführen.</p>
3) <u>Stellenplanänderung.</u>	<p>Die Beratung über die vom Sparkassenvorstand gewünschte Änderung des Stellenplanes wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.</p>
4) <u>Nachtragshaushaltssatzung.</u>	<p>Die im Entwurf den Ratsherren zugestellte 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan wurden beraten. Bedenken dagegen wurden nicht geltend gemacht. Die Ratsherren empfehlen jedoch, zulasten der Grunderwerbbrücklage eine stärkere Schuldentilgung zu betreiben.</p>
5) <u>Verschiedenes.</u>	

	Angelegenheiten des Krankenhauses und der Überlassung der Räume in städtischen Gebäuden an die NSDAP werden besprochen.
	Timmermann Diekgräf, Dwenger Hinz
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Grundstücksverkauf.</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschieÙe ich mich, die stadteneigene Parzelle 614/44 des Kartenblatts 10, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, in GröÙe von 897 qm zum Preise von 1,35 RM je qm an den Stadtinspektor Heinrich Müller aus Hamburg-Ottensen zu übereignen. Der Erlös ist der Grunderwerbbrücklage zuzuführen. Es ist noch ein notarieller Kaufvertrag mit den sonst üblichen Bedingungen abzuschließen.
2) <u>1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel i/Holst. für das Rechnungsjahr 1941.</u>	Auf Grund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl. I S.49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:
	<u>§1</u> Der Nachtragshaushaltsplan wird im <u>ordentlichen</u> Nachtragshaushaltsplan in der Ausgabe auf einen Mehrbetrag von 669.449,07 RM gegenüber 1.267.700,- RM im ordentlichen Haushaltsplan und der außerordentliche Haushaltsplan in der Ausgabe auf 74.459,48 RM festgesetzt.
	<u>§2</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1941 bleiben unverändert.
	<u>§3</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.
	<u>§4</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.
Wedel (Holstein), den 4. Februar 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (23. Kriegssitzung) am Montag, den 23. März 1942 um 19 ½ Uhr, im Rathaus.</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, Ladiges, und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und die Ratsherren Lüdemann und Kriete, die zum Kriegsdienst einberufen sind. Das Protokoll führt Stadtobersekretär Hinz.</p>
<p>1) <u>Mitteilungen.</u> Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung:</p>	<p>a) von dem Ergebnis der unvermuteten Prüfung der Stadtkasse durch das Gemeindeprüfungsamt am 24. Februar 1942,</p> <p>b) von dem Bescheide des Landrats vom 13.2.42, wonach er gegen die 1. Nachtragshaushaltssatzung 1941 Bedenken nicht erhebt,</p> <p>c) von dem Fortfall der Erhebung von Berufsschulbeiträgen ab 1.4.1942,</p> <p>d) von dem vermehrten Auftreten von Erkrankungen an Krätze</p> <p>e) von dem Abänderungsvertrag vom 10./12.3.1942 zum Darlehensvertrag mit der Rheinischen Hypothekenbank vom 26.4./3.5.1928 und der vom Landrat am 5.3.1942 erteilten Genehmigung dazu,</p> <p>f) von der Genehmigung des Landrats vom 14.2.1942 zur Entschließung vom 12.1.1942 über Änderung der Tilgungen für Kommunaldarlehen der früheren Girozentrale Schleswig-Holstein)</p> <p>g) von der Zustimmung des Vorstandes der Stadtparkasse Wedel zur vorzeitigen Tilgung von 3 Darlehen der Stadt in Höhe von insgesamt 162.421,26 RM am 31.3.1942 einschl. Zinsen bis zu diesem Tage</p> <p>h) von dem Vorliegen von bisher 44 Anmeldungen zur 1. Klasse der Mittelschule (Einschulung September 1942),</p> <p>i) von dem Stand der Vorarbeiten für die behelfsmäßige Unterbringung der Mittelschule im Direktionsgebäude der ehemaligen Zuckerfabrik und der Eingabe des Rektors Rahneberg an die Regierung in Schleswig vom 22.3.1942,</p> <p>k) von den Vorarbeiten zu Maßnahmen für die Verbesserung der Löschwasserversorgung in Wedel, insbesondere der Bescheid des Landrats vom 26.1.1942,</p> <p>l) von den inzwischen erfolgten Übereignungen von Grundstücksflächen</p>

	<p>an die Stadt zwecks Grundbuchbereinigung,</p> <p>m) von dem Stand des Ausbaus der Warnvermittlung in Wedel</p> <p>n) von dem Bescheide des Landrats in Pinneberg v. 11.3.1942 betr. Bausperre für das Wohnlaubengebiet in Wedel</p> <p>o) über den Stand der Verhandlungen wegen Anlieferung des Elektro-Müllfahrzeugs</p>
2) <u>Einrichtung einer weiteren Mittelschullehrerstelle.</u>	Die Ratsherren stimmen der Errichtung einer weiteren Lehrerstelle an der Mittelschule in Wedel ab 1.9.1942 und der dazu im Entwurf vorgelegten EntschlieÙung des Bürgermeisters zu.
3) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	<p>Die Ratsherren stimmen der VeräuÙerung städtischen Grundeigentums zu. Und zwar</p> <p>a) an den Polizeihauptwachtmeister Emil Götttsch entsprechend dem notariellen Kaufvertrage vom 4. März 1942 und</p> <p>b) an die Eheleute Wilhelm Biehl und Agnes, geb. Szymala gemäß dem notariellen Kaufvertrag vom 18.3.1942.</p> <p>Gegen die im Entwurf vorgelegte diesbezügliche EntschlieÙung des Bürgermeisters haben die Ratsherren keine Bedenken. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbrücklage zuzuführen. Zu der EntschlieÙung ist die Genehmigung der Dienstaufsichtsbehörde einzuholen.</p>
4) <u>Nachtragshaushaltssatzung.</u>	Die im Entwurf den Ratsherren zugestellte 2. Nachtragshaushaltssatzung mit 2. Nachtragshaushaltsplan zum ordentlichen und 1. Nachtragshaushaltsplan zum außerordentlichen Haushaltsplan der Stadt Wedel für das Rechnungsjahr 1941 wurden beraten. Die Ratsherren haben Bedenken nicht erhoben.
5) <u>Verschiedenes.</u>	Der Erste Beigeordnete Timmermann weist auf die am 3.4.42 stattfindende Überprüfung der Feuerlöschgeräte hin und bittet die Ratsherren um Teilnahme. – Die Verordnung über den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte für die Ernährungssicherung des Deutschen Volkes v. 7.3.1942 wird besprochen. – Die im amtlichen Schulblatt v. 15. II. 42 unter Nr. 2 erschienenen Anordnung betr. Einrichtung von Hauptschulen

	wird bekanntgegeben. – Die Ratsherren stimmen dem Erwerb des Grundstücks der Klitzing's Erben zu. – Die Ratsherren empfehlen Verpachtung des Wegestücks an die Bauern Höpermann und Körner gegen Anerkennungsgebühr für die Dauer des Krieges. – Auf die inzwischen eingegangenen Ministerialerlasse wegen des Verbots von Stellenplanänderungen wird hingewiesen.
	Timmermann J. Sievers, W. Ladiges Hinz
	<u>Entschließung</u>
1) <u>Einrichtung einer weiteren Mittelschullehrerstelle.</u>	Nach Anhörung der Ratsherren und mit deren Zustimmung entschieße ich mich zur Einrichtung einer weiteren Lehrerstelle an der Mittelschule in Wedel zum Beginn des neuen Schuljahres am 1.9.1942.
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschieße ich mich zum Verkauf folgender stadteigener Bauplatzparzellen a) Parzelle 613/44, Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, Kartenblatt 10, groß 812 qm, für den Kaufpreis von 1,35 RM je qm an den Polizei-Hauptwachtmeister Emil Göttisch und
	b) Parzellen 603/44 und 623/43. Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209, Kartenblatt 10, groß 872 qm für den Kaufpreis von 1,35 RM an die Eheleute Wilhelm Biehl und Agnes, geb. Szymala. Der Erlös ist der Grundwerbrücklage zuzuführen.
3) <u>2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wedel i/Holst. für das Rechnungsjahr 1941.</u>	Auf Grund des §88 Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (R.G.Bl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:
	<u>§1</u> Der 2. Nachtragshaushaltsplan zum ordentlichen Haushaltsplan

	wird in der Ausgabe auf einen Mehrbetrag von 33.667,96 RM gegenüber bisher insgesamt 1.937.139,07 RM im ordentlichen Haushaltsplan und der 1. Nachtragshaushaltsplan zum außerordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf einen Mehrbetrag von 162.421,26 RM gegenüber bisher 74.459,48 RM im außerordentlichen Haushaltsplan festgesetzt.
	<u>§2</u> Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1941 bleiben unverändert.
	<u>§3</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt unverändert.
	<u>§4</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.
Wedel, den 24. März 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)
	<u>Beratung mit den Ratsherren</u> (24. Kriegssitzung) am Dienstag, den 26. Mai 1942 um 19 ½ Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Ladiges, und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und die Ratsherren Kriete und Lüdemann, die zum Kriegsdienst einberufen sind, sowie Ratsherr Dwenger entschuldigt. Vor Eintritt in die Beratung gedenken die Anwesenden des verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Wedel, Kunstmaler Rudolf Höckner sowie des verwewigten Stadtältesten H.G. Körner.
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung a) von den sich immer schwieriger gestaltenden Personalverhältnissen in der Verwaltung und der angeordneten Mindestarbeitszeit,
	b) von der Zustimmung des Luftgaukommandos zur Betriebsverlegung Fette,
	c) von dem Ausschluß des Bäckermeisters Lepthien aus der Freiwilligen Feuerwehr und von städtischen Lieferungen.

	Sodann werden folgende Ministerialerlasse bekannt gegeben:
1) Vom 22.4.42:	Betr. finanzielle Leistungen der Gemeinden für die Partei,
2) Vom 29.4.42:	Betr. Einschränkung des Straßen- und Wegebaus.
3) Vom 20.3.42:	Betr. Ausbau der unabhängigen Löschwasserversorgung,
4) Vom 11.3.42:	Betr. Säumniszuschlag (als für Wedel künftig 50,- RM)
5) Vom 19. u. 24.3.42:	Sowie Führererlaß v. 25.1.42 betr. Verwaltungsvereinfachung,
6) Vom 24.4.42:	Betr. zusätzliche Schuldentilgung, Rücklagenbildung, Grundstückskäufe,
7) Vom 20.3.42:	Betr. Ausgleich des den Gemeinden pp. durch den Wegfall der Berufsschulbeiträge entstehenden Einnahmeausfalls (von der Erhöhung der Gewerbesteuersätze soll in Wedel abgesehen werden.
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Die Ratsherren stimmen der Veräußerung städtischen Grundeigentums zu, und zwar: a) an den Gärtner Johann Rickerts aus Wedel entsprechend dem notariellen Kaufvertrage vom 18. März 1942, b) an den Kesselschmied Richard Lück aus Wedel entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 21. Januar 1942, c) der Parzelle 471/32, Kartenblatt 10, Band 6, Blatt 253, groß 900 qm zum Preise von 1,35 je qm an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ nach Aufhebung des noch bestehenden Erbbaurechtes des Arbeiters Hermann Steffmann. Gegen eine entsprechende EntschlieÙung haben die Ratsherren keine Bedenken. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbsrücklage zuzuführen. Zu der EntschlieÙung ist die Genehmigung der Dienstaufsichtsbehörde einzuholen.
3) Änderung der Fälligkeitszeitpunkte bei der Grundsteuer und bei der Gebäudeent-schuldungssteuer (Verwaltungsvereinfachung)	Die Ratsherren empfehlen Einführung der empfohlenen Vierteljahrszahlung für die Realsteuern.
4) Neuberufung eines Mitgliedes in den Vorstand der Stadtparkasse für den verstorbenen Stadtältesten H.G. Körner.	Für die restliche Amtsdauer soll der Kapitän Joachim H. Brunckhorst, Wedel, Hindenburgstr. 13, bestellt werden.
5) Neuberufung des Schiedsmanns für den Schiedsmannsbezirk Schulau für den verstorbenen Schiedsmann H.G. Körner.	Als Schiedsmann soll der bisherige Stellvertreter, Baumeister Simon Nagel, und als Stellvertreter der Krankenkassenangestellte Bruno Richter dem Landrat vorgeschlagen werden.

6) <u>Haushaltssatzung 1942.</u>	Der im Entwurf vorliegende Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1942 werden beraten und Einwendungen dagegen von den Ratsherren nicht erhoben. Dem Erlaß der Haushaltssatzung wird zugestimmt.
7) <u>Verschiedenes.</u>	Die Ratsherren stimmen der Weiterbearbeitung der Friedhofsangelegenheit entsprechend der veränderten Lage zu.
	Timmermann K. Petersen, R. Möller Hinz
	<u>Entschließung</u>
1) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschieße ich mich zum Verkauf folgender stadteigener Bauplatzparzellen: a) Parzellen 612/44 und 632/43 in Größe von zusammen 933 qm, Grundbuch von Schulau, Band III, Blatt 140, und ebendort Band 5a, Blatt 209, zu den Bedingungen des notariellen Kaufvertrages vom 21. Januar 1942 an den Kesselschmied Richard Lück aus Wedel;
	b) Parzelle 365/51 des Kartenblatts 18, groß 1364 qm, Grundbuch von Wedel, Band III, Blatt 111, zu den Bedingungen des notariellen Kaufvertrages vom 18. März 1942 an den Gärtner Johann Rickerts aus Wedel;
	c) Parzelle 471/32 des Kartenblatts 10, groß 900 qm, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Grundbuch Band 6, Blatt 253, zum Preise von 1,35 RM je qm und zu den sonst üblichen Bedingungen an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ m.b.H. in Wedel nach Aufhebung des noch bestehenden und bei Band 13, Blatt 633 eingetragenen Erbbaurechts des Arbeiters Hermann Steffmann. Die Käuferlöse sind der Grunderwerb-rücklage zuzuführen.
2) <u>Haushaltssatzung 1942</u>	

<p><u>Haushaltssatzung</u> der Stadt Wedel i/Holstein für das Rechnungs- jahr 1942.</p>	<p>Auf Grund der §§ 83ff der Deutschen Gemeinde- ordnung vom 30. Januar 1938 (R.G.Bl. I S. 49) wird nach Beratung mit den Ratsherren folgende Haushaltssatzung erlassen:</p>
	<p><u>§1:</u> Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1942 wird im ordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf 1.501.941,19 RM und im außerordentlichen Haushaltsplan in der Ausgabe auf 8.784,47 RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§2</u> Der Haushaltsplan (Hebesätze) für die Gemeinde- steuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzu- setzen sind, werden wie folgt festgesetzt: 1. Grundsteuer: a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 105 v.H. b) für die Grundstücke Hebesatz 160 v.H. 2. Gewerbesteuer: Nach dem Gewerbeertrag und dem Gewebekapital Hebesatz 220 v.H. 3. Bürgersteuer: Hebesatz 500 v.H.</p>
	<p><u>§3:</u> Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufen- den Rechnungsjahr zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Stadtkasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000,- RM festgesetzt.</p>
	<p><u>§4:</u> Darlehen sind nicht aufzunehmen.</p>
<p>Wedel, den 27. Mai 1942</p>	<p>Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)</p>

	<p><u>Beratung mit den Ratsherren</u> (25. Kriegssitzung) am Montag, den 13. Juli 1942 um 20 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Kriete, Dwenger, Ladiges, und Sievers.</p> <p>Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Lüdemann, die zum Kriegsdienst einberufen sind. Zur Berichterstattung zu Punkt 3 war Mittelschulrektor Rähneberg hinzugezogen.</p> <p>Das Protokoll führt Stadtinspektor Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	Erster Beigeordneter Timmermann macht Mitteilung
	a) von der Beförderung des Stadtobersekr. Hinz zum Stadtinspektor und von der anhaltenden Dienstunfähigkeit des Stadtrentmeisters Svenosen;
	b) daß der Ausgleich für den Wegfall der Berufsschulbeiträge im Rechnungsjahr 1942 auch unterbleiben soll, nachdem jetzt klargestellt ist, daß dieser Ausgleich in künftigen Jahren nicht nachgeholt werden kann;
	c) daß der von der Blöcktwiete nach dem Saatlanddamm führende öffentliche Weg, Milcherstieg genannt, trotz vorliegender Einsprüche bis auf weiteres für den öffentlichen Verkehr gesperrt worden ist;
	d) von der Absicht der Gärtner Peter Körner und Hermann Cordes, den Schlick aus dem Wedeler Hafensenke zu entfernen und der stadtseitig erteilten widerruflichen Genehmigung;
	e) von der Absicht der S.A.-Gruppe Hansa, evtl. in Wedel eine S.A.-Gruppenschule zu errichten,
	f) von dem Ergebnis des Ortstermins zur Vollziehung der Vermessungsverhandlungen bezügl. der Friedhofserweiterung am Breitenweg;
	g) von dem eingereichten Baugesuch und den Plänen betr. Einbau einer Hausmeisterwohnung im Dachgeschoß des Rathauses;
	h) von der Zustimmung der Rüstungsinspektion zur Verlegung des Betriebes Fette;
	i) von dem Ergebnis der Besprechungen mit der Fa. J.D. Möller wegen Fertigstellung der Umbauarbeiten für die provisorische Mittelschule
	j) von seiner Absicht, die Lehrerin E. Beckmann ab 1. August 1942 in die freie Stelle an der Mittelschule zu berufen;
	k) von der erfolgten Bestellung eines leichten Löschgruppenfahrzeuges

	für die Freiwillige Feuerwehr Wedel und den geplanten Bau einer offenen Löschwasserstelle an der Theodor-Johannsen-Straße sowie von dem Inhalt der eingegangenen Beihilfebescheide;
	l) von der erfolgten Prüfung der Großalarmanlage in Wedel durch die Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz zwecks Übernahme durch das Reich.
2) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Die Ratsherren stimmen der Veräußerung städtischen Grundeigentums zu. Und zwar
	a) an die Witwe Wilhelmine Kudlik, geb. Kaelcke, in Wedel, Feldstr. 99 und ihren minderjährigen Sohn Herbert Kudlik zu $\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{3}{4}$ Anteil entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 3. Juli 1942;
	b) an den Kapitän Carl Vollstedt aus Wedel, Schillerstr. 29 und die Witwe Alma Tietje, geb. Krogh aus Hamburg-Blankenese, Blankeneser Hauptstraße 157, zu je $\frac{1}{2}$ entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 22. Juni 1942;
	c) an den Arbeiter Karl Folkers aus Wedel, Pulverstraße 29 gemäß Kaufvertrag vom 3. Juli 1942;
	d) an den beamteten Schiffsführer Ferdinand Kriete in Wedel, Pulverstraße 31, entsprechend dem Kaufvertrag vom 29. Juni 1942 (bei der Beratung dieses Punktes hatte Ratsherr Kriete den Sitzungssaal verlassen - §25 D.G.O.);
	e) an den Regierungsbauinspektor Willy Fenn aus Wedel, Ginsterweg 14, gemäß dem Kaufvertrag vom 29. Juni 1942;
	f) an den Hafenaufseher Julius Klindworth aus Wedel, Pulverstraße 35, gemäß dem Kaufvertrag vom 29. Juni 1942;
	g) der Parzelle 668/43, Kartenblatt 10, Band 3, Blatt 140, groß 639 qm, zum Preise von 1,35 RM je qm an den Maurer Nikolaus Martens und dessen Ehefrau Margarete, geb. Schröder, beide wohnhaft in Wedel, Marktplatz, je zur Hälfte und zu den sonst üblichen Bedingungen
	Gegen eine entsprechende Entschließung des Bürgermeisters haben die Ratsherren keine Bedenken. Die Käuferlöse sind der Grunderwerb-rücklage zuzuführen. Zu der Entschließung ist die Genehmigung der Dienstaufsichtsbehörde einzu-holen, soweit erforderlich.

3) <u>Einführung der Hauptschule in Wedel.</u>	Die Ratsherren haben nach den Ausführungen des Ersten Beigeordneten und des Rektors Rahneberg keine Bedenken, die erste Klasse der Mittelschule in Wedel in eine Hauptschuleklasse umzuwandeln und den weiteren Aufbau einer Hauptschule in Wedel zu betreiben. Der entsprechenden EntschlieÙung des Bürgermeisters stimmen sie zu.
4) <u>Verschiedenes.</u>	Die Ratsherren empfehlen, die Parzellierung des städtischen Geländes von der Rissenerstraße zu betreiben und die Bauplätze an Baulustige abzugeben. Ratsherr Petersen empfiehlt den Ankauf des ehemaligen Schützenparkgeländes am Moorweg.
	Timmermann J. Sievers, Wilh. Ladiges Hinz
	<u>EntschlieÙung</u>
1) <u>Grundstücksverkauf</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschieÙe ich mich zum Verkauf des stadteigenen bebauten Grundstücks Blücherstraße 3, eingetragen im Grundbuch von Schulau, Band 9, Blatt 412, Parzellen 643/146 und 491/146, groß zusammen 832 qm, mit dem darauf stehenden Gebäude an den Kapitän Carl Vollstedt in Wedel, Schillerstraße 29 und die Witwe Alma Tietje, geborene Krogh, aus Hamburg-Blankenese, Blankeneser Hauptstraße 157 je zur Hälfte zum Kaufpreis von 5.000,- RM gemäß dem bereits abgeschlossenen notariellen Kaufvertrag vom 22. Juni 1942. Der Käuferlös ist der Grunderwerberbrücklage zuzuführen.

<p>2. <u>Einführung der Hauptschule in Wedel.</u></p>	<p>Auf Grund des Ersuchens des Schulamtes in Pinneberg vom 8.7.42 – Nr. S. 316 – entschieße ich mich hiermit nach Anhörung der Ratsherren und mit deren Zustimmung zur Umwandlung der ersten Klasse der in Wedel bereits bestehenden Mittelschule in eine Hauptschulklasse und zum weiteren Aufbau der damit gegründeten Hauptschule im Rahmen der für die Errichtung und Unterhaltung der Hauptschulen ergangenen bzw. noch zu ergehenden Bestimmungen. Die Stadt Wedel ist zur Übernahme der sich daraus ergebenden Verpflichtungen in der Lage.</p>
<p>Wedel, den 14. Juli 1942</p>	<p>Der Bürgermeister: In Vertretung: Timmermann (Erster Beigeordneter)</p>
	<p><u>26. Kriegssitzung</u> der Gemeinderäte in Wedel am Freitag, den 14. August 1942 um 20 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Landrat Duvigneau mit Kreisinspektor Gormer, Kommissarischer Bürgermeister Dr. Ingwersen, Erster Beigeordneter Timmermann, Stadträte Groth und Lemcke, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Kriete, Dwenger, Ladiges, und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig und Ratsherr Lüdemann, die zum Kriegsdienst einberufen sind. Protokollführer: Stadtinspektor Hinz.</p>
	<p>Erster Beigeordneter Timmermann macht verschiedene geschäftliche Mitteilungen. Sodann spricht der Herr Landrat dem Ersten Beigeordneten Timmermann und dem Stadtrat Lemcke für ihre Leistungen als Bürgermeister-Stellvertreter Dank und Anerkennung aus.</p>
	<p>Nach ausführlichen, die Belange der Stadt Wedel beleuchtenden Worten führte der Herr Landrat dann den von</p>

	der Gemeindeaufsichtsbehörde zum Beauftragten zur Wahrnehmung aller Aufgaben der Stadt Wedel bestellten kommissarischen Bürgermeister Dr. Ingwersen in sein Amt ein.
	Dr. Ingwersen Kriete, Petersen Hinz
	<p><u>27. Kriegssitzung</u> der Gemeinderäte in Wedel am Montag, den 28. September 1942 um 20 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal.</p> <p><u>Anwesend:</u> Stadträte Lemcke u. Groth, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Kriete und Ratsherr Lüdemann, die zum Kriegsdienst einberufen sind sowie entschuldigt Ratsherr Ladiges. – Hinzugezogen techn. Obersekr. Diercks. Protokollführer Stadtinspektor Hinz.</p>
1) <u>Mitteilungen.</u>	<p>Stadtrat Lemcke macht verschiedene geschäftliche und personelle Mitteilungen sowie von dem Stand der Durchführung der Friedhofangelegenheit. Weiter wird der Aufteilungsbescheid des Landrats v. 11.9.42 mit dem Aufteilungsplan betr. das ehemalige Biesterfeld'sche Grundstück zwischen Rissener Straße und Kronskamp bekannt gegeben. Ferner wurde mitgeteilt, daß der im Haushalt 1942 als Kreisumlage vorgesehene Betrag um 45.840,- RM überschritten und für die Ablösung der auf städtischen Gebäuden lastenden Hauszinssteuer im Betrag von 6.000,- RM rd. Erforderlich wird. Sodann gibt Stadtrat Lemcke noch einen vorläufigen Überblick über die Finanzentwicklung im Rechnungsjahr 1942.</p>
2) <u>Jahresabschluß der Stadtkasse für das Rechnungsjahr 1941.</u>	<p>Der Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplanes 1941 (Haushaltsrechnung) und die Haushaltsüberschreitungen im gleichen Jahr wurde den Ratsherren bekannt gegeben. Die Jahres-</p>

	rechnung ist noch nicht geprüft. Die Beratung über die Abdeckung des Fehlbetrages wird zurückgestellt.
3) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Die Ratsherren stimmen der Veräußerung städtischen Grundeigentums zu, und zwar a) an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel, entsprechend den vor dem Amtsgericht in Uetersen am 21. Juli 1942 abgeschlossenen Kaufvertrage, b) an den Maurer Christian Hester in Wedel, Skagerrakstr. 15, entsprechend dem notariellen Kaufvertrage v. 13. Aug. 1942, c) an den Maurer Johannes Semmelhaack in Wedel, entsprechend dem notariellen Kaufvertrage v. 13. Aug. 1942, d) an den Arbeiter Werner Jahn in Wedel, Voßhagen 8, entsprechend dem notariellen Kaufvertrage v. 27. August 1942, e) an den Elektriker Rudolf Richter in Wedel, Rissenerstr. 62, entsprechend dem notariellen Kaufvertrage v. 27. August 1942.
4) <u>Bau eines Feuerlöschteiches und Bereitstellung der ungedeckten Mittel.</u>	Die Ratsherren haben keine Bedenken, den Bauplan unter Beteiligung der Stadt an den Kosten mit 2/3 durchzuführen
5) <u>Verschiedenes</u>	Die Baumaßnahmen im Krankenhaus und der beabsichtigte Erlaß einer Anordnung zur Wohnungsbeschaffung f. Kinderreiche werden besprochen.
	R. Lemcke K. Petersen, R. Möller Hinz

	<u>Entschließung</u>
1) <u>Grundstücksverkauf</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschließe ich mich zum Verkauf folgender stadteigener Bauplatzparzellen: 1. a) Parzelle 471/32, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, groß 900 qm, Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 253, zum Preise von 1215,- RM und
	b) Parzelle 616/44, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Grundbuch von Schulau, Band 5a, Blatt 209 und Parzelle 618/43, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Grundbuch von Schulau, Band 3, Blatt 140, groß zusammen 703 qm, zum Preise von 949,05 RM an die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Eigenheim“ e.G.m.b.H. in Wedel sowie
	2. Parzelle 435/34, Kartenblatt 10, Gemarkung Schulau-Spitzerdorf, Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 273a, groß 1262 qm, zum Kaufpreise von 1,00 RM pro qm nach Aufhebung des noch bestehenden und bei Band 6, Blatt 289 eingetragenen Erbbaurechts an den Erbbauberechtigten Rudolf Richter, Wedel, Rissenerstraße. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbrücklage zuzuführen. Die Ratsherren sind zu den Grundstücksverkäufen gehört worden und haben ihnen zugestimmt.
Wedel(Holst., den 29. September 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke, Stadtrat

	<u>Entschließung</u>
<u>Veräußerung von Grundeigentum</u>	Die Stadtgemeinde Wedel veräußert vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde von dem im Grundbuch von Schulau, Band 7, Blatt 346, eingetragenen Grundvermögen der Stadtgemeinde Wedel die Parzellen 178/33 und 172/34, groß zusammen 1390 qm zum Preise von 1,00 RM an den Maurer Christian Hester aus Wedel, Skagerrak-str. 15. Die Käuferlöse sind der Grunderwerbbrücklage zuzuführen. Die Ratsherren haben dem Kaufvertrag zugestimmt.
Wedel/Holst., den 7. Oktober 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke, Stadtrat
	<u>28. Kriegssitzung</u> der Gemeinderäte in Wedel am Mittwoch, dem 25. November 1942 um 20 Uhr im Rathaus-Sitzungssaal. <u>Anwesend:</u> Stadträte Lemcke und Groth, Ratsherren Möller, Petersen, Diekgräf, Dwenger, Ladiges und Sievers. Es fehlen Bürgermeister Dr. Ladwig, Erster Beigeordneter Timmermann, Ratsherr Kriete und Ratsherr Lüdemann, die zum Kriegsdienst einberufen sind. Protokollführer: Stadtinspektor Hinz.
1.) <u>Mitteilungen.</u>	Stadtrat Lemcke macht Mitteilung von a) der Entscheidung des Landrats v. 12.10.42 in Sachen komm. Besetzung der Bürgermeisterstelle, b) der Neufestsetzung der Ortsklasse für Wedel und der finanziellen Auswirkung,

	<p>c) seiner Absicht, den Lehrer Ernst Krohn aus Münsterdorf in die freie Lehrerstelle an der Mittel-(Haupt) Schule in Wedel zu berufen,</p> <p>d) dem begonnenen Bau der Löschwasserstelle an der Theodor-Johannsen-Straße und der Drainage auf dem Friedhofgelände,</p> <p>e) den Bauplänen der Reichsbahn in Wedel (Schulgebäude für die Nachwuchsschulung),</p> <p>f) dem anberaumten Verhandlungstermin zur Enteignung von Grundeigentum des Bauern Heinrich Körner,</p> <p>g) der Änderung der Arbeitszeit für den öffentlichen Dienst.</p>
2.) <u>Stellenplanänderungen.</u>	Die Ratsherren stimmen der Änderung des Stellenplanes zu, wonach die noch vorhandenen 3 Hauptwachtmeisterstellen der Besoldungsgruppe A7c in kw. Meisterstellen der Besoldungsgruppe A7a umzuwandeln und gemäß Vfg. Des Regierungspräsidenten v. 7.10.42 – IYP 1141.9.12 – die älteren Hauptwachtmeister der Schutzpolizeidienstabteilung Wedel Goldhahn, Butt und Schlünzen zu Polizeimeistern zu ernennen sind.
3.) <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Die Ratsherren stimmen der Veräußerung städtischen Grundeigentums zu, und zwar
	a) an den Gärtner Thomas Möller in Wedel, Gärtnerstr. 6, entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 27.10.1942;
	b) an die Geschwister Gerecke in Wedel, Pulverstr. 33, entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 27.10.1942;
	c) an den Arbeiter Franz Borchert in Wedel, Voßhagen 50, entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 3.11.1942;
	d) an den Arbeiter Heinrich Kock in Wedel, Skagerrakstr. 11, entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 3.11.1942;
	e) an den Maurer Emil Schilling in Wedel, Skagerrakstr. 13, entsprechend dem notariellen Kaufvertrag vom 3.11.1942;
	f) an die Eheleute Josef Szypinski in Wedel, Rissenstr. 97 das Erbbaugrundstück, Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 253, Kartenblatt 10, Parzelle 469/32, groß 882 qm, zum Preise von 1,00 RM je qm;
	g) an den Bauarbeiter Jens Nielsen in Wedel, Skagerrakstr. 22, das Erbbaugrundstück, Grundbuch von Schulau, Band 8, Blatt 356, Kartenblatt 10, Parzelle 188/34, groß 1280 qm zum Preise von 1,00 RM je qm;

	h) an den Maurer Wilhelm Ladiges in Wedel, Skagerrakstr. 1, das Erbbaugrundstück, Grundbuch von Schulau, Band 7, Blatt 336, Kartenblatt 10, Parzelle 221/34, groß 987 qm, zum Preise von 1,00 RM je qm;
	i) an den Arbeiter Joachim Brütt in Wedel, Skagerrakstr. 24, das Erbbaugrundstück, Grundbuch von Schulau, Band 13, Blatt 632, Kartenblatt 10, Parzelle 217/34, groß 626 qm, zum Preise von 1,00 RM je qm.
	Gegen eine entsprechende EntschlieÙung des Bürgermeisters haben die Ratsherren keine Bedenken. Die Käuferlöse sind der Grunderwerberücklage zuzuführen. Zu der EntschlieÙung ist die Genehmigung der Dienstaufsichtsbehörde einzuholen, soweit erforderlich.
4.) <u>Verschiedenes.</u>	Die Ratsherren haben keine Bedenken, den Stadtgartenmeister Jüttemeier wegen seiner Kriegsversehrtheit bis zum 31. Dezember 1942 weiter zu beschäftigen. Gegen die Gewährung einer Notstandsbeihilfe in Höhe von 400,- RM an den Hausinspektor Petersen erheben die Ratsherren keine Einwendungen.
	R. Lemcke, W. Ladiges, J. Sievers Hinz
	<u>EntschlieÙung</u>
1. Änderung des Stellenplanes der Stadt Wedel i/Holstein..	Nach Anhörung der Ratsherren und mit deren Zustimmung entschieÙe ich mich zur Umwandlung der im Stellenplan der Stadt Wedel i/Holstein für das Jahr 1940 vom 21. Febr. 1941 unter lfd. Nr. 20-22 aufgeführten Polizeihauptwachtmeisterstellen in kw. Polizeimeisterstellen der Gruppe A7a RBO mit Wirkung vom 25. Oktober 1942.

2. <u>Grundstücksverkäufe.</u>	Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und mit Zustimmung der Ratsherren entschieße ich mich zum Verkauf folgender stadteigener Bauplatzparzellen: a) Parzelle 481/32, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 6, Blatt 253, groß 768 qm, zum Preise von 1.036,80 RM, an den Arbeiter Franz Borchert in Wedel, Voßhagen 50;
	b) Parzellen 179/33 und 173/34, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Blatt 348, groß zusammen 1320 qm zum Preise von 1,00 RM je qm, nach Aufhebung des noch bestehenden und bei Band 7, Blatt 349 eingetragenen Erbbaurechts an den Erbbauberechtigten Emil Schilling in Wedel, Skagerrakstr. 13, und
	c) Parzelle 188/34, Kartenblatt 10, Grundbuch von Schulau, Band 8, Blatt 356, groß 1280 qm zum Preise von 1,00 RM je qm nach Aufhebung des noch bestehenden und bei Band 8, Blatt 357, eingetragenen Erbbaurechts an den Erbbauberechtigten Jens Nielsen in Wedel, Skagerrakstr. 22.
	Die Käuferlöse sind der Grunderwerbbrücklage zuzuführen. Die Ratsherren sind zu den Grundstücksverkäufen gehört worden und haben ihnen zugestimmt.
Wedel/Holst., den 26. November 1942	Der Bürgermeister: In Vertretung: R. Lemcke (Stadtrat)